



**BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE**



### **Schwerpunkt:**

Digitalisierung

### **Themen:**

Substitutionsgipfel 2019

Vom Jugendengagement  
zum Bürgerengagement –  
Reichenauer Tage 2019

### **Nachrichten:**

Positionspapier  
„Zukunft Mobilfunk“

Unfallversicherung für  
pflegende Angehörige

### **Personalien:**

Dietmar Allgaier  
und Peter Polta als  
neue Landräte gewählt

Gerhard Bauer und  
Marion Dammann  
wiedergewählt



Digitale Zukunftskommune@bw

Ein Projekt gefördert durch digital@bw



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

Foro: Landkreistag

## **HERAUSGEBER:**

Landkreistag Baden-Württemberg  
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart  
Telefon 0711 / 22 46 20  
Telefax 0711 / 2 24 62-23  
www.landkreistag-bw.de  
posteingang@landkreistag-bw.de

## **REDAKTION:**

Hauptgeschäftsführer  
Dr. Alexis v. Komorowski,  
Beate Zabukovec

## **STÄNDIGE MITARBEIT:**

Pressestellen der Landratsämter  
in Baden-Württemberg

## **EMPFÄNGER:**

Die Mitglieder der Kreistage,  
des Landtags und des Bundestags,  
Landes- und Kommunalbehörden,  
Verbände und kommunalpolitisch  
interessierte Persönlichkeiten.  
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers  
gekennzeichnet sind, geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,  
nur mit Zustimmung der Redaktion.

## **BILDNACHWEIS:**

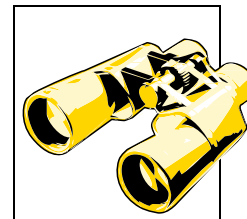
Titelseite: Fraunhofer IAO,  
Ludmilla Parsyak; Fraunhofer IAO,  
Grafische Werke Stuttgart, Landratsämter  
Rückseite: Landratsamt Emmendingen

## **SATZ UND DRUCK:**

Offizin Scheufele Druck und Medien  
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Gedruckt auf umweltfreundlich,  
chlorfrei hergestelltem Papier.





# INHALT

## THEMEN

- Editorial  
**Von Hauptgeschäftsführer Dr. Alexis v. Komorowski** Seite 293
- Die Vorteile der Digitalisierung vor Ort erlebbar machen  
**Von Thomas Strobl, Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Stuttgart** Seite 296
- Digitale Transformation ist eine Gemeinschaftsaufgabe  
**Von William Schmitt, Stuttgart** Seite 299
- Gemeinsam die Digitalisierung als Innovationen gestalten  
**Ein Werkstattbericht des Kommunalen Innovationscenter KIC@bw am Fraunhofer IAO** Seite 302
- Vernetzung digitaler Zukunftsvorhaben in Modelllandkreisen  
**Von Michael Schlichenmaier, Stuttgart** Seite 307
- INDILAKO „sichere E-Mail-Kommunikation“  
**Von Daniel Trimpin, Heidelberg** Seite 313
- Mitten im digitalen Fluss: Digitale Agenda und E-Government als Schlüsselprojekt der Kreisverwaltung im Alb-Donau-Kreis  
**Von Jochen Rechsteiner und Désirée Krumrey, Ulm** Seite 313
- LoRaWAN – der Landkreis Böblingen geht voran  
**Von Simone Hotz, Böblingen** Seite 316
- Zentrum Digitalisierung Region Stuttgart offiziell eröffnet  
**Von Dr. Claus Hoffmann, Böblingen** Seite 318
- Leuchtturm Bodenseekreis: Digitalisierung des Straßenbetriebsdienstes  
**Von Marcel Ruff, Überlingen, und Robert Schwarz, Friedrichshafen** Seite 320
- LKBH #digital – wie der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald seine Digitale Agenda umsetzt  
**Von Elena Herz und Andreas Gippert, Freiburg** Seite 323
- Verwaltung 4.0 – zwischen Digitalisierung von Prozessen, Künstlicher Intelligenz und Change Management  
**Von Jens-Uwe Hammann, Calw** Seite 325
- Erste Umsetzungen der Digitalisierungsstrategie im Enzkreis  
**Von Marc Böhmer, Pforzheim** Seite 328
- Aufbau einer kommunalen Geodateninfrastruktur im Hohenlohekreis am Beispiel digitaler Straßensperrungen  
**Von Gerald Bär und Andre Völkner, Künzelsau** Seite 329
- Die Digitalisierung im Landratsamt Karlsruhe kommt voran  
**Von Ragnar Watteroth, Karlsruhe** Seite 332
- „WIR digitalisieren“ – Innovation gemeinsam gestalten  
**Von Jasna Kebe und Thomas Meyer, Ludwigsburg** Seite 337

- Aufbau einer gemeinsamen Geodateninfrastruktur im Landkreis Ludwigsburg (GDI-Initiative LB)  
**Von Nina Roser und Stefanie Bartzsch, Ludwigsburg** Seite 338
  - Ideenworkshop Digitalisierung im Landkreis Ludwigsburg könnte der Start für eine neue Interkommunale Digitalisierungsoffensive im Landkreis Ludwigsburg sein (IDOL)  
**Von Viktor Kostic und Thomas Meyer, Ludwigsburg** Seite 340
  - Digitalisierungsoffensive im Ostalbkreis  
**Von Angela Brunnhuber, Werner Riek und Claudia Vogel, Aalen** Seite 341
  - Tante Emma 4.0 – Nahversorgung der Zukunft im ländlichen Raum  
**Von Danyel Atalay, Heidelberg** Seite 346
  - Digitalisierung@Rhein-Neckar-Kreis – Die Digitalisierung als Chance für Wirtschaft, Alltag und Verwaltung  
**Von Leonie Conteh und Christina Tack, Heidelberg** Seite 348
  - Digitaler L@ndkreis Tuttlingen  
**Von Jörg Sattelmayer und Corinna Nitsch, Tuttlingen** Seite 351
  - Der Landkreis Waldshut setzt in seiner Kommunikation auch auf die Sozialen Medien  
**Von Friederike Schweiger, Waldshut-Tiengen** Seite 354
  - Zollernalbkreis: ZAKdigital – durch Vernetzung gemeinsam stark!  
**Von Andrea Gobbo, Balingen** Seite 357
  - Reichenauer Tage 2019 – „Vom Jugendengagement zum Bürgerengagement“  
**Von Prof. Dr. Sigrid Kallfaß und Joachim Sautter, Konstanz** Seite 361
  - Integration im ländlichen Raum – der Integrationsplan des Landkreises Tübingen  
**Von Barbara Tomforde, Tübingen** Seite 368
  - Substitutionsgipfel am 18. November 2019 in Stuttgart  
**Von Daniel Werthwein, Stuttgart** Seite 370
- NACHRICHTEN**
- „Pflegerische Angehörige: Unfallversichert.“ Seite 372
  - Entwurf des Staatshaushaltsplans 2020/2021: Kommunen setzen auf deutliche Nachbesserungen durch die Regierungsfractionen Seite 373
  - „Zukunft Mobilfunk“: Kommunen fordern Land und Bund auf, jetzt große Schritte zu machen Seite 373
  - Zwischenbilanz Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg Seite 374
  - Substitutionsgipfel macht auf drohende Versorgungslücken in der Drogenersatztherapie aufmerksam/Verantwortliche Institutionen in Baden-Württemberg schließen „Pakt für Substitution“ Seite 375
  - Initiative zur Energieeinsparung und effizienten Energienutzung in einkommensschwachen Haushalten Seite 375

**PERSONALIEN** Seite 376

**SPEKTRUM** Seite 378



## EDITORIAL

# Alles was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert

*Liebe Leserinnen und Leser!*

Schon vor fast zwei Jahrzehnten prognostizierte Carly Fiorina, die legendäre Chefin von Hewlett-Packard: „Everything that can be digitized will be digitized!“ Dass alles, was digitalisiert werden kann, auch tatsächlich digitalisiert wird, spüren wir inzwischen an allen Ecken und Enden, in Beruf und Alltag. Wirtschaft und Gesellschaft, Staat und Verwaltung stehen hier nicht etwa am Anfang, betreten mitnichten Neuland, sondern befinden sich mittendrin. Augenzwinkernd, aber auch nicht völlig unernst, wird man hinzufügen können, dass sogar die Körperhaltung der Menschen, ihre Mimik und Gefühlssprache von der digitalen Transformation erfasst werden. Oder ist noch niemand von Ihnen beim Gang über den Wochenmarkt mit einem über das Handy gebeugten Zeitgenossen zusammengestoßen? Hat noch keiner beobachtet, dass mancher Digital Native seinen Selfie-Gesichtsausdruck inzwischen selbst dann aufsetzt, wenn er sich gar nicht fotografiert? Und sicherlich wäre es auch interessant zu wissen, wie die Hauptfigur in Goethes Briefroman „Die Leiden des jungen Werthers“ seine Gefühle für Lotte beschrieben hätte, wenn er sich hierfür des Panoptikums der Emojis hätte bedienen können. Ja, die Digitalisierung verändert die Welt. Und natürlich werden auch die Landkreise von der digitalen Transformation erfasst. Wobei das nur die Hälfte der



Wahrheit ist. Denn für die Landkreise ist die Digitalisierung gerade kein ertümliches Naturereignis, das einen blindlings erfasst und das man über sich ergehen lässt. Nein, die Landkreise sehen sich als Gestalter in diesem Prozess. Sie wollen die zahlreichen Chancen heben, die sich mit der Digitalisierung verbinden – und die daneben zweifellos auch vorhandenen Risiken sicher beherrschen. Die baden-württembergischen Landkreise sind hier schon seit geraumer Zeit unterwegs – strukturiert und strategisch. Lassen Sie mich dies schlaglichtartig beleuchten. Wer strukturiert und strategisch den digitalen Wandel aktiv gestalten will, muss bei dessen infrastrukturellen Voraussetzungen ansetzen. Genau dies tun die Landkreise. Den flächendeckenden Breit-

bandausbau voranzubringen, ist zwar keine originäre Aufgabe der Landkreise. Dennoch sind die Landkreise hier hoch aktiv. Es ist bekanntermaßen ein Charakteristikum der kommunalen Selbstverwaltung, dass sie sich nicht in die Trutzburg der Zuständigkeitsordnungen zurückzieht, sondern es unabhängig von Kompetenzfragen als ihre Pflicht ansieht, dem konkreten Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger wie auch der Unternehmen zu dienen. Daher begrüßen die Landkreise es auch sehr, dass auf der Zielgeraden der Haushaltsberatungen auf entsprechende Intervention der kommunalen Seite die Mittel für den Breitbandausbau nochmals deutlich nach oben korrigiert worden sind. Die dadurch ermöglichten Investitionen in schnelle Internet sind elementar wichtige Zukunftsinvestitionen in den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und zugleich auch in die verfassungsrechtlich verbürgte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Neben den infrastrukturellen Voraussetzungen der Digitalisierung haben die Landkreise natürlich immer auch das im Blick, was man mit digitaler Wirtschaft überschreiben kann. Noch beruht ein Großteil der Wertschöpfung hierzulande auf industrieller Produktion. Was jetzt gelingen muss, ist, dass sämtliche Prozesse – von der Herstellung bis hin zum unmittelbaren Kundenkontakt – digital durchdekliniert werden. Hier hat die kreiskommunale Wirtschaftsförderung eine wichtige Funktion. Sie muss mit

dafür sorgen, dass bei kleinen und mittleren Unternehmen die digitalen Anpassungsprozesse erfolgreich verlaufen können und dass vor Ort ein Gründergeist Platz greift, der neue Geschäftsmodelle hervorbringt. Auch dies gehört dazu, wenn man den digitalen Wandel strategisch und strukturiert gestalten will.

Umfragen bestätigen es immer wieder. Die Bürgerinnen und Bürger hängen an der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Landkreise sind sich dessen sehr bewusst und leisten engagiert ihren Beitrag, um auf den vielfältigen Daseinsvorsorgefeldern die Potenziale der Digitalisierung auch tatsächlich zu schöpfen. Hier geht es um Tele-Medizin, durch die sich nicht bloß Versorgungslücken schließen lassen, sondern die Versorgungsqualität auch signifikant verbessern lässt. Weitere Themen sind digitale Assistenzsysteme in der Pflege, die Digitalisierung der Schulen in Kreisträgerschaft oder die Verwendung digitaler Technologien im öffentlichen Personennahverkehr oder in der Abfallwirtschaft. Ob eine effiziente und kostenbewusste, zugleich aber auch gemeinwohlorientierte und bürgernahe Daseinsvorsorge das Markenzeichen deutscher Kommunen generell und der baden-württembergischen Landkreise im Besonderen bleibt, wird entscheidend davon abhängen, wie die digitale Transformation gemeistert wird. Mit Blick auf das, was bisher gelungen ist, darf man optimistisch bleiben.

Um den digitalen Wandel strategisch und strukturiert zu gestalten, braucht man entsprechend geschulte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Digitale Qualifikation spielt daher in den Landkreisen eine zentral wichtige Rolle. Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen so konfiguriert sein, dass aus jeder beliebigen Fachlichkeit heraus die Bezüge zur Querschnittsmaterie Digitalisierung hergestellt werden können. Dies ist zweifellos ein anspruchsvolles Unterfangen. Doch hiervon darf man sich nicht beirren lassen. Die Qualifikation der Mitarbei-

tenden ist und bleibt ein entscheidender Gelingensfaktor im Zuge der digitalen Transformation.

Ganz oben auf der digitalen Agenda der Landkreise steht natürlich die Digitalisierung konkreter Verwaltungsleistungen. Für einen Behördengang soll sich die Bürgerin oder der Bürger nicht mehr beim Arbeitgeber frei nehmen müssen. Die Verwaltungsleistung soll bequem vom Sofa mittels Smartphone oder Tablet beantragt werden können. Der Bund hat bekanntlich mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis Ende 2022 575 Dienstleistungen, die der Staat mit seinen Bürgern abwickelt, über ein einheitliches Bürgerportal für den einzelnen Bürger abrufbar zu machen.

Ein erster baden-württembergischer Etappenerfolg im Hinblick auf die Umsetzung des OZG stellt zweifelsohne die zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden geschlossene E-Government-Vereinbarung dar. Diese sieht vor, dass innerhalb der vom OZG gesetzten Frist auf Basis der E-Government-Infrastruktur „service-bw“ tatsächlich die wichtigsten Verwaltungsleistungen in Form von standardisierten, digitalen Prozessen zur Verfügung gestellt werden. Dabei sollen zwei Leitgedanken berücksichtigt werden, nämlich – erstens – dass alles, was online erledigt werden kann, auch online angeboten werden soll („digital first“), und – zweitens – dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ihre Standarddaten nur noch einmal mitteilen müssen („Once only“-Prinzip).

Die Grundlagen, die damit gelegt sind, erscheinen als tragfähig und belastbar. Jetzt muss nur noch mehr Zug in die Sache kommen. Nachdem das Land entsprechende personelle Ressourcen aufgebaut hat und auch der kommunale IT-Dienstleister seine Fusionswehen endgültig überwunden hat, müsste nun auch beim Themenfeld der digitalen Verwaltung die Ampel auf Grün stehen. Die 35 baden-württembergischen Land-

kreise jedenfalls haben sich in diesem Zusammenhang zuletzt nochmals eindeutig positioniert. So hat sich die Gesamtheit der Landkreise am 27. November dieses Jahres im Rahmen einer Landrätekonzferenz auf insgesamt zehn Grundprinzipien der Digitalisierung verständigt. Hervorzuheben ist namentlich das Commitment, wonach standardisierten Lösungen oberste Priorität eingeräumt wird. Dies mag im Einzelfall schmerzhaft sein und auch in einem gewissen Spannungsverhältnis zum Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung stehen. Wenn wir aber weitere Verzögerungen bei der Verwaltungsdigitalisierung vermeiden wollen, dann müssen bei der Entwicklung, Bereitstellung und Pflege von standardisierter IT und automatisierten Geschäftsprozessen auch einmal 80%-Lösungen akzeptiert und individuelle Partikularwünsche zurückgestellt werden.

Die Landkreise sind nach allem gut unterwegs, um den digitalen Wandel strategisch und strukturiert zu gestalten. Auch die Geschäftsstelle des Landkreistags hat sich entsprechend aufgestellt. Es wurde zu Jahresbeginn eine Stabsstelle Digitalisierung eingerichtet, die sich just mit den Schwerpunktthemen digitale Infrastruktur, digitale Verwaltung, digitale Daseinsvorsorge, digitale Wirtschaft und digitale Qualifikation beschäftigt. Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Digitalisierung und den ihr zugeordneten Arbeitskreisen „Digitale Infrastruktur“ und „E-Government“ bietet die Geschäftsstelle die notwendige Plattform für die Expertinnen und Experten aus den Landratsämtern, um die notwendigen Änderungsprozesse koordiniert und wirkungsvoll voranzutreiben.

Einiges versprechen wir uns auch von der in diesem Jahr gestarteten „Initiative Digitale Landkreiskonvois“. Das unter dem Akronym INDILAKO firmierende Projekt des Landkreistags verfolgt das Ziel, dass jeweils mehrere Landkreise gemeinsam eine konkrete Aufgabe im Rahmen der

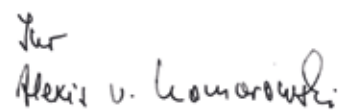
digitalen Transformation auf Basis einer landesweit abgestimmten Roadmap gleichförmig umsetzen, dadurch Skaleneffekte generieren und in der Folge zugleich Blaupausen für andere Landkreise schaffen. Bereits mit den ersten fünf Konvois konnten alle 35 Landkreise mit verbindlichen Zusagen oder durch Interessenbekundung erreicht werden. Die ersten Konvois behandeln die Themen e-Rechnung/elektronischer Rechnungs-Workflow, Digitalisierung der Belehrung nach dem Infektionsschutzgesetz, Online-Antrag von Vermessungsdienstleistungen, sichere E-Mail-Kommunikation und Digitalisierung von verkehrsrechtlichen Anordnungen. Die INDILAKO-Konvois sind mit anderen Worten kleine Beiboote, die dem großen Tanker Verwaltungsdigitalisierung vorausfahren, geeignete Fahrinnen austesten und ge-

gebenenfalls kraftvoll genug sind, um den großen Tanker später auch einmal in den nächsten Hafen schleppen zu können.

Nun ließe sich zur Digitalisierung noch vieles sagen. Auch zu den Risiken. Oder zu der dringend erforderlichen Ethik der Digitalisierung, die der Bundespräsident beim Evangelischen Kirchentag im Sommer dieses Jahres in Dortmund in einer bemerkenswerten Rede eingefordert und skizziert hat. Doch dies würde den Rahmen dieses Editorials sprengen. Stattdessen möchte ich die Gelegenheit gerne nutzen, um mich – auch im Namen des Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter – bei den Landratsämtern, Kreis-einrichtungen sowie allen unseren Partnern in Staat und Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft für die auch in diesem

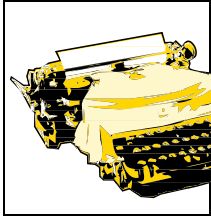
Jahr erneut fruchtbare Zusammenarbeit und das gute Miteinander zu bedanken. Bleiben Sie dem Landkreistag auch im kommenden Jahr verbunden und gewogen!

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser der Landkreisnachrichten, wünsche ich ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für ein friedvolles, glückliches Jahr 2020.



---

Dr. Alexis v. Komorowski,  
Hauptgeschäftsführer,  
Landkreistag Baden-Württemberg



## THEMEN

# Die Vorteile der Digitalisierung vor Ort erlebbar machen

Von Thomas Strobl, Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Stuttgart

Schon im Sommer 2017 hat die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration ihre Digitalisierungsstrategie digital@bw beschlossen. Als eines der ersten Länder treibt Baden-Württemberg damit die Digitalisierung ressortübergreifend voran. Auf dem eingeschlagenen Weg zur digitalen Leitregion in Europa sind wir inzwischen weit vorangekommen. Vielerorts wird erlebbar, wie die Digitalisierung die Lebensqualität der Menschen verbessern kann. Aber es gibt noch immer viel zu tun. Unter der Dachmarke digital@bw werden wir den digitalen Wandel weiter aktiv mitgestalten – gemeinsam mit unseren Kommunen.

### „Wie digital hilft, zeigt sich in unseren Kommunen ganz besonders“

Den Kommunen kommt bei der Digitalisierung eine tragende Rolle zu. Denn die konkreten Vorteile der Digitalisierung, wie digital hilft, wird in unseren Kommunen konkret erlebbar und spürbar. Dort leben und arbeiten die Menschen und können digitale Innovationen vor Ort selbst ausprobieren. Zudem können die Bürgerinnen und Bürger den digitalen Wandel in den Kommunen auch nach ihren eigenen Bedürfnissen selbst mitgestalten. Und das ist wichtig. Die Digitalisierung ist für die Menschen da, nicht andersherum.

Vor diesem Hintergrund arbeiten wir mit den kommunalen Landesverbänden bei der Gestaltung des digitalen Wandels in Baden-Württemberg eng zusammen. Durch Förderprogramme und Wettbewerbe haben wir nicht nur erste kommunale Digitalisierungsstrategien und

-projekte unterstützt. Wir bauen auch digitale Zukunftskommunen auf, zu denen ein Verbund der Landkreise Karlsruhe, Biberach, Böblingen, Konstanz und Tuttlingen gehört. Ihre intelligenten Lösungen in den Bereichen Energie, Infrastruktur, Gebäude, Mobilität, neue Dienstleistungen, Verwaltung und Sicherheit sollen auf andere Kommunen übertragen werden. Unser Ziel ist klar: Die Digitalisierung muss in der gesamten Fläche des Landes gelingen, im ländlichen Raum ebenso wie in den großen Städten.

Die Digitalisierung verändert auch unser Verwaltungshandeln grundlegend. Um diese Veränderungen erfolgreich gestalten zu können, braucht es die richtigen Köpfe und Kompetenzen in unseren Verwaltungen. Denn: Der digitale Wandel beginnt im Kopf! Und genau hier setzt die digitalakademie@bw an, an der auch die kommunalen Landesverbände ganz wesentlich mitwirken. Mit Hilfe dieser bundesweit einmaligen Qualifizierungs-



Foto: Laurence Chaperon

offensive bauen die Kommunen wertvolle digitale Kompetenzen auf. So haben sich allein in den Landkreisen bereits mehr als 100 Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu kommunalen Digitallotsen qualifizieren lassen. Das freut mich sehr und bringt die Digitalisierung der Verwaltungen ein gutes Stück voran.

Derzeit entstehen auch online-Bürgerdienste. Das digitale Rathaus und das digitale Landratsamt rücken damit näher. Mit der bundesweit einmaligen E-Government-Vereinbarung ziehen Land, Kreise, Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) an einem Strang. Service-bw ist dabei die zentrale Plattform für digitale Verwaltungsleis-



tungen, die die Kreise, Städte und Gemeinden lizenzfrei nutzen können. Keine Kommune muss dafür eigene Systeme aufbauen, und für die Nutzenden unschöne Insellösungen lassen sich vermeiden. Mehrere Landkreise arbeiten bereits aktiv an der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen mit, wie bei der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie beim Wohngeld und beim Personenbeförderungsschein.

## **Digitale Revolution im Gesundheitsbereich**

Einen spürbaren Nutzen erleben die Bürgerinnen und Bürger durch die Digitalisierung zum Beispiel bei der Gesundheitsversorgung. Wir fördern konsequent vielversprechende digitale Gesundheitsanwendungen, um die ärztliche Versorgung zu verbessern. Dazu gehört insbesondere der Ausbau der Telemedizin. Gerade dort, wo Arztpraxen und Kliniken schwer erreichbar sind, kann die Telemedizin die Versorgung unterstützen und verbessern. Mit dem Projekt „docdirekt“ hat Baden-Württemberg 2016 als erstes Land das Fernbehandlungsverbot gelockert. Möglich ist nun die Video-Sprechstunde etwa für klärende Gespräche zur Diagnose oder zu Wund- und Bewegungskontrollen. Doch wir gehen noch einen Schritt weiter: Wir bieten im Projektgebiet Stuttgart und dem Landkreis Tuttlingen die Möglichkeit an, dass Teleärzte auch ein elektronisches Rezept ausstellen können. Wenn sich „GERDA“, der Geschützte e-Rezept-Dienst der Apotheken, im Test bewährt, soll es das e-Rezept im nächsten Jahr in ganz Baden-Württemberg geben. Ganz klar: Der Besuch beim Arzt, der unmittelbare Kontakt und die persönliche Zuwendung sollen in der Gesundheitsversorgung freilich Standard bleiben. Doch digitale Anwendungen können eine nützliche Ergänzung sein, gerade auch im ländlichen Raum. Deswegen ermöglicht der Bund jetzt die Erprobung zugelassener Gesundheitsapps auf Kassenkosten, für

die Kontrolle beim Einnehmen von Medikamenten oder des Blutdrucks etwa. Kleine digitale Helfer bieten den Betroffenen große Unterstützung und ersparen manchen Weg zum Arzt.

Neue digitale Technologien eröffnen aber auch der Krankenhausmedizin völlig neue Möglichkeiten – zum Beispiel durch 3-D-Druck, den Einsatz von Robotern, die Vernetzung der Institutionen oder die personalisierte Medizin. Mithilfe Künstlicher Intelligenz (KI) und maschinellem Lernen können immense Datenmengen nutzbringend verarbeitet werden. Auf diese Weise wird die medizinische Versorgung in den nächsten Jahren einen Quantensprung machen. Denn je mehr Daten von Patienten gesammelt werden, desto besser können künftig Diagnosen, Medikamente oder Behandlungsart auf den Patienten individuell zugeschnitten werden. Die digitale Transformation unserer Krankenhäuser wird vom Land mit einem Sonderprogramm „Digitalisierung im Rahmen der Krankenhausfinanzierung“ unterstützt. Neben der regulären Krankenhausförderung haben wir zehn Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, um zielgerichtete Investitionen im IT-Bereich anzustoßen. Das wird im Ergebnis zu einer weiteren Verbesserung der Patientenversorgung beitragen. Insgesamt 157 Förderanträge wurden positiv beschieden, zeitnah und unbürokratisch.

Wir wollen durch die Digitalisierung aber nicht nur die Patientenversorgung verbessern, sondern auch die Position Baden-Württembergs als bundesweit führender Medizintechnikstandort stärken und die enormen Wachstumschancen der Gesundheitswirtschaft nutzen. Wie stark wir in Baden-Württemberg in diesem Bereich aufgestellt sind, hat im Juli auch das digital@bw Gesundheitsfestival in Tuttlingen – dem Weltzentrum der Medizintechnik – gezeigt. Mit unserer Digitalisierungsstrategie fördern wir freilich in allen Sektoren Firmengründungen und die digitale Transformation

von Unternehmen, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. In regionalen Digital-Hubs für die Wirtschaft leisten wir Hilfestellung und kultivieren neue Ideen. Start-ups spielen dabei eine wichtige Rolle. Mit der Bereitstellung von Beteiligungskapital und Beratungsprogrammen fördern wir eine Start-Up-Kultur, um neue Fertigungsverfahren, Produkte und Dienstleistungen anzustoßen. Ein weiterer Fokus unserer Digitalisierungsstrategie liegt in der Zukunftstechnologie Künstliche Intelligenz. In diesem Bereich fördern wir gezielt Forschung und die Entwicklung von Anwendungen. Mit etwas mehr als 80 KI-Innovationen nimmt Baden-Württemberg derzeit einen der Spitzenplätze in Deutschland ein. Und speziell mit dem Cyber Valley in Tübingen und Stuttgart ist es uns gelungen, ein weltweit anerkanntes Zentrum für KI zu schaffen.

## **Cybersicherheit als Markenzeichen**

Bei all diesen Errungenschaften und Vorteilen der Digitalisierung, müssen wir aber auch die Risiken im Auge behalten. Ohne Sicherheit haben die Menschen kein Vertrauen in die Digitalisierung. Cybersicherheit ist das Stichwort. Große und kleine Unternehmen, aber auch Behörden und unsere Kritische Infrastruktur werden zunehmend mit Cyberangriffen auf Computersysteme und Daten konfrontiert. Mit der Zentralen Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) des Landeskriminalamts haben im ersten Halbjahr 2019 mehr als 500 Unternehmen und Behörden Kontakt aufgenommen – gut dreimal so viele wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Auf diese Entwicklung haben wir früh reagiert. In unserer Digitalisierungsstrategie gehören Datensicherheit, Datenschutz und Verbraucherschutz zu den wichtigsten Querschnittsthemen. Denn ohne Cybersicherheit kann die Digitalisierung nicht gelingen. Cyberattacken zerstören das Vertrauen der Menschen in digitale Anwendungen.

Wir wollen die Cybersicherheit zu einem Markenzeichen für Baden-Württemberg entwickeln. Das gilt, gerade weil wir in Baden-Württemberg auch fast ein Viertel aller Hidden Champions in Deutschland haben – fast die Hälfte davon im ländlichen Raum. Ihr hochempfindliches Know-how ist immer mehr durch Cybercrime, -sabotage und -spionage bedroht. Am Forschungszentrum für Informatik in Karlsruhe haben wir daher im August 2018 das Pilotprojekt Cyberwehr gestartet. Die Cyberwehr steht vor allem kleineren und mittleren Unternehmen in den Stadt- und Landkreisen Karlsruhe, Rastatt und Baden-Baden bei Hackerangriffen als Anlaufstelle rund um die Uhr zur Verfügung und hilft ganz praktisch. Sie hat bisher bei knapp 80 Fällen Hilfe geleistet. Durch unser Förderprogramm IT-Security Lab geben wir außerdem innovativen Start-ups das Rüstzeug, um sich erfolgreich im IT-Sicherheitsmarkt zu etablieren. Cyberangriffen ganz konkret vorbeugen können aber auch Einsatzübungen. Das Landeskriminalamt hat deshalb zuletzt mit dem Bundesverband Krankenhaus-IT in Wiesloch die Reaktion auf eine Erpresser-Mail geübt. Darüber hinaus haben wir die Cybersicherheitsarchitektur für Baden-Württemberg überprüft. Wir werden eine Cybersicherheitsagentur BW einrichten. Denn Cybersicherheit betrifft alle. Wir müssen ganzheitlich denken. Und deshalb handelt die Landesregierung. Für die Cybersicherheitsagentur werden im Doppelhaushalt 2020/21 zusammen 13 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Diese Einrichtung wird alle Behörden zusammenführen, die im Land mit Cybersicherheit zu tun haben. Wichtig ist mir dabei: Die Cybersicherheitsagentur koordiniert die Aufgaben zentral, die Aufgaben werden aber weiterhin dezentral wahrgenommen. Das sorgt im digitalen, vernetzten Bereich für die höchste Effizienz. Baden-Württemberg wird durch ein mehr an Koordination und Abstimmung die Schlagkraft im Bereich der Cybersicherheit steigern.

## **Breitbandausbau gemeinsam vorantreiben**

Damit die Fortschritte durch die Digitalisierung wirklich greifen können, sind schnelle Internetverbindungen unerlässlich. Wir brauchen deshalb überall im Land leistungsfähige Fest- und Mobilfunknetze. Und wir wollen erreichen, dass Baden-Württemberg bis zum Jahr 2025 flächendeckend mit gigabitfähigen Netzen versorgt ist. Dazu hat die Landesregierung eine richtige Investitions offensive gestartet. Seit 2016 haben wir bereits 440 Millionen Euro Fördermittel für den Breitbandausbau bewilligt – jedes Jahr wurde von uns mehr Geld in die Hand genommen als von der Vorgängerregierung insgesamt. Hinzu kommen voraussichtlich weitere 600 Millionen Euro, die der Finanzausschuss des Landtags am 20. November 2019 auf Antrag der Regierungsfractionen beschlossen hat. Damit investieren wir in dieser Legislaturperiode mehr als eine Milliarde Euro in den Breitbandausbau – das entspricht einer Milliarde Euro, die direkt den Kommunen zugutekommen. Das ist in diesen sechs Kalenderjahren an jedem einzelnen Tag – auch an Heiligabend, Neujahr und Ostermontag – fast eine halbe Million Euro.

Und unsere Anstrengungen zeigen bereits Erfolge: Die Zahl der Anschlüsse mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde hat sich seit Anfang 2016 um rund 20 Prozent auf knapp 90 Prozent gesteigert. Wenn die neuen Zahlen des Bundes im Breitbandatlas für Ende 2019 veröffentlicht werden, rechne ich mit einem noch besseren Ergebnis. Damit liegt Baden-Württemberg in der Spitzengruppe der Flächenländer, obwohl Siedlungsdichte, Topographie und Geologie in manchen Teilen unseres Landes nicht nur den Mobilfunk-, sondern auch den Breitbandausbau sehr erschweren. Mein Ziel ist aber klar: schnelles Internet für jeden Schwarzwaldhof. Um unser Ziel zu erreichen, sind noch immer große Kraftanstrengungen aller Beteiligten notwendig

– von privaten Telekommunikationsanbietern, Bund, Land und Kommunen. Die finanzielle Förderung des kommunalen Breitbandausbaus bildet auch für den Ausbau von Gigabitnetzen eine wesentliche Grundlage. Gerade im ländlichen Raum werden die kostenintensiven Glasfasernetze wegen der im Vergleich zu den Verdichtungsräumen ungünstigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sonst auch langfristig nicht entstehen können.

Mein besonderer Dank gilt daher den Gemeinden, Städten und Landkreisen, die mit großem Einsatz den Glasfaserausbau gerade in den Gebieten entscheidend vorangebracht haben und bringen, in denen ein privatwirtschaftlicher Netzausbau nicht stattfindet. Die Kommunen haben dabei trotz der Unterstützung durch die Landesförderung auch ein wirtschaftliches Risiko in Kauf genommen, um die notwendige Breitbandversorgung herzustellen. Denn sie können mit ihrem Netzausbau nicht die hohen Anschlusszahlen realisieren wie die großen Unternehmen in den Verdichtungsräumen. Sie leisten gerade im ländlichen Raum einen unschätzbaren Beitrag zur flächendeckenden Breitbandversorgung.

Unsere Breitbandstrategie sieht vor, den Ausbau reiner Glasfaseranschlüsse noch stärker in den Mittelpunkt der Förderung zu stellen. Um die hohen Kosten des FTTB-Ausbaus für die Kommunen tragfähig zu machen, haben wir Anfang 2019 die Förderkulisse für den Breitbandausbau in Baden-Württemberg novelliert. Durch die Kombination der Bundes- mit der Landesförderung erhalten die Kommunen erstmals eine Förderquote von 90 Prozent der förderfähigen Kosten. Damit verbinde ich die Hoffnung, dass nahezu alle Kommunen in die Lage versetzt werden, den kostenintensiven Glasfaserausbau bis zu den Gebäuden und die Glasfasererschließung ihrer Schulen und Krankenhäuser finanziell zu stemmen. Dieser neue Förderrahmen wurde von den Landkreisen und Kommunen

sehr schnell und in weit größerem Umfang angenommen, als wir dies angesichts der anfänglich großen Skepsis erwartet hatten. Das Programmvolumen für die Förderung 2019 wurde dadurch allerdings auch schneller ausgeschöpft. Mit Blick auf die große Bedeutung der Fördermittel für die Breitbandprojekte der Kommunen streben die Kolleginnen und Kollegen der Bewilligungsstelle eine möglichst rasche Entscheidung über die offenen Förderanträge an, sobald der Doppelhaushalt 2020/2021 verabschiedet und das Staatshaushaltsgesetz in Kraft getreten ist.

Einigkeit unter den Ländern und mit dem Bund besteht in der Frage der Aufgreifschwelle. Nur mit einer ausreichend hohen Aufgreifschwelle wird es uns möglich sein, auch überall dort den Gigabit-Netzausbau zu unterstützen, wo noch keine gigabitfähigen Technologien vorhanden sind, aber die angebote-

nen Bandbreiten die aktuelle Aufgreifschwelle von 30 Megabit pro Sekunde übertreffen. Auch hier bin ich zuversichtlich, dass bei den Verhandlungen des Bundes mit der EU-Kommission ein Ergebnis erzielt wird, das nächstes Jahr grünes Licht bringt für den FTTB-Ausbau in allen Gebieten, die noch nicht mit gigabitfähigen Zugangstechnologien versorgt sind.

Schließlich möchte ich nochmals für Kooperationen werben und den Mut, auch einmal unkonventionelle Wege zu gehen. Neben der finanziellen Unterstützung durch unser Landes- und das Bundesprogramm bringen vor allem Kooperationen zwischen Unternehmen und Kommunen den Netzausbau durch Synergieeffekte wesentlich voran. Ich habe daher mit der projektierten Gigabit-Allianz allen Beteiligten ein Angebot gemacht, in einem offenen Austausch alle Kooperationsmöglichkeiten zu prü-

fen. Der kooperative, partnerschaftliche Ansatz gewährleistet am besten die Vermeidung von Doppelstrukturen und eines damit verbundenen ruinösen Wettbewerbs.

Festzustellen ist, dass wir im Land alle notwendigen Instrumente haben, um das ambitionierte Gigabit-Ziel 2025 gemeinsam zu erreichen: Gemeinden, Städte und Landkreise, die mit großem Engagement und Unterstützung des Landes den Netzausbau voranbringen; eine zunehmende Dynamik im Telekommunikationsmarkt; Unternehmen, die investieren, sowie eine wachsende Bereitschaft zu Kooperationen. So schaffen wir die notwendige digitale Infrastruktur, um unseren eigenen Anspruch einzulösen: die digitale Leitregion Europas zu sein und den Menschen im Land durch die Digitalisierung einen spürbaren Nutzen zu bieten.

## Digitale Transformation ist eine Gemeinschaftsaufgabe

Von William Schmitt, Stuttgart

Unsere Gesellschaft erlebt mit fortschreitender Digitalisierung und Vernetzung einen Wandel, der sich auf alle Bereiche des wirtschaftlichen, privaten und öffentlichen Lebens auswirkt.

Sich gegen einen so starken, allumfassenden und dynamischen Veränderungsprozess wie die Digitalisierung zu stemmen, hat bislang in den wenigsten Fällen zum Erfolg geführt. Diese Erkenntnis und das Wissen um die Tatsache, dass es einen starken IT-Dienstleister braucht, um die Souveränität und Zukunftsfähigkeit der kommunalen IT in Baden-Württemberg zu sichern, waren zentrale Ausgangsüberlegungen für die Gründung der ITEOS AöR.

Schließlich geht es um weit mehr als reine informationstechnische, industrielle oder wirtschaftliche Entwicklungen, denn mit jeder digitalen Transformation stehen auch die Fragen nach der Datenhoheit, der Sicherung der – nicht nur virtuellen – Identität und unserer staat-

lichen Souveränität im Raum. Gesellschaftliche Veränderungen dieser Tragweite erfordern deshalb auch einen tiefgehenden mentalen Wandel und kulturelle Veränderungsprozesse. Es bedarf eines grundlegenden Bekenntnisses von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivil-

gesellschaft zu einem starken und partnerschaftlichen Miteinander, um Entwicklungen aktiv mitgestalten und in flexibler Konstellation angemessen auf akute Herausforderungen reagieren zu können.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Selbstverständnis der öffentlichen Hand bereits zunehmend weg von der Hoheitsverwaltung hin zum gestaltenden Dienstleister im Rahmen der Daseinsvorsorge gewandelt. Die gemeinsame Trägerschaft der ITEOS AöR von Kommunen und Land ist hierfür ein sichtbarer Ausdruck.

Ein gutes Jahr nach ihrer Gründung kann die ITEOS AöR auf bewegte, aber erfolgreiche Zeiten zurückblicken und verfügt



Foto: ITEOS (AöR)

mit ihrer Digitalisierungsstrategie über eine hervorragende Ausgangsbasis, um ihren Anteil zur Bewältigung der oben beschriebenen Herausforderungen beizutragen.

### Schwerpunkte der ITEOS-Digitalisierungsstrategie

Die Digitalisierungsstrategie der ITEOS AöR fußt ganz wesentlich auf den beiden Säulen „Innovation“ und „Optimierung bestehender Prozesse und Dienstleistungen“.

Exemplarisch für die Innovation ist u.a. die Einbindung von Augmented Reality (AR) und Künstlicher Intelligenz (KI) in die ITEOS-Produkte zu nennen, wie z.B. im Falle des gerade eingeführten „Chatbots“, einem text- bzw. sprachbasierten Dialogsystem, welches das maschinelle Lernen unterstützt. Auch die sensorgestützte Datenerfassung auf Basis der Long-Range-Wide-Area-Network-Technologie (LoRaWAN), zu der die ITEOS gerade intensive Kooperationsgespräche führt, wird zukünftig eine gewichtige Rolle spielen.

Ausgangspunkt für die Optimierung der Prozesse und Dienstleistungen ist der im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes notwendige Paradigmenwechsel. Der Weg vom isolierten Fachverfahrensanbieter zu einem ganzheitlichen Angebot für die Online-Ver-

waltung inkl. ergänzender Beratungsleistungen beinhaltet u.a. den Ausbau des Online-Angebots, eine ITEOS-App und ein umfassendes Consultingangebot für die digitale Verwaltung.

### Digitale Souveränität als Grundstein der Daseinsvorsorge

Mit zunehmender Geschwindigkeit dringt die Digitalisierung in alle Lebensbereiche vor und verändert dabei grundlegend das Privatleben und die Arbeitswelt. In diesem Zusammenhang werden häufig die Begriffe Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Ambiguität („VUKA“) genutzt, um die Auswirkungen dieses hochdynamischen Prozesses zu beschreiben.

Denn während die digitale Datenverarbeitung ihren Siegeszug hält, rücken gleichzeitig komplexe Fragen nach dem Schutz der Grundrechte, insbesondere nach der Wahrung der informationellen Selbstbestimmung<sup>1</sup> und der digitalen Souveränität in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. „Es ist besser um Verzeihung zu bitten, als um Erlaubnis zu fragen.“<sup>2</sup> Dieses (Digitalisierungs-)Credo u.a. großer Konzerne im amerikanischen Silicon Valley trifft auf Grenzen der europäischen und deutschen Gesetzgebung, wenn Bürger und Unternehmen kaum mehr wissen, wer ihre personen- und unternehmensbezogenen Daten speichert, welche Strategien damit verfolgt und welche Geschäftsmodelle damit bedient werden.

Die Struktur digitaler Geschäftsmodelle begründet die Herausbildung natürlicher Monopole und die Ortsungebundenheit digitaler Wertschöpfungsketten entzieht sich der Logik und Regelungswirkung der Steuergesetzgebung. In Kombination mit der zunehmenden Bedeutung von Daten als Machtfaktor entstehen Bedrohungsszenarien, die in ihrer Tragweite weit über die Wirtschaftssphäre hinausdeuten. Mit der Digitalisierung geht auch eine zunehmende Vernetzung der verschiedenen Parteien

in Verwaltung und Wirtschaft einher. So wachsen – nicht nur im Rahmen einer vernetzten Stadt – immer mehr hoheitliche Aufgaben und privatwirtschaftliche Themenstellungen zusammen.

Diese sogenannte Sektorenkonvergenz führt dazu, dass staatliche Akteure in der Durchführung ihrer Aufgaben häufig auf privatwirtschaftliche Leistungen angewiesen sind. Wenn diese von ausländischen Herstellern stammen, kann hierin ein schwer kalkulierbares Risiko liegen. International ist vermehrt zu beobachten, dass der digitale Raum zum Schauplatz für politische Konflikte zwischen Ländern wird.

In diesem Kontext ist die Gewährleistung der digitalen Souveränität des eigenen Staates, der natürlichen (z.B. Bürger) und der juristischen Personen (z.B. Unternehmen und Behörden) immanent wichtig. Unter digitaler Souveränität ist die „Möglichkeit zur unabhängigen Selbstbestimmung von Staat und Organisationen“ in Bezug auf die „Nutzung und Gestaltung digitaler Systeme selbst, der darin erzeugten und gespeicherten Daten sowie der damit abgebildeten Prozesse“ zu verstehen. Für die IT der Kommunen in Baden-Württemberg heißt dies konkret, dass die Verwaltungen ihren hoheitlichen Aufgaben nachgehen können müssen, ohne in ihrer Funktionsweise abhängig von den Einflüssen Dritter zu sein. Dazu müssen u.a. die nachfolgenden drei Prämissen gewährleistet sein:

a) **Systeme und Prozesse:** Digitale Souveränität erfordert, dass der Staat in seinem Handeln nicht maßgeblich durch Systeme und Prozesse Dritter bestimmt wird. Wenn die Ausgestaltung der digitalen Anwendungen und Prozesse den staatlichen Akteuren vollständig entzogen ist oder von Dritten entzogen werden kann, so kann dies potenziell weitreichende Folgen für die Handlungsfähigkeit von Trägern hoheitlicher Verantwortung haben. Aus diesem Grund bietet ITEOS eigene Cloudlösungen an und



schaft damit die für die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben zwingend notwendige Unabhängigkeit von den Clouddienstleistungen großer kommerzieller Anbieter.

b) **Sichere Datenverarbeitung:** Es ist unerlässlich, dass die für eine sichere Datenverarbeitung notwendigen Bausteine eigenständig gedacht und konsequent umgesetzt werden. In Zeiten rasant anwachsender Cyber-Kriminalität sind Informationssicherheit, Datensicherheit und Datenschutz kritische Erfolgsfaktoren für die Gewährleistung der digitalen Souveränität. Sie stärken das Vertrauen der Bürger in digitale Produkte und sind essentiell für die informationelle Selbstbestimmung. Dies gilt auch und insbesondere mit Blick auf die teilweise schon exponentielle Geschwindigkeit von Digitalisierungsinitiativen: Informationssicherheit und Datenschutz sind nicht Hindernis, sondern notwendige Kriterien für die Beurteilung, ob die Maßnahmen, Risiken und Konsequenzen für das anvisierte Ziel angesichts der geltenden Rahmenbedingungen vertretbar sind. Hierzu ist es notwendig, dass die kommunalen IT-Dienstleister ihre Kunden bei der sicheren Datenverarbeitung durch die Bereitstellung entsprechender Softwaredienste und der dazugehörigen Beratungsleistungen unterstützen.

c) **Individuelle Fähigkeiten:** Bleibt schließlich und endlich noch der Faktor Mensch, denn auch wenn alle technischen und organisatorischen Gegebenheiten stimmen, ist am Ende doch der Anwender der Dreh- und Angelpunkt. Auch hier unterstützt die ITEOS durch ein umfassendes Schulungs- und Beratungsangebot.

### Zielbild Online-Verwaltung

Die tägliche Online-Erfahrung der Bürgerinnen und Bürger einer 24/7-Verfügbarkeit von schier grenzenlosen Services

und Dienstleistungen ist auch der Maßstab, an dem die öffentlichen Verwaltungen sich werden messen lassen müssen. Insofern sind die Nutzererwartungen und das Online-Zugangsgesetz (OZG) die wesentlichen Treiber für den Aufbau der Online-Verwaltungsdienstleistungen, damit die Bürgerschaft und die Unternehmen ihre „Geschäfte“ mit der Kommune bald online erledigen können. Damit aus diesem Ansatz ein Mehrwert generiert werden kann, müssen die heutigen Verwaltungsleistungen in Online-Prozesse umgesetzt werden, die eine durchgängige Datenverarbeitung von der Datenerfassung bis in die kommunalen Fachverfahren hinein erlauben. Dies bedeutet eine grundlegende Veränderung und Weiterentwicklung der Geschäftsmodelle. Die bislang auf Fachverfahren bezogenen Dienstleistungen werden mit ergänzenden Beratungsleistungen zu einem ganzheitlichen Angebot ausgebaut, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, die notwendige neue Ausrichtung ihrer Verwaltung und den Aufbau der für die neuen Abläufe erforderlichen Organisation zu leisten.

### Herausforderungen auf dem Weg zu „Smart Cities“

Pfiffig, klug, gewitzt – eben „smart“: So stellen wir uns die Zukunft unserer Städte und unserer Gesellschaft vor und nutzen die Informations- und Telekommunikationstechnologien (IKT), um ganzheitliche Konzepte zu entwickeln, die unser Leben u.a. effizienter, ökonomischer, umweltschonender und sozialer gestalten sollen.

Viele Kommunen verstehen diesen Wandel bereits heute als eine grundlegende Chance zur Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz, zur Erhöhung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und letztendlich zur Steigerung der Lebensqualität für alle Menschen in ihrem Einzugsgebiet. Denn klar ist, dass eine Smart City nicht an den Stadtgrenzen halt machen darf, sondern die

sie umgebende ländliche Region in das Konzept mit einbeziehen muss, um die Lebensqualität für so eng miteinander verknüpfte Lebensbereiche wie z.B. Wohnen, Leben, Arbeiten, Mobilität, Versorgung, Entsorgung ...) nachhaltig zu verbessern.

Zentrale Herausforderungen auf diesem Weg bestehen in der intelligenten und möglichst redundanzfreien Vernetzung sowie in der Bürgerintegration. Denn nur wenn es auf der einen Seite gelingt, die Verfahren, Prozesse, Datenerhebung, -haltung, -erarbeitung und -bereitstellung, etc., über alle Sektoren der Daseinsvorsorge hinweg stets nur einmal vorrätig zu halten und zu beherrschen, entsteht ein skalierbares und nachhaltiges Datenpanel, das zu einer smarten City entwickelt werden kann.

Auf der anderen Seite wird eine integrierte Stadtentwicklung ohne Beteiligung der Bürgerschaft und ohne Verzahnung aller kommunalen Sektoren wiederum nur schwerlich erfolgreich sein, da die öffentliche Diskussion eine wesentliche Voraussetzung für die Legitimierung und die Akzeptanz der Entscheidung ist.

Nicht mehr der Preis ist bestimmend, sondern ein gemeinsames Verständnis über die Erfolgsfaktoren eines nachhaltig autarken Systems „Kommune“. Je besser es also gelingt, die kommunalen Dienstleistungen wirksam im sozialen System „Kommune“ auf die Belange der Bürgerschaft und der Wirtschaft auszurichten, umso autonomer und stabiler wird schlussendlich das System „Smart City“. Die öffentliche Hand leistet mit dem Aufbau der Online-Verwaltung hierzu aktuell bereits einen wesentlichen Beitrag.

<sup>1</sup> Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung meint das Recht des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten zu entscheiden.

<sup>2</sup> Im Original: It is better to ask forgiveness than permission.

William Schmitt ist Vorstandsvorsitzender der ITEOS AöR

# Gemeinsam die Digitalisierung als Innovationen gestalten

Ein Werkstattbericht des Kommunalen Innovationscenter KIC@bw am Fraunhofer IAO

## A) Das Kommunale Innovationscenter KIC – Einordnung

Von Steffen Braun und Willi Wendt

Die Digitalakademie@bw ist eines der zentralen Innovationsprojekte der Landesstrategie digital@bw zur digitalen Transformation und Zukunftssicherung der Kommunen und Landkreise in Baden-Württemberg. Sie entwickelt als einzigartiges Kompetenznetzwerk neue Formate für Qualifizierung, Innovation, Wissenstransfer und kulturellen Wandel. Hierzu arbeiten die kommunalen Spitzenverbände Städtetag, Landkreistag und Gemeindetag BW, das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, das Fraunhofer IAO, das IAT der Universität Stuttgart, die Führungsakademie BW und die regionalen IT-Dienstleister seit Juli 2018 in vier Kompetenzzentren mit einer gemeinsamen Geschäftsstelle partnerschaftlich und interdisziplinär zusammen:

- Modul 1 „Digital Leadership“ (Leitung: Führungsakademie BW)
- Modul 2 „Kommunale Digitallotsen“ (Leitung: Kommunale Landesverbände)
- Modul 3 „Digitale Verwaltungsprozesse“ (Leitung: ITEOS)
- Modul 4 „Kommunales Innovationscenter“ (KIC@bw) (Leitung: Fraunhofer IAO)

Die Umsetzung neuer Lösungen in der Fläche findet nicht nur in den Ministerien selbst statt, sondern auch verstärkt in den Städten und Gemeinden vor Ort – in der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger. Die Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit bei der Digitalisierung, die Qualifizie-

rung durch neue Bildungsangebote, der Wissenstransfer über kommunale Grenzen hinweg und der Aufbau neuer Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, der kommunalen Wirtschaft und der Wissenschaft stellt somit einen der wichtigsten Erfolgsfaktoren dar, damit Baden-Württemberg die Digitalisierung für und mit den über elf Millionen Bürgerinnen und Bürgern gestalten kann.

Das kommunale Innovationscenter KIC@bw am Fraunhofer IAO in Stuttgart versteht sich dabei als offenes Zukunftslabor für alle interessierten Kommunen und Landkreise, um innovative Formate für Konzeptentwicklung, Wissenstransfer, Vernetzung oder Beteiligung gemeinsam mit wissenschaftlicher Unterstützung zu erproben und darüber hinaus Werkzeuge und Methoden zur Förderung von Innovationen im öffentlichen Sektor zu entwickeln.

## B) Studie „Innovation und Digitalisierung der Kommunen und Landkreise in Baden-Württemberg“

Von Veronika Prochazka

*Einblicke in die Studie Innovation und Digitalisierung*

Um Angebote und Formate zu entwickeln, die an den Bedarfen der Kommunen und Landkreise ausgerichtet sind, hat das Fraunhofer IAO im Rahmen des KIC@bw zunächst untersucht, wie innovativ und wie digital die öffentlichen Verwaltungen im Land heute bereits sind und welche Hürden sie bei innovativen Vorhaben erleben (Prochazka & Wiggartz, 2019)<sup>1</sup>. Dazu wurde Anfang 2019 eine Online-Befragung durchgeführt, an der 104 Kommunen (entspricht rund 10 %) und 26 Landkreise (entspricht mehr

als zwei Drittel) aus Baden-Württemberg teilgenommen haben.

Die Studie zeigt, dass die Kommunen und Landkreise die Relevanz von Innovation und Digitalisierung grundsätzlich sehr hoch bewerten. Jedoch fällt die Einschätzung der Befragten, wie digital und wie innovativ ihre jeweilige Verwaltung derzeit ist, deutlich bescheidener aus (ebd. S.9 ff). Auch wenn die Befragten die größten Hürden in den gesetzlichen Rahmenbedingungen und Förderstrukturen sowie in fehlenden Ressourcen sehen (ebd. S.39 ff), hängt die Innovativität einer Kommune oder eines Landkreises nicht von der Größe oder der finanziellen Ausstattung der Verwaltung ab. Vielmehr ist die Gestaltung der verwaltungsinternen Rahmenbedingungen entscheidend (ebd. S.19). Wenn eine öffentliche Verwaltung ein klares Zielbild hat, wie die Verwaltung sowie die Daseinsvorsorge von morgen aussehen soll, wenn sie die Arbeitsprozesse konsequent entlang dieses Ziels ausrichtet und die verschiedenen Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben entsprechend priorisiert, stehen die Chancen für die erfolgreiche Umsetzung von neuen Lösungen und Herangehensweisen grundsätzlich gut.

Ein zweiter Stellhebel, den die Verwaltungen selbst beeinflussen können, um ihre eigene Innovationskraft zu stärken, ist die Förderung einer offenen, auf Austausch und Zusammenarbeit ausgerichteten Organisations- und Arbeitskultur (ebd. S.25). In der Zusammenarbeit über Abteilungsgrenzen hinweg, über die eigene Region hinaus und mit Akteuren anderer gesellschaftlicher Bereiche liegt ein großes Potenzial, denn Neues entsteht, wenn man sich für andere Sichtweisen öffnet.

*Formate und Angebote des KIC@bw*

Natürlich ist nicht jede Kommune gleich und auch Landkreis ist nicht gleich Landkreis. Von zentraler Bedeutung sind auch Ressourcen, um neue Aufgaben bewältigen zu können. Dennoch haben es die Verwaltungen zumeist selbst in der Hand, ihre Innovationsfähigkeit zu stärken, indem sie an den genannten Stellschrauben ansetzen. Neben den Handlungsempfehlungen der Innovationsstudie wurden im KIC@bw folgende Formate für Kommunen und Landkreise entwickelt, um Innovationen in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg zu stärken:

- Experimentierräume für Beteiligung und offene Innovation:
  - Digital.Labor\*
  - Kreativformate, z.B. Civil City Challenge
- Netzwerken & Wissensaustausch:
  - Morgenstadt:Werkstatt\*
  - Innovationstage
  - Innovation Breakfasts
  - Innovationsnetzwerke zu Themen wie Mobility as a Service, Innovationskultur(en) in der öffentlichen Verwaltung oder datengestütztes Parkraummanagement
- Wissenserwerb & Methoden-Know How:
  - Werkzeugkasten mit Anleitungen für verschiedene Innovationsmethoden und -instrumente
  - Studien, z.B. zur Innovationsfähigkeit, zum Einsatz von KI in der Verwaltung\* oder zu rechtlichen Barrieren im Innovationsprozess
- Förderstrukturen & Drittmittel:
  - Fördermittelberatung

Darüber hinaus unterstützt das Fraunhofer IAO die Kommunen und Landkreise dabei, Zielbilder für die Verwaltung von morgen zu entwickeln und ihre Digitalisierungs- und Innovationsstrategie daran auszurichten.

Im Folgenden werden die drei Formate Digital.Labor, Morgenstadt:Werkstatt und die Innovationsstudie KI in der Verwaltung näher beleuchtet.

### C) Mobile Digital.Labore am Beispiel des Landkreises Biberach

Von Sven Funk

#### *Das Format des Digital.Labors*

Die Digital.Labore sind ein aufsuchendes Format, welches Experimentierräume schaffen und den Austausch zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Zivilgesellschaft anregen soll. In dem kooperativen Format werden in praktischer Zusammenarbeit gemeinsam innovative Lösungen entwickelt und umgesetzt.

Hierzu hat das Fraunhofer IAO einen speziellen Designprozess im *Makeathonformat* entwickelt. Bei einem „Makeathon“ (von „to make“ und „Marathon“) werden lokale Akteure aus Stadtverwaltung, Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und dem Kreativsektor zusammengebracht. In dem Prozess, der vom Fraunhofer IAO und dem assoziierten Partner des KIC@bw Tinkertank moderiert wird, werden nicht nur Ideen entwickelt und konzeptioniert, sondern auch prototypisch umgesetzt. Das Format ist individuell anpassbar und ermöglicht es, alle Fragestellungen rund um die urbane Digitalisierung gemeinschaftlich anzugehen.

Um die Möglichkeiten der Digitalisierung für Kommunen erlebbar zu machen, wird hierzu ein *mobiles Applikations- und Demonstrationslabor* genutzt. Das Labor besteht aus einzelnen Modulbausteinen in Form von Flight Cases, welche flexibel an die jeweiligen Anforderungen angepasst werden können und aufgrund ihres Designs leicht zu transportieren sind. Die Module reichen hierbei vom Sensorik-Baukasten zur Erfassung von Echtzeitdaten auf Basis einer offenen LoRa-Infrastruktur bis hin zur Virtual Reality Station für immersive Visualisierungen von Planungsgegenständen.

#### *Einblicke in das Digital.Labor Illertal im Landkreis Biberach*

Im *Digital.Labor Illertal* im Landkreis Biberach haben sich die Gemeinden Kirchdorf, Erolzheim, Kirchberg und Dettingen gemeinsam dem Thema Mobilität im ländlichen Raum im Kontext der Digitalisierung gewidmet. Zusammen mit Vertretern aus der Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wurden in einem kreativen Designprozess Ideen entwickelt, konzeptioniert und als Prototypen realisiert. Dabei stand die Frage im Vordergrund, wie die Digitalisierung genutzt werden kann, um die Attraktivität



Abbildung 1: Mobiles Applikations- und Demonstrationslabor der Digital.Labors

©Fraunhofer IAO, Ludmilla Parsyak



alternativer Mobilitätsangebote zu steigern.

Die Gemeinde Erolzheim nimmt aufgrund der Bündelung von Versorgungseinrichtungen eine zentrale Rolle im Illertal ein. Vor diesem Hintergrund wurde das System der digitalen *Mitfahrbank 2.0* als einer von vier *Prototypen* entwickelt. Dies soll den Gemeinden Dettingen, Kirchberg, Kirchdorf und Berkheim den Zugang zu bestehenden Versorgungseinrichtungen in Erolzheim ermöglichen, ohne dabei auf das eigene Fahrzeug oder den ÖPNV angewiesen zu sein. Die entwickelte Lösung nutzt hierbei das Prinzip der sogenannten „Mitfahrbank“. Dabei handelt es sich um eine im öffentlichen Raum aufgestellte Sitzbank mit besonderem Zweck: Durch das Platznehmen auf dieser Bank signalisieren die Wartenden, dass sie auf eine spontane, kostenlose Mitfahrgelegenheit im PKW zu einem bestimmten Ziel hoffen. Um die Sichtbarkeit der wartenden Personen zu erhöhen und eine effizientere Mitnahme zu ermöglichen, wurde dieses analoge System um ein digitales Anzeige- und Rufsystem erweitert. Hierbei werden an aktiven oder stillgelegten Haltestellen Touchdisplays angebracht, um so per „Knopfdruck“

aufzuzeigen, wohin man mitgenommen werden möchte. Die vorbeifahrenden PKW werden mittels Anzeigen unmittelbar vor den Haltestellen sowie am Ortseingang informiert und können die Wartenden zu ihrem Zielort mitnehmen. Neben dem entwickelten Prototyp auf Arduino-Mikrokontrollerbasis (siehe Abbildung 2) wurde die bestehende Haltestelle inmitten der Versorgungseinrichtungen mittels 360°-Fotografie aufgenommen und virtuell um die geplante Infrastruktur integriert. Diese kann nun am Computer oder mit einem Virtual-Reality-Headset angesehen und virtuell erlebt werden, ganz so, als stünde man direkt vor Ort.

## D) Gutachten zu KI-Anwendungsfeldern und -Szenarien für kommunale Einsatzbereiche

Von Felix Fabian Stroh

Im Rahmen einer im Dezember 2019 erscheinenden Studie hat das Fraunhofer IAO in Zusammenarbeit mit dem „The Open Government Institute (TOGI)“ der Zeppelin Universität Friedrichshafen untersucht, wie künstliche Intelligenz in den kommenden Jahren die Organi-

sation und Arbeitsweisen in der öffentlichen Verwaltung verändern wird. Dabei liefert das Gutachten einen Überblick der Fähigkeiten und Einsatzmöglichkeiten von KI im öffentlichen Sektor.

Bei den vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten, die Technologien der Künstlichen Intelligenz (KI) bieten, stellen sich nicht nur Unternehmen, sondern verstärkt auch öffentliche Verwaltungen die Frage, wie KI sinnvoll genutzt werden und ein erster Einstieg gelingen kann, um konkrete Einsatzpotenziale kennenzulernen. Die Studie soll dabei nicht nur einen Überblick über die Fähigkeiten und Einsatzmöglichkeiten von KI im öffentlichen Sektor liefern, sondern den Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung auch als Hilfestellung dienen, um die mit KI verbundenen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken abzuwägen und einschätzen zu können.

*Beispiele aus Anwenderperspektive machen KI-Potenziale greifbar*

Das Gutachten zielt darauf ab, nicht die theoretischen Möglichkeiten von KI-Technologien zu beleuchten, sondern vielmehr den potenziellen Anwenderinnen und Anwendern anhand von konkreten Beispielen aufzuzeigen, wie KI den Arbeitsalltag erleichtern kann. Um solche Beispiele zu identifizieren, haben sich KI-Expertinnen und -Experten im Mai und Juni 2019 im Rahmen von drei Workshops mit Verwaltungsmitarbeitenden und wissenschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern in den Städten Ulm, Mannheim und Stuttgart zusammengefunden, um bereits bestehende als auch potenzielle Anwendungsmöglichkeiten zusammenzutragen, zu diskutieren und zu bewerten.

Zu den möglichen Anwendungsbeispielen, die in der Studie vorgestellt werden, zählen unter anderem: Chatbots und persönliche Sprachassistenten, Service-Roboter als digitale Assistenten, sichere und dennoch einfache Methoden des persönlichen Zugangs zu virtuellen Systemen (Stichwort: Identitätsmanage-



Abbildung 2: Prototyp Touch-Display Mitfahrbank auf Arduino-Mikrokontrollerbasis

©Fraunhofer IAO, Ludmilla Parsyak



ment) oder auch Anwendungen des e-Governments für die Sachbearbeitung. Neben diesen Anwendungsbeispielen werden in der Studie auch Verfahren und Prozesse vorgestellt, Stärken und Schwächen analysiert und Empfehlungen mit Hinblick auf die Umsetzung abgegeben.

#### *Drei Zukunftsszenarien schildern vorstellbare KI-unterstützte Arbeitswelten*

Um eine Idee davon zu geben, wie die Arbeitswelt mit KI künftig aussehen könnte, schließt die Studie mit einer Darstellung von drei Zukunftsszenarien „Von KI-Systemen dominierte Verwaltung“, „KI-gestützter Überwachungsstaat“ und „Konstruktive Kombination von menschlicher und künstlicher Intelligenz“ und gibt konkrete Handlungsempfehlungen an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

### **E) Morgenstadt Werkstatt 2020 – Das Innovations-Festival für digitale Zukunftskommunen in Baden-Württemberg**

**Von Philipp Ciziroglu**

Die Morgenstadt Werkstatt bietet als Plattform zur Diskussion kommunaler Innovationen die passende Bühne zum Wissensaustausch und zur Schaffung neuer Innovationspartnerschaften für alle Akteure, welche die Stadt von morgen aktiv gestalten wollen.

Das Festival greift aktuelle Herausforderungen in ko-kreativen Formaten auf und in Kooperation mit relevanten Unternehmen und anderen Stakeholdern werden konkrete Lösungsansätze entwickelt. Im Fokus des Innovations-Festivals steht zudem die Vernetzung der Akteure, die sich mit dem Thema Stadt der Zukunft auseinandersetzen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich je nach Interesse ihr Tagesprogramm individuell zusammensetzen und haben außerdem die Möglichkeit, selbst Fragestellungen einzubringen oder ihre eigene Veranstaltung in die Werkstatt zu integrieren.

#### *Austauschplattform für kommunale Bedürfnisse und technologische Möglichkeiten*

Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes Baden-Württemberg wurde das Format der Morgenstadt Werkstatt entwickelt und 2015 zum ersten Mal durchgeführt. In den folgenden Jahren etablierte sich die Werkstatt als Baden-Württembergs größte Plattform für digitale und kommunale Innovation und als die Austauschplattform der Digitalakademie@bw.

Komplementär und aufgrund der großen Nachfrage zum Format der Morgenstadt Werkstatt wurden in diesem Jahr die Kommunalen Innovationstage Baden-Württemberg konzipiert und erstmalig durchgeführt. Als Austausch-

format, das sich vornehmlich an kleine und mittlere Kommunen wendet, bieten die Innovationstage eine wertvolle Ergänzung zur Morgenstadt Werkstatt im Hinblick auf die regionale Vernetzung im Land.

#### *Gemeinsam den digitalen Wandel gestalten*

Auch im kommenden Jahr, am 5. und 6. März 2020<sup>2</sup>, wird die Morgenstadt Werkstatt wieder zur deutschlandweiten Anlaufstelle für Akteure, die im kommunalen Umfeld die Digitalisierung im Blick haben. Mit interaktiven Formaten wie Key-Notes, Diskussionsrunden, Kreativ-Workshops, Live-Entwicklung von Geschäftsmodellen oder dem Bau von ersten Prototypen laden wir Kommunen, Städte und Landkreise, Start-ups und Unternehmen, Wissenschaft, Bürgerinnen und Bürger sowie Studierende herzlich dazu ein, gemeinsam mit uns die Kommune der Zukunft zu gestalten.

Bei der vierten Auflage des Innovations-Festivals geht es um die Digitalisierung von Landkreisen, Städten und Kommunen sowie um die Frage, welche Möglichkeiten der Zukunftsmarkt Stadt Unternehmen bietet.

Seien Sie dabei, wenn die Morgenstadt Werkstatt Anfang 2020 in die nächste Runde geht – ob als Partner oder im Rahmen einer Teilnahme.



Abbildung 3: Key Visual Morgenstadt Werkstatt 2020

©Fraunhofer IAO



Abbildung 4: Einblick in die Morgenstadt Werkstatt 2017

©Fraunhofer IAO



Abbildung 5: Einblick in die Morgenstadt Werkstatt 2017

©Fraunhofer IAO

## F) Begleitforschung und Beratung zum Landeswettbewerb „Digitale Zukunftskommune@bw“

Von Fatma Tek

Die Digitalisierung hat auf Landesebene Hochkonjunktur – die baden-württembergische Landesregierung hat die gesellschaftlichen Entwicklungs- und Veränderungsprozesse erkannt und verfolgt nun das Ziel Leitregion des Digitalen Wandels zu werden. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg fördert hierfür neben der Digitalakademie@bw und dem Kommunalen Innovations-Center (KIC) 55 Digitale Zukunftskommunen, Landkreise und Verbände bei der Realisierung von Modellvorhaben und unterstützt sie bei der Entwicklung ganzheitlicher Digitalisierungsstrategien.

*Was bedeutet Digitalisierung insgesamt für Verwaltungseinrichtungen? Welche Handlungsmöglichkeiten bleiben den öffentlichen Verwaltungen?* Die Verwaltungen müssen sich mit der Digitalisierung als auch den aktuellen Herausforderungen auseinandersetzen. In einer dynamischen Umwelt ist es wesentlich, flexibel zu sein und das Verwaltungshandeln entsprechend anzupassen. Offene Räume können gezielt als Blaupausen und für interkommunales Zusammenarbeiten genutzt werden. Denn die baden-württembergischen Verwaltungen stehen vor derselben Transformations-

problematik und können bestenfalls voneinander profitieren und miteinander lernen.

*Welche Rolle nimmt nun die Begleitforschung in diesem digitalen Transformationsprozess ein?* Um der Digitalisierung erfolgreich zu begegnen, braucht es eine Vision zur Zukunft der Verwaltung, klare Zieldefinitionen und schließlich innovative Maßnahmen und smarte Lösungen zur Umsetzung dieser Ziele. Hier setzt die Begleitforschung an – die geförderten Gewinnerkommunen werden laufend, wissenschaftlich und praxisbezogen unterstützt. Im Kern wird dabei (1) der interkommunale Wissensaustausch und die Vernetzung in Baden-Württemberg gefördert und (2) mit dem „Digitalen Kochbuch“ ein Handlungsleitfaden zur Entwicklung ganzheitlicher Digitalisierungsstrategien entwickelt, welcher auf erfolgreiche Prozessbeispiele aus Baden-Württemberg aufbaut<sup>3</sup>. Das Digitale Kochbuch wird kontinuierlich aktualisiert und ist allen Gemeinden, Kommunen und Landkreisen zugänglich.

So sollen auch außerhalb des Landeswettbewerbs alle öffentlichen Kommunalverwaltungen vom Wissen, den Kompetenzen sowie Leistungen der wissenschaftlichen Begleitforschung profitieren und gleichzeitig eine Offenheit für Digitalisierung und Veränderung geschaffen werden.

## G) Fazit

Das Kommunale Innovations Center KIC sowie die Begleitforschung der Digitalen Zukunftskommunen sind Ansprechpartner für Landkreise, Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg, die sich auf den Weg hin zum innovativen Lebens- und Arbeitsraum machen wollen und gewillt sind digitale Werkzeuge nutzenstiftend einzusetzen. Wir greifen dabei auf eine Vielzahl etablierte Formate zurück, von denen einige an dieser Stelle vorgestellt wurden. Aber darüber hinaus ist es unser großes Anliegen, gemeinsam mit allen Akteuren auch neue Formate zu entwickeln, welche die realen Probleme angehen und lösen, die sich im Rahmen der Digitalisierung landauf und landab in Landkreisen, Städten und Gemeinden ergeben.

<sup>1</sup> Prochazka, Veronika; Wingartz, Nathalie (2019): Innovation und Digitalisierung in den Kommunen und Landkreisen in Baden-Württemberg. Online verfügbar unter: [http://publica.fraunhofer.de/eprints/urn\\_nbn\\_de\\_0011-n-5552658.pdf](http://publica.fraunhofer.de/eprints/urn_nbn_de_0011-n-5552658.pdf)

<sup>2</sup> Weiterführende Informationen: <https://www.iao.fraunhofer.de/lang-de/veranstaltungen/669/morgenstadt-werkstatt-2020.html>; Anmeldung: [s.fhg.de/werkstatt-anmeldung](https://s.fhg.de/werkstatt-anmeldung)

<sup>3</sup> <https://www.befragung.iao.fraunhofer.de/3/limesurvey/index.php/779887?lang=de>

W. Wendt, S. Braun, V. Prochazka, S. Funk, F. F. Stroh, P. Ciziroglu und F. Tek sind die Ansprechpartner für das Kommunale Innovationscenter KIC@bw beim Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO, Stuttgart

# Vernetzung digitaler Zukunftsvorhaben in Modelllandkreisen

Von Michael Schlichenmaier, Stuttgart

Das Landkreiskonsortium „Digitale Landkreise@bw“ unter dem Konsortialführer Landkreis Karlsruhe und den weiteren Landkreisen Biberach, Böblingen, Konstanz und Tuttlingen als weitere Mitglieder ist mit seinem Beitrag „Vernetzung digitaler Zukunftsvorhaben in Modelllandkreisen“ als einer der Sieger im Wettbewerb „Digitale Zukunftskommune@bw“ hervorgegangen und wird vom Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes digital@bw gefördert.

Ziel der Landkreisisnitiative ist das Vorantreiben der Digitalisierung in ländlichen und urbanen Räumen durch eine umsetzungsorientierte, projektbezogene Vernetzung von Landkreisen auf der Grundlage einer ganzheitlichen strategischen Betrachtung. Kernstück des Modellvorhabens ist der Aufbau einer Plattform als Projekt-, Informations- und Wissensdatenbank, die die nachfolgend vorgestellten Pilotprojekte der fünf Landkreise in den Bereichen Bildung, Mobilität, eGovernment und Bürgerdienste sowie dem Gesundheitswesen abbildet.

## Projekt des Landkreises Karlsruhe – Schule 4.0

Ziel des Teilprojektes ist es, Schülerschaft und Lehrkräfte mit neuen Lernkonzepten und der Unterstützung neuer, digitaler Entwicklungen in der Lerntechnologie, fit für die digitalen Anforderungen des Lebens zu machen sowie die im Rahmen der Digitalisierungsstrategie „Digital@bw“ erprobten Leuchtturmprojekte engagiert weiterzuführen. Das Teilprojekt erleichtert, ergänzt und fördert die Bildungsangebote in den jeweiligen schulischen Einrichtungen. Neben dem Einüben der neuen Standards bei den Lernformen, soll auch der Umgang mit neuen digitalen Werkzeugen und Kommunikationsmitteln erarbeitet bzw. vermittelt werden. Zu diesem Zweck stattet der Landkreis Karlsruhe die Schulen in seiner Trägerschaft mit folgenden Technologien aus:

- Smight-Produkte aus der Palette der EnBW/Smight (Base-Power-Charger für E-Mobilität) sowie intelligent vernetzte Bereiche, die neben Beleuchtung auch Funktionen in Infrastruktur

(WLAN-Hotspot), Sicherheit (Notruf), Umwelt-Sensorik (Messungen/Anzeige) erfüllen.

- Interaktive, touch-sensible Tische, die das Lernen in Gruppen mit bis zu sechs Schülern ermöglichen, ebenso personalisierten, am Leistungsniveau-orientierten Unterricht.

- Digitale schwarze Bretter, welche die datenschutzkonforme Kommunikation zwischen Schulleitung/-verwaltung und den Schülern sowie Lehrern und Eltern(-vertretern) unterstützen. Diese können zudem aktuelle Informationen bereitstellen, welche differenziert nach Berechtigungsgruppen mittels einer App auch mobil abgerufen werden können.

Das Vorhaben verknüpft moderne Technologien im Bildungsbereich mit einem ganzheitlichen und innovativen pädagogischen Konzept, in dessen Mittelpunkt die nachhaltige Befähigung der Schüler steht, die Mehrwerte der Digitalisierung zu erschließen. Die Einführung der neuen Technologien wird einen direkt spürbaren Nutzen für die Schülerschaft im Umfeld von Smart City von heute und morgen haben.

Das Projekt wurde in bereits vorhandene Konzepte im Landkreis Karlsruhe mit eingebunden, wie z.B. „Schule 4.0“, wo



Lernfabrik 4.0

Foto: Landratsamt Karlsruhe



der Landkreis mit seinen Berufsschulen Pilotanwender im Bereich der Cloud-Technologie im Verwaltungsbereich ist. Elementare Rolle spielen die Anbindungen der Schulen an das Glasfasernetz sowie der Betrieb leistungsfähiger WLAN-Verbindungen, die an allen Standorten mit einem Standardsystem umgesetzt sind. Durch die Schaffung der entsprechenden IT-Infrastruktur und der Implementierung der im Projekt genannten Schwerpunkte ist eine Verknüpfung zwischen der Wirtschaft und den Bildungseinrichtungen möglich, welche sich jeweils in den Themen Entwicklung von Schul- und Bildungs-Cloud, Errichtung und Förderung der „Lernfabrik Industrie 4.0“ sowie Integration widerspiegelt.

Aufgrund gleicher bzw. sich ähnelnder Bildungsstrukturen sollen langfristig nicht nur Schülerinnen und Schüler des Landkreises Karlsruhe, sondern nach und nach in ganz Baden-Württemberg profitieren. Bei Umsetzung der beschriebenen Projekte können die Landkreise, Städte und Gemeinden auf eine stetig anwachsende Palette von Anwendungsfällen zugreifen und diese in die lokalen Schulstrukturen einbinden. Aufgrund



Digitales Schwarzes Brett

Foto: Landratsamt Karlsruhe

der Standardisierung und Dokumentation der Projektergebnisse wird dies ohne größeren Aufwand möglich sein. Bereitgestellt werden die abgeschlossenen Projekte über die eingerichtete Modellplattform beim Landkreistag Baden-Württemberg.

Erste umgesetzte Ergebnisse sind schon vorhanden. So ist der erste Schritt zur Ausstattung aller kreiseigenen Schulen mit Smight-Produkten bereits vollzogen. Beim Beruflichen Bildungszentrum Ettlingen wurden digitale schwarze Bretter installiert, die die Schulkommunikation modern, einfach und schnell machen.

Mit wenigen Klicks können damit Informationen an Schüler, Lehrer und Mitarbeiter der Schule verteilt, digital organisiert und kommuniziert werden. Via Touchscreen wird das DSB zum interaktiven Schüler/innen- und Lehrkräfte-Informationssystem ganz ohne Programmierkenntnisse. Die bereitgestellten Daten werden sekundenschnell und sicher verteilt und sind via App standortunabhängig anzeigbar.

**Projekt des Landkreises Biberach – Online-Sozialhilfeantrag**

Im Sozialdezernat des Landratsamtes Biberach wird durch Standardisierungen und Verbindung von eAkte und Fachverfahren über das Landesportal service-bw ein digitaler Prozess „Online-Sozialhilfeantrag“ für die Bürgerinnen und Bür-



In der Ludwig Guttmann Schule in Karlsbad-Langensteinbach erfolgte der Startschuss mit der Inbetriebnahme der ersten Smight-Säule.

Foto: Landratsamt Karlsruhe





Digitale Antragsbearbeitung

Foto: Landratsamt Biberach

ger geschaffen. Das Projekt besteht aus drei Bausteinen:

- Erarbeitung von Standards im Dokumentenmanagement
- Entwicklung von Schnittstellen zwischen Fachverfahren, eAkte und Online-Plattform „service-bw“
- Bereitstellung eines Online-Grundsicherungsantrags für die Bürgerinnen und Bürger

Das Biberacher Teilprojekt erzeugt eine eGovernment-Anwendung: Bürgerinnen und Bürger können einen Grundsicherungsantrag online über ein Bürgerkonto bei service-bw aufrufen und ausfüllen. Syntaxprüfungen steuern, dass nur die Daten abgefragt werden, die zwingend erforderlich sind. Der Kunde sieht nur den Teil des Antrags, der für seine konkrete Lebenssituation relevant ist.

Schnittstellen sorgen dafür, dass die Daten zwischen Bürgerkonto und Sozialamtsfachprogramm ausgetauscht werden (in beide Richtungen). Alle Unterlagen werden automatisiert in der eAkte abgelegt. Die ganze Kommunikation kann über service-bw erfolgen. Auch die Nachforderung/Nachreichung fehlender Unterlagen. Den endgültigen Bescheid erhält der Bürger ebenfalls online über diesen Weg.

Oberste Prämisse dieser Onlineanwendung ist, dass sie dem Bürger nutzt. Für ihn entfallen insbesondere Wege auf das Amt. Ferner braucht es kein Papier mehr und der Antrag kann unabhängig von Zeit und Ort gestellt werden. Dadurch werden seine Anliegen einfacher und schneller bearbeitet. Positiver Nebeneffekt für die Verwaltung ist die klare Strukturierung der Verwaltungsabläufe und die medienbruchfreie Dokumentation in einer eAkte. Nicht zu unterschätzen ist ein möglicher Imagegewinn für die Verwaltung durch eine verbesserte Außerdarstellung (Stichwort Digitalisierung).

Das Projekt ist nicht spezifisch auf die Organisationsstrukturen des Biberacher Landratsamtes zugeschnitten. Der

Online-Antrag wurde in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen entwickelt und von Bürgern getestet. Die Programmierung wurde nach den Standards von service-bw umgesetzt. Die geschaffenen Schnittstellen zwischen den einzelnen Modulen werden noch dokumentiert und nach Projektabschluss auf der Internetplattform des Landkreistages als Vorlage für andere Kommunen bzw. für andere Online-Prozesse bereitgestellt.

Das Landratsamt Biberach plant, die eGovernment-Anwendung „Online-Grundsicherungsantrag“ noch im Jahr 2019 auf dem Landesportal service-bw für seine Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen.

## Projekt des Landkreises Böblingen – Digitale Zukunftskommune BB

Das Projekt „Digitale Zukunftskommune BB“ ist ein Projekt des Smart City Living Lab Böblingen, in dem im Landkreis Böblingen intelligente, bürgerrelevante Services zur multimodalen Nutzung von Mobilitätsmitteln (z.B. Verkehrsflussoptimierung, Smart Parking, Optimierung der öffentlichen Verkehrsmittel wie Bus, S-Bahn, etc.) entwickelt und exemplarisch umgesetzt werden. Eine rechtlich geprüfte Steuerungsstruktur als selbständige Organisationseinheit soll die Verwaltung von Daten aus unterschiedlichen Quellen im Sinne eines Open Data-Ansatzes organisieren.



Quelle: Landratsamt Böblingen

Die thematischen Arbeitsschwerpunkte liegen in den folgenden Bereichen

- Konzeption und Schaffung technischer Grundlagen für den Betrieb eines Datenportals, um unterschiedliche Datenquellen in das Datenportal integrieren zu können
- Daten über eine Applikation für Bürger verfügbar machen
- Entwicklung rechtlich geprüfter Konzepte für die Datenerfassung und -nutzung, für einen sicheren Zugriff sowie für die Verwertung.
- Entwicklung von kommunalen Geschäftsmodelle für ausgewählte Use-Cases
- Konzept zur Kommerzialisierung des Datenpotentials der Plattform auf Basis standardisierter Schnittstellen
- Testen von datenbasierten Mobilitäts-services und schrittweise auf die Mobilitätsinfrastruktur in kommunalen Räumen übertragen

Eine erstmalige Umsetzung einer integrierten Datenplattform für verschiedene Mobilitätsmittel, die Gestaltung einer Organisationseinheit für das Datenmanagement, die Klärung der damit verbundenen Grundfragen sowie der Aufbau einer Open Data-Plattform, ist ein innovatives Unterfangen im Projekt Digitale Zukunftskommune BB.

Eine nachhaltige Finanzierung des Datenportals und der damit verbundenen Mobilitätsplattformen kann durch die Vermarktung von Daten an industrielle Partner sichergestellt werden. Die Kommerzialisierung von Mobilitätsdaten bietet über die Nutzung von Schnittstellen eines Datenportals außerdem Geschäftsmodelle für einen weiteren Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur.

Zur Entwicklung und Erprobung innovativer Informations- und Kommunikationstechnologien für die Stadt von morgen, mit Mobilität als zentralem Faktor, ist die Umsetzung einer integrierten Open Data-Plattform in zwei Phasen aufgeteilt.

Im ersten Schritt der Planungs-Phase werden unterschiedlichste nationale als auch internationale Open Data-Plattformen hinsichtlich Funktionalität, Schnittstellen, Zielgruppen und Betreibermodelle analysiert. Basierend auf der Analyse und den lokalen Anforderungen der Kommunen und Städte, des Landkreises und der Bürger erfolgt das Design der Architektur der Mobilitätsplattform. In der Umsetzungs-Phase werden die gewonnenen Erkenntnisse exemplarisch umgesetzt, hierfür werden Pilot-Projekte (Use-Cases) mit den Partnern entwickelt.

Ganz im Gedanken eines RealLabors werden im Rahmen von Co-Creation Workshops in direkter Zusammenarbeit mit den zentralen Akteuren (Kommunen, Städte und Unternehmen) Pilot-Projekte identifiziert. So steht in Herrenberg die Nutzung von LoRaWAN-Netzwerken im Fokus. Hierbei werden Pilot-Projekte wie eine intelligente Parkraumüberwachung und ein Parkleitsystem behandelt. Mit der Stadt Böblingen wird untersucht inwieweit städtische Daten als Open Data zur Verfügung gestellt werden können und welche Anforderungen sich an die städtische IT-Infrastruktur ergeben.

#### *Projektbeteiligte:*

Der Landkreis Böblingen ist Projektkoordinator für das Teilprojekt „Digitale Zukunftskommune BB“. Der Landkreis übernimmt die Kommunikation mit den Städten und Kommunen des Landkreises und informiert über entsprechende Kanäle über das Projekt. Das Justizariat sorgt überdies für die datenschutzrechtliche Begleitung des Gesamtprojekts.

Die Hochschule Reutlingen ist als Forschungspartner am Projekt beteiligt und bringt ihre Expertise in der Konzeption des Datenportals als auch dem Entwickeln von neuen Geschäftsmodellen mit ein. Hierbei wird ein erster Prototyp des Datenportals entwickelt und implementiert.

Das Design des Datenportals geschieht in enger Zusammenarbeit mit den Pro-

jektpartnern. Im Rahmen von Geschäftsmodellworkshops werden bestehende als auch neue Geschäftsmodelle modelliert, um deren Finanzierbarkeit zu prüfen. Die digitale Heimat als Experte im Online Marketing, Webprogrammierung und App-Entwicklung ist im Projekt für die Front-End-Entwicklung des Datenportals zuständig. Hierbei liegt der Fokus auf einer Zielgruppengerechten Kommunikation des Datenportals und den Services.

Böblingen beteiligt sich im Projekt mit Pilot-Projekten; gemeinsam mit relevanten Akteuren der Stadt werden in der ersten Phase städtische Daten gesichtet und deren Nutzung für Mobilitäts-services geprüft. Themen hierbei sind Parkraumbewirtschaftung, Planung und Betrieb von Baustellen als auch Verkehrsfluss-Optimierung durch Nutzung von städtischen Sensordaten und GIS-Systemen.

Das Amt für Technik, Umwelt, Grün (TUG) aus Herrenberg arbeitet momentan an einem offenen Netz basierend auf der LoRaWAN-Funktechnologie, indem unterschiedlichste Sensoren integriert werden können. Erste Anwendungsfälle gibt es in den Bereichen Winterdienst, der Leerung von öffentlichen Mülleimern und der Erfassung lokaler Wetterdaten. In Herrenberg wird daran gearbeitet, weitere Services für den Bereich Mobilität in die bestehende Infrastruktur zu integrieren.

Wie LoRaWAN in Herrenberg momentan genutzt wird, können Sie hier sehen. Die mhascaro GmbH ist ein innovatives KMU aus Herrenberg, welches sich auf Software-Entwicklung und Datenanalyse in den Bereichen Smart City und IoT (Internet of Things) spezialisiert hat. mhascaro unterstützt das Projekt bei der Entwicklung von Sensornetzwerken basierend auf der LoRaWAN-Funktechnologie. So werden technische Anforderungen, die sich aus Implementierungssicht ergeben, direkt mit dem Projektteam besprochen und an Lösungen gearbeitet.

## Projekt des Landkreises Konstanz – Digitale Kfz-Zulassung

Im Rahmen des Förderwettbewerbs „Digitale Zukunftskommune@bw“ übernimmt der Landkreis Konstanz das Projekt „Digitale Kfz-Zulassung“ und entwickelt einen ganzheitlichen, medienbruchfreien Prozess einer elektronischen Kfz-Zulassung. Im Rahmen eines Forschungsauftrages wurden europaweite Best-Practice-Fälle analysiert und funktionierende innovative Bausteine aufgenommen. Im nächsten Schritt wurde ein entsprechender Prozess einer medienbruchfreien Kfz-Zulassung modelliert. „Schneller zulassen als Probe fahren“, lautet die Devise des digitalen Kfz-Prozesses. Herzstück ist eine zentrale Datenbank. Diese beinhaltet die für den Prozess relevanten Informationen wie die Fahrzeugidentifikationsnummer (kurz FIN) und die Führerschein- und Halterinformationsdaten. Mit Hilfe eines Berechtigungskonzeptes können diese Daten von den Prozessbeteiligten abgerufen und weiterverarbeitet werden. Der entwickelte Modellprozess wurde aus Sicht der Kunden gedacht mit dem Ziel einen spürbaren Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung zu schaffen. Das Landratsamt Konstanz stellte am 15. August 2019 erstmals den entwickelten Modellprozess vor Fachexperten und Stakeholdern aus den Bereichen Verwaltung, Politik und Wirtschaft vor. Parallel wurde eine landesweite Umfrage zur Digitalisierung der Kfz-Zulassung sowie zu den Erfahrungen und der Einschätzung der Zukunftsfähigkeit von i-Kfz bei den Zulassungsstellen aller Landkreise und der kreisfreien Städte durchgeführt. Die Fachexperten und Stakeholder sind sich einig: der vorhandene Prozess „i-Kfz“ des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur ist mit den bestehenden Medienbrüchen kein zukunftsfähiger Lösungsansatz. Vielmehr wird der Prozess als das Ergebnis eines „Kompromisses“ nach einem Jahrzehnt Arbeit bezeichnet.



Quelle: Landratsamt Konstanz

Ein Kompromiss, der aber mit Hilfe der entwickelten digitalen Kfz-Zulassung zu einem innovativen und ganzheitlichen Ansatz weiterentwickelt werden kann. Gleichzeitig besteht hinsichtlich der hohen Fallzahlen eine entsprechende Wichtigkeit zur Digitalisierung dieser Verwaltungsdienstleistung. Mit den gewonnenen Erkenntnissen aus dem Modellprojekt „Digitale Kfz-Zulassung“ im Rahmen der Digitalen Zukunftskommune@bw könnte man neue Impulse aufnehmen, um gemeinsam einen dienstleistungsorientierten Prozess zu entwickeln, welcher die Kundenschaft und die Kfz-Zulassungsstellen entlastet.

Im nächsten Schritt werden die rechtlichen Rahmenbedingungen des Musterprozesses erarbeitet sowie ein Prototyping angestoßen, um den Prozess in einer App mit den Funktionalitäten der beschriebenen Datenbank im Ablauf des Modellprozesses bei Verwendung von Testdaten abzubilden. Die nächsten Schritte zur Umsetzung des innovativen Prozesses setzen die Überwindung technischer und rechtlicher Herausforderungen voraus. Ziel bleibt es, die Voraussetzungen für einen Live-Test des Musterprozesses beispielsweise mit der

Einführung einer Experimentierklausel zu schaffen sowie einen Projektaustausch mit dem Projekt i-Kfz zu forcieren, um die Erkenntnisse aus dem Modellprojekt wirksam einzubringen.

Der Landkreis Konstanz dankt der Landesverwaltung und dem Kreistag für die Projektförderung, die es ermöglicht ein so innovatives Projekt voranzutreiben. Des Weiteren richtet sich der Dank an alle Unterstützer aus Verwaltung und Wirtschaft, welche mit Ihren Ideen und Ihrer Expertise maßgeblich zum Projekterfolg beitragen. Nur gemeinsam kann es gelingen die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung aktiv zu gestalten.

## Projekt des Landkreises Tuttlingen – E-Health / Videosprechstunde

*Die Zahl der Menschen, die pflegebedürftig werden, steigt in den kommenden Jahren weiter an, gleichzeitig zeichnet sich ein Ärztemangel, insbesondere auch in ländlichen Gebieten, ab. Inwieweit digitale Angebote hier helfen können, die Versorgung zu verbessern, ist Kernfrage unseres Projektteils im Landkreis Tuttlingen.*

Die Videosprechstunde hat zum Ziel, die ärztliche Versorgung von Pflegeheim-

bewohnern und die Zusammenarbeit zwischen Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen zu unterstützen. Die Projektpartner möchten gemeinsam erreichen, dass „unnötige“ und für die Bewohner zum Teil belastende Anfahrten zum Arzt sowie Wartezeiten und eine daraus resultierende Ansteckungsgefahr in der Praxis reduziert werden. Die Bewohner können so auch im gewohnten Umfeld verbleiben. Die elektronische Arztvisite soll zudem zeitnahe und bedarfsorientierte Arzt-Patienten-Kontakte sowie den Zugang zu räumlich entfernten Ärzten ermöglichen. Darüber hinaus verfolgt der Ansatz das Ziel, unkoordinierte Anrufe und Faxe zwischen der Pflegeeinrichtung und Arztpraxis zu reduzieren sowie die Visite im Heim zeitlich planbar zu machen, damit diese besser in die Arbeitsabläufe integriert werden kann.

Seit 2017 kann die Videosprechstunde gesetzlich krankenversicherten Patienten angeboten werden, welche bereits in der regulären Sprechstunde gewesen sind. Während Videosprechstunden zu Beginn nur bei ausgewählten Krankheitsbildern – beispielsweise bei Verlaufskontrollen von Operationswunden oder Hauterkrankungen – durchgeführt werden konnten, gibt es seit April 2019 keine Indikationsbeschränkungen mehr. Der Arzt entscheidet über den sinnvollen Einsatz der Videosprechstunde und ob diese unter den vorhandenen Gegebenheiten durchgeführt werden kann. Eine Voraussetzung hierfür ist natürlich die Einwilligung des Patienten.

Zur Durchführung der Videosprechstunde muss ferner ein zertifizierter Vi-



Quelle: Landratsamt Tuttlingen

deodienstanbieter eingesetzt werden, der für Datenschutz und Datensicherheit sorgt. Der Hausarzt und die Pflegefachkraft, welche gemeinsam mit dem Bewohner die Videosprechstunde durchführen, haben ein Tablet mit Internetanschluss, Kamera, Mikrofon und Lautsprecher im Einsatz. Zu einem vereinbarten Zeitpunkt wählen sich der Arzt und die Pflegefachkraft gemeinsam mit dem Bewohner bei dem Videodienstanbieter ein.

Neben der Videosprechstunde sind weitere Maßnahmen wie beispielsweise Videokonferenzen/Konsile zwischen Haus- und Fachärzten oder Telemonitoring bei chronisch Erkrankten möglich. In enger Abstimmung mit den Akteuren vor Ort und deren Bedarf entsprechend soll die Umsetzung weiterer Anwendungen

erprobt werden. Der Landkreis Tuttlingen sieht sich hierbei vor allem in der Rolle, Vernetzung zu schaffen und die Akteure vor Ort zusammenzubringen, diese bei der tatsächlichen Umsetzung digitaler Anwendungen zu unterstützen sowie zu gewährleisten, dass alle Bevölkerungsgruppen vom Fortschritt der Digitalisierung im Gesundheitsbereich profitieren.

Michael Schlichenmaier ist beim Landkreistag Baden-Württemberg in der Stabsstelle Digitalisierung für die Schwerpunkte Digitale Infrastruktur, digitale Innovation und digitale Wirtschaft zuständig.



# INDILAKO „sichere E-Mail-Kommunikation“

**Konsolidierung und Vereinheitlichung der Kommunikationswege:  
18 Landkreise machen sich gemeinsam auf den Weg**

Von Daniel Trimpin, Heidelberg

Am 25. Oktober 2019 fand die Kick-Off-Veranstaltung zum INDILAKO „sichere E-Mail-Kommunikation“ statt. Insgesamt 20 interessierte Landkreise sowie Vertreter des kommunalen Rechenzentrums ITEOS trafen sich in den Räumlichkeiten des Landratsamtes Enzkreis in Pforzheim.

Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung in das Thema INDILAKO (Initiative Digitale Landkreiskonvois) durch Frau Krüger vom Landkreistag Baden-Württemberg, skizzierte Herr Trimpin vom Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis die Ausgangslage im eigenen Haus. Von „De-Mail“, über die „virtuelle Poststelle“ bis hin zum „beBPo“ (besonderes elektronisches Behörden-Postfach) sind insgesamt ein halbes Duzend Verfahren im Einsatz, die eine möglichst sichere und Datenschutz-konforme Kommunikation ermöglichen (sollen).

Konsolidierung der Verfahren, Benutzerfreundlichkeit sowie Datenschutz und Informationssicherheit lauteten die Ziele am Ende seiner Präsentation.

In der anschließenden Diskussionsrunde offenbarte sich in den anderen Landratsämtern ein vergleichbares Bild: Vier Themenschwerpunkte, die nun gemeinsam bearbeitet werden sollen, zeichneten sich ab:

- Kommunikation zum Bürger
- Weiterentwicklung der E-Mailkommunikation im Rahmen von service-bw
- Kommunikation untereinander (zwischen den Kommunen) und außerhalb des LVN/KVN
- Zertifikate

Abschließend wurde Herr Trimpin zum „Konvoi-Führer“ gewählt und die weitere Vorgehensweise besprochen.

Bis zum Stichtag am 8. November 2019 hatten 18 Landkreise verbindlich zugesagt.

Ein erstes Projekt-Treffen findet noch 2019 in Heidelberg statt. Um weite Anreisen und eine zu große Projektgruppe zu vermeiden, sollen die einzelnen Themenschwerpunkte zukünftig dann voraussichtlich in regionalen Klein-Gruppen bearbeitet werden.

Durch den vertieften Austausch mit dem Innenministerium zu INDILAKO und dem Konvoi wurde seitens des Innenministeriums eine stärkere Beteiligung an dem Konvoi „sichere E-Mailkommunikation“ angedeutet.

Daniel Trimpin ist Beauftragter für E-Government beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

## Mitten im digitalen Fluss: Digitale Agenda und E-Government als Schlüsselprojekt der Kreisverwaltung im Alb-Donau-Kreis

Von Jochen Rechsteiner und Désirée Krumrey, Ulm

Keine Frage: Der digitale Wandel bietet große Chancen, Wohlstand und Lebensqualität zu steigern und Deutschlands Zukunftsfähigkeit zu sichern. Die Digitalisierung stellt für praktisch alle Akteure der Gesellschaft eine Herausforderung dar. Die Landkreisverwaltungen sind voll davon erfasst – mit Blick auf ihre Aufgaben, die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern, anderen Behörden und Organisationen.

Das Landratsamt Alb-Donau-Kreis arbeitet stetig daran, sich sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter digital weiterzuentwickeln und auf Augenhöhe

mit der technischen Entwicklung zu agieren. Dabei stehen vor allem die Themen Transparenz, Effizienz und Zusammenarbeit im Fokus. Mit der „Digitalen Agenda LRA ADK“ wird der digitale

Wandel im Landratsamt strukturiert, gestaltet und koordiniert.

Die E-Government-Gesetze des Bundes und des Landes waren Anlass, die bisherige elektronische Verwaltungsarbeit des Landratsamts weiter auszubauen und in eine Gesamtstrategie zu bringen. Für Landrat Heiner Scheffold ist dies auch eine große Chance für die Kreisverwaltung: „Eine Kreisentwicklungspolitik, welche die Digitalisierung in den unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbe-

reichen mit im Blick hat, muss dies auch in ihrer inneren Organisation und in der Kommunikation mit den Bürgern aktiv betreiben. Hier wollen wir vorn mit dabei sein.“

## Ziele und Inhalte der Digitalen Agenda des Landratsamts

Die „Digitale Agenda LRA ADK“ wurde im Frühjahr 2017 vom Kreistag des Alb-Donau-Kreises beschlossen. Dieses Arbeitsprogramm zur Digitalisierung umfasst eine Reihe von Projekten und Initiativen, die das Ziel haben, bisherige Geschäftsprozesse zu verändern, um sie künftig medienbruchfrei, also vollständig elektronisch abwickeln zu können. Zur Umsetzung der Agenda-Ziele wurde eine Projektorganisation aufgebaut. Eine Lenkungsgruppe (Landrat, Erster Landesbeamter, Dezernenten, Vertreter aus dem Personalrat) steuert das Gesamtprojekt. Gesamtprojektleiter ist Jochen Rechsteiner, Leiter des Fachdienstes Digitalisierung, Informationstechnik und Organisation.

Darüber hinaus wurde in jedem Fachdienst des Landratsamts ein E-Government-Team ins Leben gerufen, das die Optimierung und Digitalisierung der fachdienstspezifischen Geschäfts-

prozesse voranbringt. Die E-Government-Teams greifen dabei auf die Instrumente der Digitalen Agenda zurück. Im ersten Halbjahr 2018 gab es mit den Teams acht Kick-Off-Besprechungen, in denen die Projektleitung die Grundlagen des Geschäftsprozess- und Projektmanagements, konkrete Vorgehensweisen für die Arbeit in den E-Government-Teams und die Nutzung von Digitalisierungsinstrumenten erläuterte.

Die Digitale Agenda ist das Arbeitsprogramm zur weiteren Digitalisierung der Geschäftsprozesse innerhalb des Landratsamts und mit seinen Kunden. Zielrichtung ist das digitale Landratsamt und die Gestaltung der Entwicklung hierzu. Die Agenda dient als Orientierungsrahmen und bildet die Werkzeuge für die digitale Transformation ab. Sie schafft Transparenz für die Beschäftigten und bezieht diese in den jeweiligen Projekten verantwortlich mit ein. Die „Digitale Agenda LRA ADK“ ist in fünf Projektbereiche unterteilt, die wiederum eine Reihe von Teilprojekten beinhalten:

### Basiskomponenten für E-Government

Zu den Basiskomponenten gehören Themen wie der Wegfall von Schriftformerfordernissen, elektronische Formulare oder die elektronische Aktenführung.

### E-Government für die Öffentlichkeit

Hier sind öffentlichkeitswirksame Projekte wie etwa Social Media und service-bw mit seinen Servicekonten angesiedelt.

### Aufgabenbezogenes E-Government

Hier sind Themenfelder für die Erledigung der Fachaufgaben in den Fachdiensten zugeordnet. Dazu gehören Verfahren wie eVergabe, eRechnung oder auch die Teilnahme an den unter dem Dach des Landkreistags initiierten INDILAKOS – Initiative Digitaler Landkreis Konvois.

### IT-Infrastruktur

Mit zunehmender Digitalisierung wachsen die Anforderungen an die technischen Systeme und die Abhängigkeit von diesen Systemen. Themen wie Verfügbarkeit, IT-Sicherheit, Arbeitsplatzausstattung oder Mobile Computing sind in diesem Themenbereich zu finden.

### Begleitprojekte

Hier werden begleitende allgemeine Themen bearbeitet. Eine wichtige Rolle für die erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung ist die Kommunikation der Digitalen Agenda und die Entwicklung der E-Government Kompetenz im Haus. Die Digitale Agenda wird halbjährlich fortgeschrieben und der Inhalt an aktuelle Entwicklungen angepasst.

### Projektmanagement

Die Lenkungsgruppe unter Vorsitz von Landrat Heiner Scheffold steuert das Gesamtprojekt Digitale Agenda und entscheidet über Handlungsempfehlungen und Maßnahmenvorschläge der in den Teilprojekten tätigen Projektgruppen. Die Teilprojekte der Digitalen Agenda werden von den jeweiligen Projektleitern verantwortet. Die Leiter der Teilprojekte sind verantwortlich für die Steuerung der Projektaktivitäten, die Kommunika-



Abbildung 1: Kick-off für die E-Government-Teams der Fachdienste Quelle: Landratsamt Alb-Donau-Kreis

A	B	C	D	E
Ressortgruppen für E-Government	E-Government für Öffentlichkeit	Aufgabenbereichs E-Government	IT-Infrastruktur	Regelprojekte
A 1: Gestiehrter elektronischer Zugang	B 2: Home Page des LRA	C 1: Informationsystem (PIS) mit Bürgerbüro-System	D 1: Arbeitsplatz-Ausstattung, LRA-Rechenzentren, Netzwerkb	E 1: Kommunikation der Digitalen Agenda
A 2: On-Mail	B 3: Serviceportal "Servicebar" und Servicekonten	C 2: Software „Pflichtbescheinigung“	D 2: Informationsicherheit (IT-Sicherheit)	E 2: „Gesamt-Kompetenz der MA (weiterentwickelt)“
A 3: Elektronische Formulare	B 4: Open Data (GovData)	C 3: eWerbung	D 3: Nachhaltige IT im LRA (Green IT)	E 3: Datensicherungs-Grundverordnung (EU-DSGVO)
A 4: Wegfall von Schriftformerfordernissen	B 5: Social Media	C 4: eFischerei	D 4: Neuenrolabung (LWL)	E 4: Registrierungsordnung LRA ADK
A 5: Elektronische Bescheidmöglichkeiten		C 5: Georeferenzierung von Registern	D 5: WLAN im LRA	E 5: Muster-Dienstleistung „Digitale Signaturen“
A 6: Elektronischer Rechtsverkehr mit Gerichten		C 6: EA 2.0 (Einheitlicher Ansprechpartner im Sinne der EU-Geschäftsprozessrichtlinie)	D 6: Telekommunikation	E 6: Dienstvereinbarung Internat
A 7: Elektronische Aktenführung (eAkte)		C 7: DIMAG (Software für digitale Langzeitarchivierung)	D 7: Rechenzentrum Haultsch	E 7: IT-Personal für die öffentliche Verwaltung
A 8: Erweitertes Scannen		C 8: I-KFZ (Spalten 2 und 3)	D 8: Telearbeit	<b>Neu: E 8: IT-Organisation Digitalisierung</b>
A 9: eMAB-Vereinbarung der EU (Digitale Signatur)		C 9: Digitale Literatur (Bewerte, Rechtsprechung, Kommentare, usw.)	D 9: Mobile Computing	
		C 10: GIS (Geografisches Informationssystem „Web-Office“)	D 10: Migration Windows 10 und Office 2016	
		<b>Neu: C 11: eEinkauf (TEK)</b>	<b>Neu: D 11: Spartenanmeldung</b>	
		<b>Neu: C 12: INCLARO Online Antrag von Vermögensgegenständlichkeiten</b>		
		<b>Neu: C 13: INCLARO Behörde nach dem Informationsgesetz</b>		
		<b>Neu: C 14: Wirtschaftsinformationssysteme</b>		
		<b>Neu: C 15: Fachrechtshilfe Landkreis</b>		
		<b>Neu: C 16: Aus: Apparat gesteuert:</b> - B 1: Elektronische Informationen und Verfahren (B 2 E-GovC) - B 6: Informationsmanagement (B 7) Informationsweitervermittlung (B 8, B 11)		
		<b>Neu: C 17: Digitales Apparatieren</b> - C 10: Neues Netz (Rechenzentren)		
			<b>Neu: D 12: Apparat gesteuert:</b> - D 4: Rechenzentrum Landkreis	

Abbildung 2: Digitale Agenda Landratsamt Alb-Donau-Kreis (Stand: Juli 2019)

Quelle: Landratsamt Alb-Donau-Kreis

tion innerhalb des Teams, die Führung des Projektteams, sachgerechte Problemlösungen, die Kosten- und Terminüberwachung. Das Projektteam kann aus ständigen Mitarbeitern und zeitweiligen Mitarbeitern mit „Freistellung“ für die Projektarbeit bestehen.

Die Projektleitung für das Gesamtprojekt „Digitale Agenda LRA ADK“ liegt beim Fachdienst Digitalisierung, Informationstechnik und Organisation.

### Projektaufträge und -abwicklung

Die Teilprojektleiter erhalten von der Gesamtprojektleitung einen mit der Lenkungsgruppe abgestimmten Projekt-Steckbrief für die Teilprojekte. Darin sind festgehalten: der Projektauftrag, eine Themen-Kurzbeschreibung, die Teilprojekt-Organisation, Sachstands-Vermerke, erarbeitete Handlungsempfehlungen, Maßnahmenvorschläge, Entscheidungen, usw. Der Projekt-Steckbrief ist Basis für die halbjährlichen Sachstandsberichte an den Gesamtprojektleiter bzw. die Lenkungsgruppe.

### Digitalisierung ist Geschäftsprozessorganisation

Die Digitalisierung wirkt sich auf alle Arbeitsabläufe und einzelne Aktivitäten in den Fachdiensten aus. Deshalb muss jeder relevante Geschäftsprozess betrachtet werden. Dadurch können Verbesserungen bei der Digitalisierung der Prozesse erkannt oder auch Schwachstellen im aktuellen Prozess identifiziert werden. Einen nicht optimalen analogen Prozess 1:1 zu digitalisieren führt nämlich nicht automatisch zu einer Verbesserung. An der Optimierung und Digitalisierung der Geschäftsprozesse hin zur Medienbruchfreiheit arbeiten die 23 E-Government-Teams der Fachdienste. Das reicht von der Ist-Aufnahme des Geschäftsprozesse bis hin zum konkreten Maßnahmenkatalog für die Umsetzung und die Überprüfung des Soll-Prozesses für die Digitalisierung.

Die Visualisierung erfolgt dabei in der Swimlane-Ansicht. Ein wesentliches Kennzeichen dieser Methode ist die Möglichkeit schnell, leicht erfassbar und strukturiert Prozesse abzubilden – als visuelle Darstellung in Form von Ablauf- oder Flussdiagrammen.

### Projektbüro Digitale Agenda wirkt koordinierend und unterstützend

Hilfestellung zur methodischen Vorgehensweise und zum Umgang mit den vielfältigen Digitalisierungsinstrumenten (Servicekonten, elektronische Formulare, Digitale Signatur, usw.) erhalten die E-Government-Teams vom zentralen Projektbüro Digitale Agenda. Die beratende Teilnahme an Sitzungen der „eGov Teams“ und die Koordination von halbjährlichen Treffen der eGov-Teamleitungen ist eine zentrale Aufgabe des Projektbüros. Der Versand von Newsletter zu Themen der Digitalisierung gehört ebenso in das Aufgabenfeld.

### Einführung der eAkte in Fachdiensten bis Ende 2021

Die flächendeckende Einführung der elektronischen Aktenführung ist bis zum 31. Dezember 2021 geplant, analog zu den Vorgaben für Landesbehörden im E-Government Gesetz Baden-Württemberg. Die elektronische Aktenführung mit dem Dokumentensystem (DMS) enaio ist das Kernprojekt, das alle Fachdienste erfasst. Es läuft parallel zu der gleichzeitigen Evaluierung von bisherigen Geschäftsprozessen und Arbeitsabläufen. Die Einführung bringt Veränderungen an vielen Arbeitsplätzen und wirkt fachdienstübergreifend. Oft gilt es Schnittstellen zur vorhandenen Fachsoftware zu implementieren, damit ein Datentransfer möglich wird. So können zum Beispiel Bescheide, die von einer Fachsoftware erzeugt werden, als pdf-Dokument direkt in die eAkte übergeben werden.

Die Einführung der eAkte geschieht in Form von eigenständigen Projekten. Dazu werden fachdienstweise extra Projektteams gebildet. Die Leitung der Projektteams übernimmt ein(e) DMS-Organisator(in) des Fachdienstes Digitalisierung, Informationstechnik und Organisation. Verbunden mit der inten-

siveren Nutzung der elektronischen Aktenführung wird es zu Veränderungen von bisherigen Geschäftsprozessen (Arbeitsabläufen) kommen.

Diese müssen an neue, digitalisierungsbedingte Verfahrensabläufe angepasst werden.

### Fazit

Die organisatorische und inhaltliche Gestaltung des Agenda-Prozesses haben sich bewährt und konnten bei Bedarf an

Neuerungen und aktuelle Erfordernisse angepasst werden. Mit Blick auf Ablauf der verschiedenen Projekte und Geschäftsprozesse in den einzelnen Fachdiensten lässt sich sagen: Die Dinge sind im Fluss – in der gesamten Kreisverwaltung. Für den Fachdienst Digitalisierung, Informationstechnik und Organisation als koordinierende und impulsgebende Schnittstelle ist das eine besondere Herausforderung. Der Fachdienst versteht sich dabei auch selbst als „Lernendes

System“. Denn für den digitalen Agendaprozess gibt es keine Blaupause.

Jochen Rechsteiner ist Leiter des Fachdienstes Digitalisierung, Informationstechnik und Organisation, zugleich Gesamtprojektleiter für die „Digitale Agenda LRA ADK“. Désirée Krumrey ist Mitarbeiterin in der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit, mit Schwerpunkt Internet / Social Media.

## LoRaWAN – der Landkreis Böblingen geht voran

**Landrat Roland Bernhard: „Ein Smarter Landkreis entwickelt sich nicht, indem man die Technologie zur Verfügung stellt, sondern indem man sie nutzt!“**

Von Simone Hotz, Böblingen

LoRaWAN – Ein Begriff, dem man auch in der Öffentlichen Verwaltung zunehmend begegnet. Aber was verbirgt sich eigentlich dahinter?

In Zeiten der zunehmenden Vernetzung ist in der Kommunikationstechnik eine effiziente Netzwerkarchitektur gefragt, die für Tausende von Sensorenknoten, auch an schwer zugänglichen Orten, ausgelegt ist. Hier kommt LoRaWAN ins Spiel, eine Abkürzung, die – einfach erklärt –, meint, dass Geräte miteinander vernetzt werden. „LoRa“ bezieht sich auf das englische „long range“ (= große Reichweite) und beschreibt einen offenen Funkstandard, der kleine Datenpakete auf großer Distanz übertragen kann. „WAN“ meint das englische „Wide Area Network“ (= Weitverkehrsnetz zur Datenübertragung). Ein freies Funknetzwerk, das über weite Strecken kleine Mengen sensorisch messbarer Daten übermitteln kann. Diese Daten werden dann zur weiteren Verarbeitung über ein Datenportal für entsprechende Anwendungen im „Internet of Things“ (IoT) bereitgestellt.

Ein Netzwerk also, dessen Einsatzmöglichkeiten fast grenzenlos sind und dessen Betrieb sich schnell und ressourceneffizient herstellen lässt. Dazu ist das Ganze kostenlos, ein Aspekt, der im Vergleich zum klassischen Mobilfunknetz Fragen der Wirtschaftlichkeit überflüssig macht. Und, noch ein wichtiger Aspekt in Zeiten der Diskussion um 5G: Die Strahlungsintensität ist im Vergleich zu anderen Technologien bedeutend geringer.

Der Landkreis Böblingen ist bundesweit der erste Landkreis, der diese Chance ergreifen möchte und ein eigenes, flächendeckendes LoRaWAN-Netz zur freien Nutzung bereitstellt. „Ein Smarter Landkreis entwickelt sich nicht nur, indem man die Technologie zur Verfügung stellt, sondern indem man sie nutzt“, so der Böblinger Landrat Roland Bernhard. „Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran, mit allen Chancen und Ri-

siken. Bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle werden auf die Probe gestellt und Veränderungen werden nötig werden.“

Mit LoRaWAN ist es möglich, einfache Anwendungen sofort zu digitalisieren bzw. die digitalen Informationen für diese zur Verfügung zu stellen und auszuwerten. Sensoren ermitteln vor Ort bestimmte Parameter und übertragen diese über einen Netzknoten, ein sogenanntes Gateway, an das Datenportal. Dort wiederum lassen sich daraus bestimmte Konsequenzen ableiten und entsprechende Reaktionen einleiten. Beispiele für solche Einsatzmöglichkeiten sind der Mülleimer, der seinen Füllstand meldet, oder Abwasserkanäle, die die Fließgeschwindigkeit permanent übermitteln, ein Parkplatz, der mitteilt, ob er besetzt ist oder nicht, oder Zähler, die selbständig ihre Stände übermitteln. Wer verstanden hat, wie LoRaWAN funktioniert, dem wird klar, wie praktisch das in zahllosen Einsatzbereichen sein kann.



„Alltägliche Gegenstände lassen sich in ihrer Funktionalität steigern und die mit ihnen einhergehenden Vorgänge lassen sich durch die digitale Vernetzung vereinfachen“, erklärt der Böblinger Landrat. „Das wollen wir nutzen. Und wir wollen diese erweiterten Möglichkeiten allen zur Verfügung stellen.“ Schlagworte wie „Open Region“ oder „Open Data“ verdeutlichen, dass Daten, allerdings keine personenbezogenen Daten, gesammelt werden und für Bürger, Kommunen, Bildungseinrichtungen und Unternehmen frei nutzbar gemacht werden. Das IoT-Netzwerk kann von jedermann frei genutzt und gestaltet werden. Das heißt, auch als Privatperson kann man beispielsweise seine Regentonne mit einem Sensor ausstatten, um in Abwesenheiten sehen zu können, wann diese möglicherweise vollgelaufen ist – oder natürlich auch jede andere, denkbare Anwendung. Technisch funktioniert LoRaWAN über Funk. Und zwar über Frequenzbänder, die lizenzfrei sind und dank niedriger Sendefrequenz eine sehr gute Gebäudedurchdringung haben. Der dafür benötigte Energiebedarf ist gering, die Netzabdeckung optimal und die Signalübertragung störungsunempfindlich. Ein ressourceneffizientes Netzwerk also, das im Betrieb äußerst günstig und – wie schon erwähnt – dessen Strahlungsintensität gering ist. Landkreisweit werden 45 Gateways installiert. Damit steht das Funknetz flächendeckend zur Verfügung. Einfach erklärt wählt der jeweilige Sensor das am nächsten gelegene Gateway an und übermittelt so seine Daten ins Internet. Mit einem Schlüssel kann die jeweils befugte Gegenseite diese Daten aus dem Portal abrufen, auswerten und entsprechend reagieren. Für alle anderen sind die Daten nicht einsehbar – was insbesondere auch im privaten Bereich interessant ist. „Es gibt viele geeignete Anwendungen für LoRaWAN“, ist Roland Bernhard überzeugt. In der Zukunft wird es immer mehr um neue Geschäftsideen und technische Innovationen gehen, was die Wettbe-



Foto: Landratsamt Böblingen

werbsfähigkeit von Unternehmen und angeht, ist sich der Böblinger Landrat sicher. Diese Entwicklung dürfe man nicht verpassen. „Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, begreifbar machen, wie es funktioniert, und allen die Chance geben, sich mit ihren Ideen einzubringen bzw. die Technik für sich zu nutzen“, so Bernhard. „Auch wer eine solche Anwendung nicht unmittelbar nutzt, kann Ideen entwickeln, die damit zu tun haben – wenn das Verständnis da ist, wie es funktioniert.“ Das kreisweite LoRaWAN-Netzwerk, das der Landkreis einrichtet, wird also sowohl den kommunalen Verwaltungen als auch der Bevölkerung zur freien Nutzung zur Verfügung gestellt. Es wird in das gemeinschaftlich agierende IoT-Netzwerk eingebunden. Wo heute noch ein Mensch Informationen als Basis seines Handelns beschaffen muss, wird künftig ein Sensor wachen und den Menschen so Zeit für andere Aufgaben verschaffen. Kommunale Einsatzmöglichkeiten werden aktuell schon fleißig erarbeitet. In Zusammenarbeit mit dem Lehr- und Forschungszentrum Herman Hollerith Zentrum, den Städten Herrenberg und Holzgerlingen und dem The Things Network Region Stuttgart wurde bereits ein Workshop durchgeführt, der

kommunalen Vertretern die Einsatzmöglichkeiten erklärte und erste Kenntnisse rund um die Technologie vermittelte. Die Resonanz war gut. „Geeignete Anwendungsfälle gibt es viele. Entsprechend gilt es, aufzuzeigen, was und wie es geht, und darum, die Nutzer miteinander in Kontakt zu bringen, damit jeder vom Know-how des anderen profitieren kann.“

In Herrenberg, einer der vier Großen Kreisstädte im Landkreis Böblingen, ist man schon seit einem Jahr smart unterwegs. In der Stadt gibt es bereits rd. 150 Sensoren, eingebaut in Mülleimer, Straßen und manchem mehr. Es gibt automatisierte Zählerstandsmeldungen aus fern liegenden Schul-, Betriebs- oder Verwaltungsgebäuden; das dient nicht nur der Überwachung der Verbrauchswerte, sondern hilft auch, Unregelmäßigkeiten schnell zu erkennen und für die entsprechenden Maßnahmen zu sorgen. Temperatur- und Feuchtigkeitssensoren auf Straßen und Radwegen melden der Straßenmeisterei, ob der Winterdienst anrücken muss; Feuchtigkeitssensoren melden der Stadtgärtnerei, ob und wo Pflanzen oder Bäume gegossen werden müssen. Ein wichtiges Einsatzgebiet ist die Mobilität. Sensoren können zur Verkehrslenkung und für eine komplette Bündelung aller Mobilitätsangebote genutzt werden. Schon jetzt zeigen sie an, wo Parkplätze belegt sind, oder messen in Bussen, wo sich diese gerade befinden. Wichtige Informationen für den Individual-, aber auch den Öffentlichen Personennahverkehr. Und langfristig ein großer Beitrag zur nachhaltigen Mobilität und damit zum Klimaschutz, wenn beispielsweise vernetzt wird, welche Mitfahrangebote wann, von wo nach wo, und wie schnell genutzt werden können. Vieles läuft in Herrenberg also schon digital. Das spart unnötige Einsätze und entsprechend Kosten. „Toll, wie Herrenberg hier vorangeht“, findet Roland Bernhard. „Die Stadt macht ihrem Titel Mitmachstadt einmal mehr alle Ehre.“ Denn man möchte dort auch die Ideen



Foto: Landratsamt Böblingen

der technikaffinen Bürgerinnen und Bürger nutzen, die sich in einer Art Crowd einbringen sollen.

Einsatzmöglichkeiten gibt es also viele und der Landkreis Böblingen schafft die

technischen Voraussetzungen dafür. Der Ausbau ist abgeschlossen, das Netz ist einsatzbereit. Auch im Rahmen von Gremiensitzungen lässt sich LoRaWAN übrigens nutzen. Das wurde im Böblinger Kreistag unlängst spaßig demonstriert. Die Kreisrätinnen und -räte durften – natürlich außerhalb einer echten Sitzung – per Knopfdruck abstimmen, ob es einen Badesee braucht, irgendwo in Schönbuch oder Heckengäu. Das Votum, in Echtzeit ausgewertet, fiel positiv aus, die Demonstration der einfachen Anwendung auch. Ob der See kommt, ist ungewiss, aber das offene Datenübertragungsnetz ist bereits da.

„Wir müssen bereit sein, die Zügel in die Hand zu nehmen“, betont Landrat Bernhard. „Für die Zukunft brauchen wir Menschen, die die Digitalisierung vollumfänglich verstehen und die in der Praxis mitgestalten können.“ Es genüge nicht mehr, nur die Oberfläche eines Programms bedienen zu können, die andere entwickelt haben. Und genau um

Mitgestaltung geht es bei LoRaWAN. Die Nutzung ist einfach, für jedermann zugänglich und kostenlos. Ideale Voraussetzungen für Dienste, die allen zugutekommen.

„In unserer aktuellen Zeit ist das einzig Beständige nur der Wandel“, so Landrat Bernhard. „Dieser Wandel gestaltet sich immer schneller. Wir im Landkreis Böblingen denken weiter und schaffen Grundlagen – für einen langfristigen Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger, unsere Unternehmen und Bildungseinrichtungen. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir mit dem bundesweit ersten kreisweiten LoRaWAN-Netz vorangehen. Die Investition in LoRaWAN ist eine Investition in das Gemeinwohl.“

Simone Hotz ist Pressesprecherin des Landkreises Böblingen

## Zentrum Digitalisierung Region Stuttgart offiziell eröffnet

Von Dr. Claus Hoffmann, Böblingen

Der aus Fördermitteln des Landes Baden-Württemberg für drei Jahre finanzierte Hub Zentrum Digitalisierung (ZD.BB) mit Sitz in Böblingen ist offiziell gestartet. Nach monatelanger Vorbereitung waren die Kooperationsverträge zwischen den Partnern bereits im Oktober 2018 unterzeichnet worden. Mit der Eröffnung im Februar 2019 konnte dann die eigentliche Arbeit des ZD.BB starten.

Zur feierlichen Eröffnung hatten sich eine Vielzahl von Gästen, darunter die Wirtschaftsministerin des Landes Baden-Württemberg, Frau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, der Landrat des Landkreises Böblingen, Herr Roland Bernhard, Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Bürgermeister aus der Region, Wirtschaftsförderer, Experten für IT und Re-

gionalentwicklung und nicht zuletzt ZD.BB-Geschäftsführer Dr. Claus Hoffmann und sein 11-köpfiges Team im Herman Hollerith Zentrum der Hochschule Reutlingen versammelt.

Das ZD.BB ist die zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und Startups aus der Region Stuttgart rund um die Themen der Digitalisierung. Es unterstützt kleine und

mittlere Unternehmen bei der Bewältigung des digitalen Wandels. Dies beinhaltet die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle für alle Branchen, die Qualifizierung von Fachkräften und die Förderung einer digitalen Unternehmenskultur. 80 digitale Geschäftsmodelle will man dazu erstellen und fünf Start-ups auf den Weg bringen. Mit Hilfe einer digitalen Qualifizierungsoffensive und mittelstandsgerechter Methoden zur Geschäftsmodellentwicklung unterstützt das ZD.BB Unternehmen umfassend bei ihren Digitalisierungsvorhaben. Dazu werden in Laboren, in Co-working Spaces und bei Events unter-

schiedliche Kompetenzen, Disziplinen, Ideen, Technologien und Kreativität vernetzt und auf diese Weise digitale Innovationen hervorgebracht.

Die großen globalen Player wie IBM oder Hewlett Packard sind bereits gut aufgestellt, es sind eher die kleinen Firmen und Mittelständler, bei denen Dr. Claus Hoffmann Handlungsbedarf sieht. Landrat Roland Bernhard teilte diese Einschätzung: „Bei kleineren und mittelständischen Unternehmern, bei Zulieferern, ist die Digitalisierung noch nicht so angekommen.“

Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut betonte: „Unser klarer Anspruch ist es, dass Baden-Württemberg auch im digitalisierten Zeitalter führender Innovations- und Wirtschaftsstandort Europas bleibt. Das funktioniert jedoch nur, wenn auch unsere kleinen und mittleren Unternehmen hier Schritt halten. Mit dem regionalen Digital Hub unterstützen wir gezielt gerade diese Unternehmen bei digitalen Innovationen und bringen damit die Digitalisierung in der Region insgesamt voran.“

### Zentrum Digitalisierung Region Stuttgart

Das Zentrum Digitalisierung (ZD.BB) mit Sitz in Böblingen ist die zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und Startups aus der Region Stuttgart rund um die Themen der Digitalisierung. Unterstützt werden kleine und mittlere Unternehmen bei der Bewältigung des digitalen Wandels. Dies beinhaltet die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle für alle Branchen, die Qualifizierung von Fachkräften und die Förderung einer digitalen Unternehmenskultur. Mehr Informationen unter [www-zd-bb.de](http://www-zd-bb.de).

#### Zahlen und Fakten:

- 11 Mitarbeiter
- Budget: 940 000 € Eigenmittel + 940 000 € Förderung des Landes BW
- Laufzeit: 3 Jahre
- Partner: Landkreis Böblingen, Kreishandwerkerschaft Böblingen, LGI Logistics Group International GmbH, STAR Cooperation GmbH, Hochschule Reutlingen, Herman Hollerith Zentrum, Softwarezentrum Böblingen-Sindelfingen e.V., IHK Bezirkskammer Böblingen, IBM Deutschland GmbH, Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH, Fachkräfteallianz Region Stuttgart, Start@HAW, CoWorking0711 Herrenberg, Universität Stuttgart sowie die Städte Böblingen und Sindelfingen
- Eines von 10 „digital HUBs“ in Baden-Württemberg

Prof. Dr. Hendrik Brumme, Präsident der Hochschule Reutlingen, betonte das Potential Synergieeffekte zwischen Wis-

senschaft und Wirtschaft herstellen und nutzen zu können.

Der Digital Hub „Zentrum Digitalisierung Böblingen (ZD.BB)“ wurde bereits im Februar 2018 beim „Digitalgipfel 2018 – Wirtschaft 4.0 BW“ als einer der zehn regionalen Digital Hubs vorgestellt, das vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg gefördert werden sollte. Nach Ablauf der dreijährigen Förderperiode soll das Zentrum in einen Regelbetrieb übergehen, in dem es sich finanziell selbst tragen kann.



Landratsamt Böblingen

Dr. Claus Hoffmann ist Geschäftsführer des Zentrums Digitalisierung Böblingen (ZD.BB)



# Leuchtturm Bodenseekreis: Digitalisierung des Straßenbetriebsdienstes

Winterdienst, Streckenkontrolle und Arbeitsflüsse unterstützt durch Telematik, Tablets & Co.

Von Marcel Ruff, Überlingen, und Robert Schwarz, Friedrichshafen

Seit dem Jahr 2012 stand für das Straßenbauamt im Landratsamt Bodenseekreis in Friedrichshafen ein digitales Winterdienst-Erfassungssystem für die Winterdienstfahrzeuge auf der Agenda. Das zuständige Team im Straßenbauamt hatte schon im Vorfeld einige Systeme im Test, bevor sie in Überlingen auf ein System aufmerksam wurden, welches sowohl den Leiter des Straßenbauamtes, Tobias Gähr, als auch den Leiter des Sachgebietes Straßenbetrieb und -unterhaltung, Gerhard Hermle, sowie den Leiter der IT-Abteilung des Landratsamtes, Markus Döhler, auf Anhieb begeisterte. Denn das schnittstellenoffene Grundkonzept von NetwakeVision, der Verbindung einer mobilen Datenerfassung mit einer Serverlösung, ist für viele zusätzliche Anwendungen offen und erweiterbar.

Die Möglichkeit der beliebigen Verbindung verschiedener Erfassungsgeräte, Buchhaltungsplattformen, GIS-Systeme wie zum Beispiel der Straßeninformationsdatenbank und vielem mehr sorgt für größtmögliche Flexibilität in den unterschiedlichen Einsatzbereichen. „Für uns war unter anderem überzeugend, dass die Konzeption von NetwakeVision mit dem allgemeinen technischen Fortschritt in der Anwendung mitwächst und auf handelsüblichen Tablets oder Smartphones läuft. Dies ermöglicht uns, viele Freiheitsgrade, auch bei der Auswahl der Hardware“, so Tobias Gähr. Gegenüber anderen Systemen erweitert diese Konzeption die Handlungsspielräume also deutlich und beflügelt immer wieder die Kreativität aller Beteiligten.

Zwischen dem Straßenbauamt, der IT-Abteilung und dem Geschäftsführer NetwakeVision, Marcel Ruff, entwickelte sich in kurzer Zeit eine einzigartige, von gegenseitigem Vertrauen und Inspiration geprägte Zusammenarbeit. Jeder konnte seine besonderen Fähigkeiten und Schwerpunkte in den Entwicklungsprozess einbringen.

Für Markus Döhler, Leiter der IT-Abteilung des Landratsamtes Bodenseekreis, ist höchste Sicherheit der Serverlandschaft von besonderer Bedeutung. Er ermöglichte den Kontakt zum kommunalen Rechenzentrumsverbund des Landes Baden-Württemberg. So werden große Teile der Serverlandschaft dort in einer BSI-zertifizierten Umgebung gehostet.

„Wir legen sehr viel Wert auf wohlüberlegte medienbruchfreie Prozesse mit genau definierten Datenabläufen. Für uns ist insbesondere wichtig, dass von der digitalen Erfassung, über eine hochsichere Systemumgebung, bis hin

zu einer maximal flexiblen Webbrowser Oberfläche, Änderungen und Erweiterungen im laufenden Betrieb möglich sind“, so der Leiter der IT-Abteilung.

Gerhard Hermle brachte als Leiter des Sachgebietes Straßenbetrieb und -unterhaltung seine langjährige Erfahrung umfangreich ein. Je mehr sich die Möglichkeiten des Systems zeigten, desto mehr erkannten er und sein Team auch die Chance eines ressourcensparenden Einsatzes der modernen Technik in vielen Bereichen. Zahlreiche Ideen für immer neue Einsatzbereiche in der Straßenunterhaltung wurden ersichtlich und konnten realisiert werden.

In der Einführungsphase war es von entscheidender Bedeutung, das Interesse und die Akzeptanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unterhaltungsdienst und der Verwaltung zu gewinnen. Dies ist durch die ergebnisoffene Herangehensweise von Netwake gut gelungen. In regelmäßigen Workshops konnten die



Symbolbild Leuchtturm

Foto: NetwakeVision



Mitarbeiter ihre Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen. Diese wurden dann sehr schnell umgesetzt, so dass die Mitarbeiter sich in der Einführung des Systems gut integriert fühlten und den Mehrwert für ihre Arbeit erkannten. Zur Wahrung von Arbeits- und Persönlichkeitsrechten hat der Bodenseekreis mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung zur Anwendung der Telematik in Betriebsdienst getroffen.

Den Anfang bei dieser technischen Entwicklung machte die „Telematik FT100“ von NetwakeVision in den LKWs des Straßenbetriebsdienstes. „Mit dem Einsatz der intelligenten Verwaltungsumgebung sind wir in der Lage, sämtliche gefahrenen Einsätze im Winter- und Sommerdienst, insbesondere auch die der Fremdunternehmer, genau zu erfassen und die entstandenen Kosten den Straßenbulasträgern Bund, Land und Kreis zuzuordnen“, zeigt sich Tobias Gähr erfreut.

Nun können die Mengen an ausgebrachter Sole und Trockensalz, der Arbeitsstatus des Räumschildes, sowie die gefahrenen Streckenabschnitte ermittelt und über eine entsprechende Schnittstelle mit den Nachunternehmern automatisiert abgerechnet werden. Dies ist ein enormer Schritt zur Schaffung von Transparenz und Wirtschaftlichkeit. Zum Einsatz kommt außerdem das „POI-System“ (Point of Interest), mit dem zum Beispiel die Streckenkontrolleure alle anfallenden Arbeiten mobil und ortsgenau erfassen, dokumentieren und weiterleiten können. Das System stellt für den verantwortlichen Straßenmeister auch eine sehr gute Unterstützung für dessen Einsatzplanung dar. Die Variabilität dieses Instruments ist groß. Bei der Entwicklung von Apps für die Streckenkontrolle, die Erfassung von Unfallschäden, die Baumkontrolle sowie die Erfassung von Fahrbahnschäden und manchem mehr wurde das schnell deutlich. Früher haben die Streckenkontrolleure beispielsweise die festgestellten Mängel an nicht verkehrssicheren



Technische Ausstattung im Winterdienstfahrzeug, FT100-eingebaut

Foto: NetwakeVision

Bäumen händisch dokumentiert und diese Berichte dann an die Verwaltung der Straßenmeisterei abgegeben. Dort wurde der entsprechende Eigentümer ermittelt und auf den Mangel schriftlich hingewiesen. Die Erfolgskontrolle erfolgte dann im Rahmen einer Wieder-vorlage in Papierform.

Durch den Einsatz des Programmes Netwake sind solche Workflows nun komplett digitalisiert. Der Streckenwärter fotografiert den geschädigten Baum und bekommt sofort vor Ort die Flurstücksnummer angezeigt.

So kann er erkennen, ob der Baum auf öffentlichem oder privatem Grund steht. Die erfassten Daten werden automa-

tisch an die Verwaltung gesendet. Dort kann ggf. der private Eigentümer ermittelt, und mit einem vorgefertigten Datenblatt, welches sich im Programm selbstständig öffnet, umgehend angeschrieben werden. Bei „Gefahrenbäumen“ erfolgt automatisch eine Benachrichtigung des zuständigen Baumsachverständigen per Mail, so dass dieser den Baum schnellstmöglich begutachten kann. Nach der Beseitigung der Gefahr kann der Streckenwärter diesen Baum nun als erledigt markieren. Somit erfolgt die Kontrolle der Gefahrenbeseitigung ebenfalls digital.

Weitere Potentiale des Systems sah das Team um Gerhard Hermle auch im Personalmanagement. Er beauftragte daher in einem weiteren Schritt die „Zeit- und Leistungserfassung“ für alle Mitarbeiter des Straßenbetriebsdienstes. Der äußerst komplexe Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) mit all seinen Besonderheiten wurde in einer „Arbeitszeiterfassungs-App“ hinterlegt. Mit Hilfe des Sachverständigen eines sehr erfahrenen Verwaltungsangestellten der Straßenmeisterei Überlingen konnte dieses ehrgeizige Ziel erreicht werden.

Der Leiter des Straßenbauamtes im Bodenseekreis erkannte die „Zeichen der Zeit“ und die Vorteile der Digitalisierung für den Straßenbetriebsdienst des Landratsamts Bodenseekreis. Zudem unterstützte er die agilen Prozesse im Geschäftsbetrieb und bei der Umsetzung.



POI Baumerfassung mit dem Tablet

Foto: NetwakeVision



Baumkontrolle, fotografische Erfassung vor Ort

Foto: NetwakeVision

Die von den Mitarbeitenden formulierten Systemanforderungen wurden aufgenommen und von den Programmierern umgesetzt. Damit wurde eine bundesweite Pionierarbeit geleistet. Die Technik unterstützt nun die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Straßenbauamts Bodenseekreis bei ihrer täglichen Arbeit und führt zu Erhöhung der Effizienz und der Nachvollziehbarkeit sowie im Zweifelsfall auch zu höherer Rechtssicherheit. Nach Zeiten des Tüftelns und Optimierens ist der Nutzen von NetwakeVision aus dem Alltag des Straßenbetriebsdienstes im Bodenseekreis nun nicht mehr wegzudenken.

Nach all diesen Erfahrungen haben Marcel Ruff und sein NetwakeVision-Team heute ihre eigene Vision von Digital 4.0 entwickelt. Für sie soll die Welt in ihrer Vielfalt gewahrt und abgebildet werden. Die vorhandene Diversität von Hard- und Softwaretechnik soll in unterschiedlichste Anwendungsbereiche integriert werden, damit medienbruchfreie, flüs-

sige Abläufe alle Vorgänge beschleunigen können. „Middleware“ ist hier das Zauberwort für das Schmiermittel des Datentransfers.

Dabei stützt sich eine moderne und effiziente operative Verwaltung auf drei Säulen:

1. Die erste Säule besteht aus mobiler und zentimetergenauer Erfassung von Daten mit marktüblichen, sich dem allgemeinen technischen Fortschritt anpassenden Geräten wie Tablets oder Smartphones. Zur Präzisierung der Positionsbestimmung trägt das NetwakeVision Produkt RoyalFix bei.
2. Die Zweite Säule ist die Integration dieser Daten in bestehende Systeme, mit der Möglichkeit individueller Anpassungen im laufenden Betrieb. Schnittstellenoffenheit zu Datenbanken, Buchhaltungssystemen, GIS-Systemen und beliebigen Erweiterungen ist dafür unabdingbar.

3. Die dritte Säule besteht aus Vertrauen, Datenschutz und Sicherheit. Dabei ist zuvorderst die IT-Sicherheit gemeint: Serversysteme, die im kommunalen Rechenzentrum stehen und damit deutscher Rechtsprechung unterstehen, sowie Linux als zugrundeliegendes und wenig hackeranfälliges Betriebssystem. Mit dem Konzept werden außerdem die Anforderungen der EU-DSGVO erfüllt. Äußerst wichtig ist andererseits die persönliche Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit im Kontakt zwischen Kunden und Lieferanten.

Die Früchte dieser Zusammenarbeit sind inzwischen auf viele Landkreise in Baden-Württemberg weiterverteilt. Dabei gab es auf der Grundlage dieser innovativen Entwicklung aus dem Bodenseekreis auch so manche Individualisierungen und Anpassungen an lokale Anforderungen.

Im Herbst 2018 trafen sich die Straßenbauamtsleiter aus verschiedenen Landratsämtern des Landes Baden-Württemberg, um den Schwung in die Zukunft zu tragen und weitere Möglichkeiten der Digitalisierung auszuloten. An weiteren potentiellen Anwendungsgebieten fehlt es nicht. Allein die Themen der baustrukturbezogenen Erfassung des Anlagevermögens der Straßeninfrastruktur oder die Optimierung und Qualitätssicherung des Managements der Straßenkompensationsflächen sind Handlungsfelder, für die es dringend praktikable Lösungen braucht.

---

Marcel Ruff ist Geschäftsführer bei NetwakeVision, Robert Schwarz ist Pressesprecher des Landratsamts Bodenseekreis

# LKBH #digital – wie der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald seine Digitale Agenda umsetzt

Neue Digitalisierungseinheit + Kommunale Digitallotsen = Digitale Transformation

Von Elena Herz und Andreas Gippert, Freiburg

Auf Initiative von Landrätin Dorothea Störr-Ritter hat eine breit aufgestellte Führungscrew, bestehend aus Behördenleitung, Dezernenten, Querschnittsbereichen und Personalvertretung im vergangenen Jahr mit externer Begleitung eine Digitale Agenda (**LKBH #digital**) für das Landratsamt erarbeitet und verabschiedet.

„Wir wollen mit der Digitalisierungsstrategie, zusätzlichen Mitarbeitern in einer Digitalisierungseinheit und dem Einsatz von Kommunalen Digitallotsen nun ganz konkret in die heiße Phase der digitalen Transformation in der Kreisverwaltung einsteigen“, so Landrätin Störr-Ritter.

## LKBH #digital – Unsere Ziele

Eine ganzheitliche Digitalisierung im Landratsamt soll vorangetrieben und nachhaltig umgesetzt werden, wobei bei allen Veränderungen der Nutzen für Bürger und Unternehmen im Mittelpunkt steht. Mit den Chancen der Digitalisierung wollen wir schneller und ein-

facher mit Kunden kommunizieren und unsere bisherigen Prozesse verbessern und vereinfachen. Konkret beteiligt sich der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald aktiv an der Umsetzung des OZG und strebt eine 24/7-Erreichbarkeit über Online-Portale oder Apps an. Ziel sind digitale und unbürokratische Services durch den Einsatz moderner Schlüsseltechnologien und End-to-End-Prozesse.

## Ohne Digitalkompetenz keine Digitalisierung

Neben Forcierung der Arbeitsprozessdigitalisierung sind ein kontinuierlicher Aufbau von Digitalkompetenz und ein Wandel der Arbeitskultur ein essentieller Bestandteil der digitalen Agenda. Großes Bestreben, aber auch unabdingbare Notwendigkeit ist es, alle Mitarbeiter ohne Ausnahme für die digitale Transformation fit zu machen und unsere Organisation anzupassen. Dabei haben das Aufbrechen des Silo- und Zuständigkeitsdenkens und die Verbesserung dezernatsübergreifender Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung.

## Neue Einheit „Digitalisierung und E-Government“

Eine konkrete Umsetzung der Digitalen Agenda kann selbstverständlich nicht ohne personelle Ressourcen erfolgen. Aus diesem Grund wurde im Sommer 2019 eigens eine Fachgruppe Digitalisierung und E-Government gegründet und das bestehende Team um qualifizierte Projektmanager erweitert. Sie hat bereits eine Vielzahl von Projekten und Meilensteine in Angriff genommen. Strategisch wird die neue Digitalisierungseinheit vom Fachbereichsleiter Digitalisierung und IT geführt.

Wie auch andere Landkreise, nimmt Breisgau-Hochschwarzwald am Multiplikatorenprogramm Kommunale Digitallotsen des Landes und der kommunalen Landesverbände teil. Allen Verantwortlichen war von Beginn an klar, dass Digitalisierung nicht nur aus einer Querschnittseinheit heraus gelingen kann, sondern auch in der Breite und damit aus der Verwaltung und der Mitarbeiterschaft heraus vorangebracht werden muss. Nachdem die Entscheidung in der Dezernentenrunde gefallen war, zukünftig Digitallotsen im Landratsamt auszubilden und einzusetzen, erfolgte per Intranet ein Aufruf an die gesamte Belegschaft, um sich über ein Interessensbekundungsverfahren als Digitallotsen zu melden. Insgesamt konnten aus sechs Dezernaten 24 Mitarbeiter für die neue Rolle, die sie on-top zu ihrem Tagesgeschäft ausüben, gewonnen werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten in dieser Form die Chance, eine wichtige Rolle bei der digitalen Transformation des Landratsamtes ein-



Abbildung 1: 24 Kommunale Digitallotsen aus sechs Dezernaten

Foto: Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald



zunehmen und dadurch die Zukunft ihrer Verwaltung selbst mitgestalten zu können. Sie sollen als Impuls- und Ideengeber für Digitalisierungspotentiale in den verschiedensten Bereichen des Landratsamtes sowie als Multiplikatoren und Motivatoren bei den Kollegen fungieren. Gemeinsam mit ihnen möchte das Landratsamt die digitale Transformation im Landratsamt bewältigen und Weiterentwicklungspotentiale hervorbringen. Alle Digitallotsen werden bis Ende 2019 ein speziell hierfür konzipiertes Fortbildungsprogramm der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie absolvieren und sind danach ausgebildete Kommunale Digitallotsen oder Digitallotsinnen.

### „Netzwerk Digitalisierung“ – Gremium und „Labor“ für Digitallotsen

Überlegungen für ein solches Arbeitsgremium hat Fachbereichsleiter Andreas Gippert bereits während der Entwicklung der Digitalisierungsstrategie angestellt. Inspiriert vom Grundgedanken der Digitalisierungslabore bei Bund und Län-

dern sowie den Ebenen „Lenken – Managen – Liefern“ in einem Projektmanagementteam entstand für LKBH #digital nachfolgende Umstellungsstruktur:

In regelmäßigen Sitzungen treffen sich Lotsen und Projektmitarbeiter aus den Bereichen Organisation, Digitalisierung und Stab der Landrätin für Austausch, Wissensaufbau, Abstimmung und Priorisierung von Digitalisierungsprojekten, Auswahl und Test geeigneter Lösungen und Vorberaterung von Entscheidungsvorlagen für die Behördenleitung.

### E-Akte nachhaltig und akzeptiert

Seit 2008 führt das Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald die elektronische Akte (E-Akte) in den einzelnen Fachbereichen ein. Dabei stellen die heterogenen Aufgabenfelder und unterschiedlichste Arbeitsabläufe der einzelnen Bereiche ständig neue Anforderungen an die Ausgestaltung der E-Akte-Strukturen.

„Deshalb erfolgt die Umstellung auf die E-Akte auch nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern indivi-

duell nach Aufgabenbereich. Sie wird mit einem hohen Qualitätsanspruch auf Nachhaltigkeit und breiter Akzeptanz durch die Mitarbeiter umgesetzt“, so Landrätin Störr-Ritter.

Bis Ende 2022 soll die E-Akte vollständig im ganzen Landratsamt eingeführt sein. Hierzu wurden mit allen Dezernaten und Fachbereichen Workshops durchgeführt und ein **Masterplan E-Akte 2022** entwickelt. Ca. 60 % aller Mitarbeiter im Landratsamt arbeiten bereits heute schon vollumfänglich mit der E-Akte. Doch gerade komplexe Aufgabenfelder wie das Baugenehmigungsverfahren oder Jugend- und Sozialhilfe werden bis Ende 2022 noch anspruchsvolle E-Akte-Implementierungen mit zahlreichen Schnittstellen erfordern.

### Der Landkreis beteiligt sich aktiv an den Arbeitspaketen des OZG und will seine Online-Services und Verfahren end-to-end digitalisieren

So steht es in der Digitalen Agenda des Landkreises. Daher engagiert sich das Landratsamt mit zwei Expertinnen aktiv an in den Themenfeldern Bauen und Wohnen sowie Verkehr und Tourismus. Deshalb bewarb sich der Landkreis gemeinsam mit drei weiteren Landkreisen und fünf Kommunen aus Baden-Württemberg auch bei den Modellprojekten Smart Cities 2019 um eine Förderung der interkommunalen Konzeption einer offenen xRoad-Plattform durch den Bund, u.a. mit dem Ziel der Vereinfachung von Kommunikations- und Prozessketten bei Baugenehmigungsverfahren.

### Aktuelle Digitalisierungsprojekte

Aktuell steht die geplante Einführung eines **Enterprise-Messenger-Dienstes** als Alternative zu WhatsApp kurz bevor, um die geschäftliche Kommunikation zwischen Kollegen ortsungebundener und effizienter zu ermöglichen.

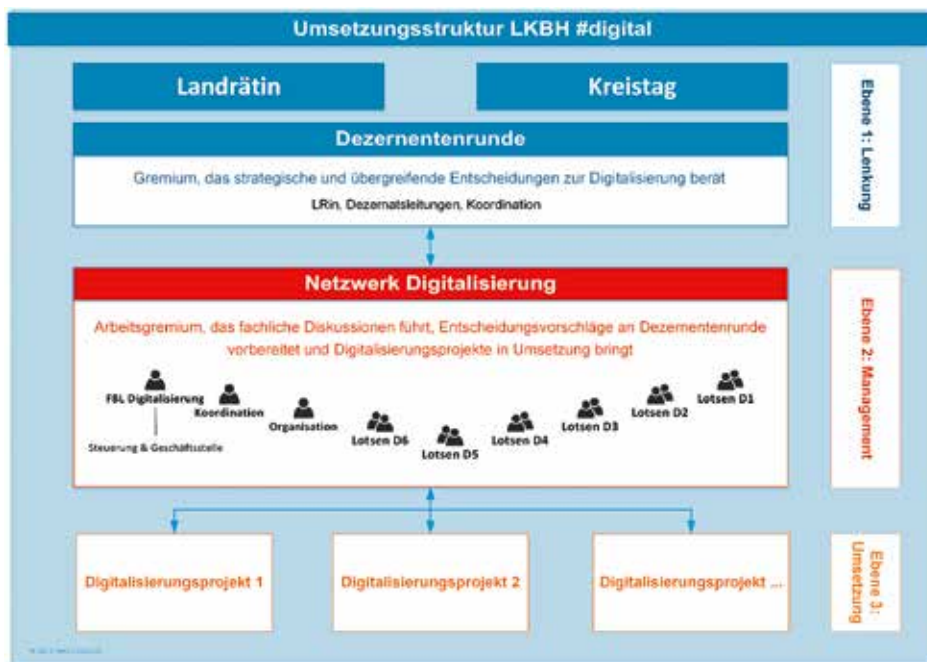


Abbildung 2: Umstellungsstruktur Digitale Agenda LKBH #digital

Foto: Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald



Überdies laufen Projekte für **Public-WLAN** in publikumsintensiven Bereichen, damit Besucher im Landratsamt ohne Registrierung mittels WiFi4LKBH online gehen können.

Weitere Digitalisierungsprojekte sind **Online-Terminreservierung** in den Bereichen Gesundheitsschutz, Landwirtschaft, Ausländerwesen, Kfz-Zulassung und Fahrerlaubnisse sowie **Modernisierung der Präsentationsmittel** in Besprechungsräumen und die Auswahl einer **Video-Konferenz-Lösung**.

### 2020 wird ein großes Jahr der Konnektivität

Breisgau-Hochschwarzwald erwartet für das Jahr 2020 größere Entwicklungen bei allen bekannten Akteuren des

E-Government in Baden-Württemberg. So werden erste OnlineServices aus der OZG-Umsetzung erwartet, die eine Implementierung in Service-BW erfordern sowie eine deutliche Zunahme der sicheren Behördenkommunikation mit der Justiz und anderen Verwaltungen mithilfe der Behördenkonten auf Service-BW und dem besonderen Behördenpostfach in eJustice.

Bei immer mehr E-Akten müssen rasch Lösungen für einen elektronischen Austausch der Vorgänge und Dokumente zwischen Land, Kommunen und den Gerichten gefunden werden. Hierzu bedarf es der weiteren Abstimmung von Standards für Ablagestrukturen, Metadaten, Schnittstellen und Datenaustauschformaten (Stichwort: xdoe in enaio-Plattform).

Mit Spannung erwarten wir die angekündigten Schnittstellen von Service-BW zur Kommunalen E-Akte ebenso wie eine generische Schnittstelle des Landes zur Anbindung von E-Akten an Landesfachverfahren.

Elena Herz ist Projektmanagerin Digitalisierung und Andreas Gippert Fachbereichsleiter Digitalisierung und IT beim Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald

## Verwaltung 4.0 – zwischen Digitalisierung von Prozessen, Künstlicher Intelligenz und Change Management

Von Jens-Uwe Hammann, Calw

Intelligente Technologien, innovative Systeme, künstliche Intelligenz – all dies sind Begriffe, welche man nicht unbedingt auf den ersten Blick mit einer Behörde verbindet. Doch die Digitalisierung und die mit ihr einhergehenden neuen Möglichkeiten bieten gerade der öffentlichen Verwaltung vielfältige Entwicklungspotenziale. Ziel dabei sollte es sein, möglichst viele Prozesse digital und online anzubieten und so den Kund(inn)en den Zugang zu Dienstleistungen zu vereinfachen. Die damit verbundenen Vorteile wie auf zum Teil weite Fahrtstrecken verzichten und unabhängig von Öffnungszeiten agieren zu können, kommen gerade im ländlichen Raum besonders zum Tragen.

### Miteinander Digitalisieren – Change Management

Neben der Bewältigung der technischen und organisatorischen Herausforderungen der Digitalisierung gilt es insbesondere die eigenen Mitarbeiter/innen im Change-Prozess mitzunehmen. Im Landratsamt Calw wurden hierzu zwei Gruppen installiert. Die Mitarbeiter/in-

nen haben die Möglichkeit, über sogenannte Zukunftslabore aktiv an der Digitalisierung der Verwaltung mitzuarbeiten, Ideen einzubringen und evtl. Optimierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dazu werden interessierte Mitarbeiter/innen zu Workshops eingeladen, in denen zunächst abgefragt wird, welche Ideen zum Thema Digitalisierung in Verbindung mit der öffentlichen Verwal-

tung bestehen. Dabei gibt es keine Reglementierung hinsichtlich Realisierbarkeit, Nutzenfaktor oder finanzieller Auswirkungen. So wird versucht, den Mitarbeiter(inne)n ihren eigenen kreativen Freiraum zu schaffen, um letztlich eine Vielzahl differenzierter Ergebnisse erzielen zu können. Die Vielfalt reicht hierbei von einfachen Abläufen in der Postbearbeitung bis hin zu Hologrammen und Robotik.

Im zweiten Schritt werden diese Ergebnisse von den Teilnehmer(inne)n selbst priorisiert, sodass eine konkrete Aufgaben- bzw. Wunschliste entsteht. Über diese Labore kann erkannt werden, was den Mitarbeiter(inne)n im Bereich der Digitalisierung wichtig ist und wie sie mit den neuen Anforderungen und Veränderungen umgehen. So ergeben sich neben konkreten Handlungsfeldern



Sitzung des Digitalisierungsbeirats

Foto: Landratsamt Calw

auch Innovationstreiber und Multiplikatoren in der Behörde selbst. Diese können wiederum bei der Umsetzung digitaler Prozesse miteingebunden werden. Neben den Zukunftslaboren wurde ein Projektbeirat „Digitalisierung“ installiert, welcher die Kolleginnen und Kollegen in den Führungsebenen (Dezernats- und Abteilungsleitungen) über aktuelle Projekte und Vorhaben informiert. Auch hier ist die Rückmeldung, ggf. Priorisierung und das Miteinander ein wichtiger Bestandteil, um die mit der Digitalisierung verbundenen Aufgaben gemeinsam zu meistern.

Bei der Umsetzung konkreter Projekte ist es von großer Bedeutung, mit ausreichendem Vorlauf Klarheit bezüglich der Umsetzungsgeschwindigkeit, des Aufwands und des Grads der Veränderung in einzelnen Arbeitsprozessen zu schaffen. In der Regel werden die jeweiligen Abteilungsleitungen direkt über anstehende Projekte informiert und es werden bereits erste Fragen zum zeitlichen Rahmen und Aufwand beantwortet. Anschließend wird das betreffende Projekt gemeinsam mit der Führungskraft in einer Abteilungsbesprechung vorgestellt und den Mitarbeiter(inne)n in diesem Rahmen die Möglichkeit für Rückfragen gegeben. So können viele Probleme und Ängste direkt in der ersten Veranstaltung ausgeräumt und aufgeklärt werden. In den betroffenen Abteilungen finden sich dann erfahrungsgemäß recht schnell

Ansprechpartner und Multiplikatoren, welche das Projekt innerhalb ihres Teams vorantreiben möchten.

### **Prozesskultur – Organisation der Digitalisierung und der Einsatz Künstlicher Intelligenz**

Digitalisierung ist in erster Linie eine Aufgabe der Prozesse und weniger eine Frage eingesetzter Technologien. Leider werden die beiden Begriffe oft synonym verwendet, was in der Folge zu einem falschen Verständnis hinsichtlich der Aufgaben bzw. zu unterschiedlichen Erwartungshaltungen führt.

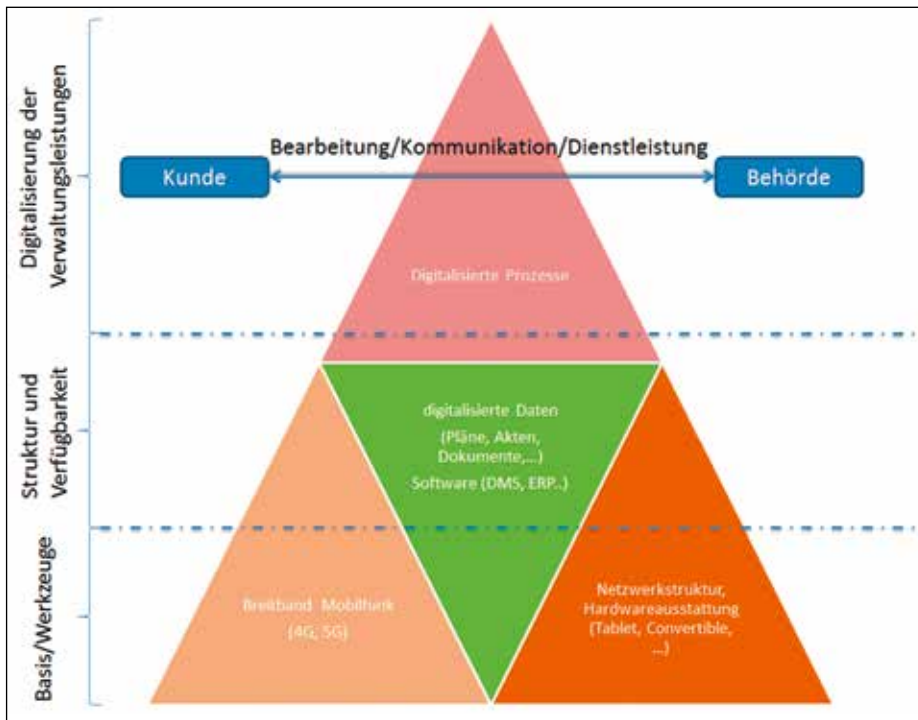
Digitale Technologien wie beispielsweise die Bereitstellung von Breitbandanschlüssen und eine gute Mobilfunknetzabdeckung sind Zugangsvoraussetzungen, sprich: die Basis, um die digitalen Prozesse für die Kund(inn)en überhaupt zugänglich zu machen. Ebenso verhält es sich mit der Hardware wie Smartphone, Tablet und Convertible. Den wirklichen Flaschenhals im Zusammenhang mit der Digitalisierung stellen bei vielen Prozessen aktuell noch die gesetzlichen Grundlagen dar, welche eine digitale Umsetzung oftmals nahezu unmöglich machen. Hier gilt es, entsprechende Änderungen herbeizuführen und damit die Basis für eine erfolgreiche Umsetzung auch in Verbindung mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) zu schaffen. Erste Schritte sind

die Anpassungen der Landesbauordnung (LBO) hinsichtlich der Schriftformanfordernisse sowie die notwendigen Anpassungen im Zulassungswesen und die Umsetzung einzelner i-KFZ Stufen zu ermöglichen.

Der Landkreis Calw bietet seit Anfang Oktober 2019 – als erster Landkreis in Baden-Württemberg – die i-KFZ Stufe 3 und damit alle Standardzulassungsvorgänge für Privatpersonen (Neuzulassung, Umschreibung und alle Varianten der Wiederezulassung) online an. Durch den hohen Einsatz der betreffenden Fachabteilungen konnte so ein weiterer großer Schritt in Richtung Digitalisierung der Bürgerprozesse gemacht werden.

Wie gestaltet man nun die Digitalisierung und ihre konkrete Umsetzung in einer Verwaltung? Ein wichtiger Punkt ist die bereits angesprochene Einbeziehung der Mitarbeiter/innen. Daneben gilt es auch ein grundsätzliches Verständnis der Notwendigkeit zur Digitalisierung zu schaffen. Warum soll man denn nun alles ändern, was bisher wunderbar funktioniert hat? Nun, in der Regel ist es doch oftmals so, dass gerade die Routineaufgaben die meiste Zeit in Anspruch nehmen, während qualifizierte Entscheidungen und Planungen dafür eher zu kurz kommen. Gerade hier besteht ein Hauptvorteil der Digitalisierung: Prozesse die klar logisch abbildbar und umsetzbar sind und Vorgänge bei denen kein Ermessen ausgeübt wird, sondern reine Fakten geprüft werden, können auch automatisiert und komplett digital abgebildet werden..

Der nicht selten bestehenden Befürchtung, dass die Digitalisierung solcher Geschäftsprozesse Arbeitsplätze ersetzen wird, kann entgegnet werden, dass zwar auf der einen Seite einfache, zeitintensive Vorgänge automatisiert werden, auf der anderen Seite aber der persönliche Beratungsbedarf (so z.B. im Bildungs- und Teilhabegesetz) steigt. Das Aufgabenspektrum einzelner Bereiche wird sich also in Ausprägung und Inhalt



Aufgabenspektrum Digitalisierung

Autor: Jens-Uwe Hammann

verändern, aber nicht gänzlich verschwinden.

Eine Lösungsmöglichkeit neben der Automatisierung klar strukturierter Prozesse ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI). Sie stellt den nächsten Entwicklungsschritt in der Bürgerkommunikation und der Verarbeitung erster komplexer Verwaltungsvorgänge dar. Wie bei der Automatisierung gilt auch hier, dass es gewisse Grenzen gibt, an denen digitalisierte und durch KI bearbeitete Prozesse das menschliche Ermessen nicht ersetzen können. Gerade im bereits angesprochenen Sozialbereich gehört neben der fachlichen Qualifikation auch eine gehörige Portion Fingerspitzengefühl dazu. Einfache Fragestellungen wie Beratungsleistungen können aber beispielsweise bereits über Chatbots zufriedenstellend beantwortet werden, ohne dass der Kunde überhaupt das Gefühl hat, mit einem Roboter zu kommunizieren. Hier findet die erste Transformation der Prozesse statt: Einfaches wird automatisiert, damit für komplexe Vorgänge die notwendigen Ressourcen geschaffen werden.

### IT-Technik

Um überhaupt Prozesse und Dienstleistungen digital anbieten zu können, bedarf es einiger Basisarbeiten wie die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit auf der Kundenseite zu gewährleisten. Denn nur mit entsprechender Bandbreite können die angebotenen Online-Dienste auch sinnvoll und für die Kunden zufriedenstellend genutzt werden. Im Landkreis Calw treibt der Eigenbetrieb Breitband Landkreis Calw (EBLC) sowohl den Ausbau von Breitband-Glasfaseranschlüssen als auch den Ausbau der Mobilfunkversorgung mit Hochdruck voran. Parallel dazu werden von der Landkreis-IT die erforderlichen infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen, um auch die interne Digitalisierung auf ein gut durchdachtes, nachhaltiges Fundament zu stellen. Dazu gehört unter anderem eine Erweiterung und Umstrukturierung der Netzwerkarchitektur, um zukünftige IP-Geräte sinnvoll einbinden und verwenden zu können.

Neben der bereits angesprochenen Prozessdigitalisierung sowie den erforder-

lichen Basisarbeiten zur Verfügbarkeit und Netzwerkstruktur/Ausstattung gilt es, die Digitalisierung in ihrer ursprünglichen Bedeutung umzusetzen. Die Überführung analoger Daten in ein maschinell lesbares Format ist für die Nutzung digitaler Technologien unabdingbar. Dazu werden Pläne, Akten und Dokumente gescannt und in einem Dokumentenmanagementsystem – neben den bereits vorhandenen digitalen Daten – strukturiert abgelegt. Dadurch wird nicht nur der Aktenschrank erleichtert, sondern auch der flexible Zugriff für die Mitarbeiter/innen ermöglicht. So müssen beispielsweise Baupläne nicht mehr in Besprechungen mitgebracht und aufwendig kopiert werden, sondern die besprochenen Ergebnisse und eventuellen Ergänzungen können direkt in der Besprechung erfasst und geändert werden. Ein weiterer Vorteil digitalisierter Daten ist die örtliche Unabhängigkeit des Zugriffs. Homeoffice und flexibles Arbeiten sind zwei wesentliche Bestandteile der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Landratsamt Calw. Beides kann aber nur effektiv und effizient funktionieren, wenn alle notwendigen Daten elektronisch zu Verfügung stehen.

Abschließend ist also zu sagen, dass die Digitalisierung als Chance betrachtet werden sollte, um einfache standardisierte Prozesse zu automatisieren und so den Kund(inn)en wie auch den Mitarbeiter(inne)n Vorteile zu verschaffen. Wie bei allen Weiterentwicklungen gilt es allerdings erst einmal einige Herausforderungen zu meistern, bevor anschließend die Vorteile greifen können. Dabei sind die Mitarbeiter/innen, ihre Akzeptanz und Leistungsbereitschaft die entscheidenden Erfolgsfaktoren. Diese gilt es bestmöglich zu unterstützen und zu begleiten, um die Digitalisierung dauerhaft zu etablieren.

Jens-Uwe Hammann ist Teamleiter für Digitalisierung, IT und Organisation im Landratsamt Calw



# Erste Umsetzungen der Digitalisierungsstrategie im Enzkreis

Von Marc Böhmer, Pforzheim

Vor einem Jahr, im Dezember 2018, hat der Kreistag einstimmig die Digitalisierungsstrategie des Enzkreises beschlossen. Geprägt ist sie von drei Grundsätzen:

- Digitalisierung soll von den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgehen und entsprechend gestaltet werden;
- Digitalisierung heißt Prozesse neu denken und digital neu definieren;
- da Digitalisierung nicht vor Kreis- und Gemeindegrenzen haltmacht, sollen mehr Dienstleistungen gemeinsam organisiert werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung werden dabei als wichtiger Teil der Zukunftsgestaltung in den Wandel einbezogen und gestalten ihn mit.

Inzwischen sind zwei digitalisierte Pilotprojekte gestartet: Die Anmeldung zur Infektionsschutzbelehrung und der Führerscheinantrag inklusive einer Online-Bezahlungsmöglichkeit.

Wer bei seiner Arbeit mit Lebensmitteln direkt oder indirekt in Berührung kommt, zum Beispiel als Fleisch-Fachverkäufer oder bei der Geschirr-Reinigung, braucht ein Papier des Gesundheitsamts, das ihm die Teilnahme an einer Belehrung nach dem Infektionsschutzgesetz (IFSG) bescheinigt. Eine Anmeldung für die Belehrung ist erforderlich, da die Schulungsplätze begrenzt sind. Zwar wird eine Online-Anmeldung bereits in fast allen Landkreisen angeboten, da bislang aber eine Online-Bezahlungsmöglichkeit fehlt, muss die Gebühr zuvor bar oder per Überweisung bezahlt werden. Seit Ende 2018 wird der gesamte Anmeldeprozess im Enzkreis online über einen eigenen Webservice angeboten. Dies vereinfacht für die Bürger den Buchungsprozess und für das Gesundheitsamt die komplette Verwaltung der Belehrung.

Ausblick: Im Rahmen des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG) sollen Bund, Länder und Kommunen alle Verwaltungsleistungen in Deutschland über Verwaltungsportale auch digital anbieten und diese Portale zu einem Verbund verknüpfen. Unter der Leitung des Landes Niedersachsen wird ein Online-Tutorial der IFSG-Belehrung entwickelt. Dazu sollen eine digitale Bescheinigung und ein Eintrag in ein Register gehören. Im Fokus steht die Schulung selbst, die bundesweit einheitliche Inhalte in verschiedenen Sprachen vermitteln soll.

Um dieses Vorhaben komplett umzusetzen, sind Gesetzesänderungen auf Bundesebene sowie eine Einigung zwischen den Bundesländern nötig. Als Zwischenschritt haben sich, initiiert vom Landkreistag, 19 Landkreise zusammengeschlossen. Als Ziel hat sich dieser „Landkreis-Konvoi“, den der Enzkreis anführt, die Anmeldung zur IFSG-Belehrung über das Verwaltungsportal in Baden-Württemberg (Service BW) gesetzt. Wichtige Bausteine dieses Projektes sind eine Online-Anmeldung über das Bürgerkonto, eine Online-Bezahlungsfunktion über die ePayBL-Schnittstelle, ein einheitliches Verwaltungstool ohne Medienbrüche inklusive Ausdruck der notwendigen Bescheinigungen und eine Schnittstelle zum Fachverfahren Octoware.

## Digitaler Führerscheinantrag

Wer ein Kraftfahrzeug führen möchte, benötigt einen Führerschein, den er nur bei der für ihn örtlich zuständigen Fahrerlaubnis-Behörde beantragen kann. Im Enzkreis kann der Führerschein bereits seit 2006 online beantragt werden. Die Antragsdaten werden dabei ohne Medienbruch in das Fachverfahren über-

nommen. Dieser Online-Prozess wurde nun um die Möglichkeit der Online-Bezahlung über die epayBL-Schnittstelle mit den Bezahlarten Giro pay, Paydirekt, Kreditkarte sowie PayPal ergänzt. Dadurch ist jetzt ein durchgängig digitaler Antrag möglich.

Da die vom Antragsteller selbst erfassten Daten sowie die eingescannten Unterlagen (nach einer Kontrolle durch einen Sachbearbeiter) direkt übernommen werden, können in der Folge auch die weiteren Arbeitsschritte vollständig digital abgewickelt werden. Dazu gehören beispielsweise das Anfordern von Auskünften aus Registern, die Erteilung des Prüfauftrages sowie die Bestellung und Produktion des Führerscheines selbst. Der Nutzen für den Bürger ist vor allem eine um bis zu drei Wochen kürzere Bearbeitungszeit. Zudem muss er nicht persönlich ins Amt kommen: Sogar die Aushändigung des Führerscheins erfolgt nach bestandener Prüfung durch den TÜV oder per Postversand. Gerade bei Massen-Antragsverfahren wie dem angelaufenen Zwangsumtausch von alten Führerscheinen profitieren Bürger und Verwaltung ganz besonders von schnellen Online-Verfahren.

Auch bei der Leistung des Führerscheinantrages wird im Rahmen des OZG bereits an einer bundeseinheitlichen Portal-Lösung gearbeitet. Federführend sind hier Hessen und Baden-Württemberg; der Enzkreis hat sich in der Prozessanalyse in mehreren Workshops eingebracht. Momentan prüft das Land Hessen, welche Gesetzesänderungen notwendig werden könnten.

Marc Böhmer ist Leiter der IT im Landratsamt Enzkreis

# Aufbau einer kommunalen Geodateninfrastruktur im Hohenlohekreis am Beispiel digitaler Straßensperrungen

Von Gerald Bär und Andre Völkner, Künzelsau

Im März dieses Jahres unterzeichneten Landkreis, Städte und Gemeinden die Verwaltungsvereinbarung zum Aufbau einer kommunalen Geodateninfrastruktur (GDI). Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um im Digitalisierungsprozess auf standardisierte Geoinformationen zurückzugreifen. Derzeit befinden sich die Projekte Bauleitplanung, Straßensperrung und Leerstands-/Baulückenkataster in der Umsetzung. Gerade das Projekt Straßensperrung hat bereits für Aufsehen gesorgt, als es mit dem Leuchtturm-Preis des Staatsanzeigers ausgezeichnet wurde: die Anwendung, die Bürgern in Echtzeit erlaubt, Straßensperrungen im Kreis abzufragen, gilt als Musterbeispiel für bürgernahen Service durch Behörden.

Geoinformationen sind ein Treiber der digitalen Gesellschaft und zentraler Bestandteil von Digitalisierung, eGovernment und Verwaltung 4.0 und sollen für alle Interessengruppen des öffentlichen und privaten Bereichs einfach nutzbar werden.

Die Landesregierung hat per Kabinettschluss die Geodateninfrastruktur (GDI) als elementaren Baustein der digitalen Daseinsvorsorge identifiziert.



Quelle: Hohenlohekreis

Ein wesentlicher Datenschatz an Geoinformation befindet sich auf der kommunalen Ebene. Dieser kann nur dann genutzt und zukunftsorientiert ausgerichtet werden, wenn es gelingt, gerade auf dieser Ebene Geodateninfrastrukturen aufzubauen. Mit Landräte-Rundschreiben Nr.12/2019 wurde daher den Landkreisen mit ihren Städten und Gemeinden empfohlen eine GDI-Vereinbarung abzuschließen.

Der Hohenlohekreis stellt sich dieser administrativen und gesellschaftlichen Verantwortung, den digitalen Wandel aktiv zu begleiten und das Informations- und Wertschöpfungspotenzial von Geodaten für Kreis und Kommunen zu aktivieren. Die GDI-Hohenlohekreis bildet dabei den organisatorischen, technischen und rechtlichen Rahmen für Austausch, Zugang und Nutzung von Geoinformationen.

## Rückblick

Als 2008 beim Hohenlohekreis HOKis (Hohenlohekreis-Informationssystem) eingeführt wurde, um den Mehrwert von Geoinformation zu nutzen, fanden im Vorfeld intensive Gespräche mit den Städten und Kommunen des Kreises statt, um ein gemeinsames Geoinformationssystem einzuführen. Leider konnten damals nur sieben der 16 Gemeinden, vorwiegend kleinere Kommunen, die keine eigene GIS-Kompetenz aufbauen konnten, von dieser gemeinsamen Lösung überzeugt werden.

So entstanden heterogene Datenstrukturen mit den sich daraus ergebenden Nachteilen hinsichtlich des Datenaustauschs im gemeinsamen Verwaltungshandeln zwischen Kreis und Kommunen.

## Von INSPIRE zur kommunalen GDI

Von der EU-Richtlinie INSPIRE (*Infrastructure for Spatial Information in Europe*) und der Umsetzung im Landesgeodatenzugangsgesetz (LGeoZG) sind alle Verwaltungsebenen als geodatenhaltende Stellen betroffen. Bei den Kommunen handelt es sich dabei insbesondere um die Bauleitpläne. In einem organisatorischen Handlungsleitfaden der kommunalen Landesverbände wurde den Kommunen ein Lösungsweg zur Bereitstellung der Bebauungspläne aufgezeigt. Dabei sollen die Kreise eine Bündelungs- und Qualifizierungsfunktion für die Bebauungspläne der Kommunen einnehmen, um diese landesweit einheitlich bereitzustellen.

Der Hohenlohekreis hatte sich bereits 2015 entschieden, diese Bündelungsfunktion für die Kommunen zu übernehmen. Gleichzeitig wurde dies jedoch auch als Chance gesehen, bei weiteren Geodaten Themen gemeinsame Datenstrukturen aufzubauen. So wurde die Übernahme der Bündelungsfunktion mit der Bedingung verbunden, dass sich die Kommunen aktiv am Aufbau der GDI-Hohenlohekreis beteiligen.

Im Mai 2016 verursachte ein Starkregenereignis erhebliche Zerstörungen und Schäden in der Region. So waren etliche Straßen überschwemmt oder unterspült und der Verkehr vielerorts lahmgelegt und noch Tage danach stark beeinträchtigt. In einer interaktiven Karte im HOKis-Geoportal wurden diese Straßensperrungen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Dabei zeigte sich jedoch, dass noch erhebliches Verbesserungspotenzial hinsichtlich Aktualität, Qualität, Zuverlässigkeit und Zuständig-

keit für die Abbildung sämtlicher gesperrter Straßen bestand. Hinzu kommt, dass das kommunale Straßennetz bisher nicht vom Baustelleninformationssystem (BIS) des Bundes abgedeckt wird. Kommunale Verkehrsbeschränkungen standardisiert bereitzustellen ist daher Ziel des zweiten Teilprojekts in der GDI-Hohenlohekreis.

„Einfach gesagt, soll jeder jederzeit wissen wann und wo Straßensperrungen oder Verkehrsbeschränkungen bestehen oder geplant sind.“ So lautet nach Andre Völkner, Leiter der Stabsstelle GIS, das zentrale Ziel des Projektvorhabens.

Neben der Öffentlichkeit sollen vor allem Behörden und Unternehmen, die Außendienstfahrzeuge im Einsatz haben, von dem Datenangebot profitieren. Bereitgestellte Restfahrbahnbreiten können bei der Routenführung im Schwerlastverkehr entscheidend unterstützen. Für Rettungskräfte kann das Datenangebot einen medienbruchfreien Informationstransfer über das System der Leitstelle bis hin zu den Navigationssystemen in den Einsatzfahrzeugen ermöglichen.

### Digitale verkehrsrechtliche Anordnung

Abgesehen von Schadensereignissen und Notfällen wird die Mehrheit der Verkehrsbeschränkungen im Kreis von der Straßenverkehrsbehörde des Landratsamts nach § 45 StVO angeordnet. Da die laufende Erhebung eines Geodatenbestands ohne eine Änderung der bisherigen Arbeitsabläufe einen erheblichen Mehraufwand verursacht hätte, wurde der gesamte Prozess des Antrags- und Anordnungsverfahrens in einen digitalen Workflow überführt. Auf vorhandene GIS-Funktionen aufbauend wurde das Plug-In HOKis-VAO (VAO steht für verkehrsrechtliche Anordnung) dafür entwickelt. Der Aufwand für die Bearbeitung eines einzelnen Antrags wird damit deutlich reduziert; im Wesentlichen durch Wegfall von Mehrfacher-



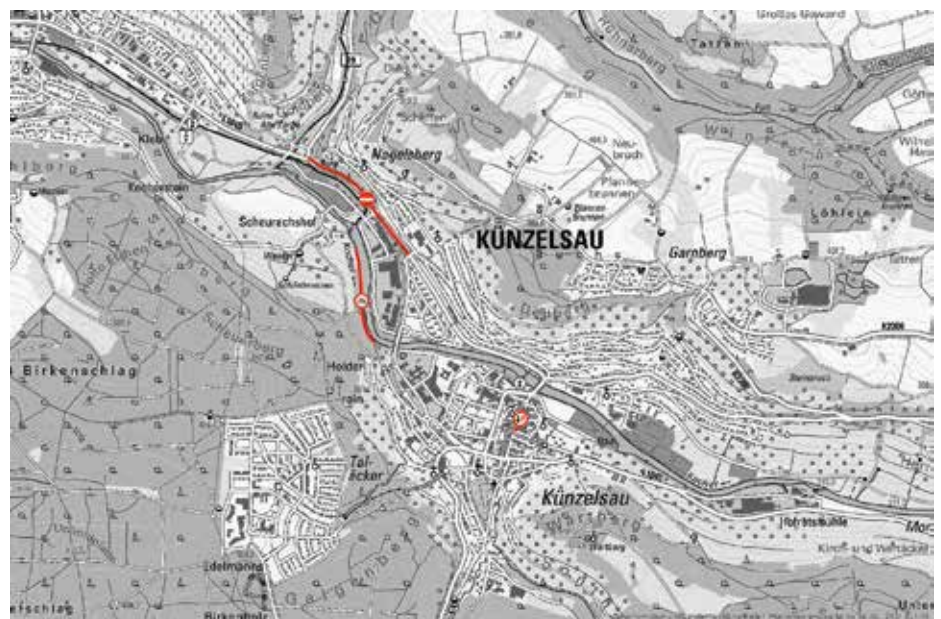
Digitale Geschäftsprozess „Verkehrsrechtliche Anordnung“

Quelle: Hohenlohekreis

fassungen, Ausdrucken, Einscannen und Ablegen von Dokumenten. Dadurch werden trotz des geringeren Aufwands mehr Informationen erfasst.

Mittels eines Online-Antrags erfasst der Antragsteller (i.d.R. Baufirmen) sämtliche Antragsparameter, die bisher in analoger Weise an die Straßenverkehrsbehörde gesendet wurden. Bei der Antragstellung steht ein interaktives Kartenbild bereit, das die Eingabe von Sperrstrecken ermöglicht. Die digitalisierten Linienobjekte werden zusammen

mit den übrigen Antragsparametern (Kontaktdaten, Art und Dauer der Sperrung etc.) ins HOKis übertragen, in dem die Bearbeitung seitens der Verkehrsbehörde vorgenommen wird. Die Kommunikation zwischen Antragstellern, Bauleitern, Sachbearbeitern und Träger öffentlicher Belange erfolgt über E-Mails, die vom System generiert und versandt werden. Mit der Anordnung werden die Sperrstrecken für die Bereitstellung freigegeben. Mit jedem Verfahren erhält der Antragsteller zudem eine Transferken-



Darstellung von Straßensperrung in HOKis

Quelle: Hohenlohekreis

nung, mit welcher der aktuelle Bearbeitungsstand abgerufen werden kann. Auf diesem Wege können Baumaßnahmen auch fertig gemeldet und verlängert werden.

Drei der 16 Kommunen im Hohenlohekreis sind selbst für die verkehrsrechtliche Anordnung zuständig und müssen in besonderer Weise beteiligt werden. D.h. Verkehrsbeschränkungen auf Gemeindestraßen in diesen Kommunen landen nicht ohne weiteres in den Datenbestand, da Anträge dort direkt gestellt und bearbeitet werden. Gespräche und etwaige Lösungswege stehen hier noch aus.

## Meldeapplikation für Kommunen

Bei Not- oder Schadensfallmaßnahmen ist der Informationsaustausch gesondert zu regeln, da es hierbei keiner verkehrsrechtlichen Anordnung bedarf (z.B. bei einem Wasserrohrbruch). Über eine einfache Web-Applikation sollen die zuständigen Mitarbeiter der Kommunen Sperrstrecken digitalisieren und weitere Angaben wie Zeitraum und Anlass anfügen. Die GDI-Vereinbarung liefert dafür die organisatorischen Rahmenbedingungen. Die Straßenverkehrsbehörde wird daraufhin nachrichtlich über die Maßnahme in Kenntnis gesetzt.

## Sie haben ihr Ziel erreicht?

Mit der Umsetzung des beschriebenen Projektes ist das Ziel einer alltagstauglichen Plattform für unterschiedliche Einsatzzwecke und die aktuelle Verfügbarkeit von Straßensperrungen im Hohenlohekreis erreicht. Eine Bereitstellung losgelöst von Zuständigkeiten ist

jedoch anzustreben, da der Nutzen des Projekts mit zunehmender räumlicher Abdeckung steigt.

Im Nachbarlandkreis Heilbronn sah man etwa zur selben Zeit den Bedarf eines Fachverfahrens zur Bearbeitung von Anträgen auf Straßensperrungen. Das zugrundeliegende Datenmodell wurde daher bereits in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Heilbronn entwickelt. Durch die Vorstellung des Projekts im GDI-BW-Begleitausschuss, mit dem MLR als federführendes Gremium, wurde die Beteiligung des Landes zum Aufbau landesweiter Straßensperrungsdaten zugesagt.

Um weitere Landkreise für die Umsetzung der verkehrsrechtlichen Anordnung und die Bereitstellung der Straßensperrungsdaten zu gewinnen, wurde über die Initiative Digitale Landkreiskonvois (INDILAKO) des Landkreistags ein Interessensbekundungsverfahren gestartet, das mittlerweile abgeschlossen ist. Dabei haben 15 Landkreise ihr Interesse an einer gemeinsamen Umsetzung angemeldet. Der „Kick-off“ im INDILAKO-Prozess ist zu Beginn des Jahres 2020 geplant. Hierfür müssen auf Landesebene noch sämtliche Stakeholder identifiziert werden, die in den Prozess einzubinden und deren Rollen zu definieren sind. Dazu zählen insbesondere Ministerien, Regierungspräsidien, Landesämter, etc. Erste Gespräche sind hier bereits erfolgt.

Ziel ist es, gemeinsam ein landesweit skalierbares Konzept zu erarbeiten, das fachlich auf der Lösung des Hohenlohekreises aufbaut. Die Herausforderung wird vor allem darin liegen, Antragstellung und Bereitstellung zu zentralisieren und die Sachbearbeitung weiterhin bei den kommunalen Stellen zu belassen.

## Mobilitäts-Daten-Marktplatz (MDM)

Die Straßensperrungsdaten sollen über die MDM-Plattform der Bundesanstalt für Straßenwesen als nationaler Zugangspunkt für Verkehrsdaten bereitgestellt werden. Über die standardisierte Schnittstelle DATEX II können Daten über die Plattform ausgetauscht und für unterschiedliche Systeme bereitgestellt werden. Bei der Datenmodellierung in HOKis-VAO wurden bereits Entitäten und Enumerationen aus DATEX II berücksichtigt, wodurch die Implementierung einer Exportschnittstelle vereinfacht wird. Praxisbeispiele zeigen bereits heute, wie die MDM-Plattform als Bindeglied für den Datentransfer an Navigationssysteme, Verkehrsleitsysteme oder Fahrerassistenzsysteme eingesetzt werden kann.

## Ausblick

Geoinformationen sind für die digitale Gesellschaft eine wichtige Schlüsselressource und Bestandteil einer Vielzahl an Digitalisierungsprojekten wie Smart City, intelligente Mobilität, eGovernment, Verwaltung 4.0. Eine sinnvolle Nutzung wird nur dann möglich sein, wenn diese Daten in Geodateninfrastrukturen standardisiert und interoperabel bereit stehen.

Die Zukunft wird lokal gemacht. Deshalb kommt gerade im kommunalen Umfeld dem Aufbau von Geodateninfrastrukturen eine wichtige Bedeutung zu.

Gerald Bär ist Leiter des Vermessungsamtes, Andre Völkner arbeitet in der Stabsstelle GIS beim Landratsamt Hohenlohekreis



# Die Digitalisierung im Landratsamt Karlsruhe kommt voran

Von Ragnar Watteroth, Karlsruhe

Die Verwaltung des Landkreises Karlsruhe hat früh auf die Digitalisierung der Geschäftsabläufe gesetzt. Standardisierte Vorgänge werden automatisiert, was digitalisiert werden kann wird auch digitalisiert. Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger ist, dass viele Amtsgänge entfallen können. Das Landratsamt geht dabei planvoll vor und berücksichtigt alle Verwaltungsbereiche.

## Umfrage zur Digitalisierung, Digitalisierungstage mit Städten und Gemeinden im Landkreis Karlsruhe

Der Landkreis Karlsruhe möchte die digitale Zukunft des Landkreises gemeinsam mit der Bürgerschaft, Unternehmen, Bildungseinrichtungen, den Städten und Gemeinden vor Ort sowie den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern aktiv gestalten. Der Verwaltung haben sich dabei zentrale Fragen gestellt, die praktisch alle Lebensbereiche betreffen: Wie soll die Verwaltung zukünftig arbeiten? Wie soll gelehrt und gelernt

### Die Stakeholder wurden zu den priorisierten Themenbereichen des Digitalen Landkreises Karlsruhe befragt



Quelle: Landratsamt Karlsruhe

werden? Wie kann die Digitalisierung den ÖPNV auch im ländlichen Raum stärken?

Diese und weitere Fragen hat der Landkreis Karlsruhe im Rahmen von mehreren Online-Umfragen und Workshops mit den verschiedenen Stakeholder-Gruppen diskutiert. Hinterfragt wurde hierbei der Digitalisierungsgrad des Landkreises hinsichtlich der Erwartungen und Trends, Chancen und Risiken, Sorgen und Nöte der befragten Gruppen.

Die Ergebnisse des umfangreichen Beteiligungsprozesses bildeten die Basis für eine strategische und nachhaltige Digitalisierung der Daseinsvorsorge im Landkreis Karlsruhe.

Unterstützt wurde der Landkreis Karlsruhe bei der Konzeption, Begleitung und systematischen Auswertung der Online-Befragungen durch Partnerschaft Deutschland, Berater der öffentlichen Hand GmbH, die auch die Kommunikationsmaßnahmen und die Umfrageergebnisse aufbereitete.

## Digitalisierungstage

Unter dem Motto „voneinander lernen und die digitale Welt in der Verwaltung voranbringen“ hat der Landkreis Karlsruhe gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Digitalisierungstage ins Leben gerufen. Geschaffen wurde hierbei eine Plattform zur Information und zum Meinungs austausch. Das große Interesse und der rege Zuspruch der Städte und Gemeinden zu dieser Veranstaltung hat den Landkreis dazu bewogen, Folgeveranstaltungen



Grafik: Landratsamt Karlsruhe



Die Digitalisierungstage haben sich zur festen Einrichtung entwickelt und erfreuen sich guten Zuspruchs.  
Foto: Landratsamt Karlsruhe

anzubieten. Hieraus ist mittlerweile eine feste Veranstaltungsreihe geworden. Die Themen orientieren sich sowohl an den Wünschen der Teilnehmer, als auch an ausgesuchten Projekten, die begonnen oder erfolgreich abgeschlossen wurden. Die Teilnehmer profitieren von Informationsangebot und vom Austausch, was wiederum den Verwaltungen vor Ort zugutekommt.

## Ein Fundament der Digitalisierung ist die Informationssicherheit

Das Landratsamt Karlsruhe hat bereits 2010 mit der Entscheidung, eine Zertifizierung nach ISO 27001 auf Basis des IT-Grundschutz anzustreben, den Grundstein für maximale Informationssicherheit gelegt. Dies war der Beginn einer kontinuierlichen Verbesserung und Strukturierung von Prozessen sowie Systemumgebungen zum Schutz der Informationen, die im Landratsamt Karlsruhe verarbeitet werden.

Diese Zertifizierung ist ein anerkanntes Managementsystem, das sich dadurch auszeichnet, dass es ganzheitlich die Stabilität der IT-Infrastruktur betrachtet. Dies beginnt bei Prozessen, geht über IT-Anwendungen, IT-Systeme bis hin zu Räumen und Gebäuden. Die ISO 27001-Norm behandelt dabei die Strukturierung und Bemessung der Werte und unterzieht diese einer Sicherheitsprüfung,

einem Risikomanagement sowie einer Notfallvorsorge. Außerdem ist eines der wesentlichen Merkmale die kontinuierliche Verbesserung, die sicherstellt, dass die Systeme immer auf dem aktuellen Stand der Technik bleiben.



Quelle: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Nach mittlerweile fünfjähriger Erfahrung als Inhaber des BSI-Zertifikats kann das Landratsamt Karlsruhe viele positive Aspekte feststellen. Die jährlich stattfindenden Audits des Managementsystems, die eine ständige Anpassung von Systemen und Verhaltensweisen mit sich bringen, werden längst nicht mehr als Prüfungen, sondern vielmehr als positive Begleitung wahrgenommen, um das Niveau der Informationssicherheit zu halten und noch weiter zu verbessern.

Neben den Audits gewährleisten auch regelmäßig stattfindende Penetrations-tests, die einen „Hackerangriff“ simulieren und die gefundenen Schwachstellen identifizieren und benennen, ein hohes Sicherheitsniveau.

Informationssicherheit bedeutet auch in Transparenz hinsichtlich zu investieren. Durch ein strukturiertes Vorgehen bei der Erstellung von Dokumenten oder Berichten ist der Behördenleitung die aktuelle Sicherheitslage jederzeit bekannt.

Als echter Vorsprung erweist sich heute, dass die Verwaltung durch den Informationssicherheitsprozess frühzeitig angehalten war, Prozessstrukturen aufzubauen, welche Klarheit bei der immer komplexer und vielschichtiger werdenden Materie bedeuten. Das Landratsamt Karlsruhe hat hier den Kommunalen Produktplan BW zu Hilfe genommen, der alle behördlichen Tätigkeiten enthält und im Zuge der Umstellung auf das NKHR den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bekannt ist.

So wurden diese Produkte für das Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten verwendet, welches fortlaufend revidiert und verbessert wird.

## Sitzungsdienst/ Ratsinformationssystem

Bereits seit 2015 haben die Mandatsträger die Möglichkeit, alle benötigten Informationen und Dokumente elektronisch zu erhalten. Die Öffentlichkeit wird online über Sitzungen und deren Ergebnisse informiert. Nach erfolgreicher Testphase werden die Sitzungen umgestellt. Seitdem beruft der Landrat die Sitzungen elektronisch ein. Dies umfasst die Tagesordnung und die für die Verhandlung erforderlichen Unterlagen, welche im Ratsinformationssystem bereitgestellt werden. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt ebenfalls digital auf der Internetseite des Landratsamtes. Die zentrale Bearbeitung von Dokumenten, die intuitive Bedienung und die Benutzerfreundlichkeit sowie die hohen

Sicherheitsstandards des Systems erleichtern die tägliche Arbeit. Das Arbeitsumfeld reicht von den Sitzungsvorbereitungen bis zur Protokollerstellung. Im Sommer 2019 wurde nun ein weiterentwickeltes Ratsinformationssystem eingeführt, das die Kreistagsmitglieder seit der ersten Kreistagsitzung der 10. Verwaltungsperiode am 25. Juli 2019 nutzen können. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf das nahtlose Zusammenspiel von Sitzungsdienst und Ratsinformationssystem gelegt. Ein wichtiger Baustein zur Digitalisierung stellt hierbei die Möglichkeit der Nutzung auf mobilen Endgeräten dar. Über eine App finden ein komplett medienbruchfreies Arbeiten, ein umfassender mobiler Zugriff sowie die effiziente Bearbeitung von Dokumenten statt. Der Kreistag hat beschlossen, ab 1. Januar 2020 auf Papierdokumente vollumfänglich zu verzichten.

## E-Rechnungsworkflow

Am 26. Mai 2014 ist die Richtlinie über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen (RL 2014/55/EU) in

Kraft getreten. Für die nationale Umsetzung in Deutschland hat das Bundeskabinett im Juli 2016 das E-Rechnungsgesetz verabschiedet. Die Verpflichtung zur Annahme und Weiterverarbeitung elektronischer Rechnungen trat für alle öffentlichen Auftraggeber am 27. November 2019 in Kraft – für den Bund bereits ein Jahr früher. Die Pflicht zur Übermittlung von Rechnungen in elektronischer Form tritt zum 27. November 2020 in Kraft.

Eine elektronische Rechnung ist eine Rechnung, die in einem strukturierten elektronischen Format ausgestellt, übermittelt und empfangen wird, das ihre automatische und elektronische Verarbeitung ermöglicht. Eine Bilddatei, ein reines PDF oder eine eingescannte Papierrechnung stellen keine elektronische Rechnung im Sinne der genannten Richtlinie dar.

Rechtlich zulässig sind Rechnungsformate, die ausschließlich aus strukturierten Daten bestehen (XRechnung) sowie Rechnungsformate, die teilweise aus einem strukturierten Format sowie einer Bilddatei bestehen (ZUGFeRD). Aufgrund dieser neuen rechtlichen Ver-

pflichtung haben sich das Landratsamt Karlsruhe und ITEOS in Doppelfunktion als Projektpartner und Rechnungssteller darauf verständigt, einen medienbruchfreien E-Rechnungsworkflow auf den Weg zu bringen. Im Projekt war das Format ZUGFeRD als Standardformat eingesetzt. Beim ZUGFeRD-Format ist neben dem XML-Datensatz, der für das menschliche Auge nicht sichtbar ist, auch eine Bilddatei (PDF-Format) angehängt. So ist es den Bearbeitern möglich, die Rechnungen einzusehen und überprüfen zu können.

Mit dem elektronischen Rechnungseingangswflow wurde Mitte Februar 2019 in der Verwaltung des Landkreises Karlsruhe der durchgängige, vollständig digitale Prozess für den Eingang, die Verarbeitung, die Freigabe und Archivierung der Rechnungen eingeführt. Die gesamte Verarbeitung erfolgt medienbruchfrei ohne Zwischenschritte in Papier und läuft automatisiert ab, so dass die Prüfung der Rechnungen durch den Menschen sich auf die inhaltliche Kontrolle konzentriert. Lange Postlaufzeiten, vom Eingang über die verschiedenen Stationen der Überprüfung bis hin zur Auszahlung einer Rechnung, gehören damit der Vergangenheit an.

**INDILAKO (Initiative Digitale Landkreise Konvoi)** ist eine Initiative des Landkreistages Baden-Württemberg unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft Digitalisierung.

Ziel der Initiative ist, dass mehrere Landkreise gemeinsam eine konkrete Aufgabe im Rahmen der digitalen Transformation gleichförmig (standardisiert) umsetzen, Skaleneffekte generieren und in deren Folge Blaupausen für andere Landkreise schaffen.

Am 8. Oktober 2019 hat sich der INDILAKO E-Rechnung zu einem ersten Kick-Off-Termin im Landratsamt Karlsruhe getroffen. Der E-Rechnungskonvoi besteht aktuell aus zehn Landkreisen. Konvoiführer ist in diesem Fall der Landkreis Konstanz. Diese Landkreise haben somit die Gewissheit, bis zum 18. April



Im Landratsamt Karlsruhe ist der elektronische Rechnungseingangswflow produktiv gesetzt. Der Landrat und der Vorstandsvorsitzende von ITEOS gaben den Start frei. Foto: Landratsamt Karlsruhe



2020 mit einem vollfunktionsfähigen E-Rechnungsworkflow arbeiten zu können, der die gesetzlichen Grundlagen erfüllt. Als Vorlage für diesen standardisierten Prozess sind hierbei die Customizingeinstellungen des Landratsamtes Karlsruhe ausgewählt worden.

### Bürgerservice und Mitarbeiterangebote

Zum Jahresbeginn ging der neue Internetauftritt des Landkreises Karlsruhe online. Die moderne Plattform in responsivem Webdesign bildet das Fundament für den Bürgerservice 4.0. Die Bereitstellung von Online-Bezahlungsmöglichkeiten wie PayPal oder Giropay ermöglicht das Angebot medienbruchfreier Onlinedienstleistungen, die Online-Terminvereinbarungen in kundenintensiven Bereichen dient der Verkürzung von Wartezeiten sowie der Reduzierung der Bearbeitungszeiten und durch die Integration interaktiver Karten können beispielsweise Zuständigkeitsbereiche oder Straßensperrungen dargestellt werden. Daneben wurde auch die Nutzung neuer Kommunikationskanäle stärker integriert. Unter anderem wird die Videoplattform YouTube genutzt, um Bürgerinnen und Bürgern Erklärvideos zu häufig nachgefragten Verwaltungsleistungen zur Verfügung zu stellen. Dies



Karriereportal des Landratsamtes Karlsruhe

Quelle: Landratsamt Karlsruhe

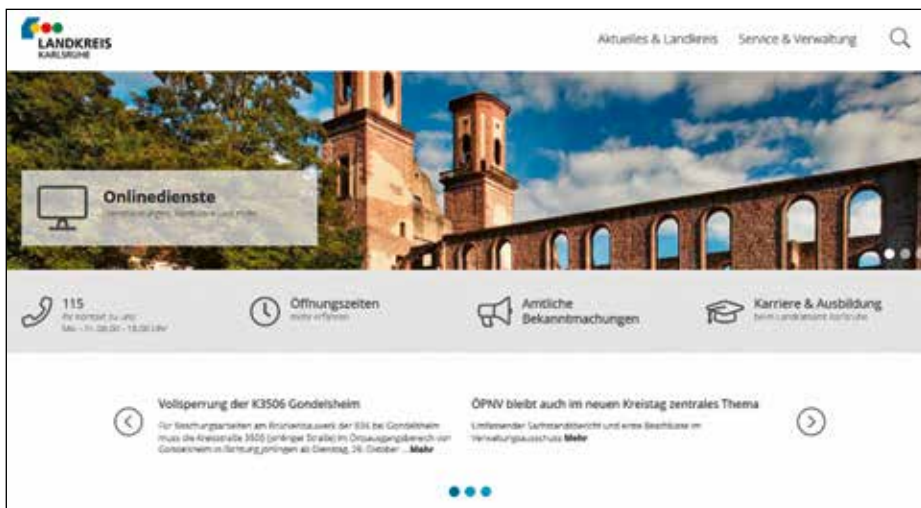
ist ein weiterer Schritt hin zu einem einfachen Verwaltungszugang, da eine Möglichkeit geschaffen wurde, komplizierte Sachverhalte verständlich wiederzugeben.

Neben dem Ausbau des Bürgerservices liegt auch das Mitarbeiterangebot und damit die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität im Fokus. Dies beginnt bei der Werbung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weshalb im April 2019 das Karriereportal des Landratsamtes Karlsruhe als eigene Recruiting-Plattform an den Start ging. Dieses beinhaltet die Vorstellung aller Arbeitgeberangebote (z.B. Gesundheitsmanagement, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, indivi-

duelle Personalentwicklung) sowie einen Stellenmarkt mit direktem Zugang zum elektronischen Bewerbermanagementsystem.

Gemeinsam mit der neuen Internetseite wurde das behördeninterne Intranet als zentrale Plattform für alle Mitarbeiterangebote neu aufgesetzt. Es bietet die Möglichkeit, wichtige Mitarbeiterinformationen abzurufen sowie einen Zugriff auf alle Portale und Serviceleistungen. Künftig steht dieser Zugang auch von zu Hause und unterwegs zur Verfügung. Dieser weitere Digitalisierungsschritt hat den Vorteil, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun jederzeit z.B. ihre Gehaltsabrechnungen einsehen oder Dienstreiseanträge und Reisekostenabrechnungen einreichen können, sich über interne Stellenausschreibungen sowie Neuerungen informieren oder die richtigen Ansprechpartner für ihr Anliegen finden können. Der bisherige Postversand dieser Informationen wird durch diese flexible, digitale Zugriffsmöglichkeit abgelöst.

Auch der Ausbildungsbereich ist im Fokus der Digitalisierungsbestrebungen. So zum Beispiel die Ausbildungsplanung: Für die Auszubildenden bedeutet dies, dass Sie zu jeder Zeit ihre Ausbildungspläne über ein Online-Portal oder über eine App auf dem privaten Smartphone abrufen können. Die Ausbildungsbeauf-



Internetauftritt des Landkreises Karlsruhe

Quelle: Landratsamt Karlsruhe





Intranet des Landratsamtes Karlsruhe

Quelle: Landratsamt Karlsruhe

tragten haben diese Möglichkeit in Bezug auf die Zuweisungspläne. Außerdem können die Auszubildenden künftig über eine Nachrichtenfunktion mit den Ausbildungsbeauftragten auf unkomplizierte Weise kommunizieren.

Die Digitalisierung mithilfe technischer Entwicklungen voranzutreiben genügt alleine aber nicht. Eine erfolgreiche digitale Transformation ist vielmehr nur möglich wenn es gelingt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hierfür zu be-

geistern und in die Prozesse einzubinden. Dies umfasst auch die Förderung digitaler Kompetenzen. Im Landratsamt Karlsruhe werden daher bedarfsgerechte Unterstützungsangebote entwickelt, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten.

### Digitallotsen

Die Digitallotsenausbildung ist eine Qualifizierung, die sich lohnt. Der Landkreis Karlsruhe unterstützt damit das Ziel der Landesregierung, die kommunale Verwaltung zum Vorreiter für digitale Dienste in einer modernen und bürgernahen Verwaltung 4.0 zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sich der Landkreis Karlsruhe bereits früh auf den Weg gemacht, fünf Digitalisierungs-lotsen fortbilden zu lassen. Die Digital-lotsen sind Motivatoren für Kolleginnen und Kollegen und sind Impulsgeber, um Maßnahmen sowie Transformations- und Veränderungsprozesse des digitalen Wandels aufzuzeigen und anzustoßen. Sie beschäftigen sich dauerhaft mit dem Thema Digitalisierung und nutzen Synergieeffekte, damit einheitliche Standards bestmöglich und benutzerfreundlich entwickelt werden können.



Digitale Ausbildungsplanung

Foto: Landratsamt Karlsruhe

Ragnar Watteroth ist Dezernent für Finanzen & Beteiligungen beim Landratsamt Karlsruhe

# „WIR digitalisieren“ – Innovation gemeinsam gestalten

Von Jasna Kebe und Thomas Meyer, Ludwigsburg

Die Digitalisierung wird im Landratsamt Ludwigsburg nicht als Projekt, sondern als Daueraufgabe angesehen, von der die gesamte Mitarbeiterschaft unmittelbar betroffen ist. Um dauerhaft die Akzeptanz der mit der Digitalisierung einhergehenden Veränderungen zu fördern, wird sowohl der Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch der Information eine große Bedeutung zuteil.

„WIR digitalisieren“ – unter diesem Motto steht die Digitalisierung im Landratsamt Ludwigsburg, die mit einer Werbekampagne eingeläutet wurde. Dabei ist das „WIR“ bewusst groß geschrieben. Durch das aktive Miteinbeziehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes in die Veränderungsprozesse sollen aus Betroffenen Beteiligte gemacht werden und möglichen Bedenken von vornherein entgegen gewirkt werden.

Hierfür wurden zu Beginn des Jahres 2019 Innovation-Days ins Leben gerufen. Das waren Workshops, die sich der Methode des Design-Thinking bedienen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt Ludwigsburg die Möglichkeit verschafft haben, ihre eigenen Wünsche und Ideen zum Thema Digitalisierung miteinzubringen. Die Methode des Design-Thinking kommt aus der Start-up-Branche und ist dafür prädestiniert, schnell, benutzerorientiert und vor allem losgelöst von vorhandenen Strukturen Veränderungen voranzubringen. In losgelöster Atmosphäre wurden vielfältige Ideen zum Thema Digitalisierung für die Landkreisverwaltung Ludwigsburg vorgetragen, gemeinschaftlich erörtert und am Ende des Workshop-Tages in Handlungsskizzen und Umsetzungsplänen festgehalten. Zu guter Letzt wurden die je Workshop ausgearbeiteten Ideen nach erwarteter Umsetzungsdauer und zu erwartendem Mehrwert von den Workshop-Teilnehmerinnen und Teilnehmern priorisiert.

Die priorisierten Ideen wurden der Arbeitsgruppe Digitalisierung des Landratsamtes Ludwigsburg vorgestellt, welche sich aus Dezernenten, Fachbereichsleitungen und aus Vertretern der Bereiche Organisation, Prüfung und Revision, Haushalt, Personalrat, Datenschutz, Presse zusammensetzt. Die Arbeitsgruppe bewertete die Ideen dann mit Hilfe einer Ideenbewertungsmatrix, die Faktoren, wie die Umsetzungskosten, die Umsetzungsdauer, den Wirkungsgrad und das Einsparpotential unterschiedlich gewichtet.

Nach Freigabe durch den Landrat werden die ausgewählten Ideen nacheinander in einzelnen Projektgruppen umgesetzt, bis dahin landen sie im Ideenpool. An der Umsetzung der Ideen dürfen wiederum alle Fachbereiche mitwirken. Über den Fortschritt der Projekte werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter via Intranet regelmäßig informiert.

*Nicht nur „WIR digitalisieren“ als Landratsamt Ludwigsburg, sondern wir digitalisieren auch gemeinsam mit anderen Landkreisen in Baden-Württemberg.*

Eine der priorisierten und vom Landrat freigegebenen Ideen ist der Online-Antrag von Vermessungsdienstleistungen, der auch im Sinne des Onlinezugangsgesetz (OZG) umzusetzen ist.

Bisher werden Vermessungsdienstleistungen beim Landratsamt Ludwigsburg persönlich im Servicebereich der unteren Vermessungsbehörde, schriftlich, per E-Mail oder über eine virtuelle Poststelle beantragt. Bei den Vermessungsdienst-

leistungen unterscheidet man die Beantragung von Liegenschaftsvermessungen, zum Beispiel Grenzfeststellungen oder Gebäudeaufnahmen, und die Bereitstellung von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster. Pro Jahr werden in einem Landratsamt bis zu 1500 Auszüge und circa 30 bis 50 Liegenschaftsvermessungen in der unteren Vermessungsbehörde bearbeitet.

Zunehmend mehr Kunden wünschen sich eine einfache, selbsterklärende Oberfläche für die Beantragung von Vermessungsdienstleistungen, die sie rund um die Uhr nutzen können.

Auch das Landratsamt Ludwigsburg sieht hierin einen Mehrwert – sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Mitarbeiterschaft. Ziel ist es einen medienbruchfreien Bearbeitungsprozess zu entwickeln, um die Servicestelle Vermessung im Landratsamt zu entlasten und Arbeitsprozesse zu optimieren. Um den Voraussetzungen des E-Government-Gesetzes und des OZG zu entsprechen, werden die Daten über das Landesportal Service-bw geleitet. Damit ist ein sicherer Übertragungsweg gewährleistet. Um das Verfahren abzuschließen, folgt das Angebot verschiedener elektronischer Bezahlverfahren.

Das Landratsamt Ludwigsburg ist Ende des Jahres 2019 mit dem Prototyp 1.0 des Online-Antrags auf Vermessungsdienstleistungen gestartet. Nach Antragstellung über Service-bw gehen die Daten in elektronischer Form beim Landratsamt Ludwigsburg ein. Hierfür sind Schnittstellen zu dem eingesetzten Dokumentenmanagement-System (DMS) sowie zu dem für Vermessungsdienstleistungen führenden Fachverfahren eingerichtet.

Dieser Prototyp fand bei den übrigen Landkreisen in Baden-Württemberg so

viel Anklang, dass die Arbeitsgemeinschaft Digitalisierung des Landkreistags Baden-Württemberg entschied, dieses Projekt allen Landkreisen im Rahmen der Initiative Digitale Landkreiskonvois (INDILAKO) vorzuschlagen.

In der Kick-Off-Veranstaltung des INDILAKO-Projektes „Online-Antrag von Vermessungsdienstleistungen“ Ende Oktober 2019 hat sich herausgestellt, dass bei den Landkreisen unterschiedliche Dokumentenmanagement-Systeme eingesetzt werden beziehungsweise geplant

sind, so dass dies bei der Entwicklung einer gesamtheitliche Lösung berücksichtigt werden muss.

Im nächsten Schritt treffen sich alle 24 mitwirkenden Landkreise Anfang 2020, um in einer Version 2.0 eine standardisierte Lösung als Blaupause zu erarbeiten. Eine große Bedeutung kommt dabei dem Innenministerium und den Rechenzentren des Landes (BitBW) sowie der Kommunen (ITEOS) zu.

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung gelingt nur im Zusammenspiel

vieler Akteure. Deshalb lautet unser Motto „WIR digitalisieren“, denn „Wenn alle zusammenarbeiten, kommt der Erfolg von selbst“ (Henry Ford).

Jasna Kebe arbeitet im Fachbereich Zentrale Steuerung und Verwaltung, Thomas Meyer ist Leiter des Fachbereiches Vermessung, Flurneuordnung und Landkreisentwicklung im Landratsamt Ludwigsburg

## Aufbau einer gemeinsamen Geodateninfrastruktur im Landkreis Ludwigsburg (GDI-Initiative LB)

Von Nina Roser und Stefanie Bartzsch, Ludwigsburg

Die EU-Richtlinie INSPIRE (Infrastructure for Spatial information Europe) verfolgt das Ziel, innerhalb von Europa eine einheitliche Dateninfrastruktur für Geodaten (GDI) aufzubauen. Zur Umsetzung sind über das Landesgeodatenzugangsgesetz BW (LGeoZG BW), alle Verwaltungsebenen und somit auch sämtliche Kommunen und Landkreise betroffen.

gische Bausteine zur Umsetzung der Digitalisierung zu entwickeln.

Zur Sicherstellung der zukunftsweisenden Ausrichtung für eine landkreisweite einheitliche Geodateninfrastruktur und zur Umsetzung der EU-weiten

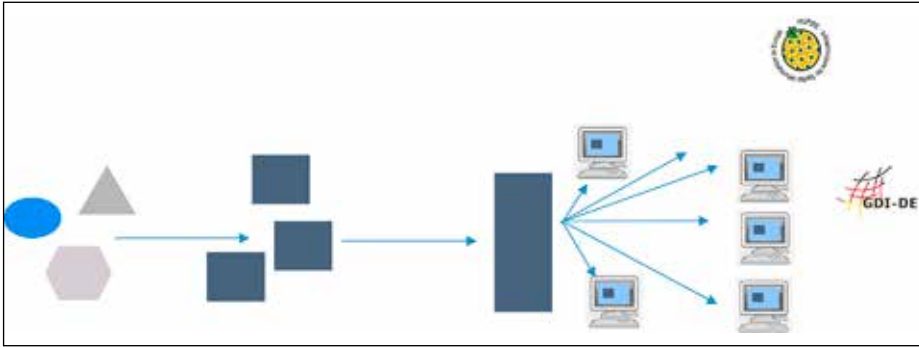
In Baden-Württemberg (BW) werden die Vorgaben aus der INSPIRE-Richtlinie praktisch über die GDI-BW umgesetzt. Im kommunalen Fokus stehen dabei aktuell die digitalen Daten zur kommunalen Bauleitplanung. Hierfür bietet das Geoportal BW die Möglichkeit, diese Daten über Dienste im Internet bereitzustellen. Dabei werden auch die nationalen Vorgaben des IT-Planungsrates mitberücksichtigt. Veröffentlicht wurden hierzu die „Organisatorischen Handlungsempfehlungen“ der Kommunalen Landesverbände sowie „Fachlich-Technischer Leitfaden der GDI-BW zur Bereitstellung von Bauleitplänen“.

Das Landratsamt Ludwigsburg verfolgt das Ziel, analoge Workflows in digitale Arbeitsprozesse weiterzuentwickeln und dadurch Grundlagen und strate-



Abb. 1: Teilnehmer (grün) der GDI-Initiative Landkreis Ludwigsburg (Stand Nov. 2019)

Quelle: Landratsamt Ludwigsburg



**Abb. 2: Schematische Darstellung des Workflows zur INSPIRE-konformen Bereitstellung von BPL**  
 Quelle: Landratsamt Ludwigsburg

gesetzlichen Vorgaben, hat der Landkreis als einer der ersten Landkreise in BW die GDI-Initiative mit 27 von 39 Kreiskommunen vereinbart (s. Abb. 1). Mit dieser kreisweiten GDI-Initiative setzt der Landkreis die Empfehlung des Landkreistages um.

Ziel dieser interkommunalen und strategischen Vereinbarung (GDI-Initiative LB) ist es, ein Netzwerk für einen fach- und ebenenüberschreitenden, interoperablen Austausch von Geodaten aufzubauen. Durch eine einheitliche, standardisierte und automatisierte Bereitstellung von Geodaten, sollen Arbeitsabläufe beschleunigt werden. Bei allen standardisierten Vorgängen steht die Förderung der Digitalisierung im gesamten Landkreis im Vordergrund.

Im Rahmen dieser übergeordneten interkommunalen GDI-Initiative werden konkrete Projekte mit den Partnerkommunen geplant und umgesetzt. Das erste Projekt, das unter dem Dach der GDI-Initiative umgesetzt wird, ist die fristgerechte INSPIRE-konforme Bereitstellung von Bebauungsplänen. Den Fachanwendern werden dabei die Bebauungspläne ergänzend über die Fachdienste bereitgestellt.

Das GIS-Kompetenzzentrum des Fachbereiches Vermessung, Flurneuordnung und Landkreisentwicklung startete bereits lange vor der GDI-Initiative im Jahr 2012 gemeinsam mit ausgewählten Kommunen des Landkreises ein Pilotprojekt zur Erfassung der Bauleitpläne (BPL). Die Papierakten wurden nach einheit-

lichen Standards digitalisiert und über einen fachbereichsübergreifenden Workflow über ein internes Geoportal den Mitarbeitern des Landratsamtes zur Verfügung gestellt. Auch die Kommunen können die so erzeugten und verifizierten digitalen Daten in ihre Fachsysteme einbinden. Auf diese Weise konnte der Landkreis Ludwigsburg sehr früh Erfahrungen sammeln und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kommunen vertiefen.

Mit Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie und dem Aufbau einer GDI-BW wurde der Workflow noch einmal erweitert (s. Abb. 2). In Zusammenarbeit mit

ITEOS werden die digitalisierten Pläne in das vorgesehene Austauschformat XPlanung überführt. Hierbei übernimmt das Landratsamt neben der Datenerfassung auch die Funktion der Zusammenführung und Validierung der Daten und überführt diese zur Veröffentlichung auf eine Shared-Service-Plattform. Mittlerweile haben sich 31 der 39 Kommunen dem angebotenen Workflow des Landratsamtes angeschlossen (s. Abb. 3). Von der engen Zusammenarbeit des Landkreises Ludwigsburg mit ITEOS, den intensiven Tests des neuen Workflows zur Transformation in das Format XPlanung und der anschließenden Bereitstellung auf der Plattform, profitieren jetzt auch die anderen Landkreise, die die Kommunen bei der Umsetzung entsprechend dem Handleitfaden der Kommunalen Landesverbände unterstützen.

Die zukunftsweisende und strategische Ausrichtung der GDI-Initiative des Landkreises Ludwigsburg soll stetig weiterentwickelt werden. Neben der verpflichteten Umsetzung von standardisierten Geodaten nach den Richtlinien der EU und den gesetzlichen Regelungen des Bundes und des Landes für alle Kommu-



**Abb. 3: Teilnehmer (grün) am Workflow zur INSPIRE-konformen Bereitstellung der BPL, Stand Nov. 2019**  
 Quelle: Landratsamt Ludwigsburg



nen und Landkreise, plant der Landkreis Ludwigsburg unter dem Dach der GDI-Initiative die Umsetzung weiterer Projekte und Bündelung verschiedener Daten. In Planung ist die Unterstützung der Kommunen bzw. der neu gegründeten Gutachterausschüsse bei der zentralen und standardisierten Weiterleitung der Bodenrichtwerte an das landesweite Bodenrichtwertinformationssystem BORIS-BW. Zudem ist in Planung, die standardisier-

ten Geodaten im Landkreis Ludwigsburg für ein Bürger-GIS zu nutzen. Hier sollen alle Bürgerinnen und Bürger über interessante Themen in den Bereichen Natur und Umwelt, Radverkehr und Tourismus Informationen erhalten. Mögliche weitere Projekte im Bereich Tourismus sind die standardisierte und zentrale Bereitstellung und Übermittlung von Terminen und Ereignissen, durch die alle touristischen Akteure wesentlich entlastet werden sollen.

Durch die interkommunale strategische Ausrichtung der GDI-Initiative haben alle Partner im Landkreis Ludwigsburg den Grundstein einer modernen und digitalen Datenbasis der Zukunft gelegt.

Nina Roser ist Leiterin des GIS-Kompetenzzentrums, Stefanie Bartzsch Leiterin des Geschäftsteils Controlling und Landkreisentwicklung beim Landratsamt Ludwigsburg

## **Ideenworkshop Digitalisierung im Landkreis Ludwigsburg könnte der Start für eine neue Interkommunale Digitalisierungsoffensive im Landkreis Ludwigsburg sein (IDOL)**

Von Viktor Kostic und Thomas Meyer, Ludwigsburg

Der Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg, das Landratsamt Ludwigsburg und der Beauftragte für Strukturwandel haben zusammen mit der Digitalakademie@bw einen Ideenworkshop für die Städte und Gemeinden im Landkreis Ludwigsburg angeboten. In drei Workshops wurden der zukünftige Bedarf, mögliche Lösungsstrategien und erste Anwendungsgebiete erarbeitet.

Das Thema Digitalisierung erfasst nahezu alle Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft. Für Städte und Gemeinden entsteht dabei Spielraum für Interpretationen und zeigt, wie umfassend der kommunale Aufgabenbereich durch die digitale Transformation ist. Im kommunalen Kontext stellt die Digitalisierung ein weites Feld dar, welches gleichermaßen Infrastrukturmaßnahmen, die Optimierung bestehender Verwaltungsabläufe und die Einführung moderner Smart-City-Lösungen umfasst.

Umso wichtiger ist es daher, ein Netzwerk für den Austausch zu etablieren, gemeinsame Ziele zu erarbeiten und diese in der interkommunalen Zusammenarbeit sektorenübergreifend gemeinschaftlich zu verfolgen.

Dazu hat die Digitalakademie@bw gemeinsam mit dem Landkreis Ludwigsburg, dem Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg (ZV KBL) und dem Beauftragten für Strukturwandel die Kommunen im Landkreis zu einem gemeinsamen Workshop am 12. November 2019 zum Stand der Digitalisierung in den urban harbor in Ludwigsburg eingeladen. Knapp 30 Teilnehmer von Kommunen, den beiden Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim und Bietigheim-Bissingen sowie dem Landkreis sind der Einladung gefolgt.

Zum Auftakt der Veranstaltung lieferte Viktor Kostic, Geschäftsführer des Zweckverbands Kreisbreitband Ludwigsburg, einen Impulsvortrag mit dem Motto: „Proaktiv und kooperativ mit dem posi-

tiven Willen zum Gestalten, damit die Digitale Transformation gelingen kann“. Thomas Meyer, der Fachbereichsleiter Vermessung, Flurneuordnung und Landkreisentwicklung, berichtete in seinem Vortrag von seinem vielfältigen Engagement in der Digitalisierung und zeigte am Beispiel der Geodateninfrastrukturinitiative im Landkreis die Synergiepotentiale der Digitalisierung für die Kommunen auf.

In beiden Einführungsvorträgen wurde deutlich, dass die Erfolgsfaktoren für eine Digitalisierung eine gemeinsame Vorgehensweise und Standardisierung sind. Es bedarf eines hoch motivierten Kümmerers, der mit lösbaren, aber auch wichtigen Projekten startet und dem alle Beteiligten eine erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierungsprojekte zutrauen.

Johannes Rager, Bereichsleiter Zentrale Dienste bei den Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim, zeigte aktuelle Digitalprojekte und Projektideen des Unternehmens, Bertil Kilian von ITEOS, gab

einen Einblick in die Digitalisierungswerkstatt von ITEOS und Steffen Braun, Leiter der Geschäftsstelle der Digitalakademie@bw, informierte über aktuelle Praxisbeispiele, verschiedene Fördermöglichkeiten und Unterstützungsformate der Digitalakademie@bw. In den anschließend durchgeführten Workshop-Sessions wurden die Bedarfe und Ideen aufgegriffen und in mehreren Runden konkretisiert. Gemeinsam wurden mögliche Strukturen und Prozesse für eine weitere interkommunale Zusammenarbeit zur Gestaltung der Digitalisierung im Landkreis entworfen. Beispielsweise wurde definiert, wie bedarfsgerechte Lösungen und Partizipationsformate aussehen können und wie neue IoT Funkstandards wie „5G“ oder „Low Power Wide Area Network – LoRa-WAN“ sinnvoll für den gesamten Landkreis genutzt werden können.



Bushaltestelle vor dem Landratsamt

Foto: Victor Kostic

Die Ergebnisse des Ideenworkshops werden in der nächsten Bürgermeisterversammlung vorgestellt und vorgeschlagen, dass der Landkreis Ludwigsburg und der Zweckverband KBL die Ideen und Konzepte aus dem konstruktiven Austausch weiter vorantreiben. Die sehr gute Zusammenarbeit mit der Digitalakademie@bw soll dabei fortgesetzt werden.

Viktor Kostic ist Geschäftsführer des Zweckverbandes Kreisbreitband Ludwigsburg (KBL), Thomas Meyer ist Leiter des Fachbereiches Vermessung, Flurneueordnung und Landkreisentwicklung im Landratsamt Ludwigsburg

## Digitalisierungsoffensive im Ostalbkreis

Von Angela Brunnhuber, Werner Riek und Claudia Vogel, Aalen

### Flächendeckender Glasfaser-Breitbandausbau als Basis für eine umfassende Digitalisierungsoffensive

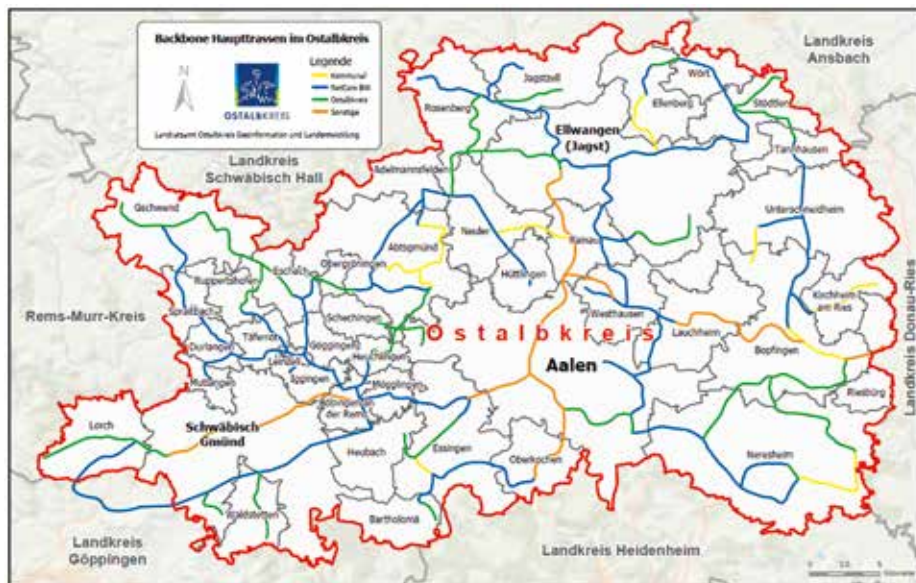
Der Ostalbkreis zählt mit einer Fläche von 1511 km<sup>2</sup> und rund 314.000 Einwohnern zu den Flächenlandkreisen in Deutschland. Daher ist eine gute Breitbandinfrastruktur für die Region im Wettbewerb mit den Metropolregionen des Landes elementar wichtig. Bereits seit zehn Jahren wird im Ostalbkreis der umfassenden Digitalisierung der Region durch die Errichtung eines flächigen, kommunalen, diskriminierungsfreien Glasfasernetzes Rechnung getragen. So wurden die ersten Studien zum Aufbau einer Glasfaserinfrastruktur im Landkreis 2009 beauftragt. Die vom Land Baden-Württemberg geförderte, modell-

hafte, landkreisweite Erstellung einer umfassenden, integrierten FTTB-, FTTC- und Backboneplanung wurde 2015 abgeschlossen. Über aktuell 150 Förderzusagen des Landes Baden-Württemberg, davon 62 Förderbescheide für den Backboneaufbau, konnten bis jetzt in 39 von 42 Kreiskommunen nicht nur die entsprechenden Backbonestrassen geschaffen, sondern auch eine Vielzahl von innerörtlichen Maßnahmen umgesetzt werden. Insgesamt wurden hierbei 55 Kabelverzweiger mit einem Potential von ca. 3200 Haushalten erschlossen (kollokiert) sowie in 45 Ortsteilen FTTB-Ausbauten mit insgesamt 1500 erschlossenen Gebäuden realisiert.

Der kreisweite, redundant ausgelegte Glasfaserbackbone ist über eine Trassenlänge von 800 km geplant. Davon werden bis Ende 2019 etwa 200 km realisiert

sein. Durch die Anpachtung von Bestandsinfrastrukturen (ca. 100 km freinutzbare Leerrohre (duct space) und ca. 200 km unbeschaltete Glasfaserstrecken (dark fiber) wird der Ostalbkreis bis Ende 2020 über eine Gesamtrassenlänge des Backboneetzes von ca. 500 km verfügen können. Dieses Netz wird als diskriminierungsfreies open access Netz der NetCom BW über den kommunalen Verbund Komm.Pakt.Net mit Sitz in Ulm zur Verfügung gestellt. Die NetCom BW war im Zuge einer europaweiten Ausschreibung als Netzbetreiber ermittelt worden.

Aufbauend auf der kreisweit verfügbaren Glasfaserbackboneinfrastruktur nutzen aktuell auch bereits 18 Gemeinden des Ostalbkreises die Chance, über das derzeit gültige Bundesprogramm Breitbandförderung inklusive Kofinanzierung durch das Land Baden-Württem-



Schematische Darstellung der kreisweiten Backbonestruktur im Ostalbkreis

Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

berg die noch bestehenden weißen Flecken (d.h. aktuell verfügbare Endkundenbandbreite < 30 Mbit/s) innerhalb des Kreisgebietes gefördert auszubauen. Nach ersten Schätzungen ergibt allein dieser geplante FTTB-Ausbau ein Realisierungsvolumen von insgesamt rund 58 Mio. Euro.

Ebenso wird in der Region auch das Thema des mobilen, breitbandigen Internetzugangs verfolgt. So wurden bereits Gespräche mit Firmen zur Errichtung von zusätzlichen Mobilfunkmasten geführt. Dabei sollen diese von mehreren Anbietern gleichzeitig genutzt werden können. Dies würde die Versorgungsdurchdringung erhöhen, ohne gleichzeitig die notwendigen Standorte für Basisstationen dafür zu vervielfachen. Darüber hinaus hat sich der Ostalbkreis bei der bundesweiten Ausschreibung zum 5G-Innovationswettbewerb mit einem Förderantrag zum Thema „Rettungskette 5G“ als Modellprojekt beworben. Im Ostalbkreis werden über die integrierte zentrale Regionalliektstelle Ostwürttemberg drei Notaufnahmen an den kreiseigenen Kliniken, sechs Notarztstandorte und elf Rettungswachen mit insgesamt elf Notarzteinsatzfahrzeugen und 26 Rettungsfahrzeugen koordiniert.

Mit Hilfe des 5G-Modellprojekts soll die Realisierung einer Echtzeitverbindung zwischen den Rettungswagen und den Notaufnahmen umgesetzt werden. Damit können die Spezialisten in der Klinik noch während der Rückfahrt eine vertiefende Diagnose stellen und dadurch spätere Verlegungen der Patienten vermeiden.

### Digitale Zukunftskommune – Die Landkreisverwaltung im Ostalbkreis 2025 +

Die Digitalisierung ist eine der größten Herausforderungen, vor denen Unternehmen und Verwaltungen heute stehen. Mit zunehmender Geschwindigkeit hält die Digitalisierung Einzug in das Arbeitsleben. Informationen zu bekommen, ist heute kein Problem – weitaus schwieriger ist es, sich mit den richtigen Themen zur richtigen Zeit zu beschäftigen. Die aktuell rasante politische Entwicklung im Bereich E-Government zeigt, dass die Digitalisierung bei Bund, Ländern, Landkreisen und Kommunen das Top-Thema ist. Gerade für Kommunen des ländlichen Raums bietet die Digitalisierung große Chancen und nimmt so entscheidenden Einfluss auf deren Ent-

wicklung. Es schafft die Möglichkeit, die Lebens- und Standortqualität, den Bürgerservice und die Wirtschaftlichkeit kommunalen Handelns nachhaltig zu verbessern.

### E-Akte als Basis für eine moderne Verwaltung

Grundlage der Tätigkeiten im Bereich Digitalisierung bei der Kreisverwaltung des Ostalbkreises ist die im Rahmen des Förderprogramms „Digitale Zukunftskommune@bw“ erstellte digitalen Gesamtstrategie „Digitale Zukunftskommune – Die Landkreisverwaltung im Ostalbkreis 2025 +“. Die Entwicklung und Umsetzung dieser Strategie obliegt einem eigens dafür eingerichteten Geschäftsbereich. Der wichtigste Baustein für eine moderne digitale Verwaltung ist die Einführung der E-Akte. Diese wird bis Ende des Jahres 2020 flächendeckend in der gesamten Landkreisverwaltung des Ostalbkreises eingeführt sein. Aktuell sind bereits rund 65 Prozent der 1500 Büroarbeitsplätze auf die digitale Aktenführung umgestellt. Erst nach der flächendeckenden Einführung können weitere digitale Projekte aufgesetzt werden sowie die mit der Einführung der E-Akte einhergehende Prozessoptimierung vollständig zum Tragen kommen.

### E-Akte öffnet den Weg zum digitalen Bürgerservice

Aufbauend auf die digitale Infrastruktur „E-Akte“ soll als weiterer Schwerpunkt der Bürgerservice – und damit der wichtigste Baustein im Bereich E-Government – verbessert werden. Hierzu ist im Rahmen der Digitalen Gesamtstrategie der Landkreisverwaltung die Einrichtung eines Formularservers mit intelligentem Formularmanagement ab dem Jahr 2020 fest eingeplant. Dieser soll neben der Vereinfachung der Antragstellung für den Bürger durch sogenannte Antragsassistenten auch die medienbruchfreie Weiterverarbeitung in der E-Akte ermög-



lichen. Mit dem Serviceportal des Landes Baden-Württemberg „Service BW“ wird eine Plattform bereitgestellt, über die alle Gemeinden, Städte und Landkreise landeseinheitlich ihre Online-Verwaltungsdienstleistungen anbieten können. Damit zwingend verbunden sein muss die Möglichkeit, erforderliche Bezahlvorgänge im Zuge des Online-Dienstes digital abzuwickeln. Um eine hohe Akzeptanz zu erreichen, sollen hier auch mehrere gängige Bezahlmöglichkeiten (z.B. Kreditkarte, giro pay, Paypal ) angeboten werden.

### Sichere elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Landkreisverwaltung

In Vorbereitung ist derzeit auch die Einführung einer verschlüsselten elektronischen Kommunikation zwischen Kreisverwaltung und Bürger. Damit gelingt es, die derzeitigen Medienbrüche in Verwaltungsprozessen zu verringern und Papier zu vermeiden. Gleichzeitig ist damit die Verwaltung für den Bürger – parallel zum analogen Kanal – digital und sicher zu erreichen. Über „Service BW“ steht bereits eine entsprechende Plattform für jeden Bürger in den Startlöchern.

### Dvv Workflow – PERSONALdigital

Seit kurzem werden hausintern erste Prozesse des Geschäftsbereiches Personal, wie z. B. der monatliche Gehaltsnachweis, Änderungen der persönlichen Daten der Beschäftigten, Urlaubskarte und Reisekostenabrechnung, auf die digitale Arbeitsweise umgestellt. Eingebunden in das Mitarbeiterportal des Ostalbkreises haben Beschäftigte auf das Modul Dvv Workflow Zugriff.

### Kultureller Wandel und neue Arbeitswelt werden über digitale Hausmesse vermittelt

Die Digitalisierung verändert sämtliche Arbeitsprozesse und -beziehungen. Des-

halb ist es ein sehr wichtiger Schritt, diesen Kulturwandel in der Landkreisverwaltung dauerhaft zu verankern. Bei den unterschiedlichsten Gesprächen und bei der Einführung der E-Akte in den Geschäftsbereichen der Landkreisverwaltung zeigte sich, dass dringend alle Beschäftigten auf einen gemeinsamen Wissensstand in Sachen Digitalisierung gebracht werden müssen. Anfang 2019 wurde deshalb bei einer digitalen Hausmesse im Aalener Landratsamt aufgezeigt, was in der Landkreisverwaltung bereits elektronisch umgesetzt ist und was zukünftig noch möglich gemacht werden kann. Insbesondere war das Ziel der Hausmesse, Wissenssilos zu brechen und die interne Vernetzung in Fahrt zu bringen. „Digitalisierung lohnt sich zu lernen“ war eine der wichtigsten Botschaften. Den Kulturwandel, den die Digitalisierung mit sich bringt, möchte die Landkreisverwaltung von Anfang an miteinander gehen und gemeinsam gestalten. Darüber hinaus sollen die Beschäftigten für den Fachkräftemangel sensibilisiert werden und die Erkenntnis gewinnen, dass es mit der Digitalisierung von Prozessen und dem Einsatz neuer Technologien gelingen kann, diesen künftigen Mangel an verfügbarem Personal auszugleichen.

An den Messeständen wurden folgende Themen präsentiert:

- **Messebereich 1:**  
**Die Arbeitswelt verändert sich – der Arbeitsplatz der Zukunft**
  - Darstellung des technologischen Wandels vom analogen zum digitalen Arbeitsplatz (technische und räumliche Veränderungen)
  - Wertewandel in der Gesellschaft (Vereinbarkeit von Beruf und Familie, etc.)
  - Ziele moderner Bürogebäude
  - Das Raumprogramm der Landkreisverwaltung
- **Messebereich 2:**  
**Digital Arbeiten – Modern Kommunizieren**
  - Neue Möglichkeiten des digitalen Arbeitens mit Live-Vorführung der hausinternen Videotelefonie-Lösung
  - Aktuelle Lösung für das mobile Arbeiten mit der E-Akte für den Außeneinsatz, medienbruchfreie Arbeit
  - Verschlüsselte E-Mail-Kommunikation
- **Messebereich 3: Digitale Zukunftskommune Ostalbkreis**  
**Landkreisverwaltung/Bürgerservice**
  - Impuls „Digitale Zukunftskommune Ostalbkreis“



Videotelefonie und Anwendungen für mobiles Arbeiten wurden im Kleinen Sitzungssaal des Ostalbkreishauses präsentiert.

Foto: Landratsamt Ostalbkreis



- Digitale Infrastruktur: E-Akte, E-Posteingang, E-Postausgang,
- Bürgerserviceportal „service-bw“ – Sicherer Aktenaustausch mit Gerichten und anderen Behörden; Online-Verwaltungsdienstleistungen

● **Messebereich 4: Digitale Prozesse im Personalwesen**

- Vorstellung eines Mitarbeiterportals
- Abruf digitaler Entgeltnachweise
- Adressangaben, Bankverbindung selbständig im Mitarbeiterportal ändern
- Digitaler Urlaubsantrag
- Digitale Dienstreisen und Reisekostenabrechnung

Neben den technischen Neuerungen erhielten die Beschäftigten im Zuge der betrieblichen Gesundheitsförderung auch Impulse für Übungseinheiten zur Entspannung sowie zur Entlastung von Rücken und Augen. Videos dazu stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dauerhaft im Mitarbeiterportal zur Verfügung.

Im Rahmen der Begleitforschung des landesweiten Wettbewerbes *Digitale Zukunftskommune@bw* hat der Ostalbkreis seine Hausmesse bei einem der vier Work-Shop-Treffen beim Fraunhofer-Institut in Stuttgart beim „Markt der Möglichkeiten“ als Best Practise vorgestellt.

Welche Perspektiven die fortschreitende Digitalisierung im Verwaltungsalltag eröffnet, zeigt exemplarisch das Projekt „Digitalisierung Liegenschaftskatasterakten im Ostalbkreis“.

Für die tägliche Arbeit der Beschäftigten des Geschäftsbereichs Geoinformation und Landentwicklung ist das Recherchieren in den teils Jahrhunderte alten Akten unabdingbar. Im Rahmen von Grenzfeststellungen, Straßenschlussvermessungen oder bei der Bestimmung der Gebietsgrenzen von Flurbereinigungsgebieten muss die Entstehung eines jeden Grenzpunktes nachvollzogen werden. Nicht selten müssen die Mitarbeiter auf die originalen Akten der Landesvermessung zurückgreifen. Um diese Akten zu schützen und zu sichern, ist der Geschäftsbereich Geoinformation und Landentwicklung vor eineinhalb Jahren in das Projekt „Digitalisierung Liegenschaftskatasterakten im Ostalbkreis“ eingestiegen. Ziel der Digitalisierung ist in erster Linie die Sicherung der Akten. Weiter soll das zukünftige Zugreifen auf die Digitalisate ein effizienteres Arbeiten ermöglichen, da die notwendigen Vorgänge durch den Bearbeiter am Bildschirm recherchiert werden können. So ergibt sich zugleich eine Kostenersparnis für die Kreisverwaltung.

Derzeit werden die Liegenschaftskatasterakten des Ostalbkreises – mit Aus-



**Aktueller Aktenraum der Landkreisverwaltung: Datenbestand rund 3 Mio. Seiten gebundene Bücher bzw. Lose-Blatt-Akten in Ordnern. Hinzu kommen noch Karten und andere Dokumentationen seit ihrer Entstehung ab dem Jahre 1818.**

Foto: Landratsamt Ostalbkreis

nahme der Stadtbezirke Aalen und Schwäbisch Gmünd, die diese selbst verwalten – in den Räumen des Geschäftsbereiches Geoinformation und Landentwicklung des Landratsamts aufbewahrt. Mit einem Buchscanner, der Scangrößen bis DIN A 1 ermöglicht, werden die Liegenschaftskatasterakten des Ostalbkreises gescannt. Das Gerät wird über einen leistungsstarken PC gesteuert und



Buchscanner

Foto: Landratsamt Ostalbkreis



Der Geschäftsbereich Personal präsentiert Anwendungsmöglichkeiten von Dvv Workflow/ PERSONALdigital.

Foto: Landratsamt Ostalbkreis

die gescannten Digitalisate in einem Verzeichnis abgelegt. Die Digitalisate der Katasterakten werden dabei so gespeichert, dass eine Langzeitarchivierung der Daten möglich und die Sicherheit ihrer Eigenschaft als Urkunden gewährleistet ist. Alle Digitalisate müssen mit Metadaten wie etwa den Gemarkungsnamen und weiteren Merkmalen beschrieben werden, damit bei einer späteren Suche die jeweils benötigte digitale Liegenschaftskatasterakte wieder sicher gefunden werden kann.

Das zweite Gerät, das im Geschäftsbereich Geoinformation und Landentwicklung zum Einsatz kommt, ist ein Dokumentenscanner. Mit diesem Gerät werden die Lose-Blatt-Dokumente in die digitale Form überführt. Auch dieses Gerät wird mit einem PC gesteuert und die Digitalisate werden wie beim Buchscanner in einem Verzeichnis abgelegt. Die erzeugten Digitalisate werden mit entsprechender Auflösung erzeugt.

Beide Geräte haben jeweils eine gerätespezifische Grundsoftware, mit der die Digitalisate vorbearbeitet werden können. Grundlage der Digitalisierung ist das Konzept zur Weiterentwicklung der Liegenschaftskatasterakten, welches die Bereitstellung der digitalen Daten in einem Auskunftsprogramm vorsieht. Hierzu müssen die Verzeichnisse mit den Digitalisaten in ein entsprechendes Datenformat überführt werden. Das Landratsamt Ostalbkreis ist derzeit dabei, ein entsprechendes Übergabe- und Auskunftssystem zu erstellen. Von den



Original

Beschäftigten des Geschäftsbereichs Geoinformation und Landentwicklung sind 39 Gemeinden mit insgesamt 81 Gemarkungen zu bearbeiten. Systematisch nach dem Alphabet werden die Gemarkungen abgearbeitet. Von der im Vorfeld ermittelten Datenmenge von rund 3 Mio. Seiten, die sich in rund 30 verschiedene Aktenarten aufteilen, sind aktuell etwa 270 000 Seiten in Verzeichnissen elektronisch erfasst, was einer Datenmenge von 366 GB entspricht.

Das Scannen ist hierbei nur ein Teil der Tätigkeit der Beschäftigten des Geschäftsbereiches Geoinformation und Landentwicklung. Auch die Qualitätssicherung der Digitalisate beansprucht einen erheblichen Zeitaufwand. Es ist äußerst wichtig, dass die Daten so abgelegt werden, dass die Historie der Flurstücke lückenlos nachvollzogen werden



Digitalisat

kann. Denn im Laufe der 200-jährigen Vermessungsgeschichte hat sich von Zeit zu Zeit, aber auch gebietsbezogen, die eine oder andere Veränderung in der analogen Datenhaltung ergeben, sodass immer wieder neue Herausforderungen auf die Mitarbeiter warten.

Angela Brunnhuber arbeitet im Geschäftsbereich Digitalisierung, Datenschutz und Zentrale Vergabestelle, Werner Riek im Geschäftsbereich Geoinformation und Landentwicklung (Breitbandkompetenzzentrum Ostalb) und Claudia Vogel ist Leitende Fachbeamtin im Geschäftsbereich Geoinformation und Landentwicklung beim Landratsamt Ostalbkreis

# Tante Emma 4.0 – Nahversorgung der Zukunft im ländlichen Raum

Von Danyel Atalay, Heidelberg

Die Nahversorgung der Zukunft im ländlichen Raum sichern und zugleich regionale Erzeuger fit für die Digitalisierung machen – das ist das Ziel der Partnerprojekte „CrowdMyRegion“ und „Intelligente Marktplätze“. Nach einem Modellversuch wurde das Projekt nun offiziell vorgestellt und soll weiter ausgebaut werden.

Wer Jugendliche der Generation Z mit dem Stichwort „Tante-Emma-Laden“ konfrontiert, wird kaum mehr als ein Achselzucken ernten. Dabei waren die kleinen Einzelhandelsgeschäfte, die Lebensmittel und weitere Waren des täglichen Bedarfs im Angebot hatten und sich stark über ihre persönliche Kundenbindung definierten, noch bis Ende des 20. Jahrhunderts auch in vielen kleineren Ortschaften omnipräsent. Mit dem Verbot der Preisbindung 1974 und der Verbreitung von Discount-Supermärkten wurde jedoch der Niedergang der Läden eingeleitet. Da half es auch nichts, dass Schlagerstar Udo Jürgens dieser Unternehmensform im Jahr 1976 mit dem Lied „Tante Emma“ ein musikalisches Denkmal setzte.

Doch mit dem Wegfall dieser Form von Nahversorgung geht mehr einher als nostalgische Schwermut; es handelt sich vielmehr um ein handfestes infrastrukturelles Problem, das sich vor allem im ländlichen Raum auch nachteilig auf die Standortattraktivität von Kommunen auswirkt. „Die örtlichen Versorgungsstrukturen gehen seit Jahren zum Teil stark zurück“, bestätigt der Landrat des Rhein-Neckar-Kreises, Stefan Dallingler. „Insbesondere im Lebensmittelbereich sind vielerorts bereits Versorgungslücken entstanden, die durch weite Fahrten kompensiert werden müssen.

Für Bevölkerungsgruppen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, wird dadurch eine eigenständige Versorgung immer schwerer.“

Davon können auch die Bewohner der kleinen Gemeinde Spechbach, 20 Kilometer südöstlich von Heidelberg gelegen, aus leidvoller Erfahrung berichten. Mehrere Lebensmittelgeschäfte haben in dem 1800-Seelen-Ort in den vergangenen Jahren den Betrieb eingestellt, und auch für die Lieferdienste einschlägiger Supermarktketten ist der Weg nach Spechbach schlicht zu unrentabel.

Eine Lösung für diesen Missstand wollen die Partnerprojekte „CrowdMyRegion“ und „Intelligente Marktplätze“ bieten. Herzstück ist die Anwendung Emmas.app, die seit einem Jahr in Spechbach und dem nahegelegenen Schönbrunn erfolgreich getestet und nun offiziell freigeschaltet wurde. Die App wurde von dem studentischen Start-Up Ciconia Software gemeinsam mit Forschern des Instituts für Enterprise Systems (InES) der Universität Mannheim entwickelt und soll gleichzeitig den lokalen Einzelhandel bei der Digitalisierung unterstützen. Projektpartner sind die Wirtschaftsförderung des Rhein-Neckar-Kreises mit den Modellgemeinden Spechbach und Schönbrunn, die Universität Mannheim, die Entwicklerfirma Ciconia Software sowie der Verband Region Rhein-Neckar (VRRN).

„Ausgangspunkt war das von den Gemeinden Spechbach und Schönbrunn, dem VRRN sowie dem Landkreis Rhein-Neckar gestartete Projekt Intelligente Marktplätze“, blickt Boris Schmitt, Pressesprecher der VRRN, zurück. Dabei stand die Frage im Fokus, wie im regionalen Raum Treffpunkte und Umschlagplätze für Waren aufgewertet werden könnten. „Wir haben früh erkannt, dass es zahl-

reiche Schnittmengen mit unserem zeitgleich laufenden Projekt ‚CrowdMyRegion‘ gibt, einem sozialen Lebensmittel-Liefersystem für den ländlichen Raum, und beschlossen, beide Ansätze zusammenzuführen.“ Als dritte Säule kam schließlich die erfolgreiche Teilnahme von Spechbach und Schönbrunn an dem vom Ministerium für Ländlichen Raum in Baden-Württemberg initiierten Ideenwettbewerb „Lokaler Online-Marktplatz“ hinzu, der die digitalen Entwicklungsperspektiven regionaler Erzeuger in den Blick nahm und in dem die beiden Gemeinden aus dem Rhein-Neckar-Kreis als Sieger hervorgingen.

## Digitaler Marktplatz

Emmas.app funktioniert wie ein Marktplatz im Internet. Kernidee ist die Entwicklung eines sozialen Mitbring-Netzwerks für Lebensmittel: So sollen Menschen, die kein eigenes Auto haben oder aus sonstigen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, wieder besser an die Grundversorgung angebunden werden. Die Nutzer von Emmas.app können Lebensmittel bei regionalen Geschäften bestellen, online bezahlen und sich durch ihre mobile Nachbarschaft gegen eine kleine Vergütung an eine zentrale Anlieferstelle im Ort bringen lassen. Ein zusätzlicher Lieferverkehr entsteht also nicht, da ausschließlich „So-wieso-Fahrten“ von Gewerbetreibenden und Privatpersonen genutzt werden. Die „Appholstationen“ wiederum sollen sich als neue örtliche Treffpunkte etablieren, an denen neben der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs das gemeinschaftliche Miteinander aller Generationen im Vordergrund steht – so, wie es früher im Dorfladen von „Tante Emma“ der Fall war.



„Das spart Wartezeiten, ermöglicht das digitale Stöbern im Produktsortiment regionaler Anbieter und verkürzt die Einkaufszeit, wenn der Nachbar auf seinem Einkaufsweg die eigene Bestellung mitbringt“, erläutert Landrat Stefan Dallinger die Vorteile der App. „Letztendlich ist es unser Ziel, den örtlichen Einzelhandel zu stärken, Logistikwege einzusparen und – in einem zweiten Schritt – soziale Treffpunkte im Ländlichen Raum zu schaffen“, so Dallinger weiter. Und der Direktor des Verbands Region Rhein-Neckar, Ralph Schlusche, ergänzt: „Uns sind die gleichwertigen Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land sehr wichtig. Dieses Projekt zählt auch auf dieses Ziel maßgeblich ein, stärkt den ländlichen Raum sowie die regionale Wirtschaft, und schafft erlebbare Mehrwerte für die Menschen vor Ort.“

Dass dieses System nicht nur für Kunden, die auf regionale Produkte Wert legen, sondern vor allem auch für kleine Unternehmen in der Region eine Chance ist, betont Danyel Atalay: „Ziel der Wirtschaftsförderungsstrategie des Rhein-Neckar-Kreises ist es, unsere Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Geschäftsprozesse zu unterstützen“, so der Wirtschaftsförderer des Rhein-Neckar-Kreises. „Emmas.app bietet nun eine niederschwellige Plattform, um sich als Direktvermarkter, Bäcker oder Metzger relativ einfach einen eigenen Online-Shop aufzubauen und die eigene Reichweite zu erhöhen.“

Auf einen ökologischen Mehrwert verweist Dr. Christian Bartelt vom Institute for Enterprise Systems an der Universität Mannheim: „Eines zeigt das Projekt sehr deutlich: Anwendungen aus der Forschung im Bereich Künstliche Intelligenz können maßgeblich zur Lösung zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen wie dem Klimaschutz beitragen. Wenn durch das Projekt nur ein Bürger motiviert werden kann, für zwei seiner Nachbarn Einkäufe bei ‚Sowieso-Fahrten‘ mitzubringen, können schon mindestens zwei Drittel an Fahrzeugabgasen einge-



Foto: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

spart werden.“ Das Forschungsteam um Bartelt entwickelt im Projekt einen intelligenten Algorithmus, um zukünftige Wege von angemeldeten Mitbringern vorherzusagen und ihnen passgenaue Vorschläge für mögliche Mitnahmefahrten zu unterbreiten.

### Erfolgreiche Testphase

Emmas.app wird seit Beginn des Jahres in Spechbach und Schönbrunn „mit großem Erfolg“ getestet, wie es seitens der Projektträger heißt. Zahlreiche Bürger der beiden Kommunen beteiligen sich als „TestApper“ und liefern dadurch wertvolle Tipps für die Weiterentwicklung. Die beiden Bürgermeister Jan Frey aus Schönbrunn und Guntram Zimmermann aus Spechbach freuen sich besonders darüber, dass „unsere Bürger und Unternehmen während der Testphase in den vergangenen Monaten dazu beigetragen haben, die Nahversorgung in Schönbrunn und Spechbach sicherzustellen.“

„‚CrowdMyRegion‘ und ‚Emmas.app‘ zeigen, wie digitale Plattformen auch dank Künstlicher Intelligenz zu einer besseren Nahversorgung und gleichwertigen Lebensverhältnissen überall in Deutschland beitragen können“, sagt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Thomas Bareiß, bei der öffentlichen Vorstellung von Emmas.app. „‚CrowdMy-

Region‘ demonstriert, wie Digitalisierung konkret gelingen kann und dass Bürger und Unternehmen gleichermaßen davon profitieren“, meint der Politiker, dessen Haus „CrowdMyRegion“ im Rahmen des Technologieprogramms „Smart Service Welten“ fördert. Auch der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz des Landes Baden-Württemberg, Peter Hauk, der das Projekt ebenfalls unterstützt, gratuliert den Pionieren bei diesem Anlass: „Lokale Online-Marktplätze sichern Zukunft und gewährleisten Erreichbarkeiten im ländlichen Raum. Darüber hinaus eröffnen sie die ideale Gelegenheit, die verschiedenen örtlichen Potenziale zusammenzuführen.“

21 Unternehmen aus der Region, vom Bäcker über die Brauerei bis hin zum Gemüsemarkt, waren in der Testphase an dem Projekt beteiligt – weitere sollen folgen, zudem ist für 2020 ein Ausbau der Funktionen von Emmas.app und ein Rollout auf weitere Kommunen geplant. Nach Angaben der Projektverantwortlichen kommt die App sowohl bei jungen als auch bei älteren Nutzern gut an – und so verbindet sich die digitale Lebenswelt der Generation Z dann doch mit der analogen Tradition der guten alten Tante-Emma-Läden.

Danyel Atalay ist Leiter der Stabsstelle Wirtschaftsförderung beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis



# Digitalisierung@Rhein-Neckar-Kreis – Die Digitalisierung als Chance für Wirtschaft, Alltag und Verwaltung

Von Leonie Conteh und Christina Tack, Heidelberg

Der Rhein-Neckar-Kreis als einwohnerstärkster Landkreis in Baden-Württemberg zählt anerkanntermaßen zu den Top IT-Standorten in Deutschland. Weltbekannte Unternehmen wie die SAP SE, aber auch innovative Mittelständler haben hier ihren Sitz, sodass mehr als jeder zehnte Beschäftigte in der IT-Dienstleistungsbranche tätig ist.

Doch die Digitalisierung prägt nicht nur Alltag und Wirtschaft – sie bietet auch der Verwaltung große Chancen für verbesserte Kommunikation und schlankere Prozesse. Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik kann dabei unterstützen, ganzheitlich effizienter zu werden, Hürden zu nehmen und zur Verwaltungsvereinfachung beizutragen. Der Rhein-Neckar-Kreis hat sich diesen Herausforderungen gestellt und in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche Projekte initiiert, um sich als zukunfts-fähiger Standort mit zugleich leistungs-fähiger Verwaltung zu positionieren.

## Die Grundlagen der Digitalisierung im Rhein-Neckar-Kreis

### Glasfaserausbau High-Speed-Netz Rhein-Neckar

Eine starke Basis bietet insbesondere der kreisweite Glasfaserausbau durch den 2014 gegründeten Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar. Im Schulterchluss mit seinen 54 kreis-angehörigen Städten und Gemeinden wurde „High-Speed-Netz Rhein-Neckar“ im November 2014 durch den Rhein-Neckar-Kreis und seine Kommunen gegründet. Der Zweckverband fungiert als Komplett-Dienstleister in technischer und organisatorischer Hinsicht. Er übernimmt die Beratung, Planung, Akquisition von Fördermitteln, Überwachung

von Planungs- und Bauleistungen und die Auswahl des Netzbetreibers mit anschließender Verpachtung des Netzes. Das Verbandsgebiet umfasst, neben einer Vielzahl von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen, über 548 000 Einwohner. Im Bundesvergleich ist der Zweckverband damit der einwohnerstärkste interkommunale Zusammenschluss im Bereich des flächendeckenden Glasfaserausbaus. Im Laufe des Jahres 2020 sollen zunächst 13 Gewerbegebiete und zwei Schulzentren an das Netz angeschlossen werden. Planerisch begonnen wird der Anschluss weiterer acht Gewerbegebiete sowie weiterer Schulen. Zusätzlich werden innerörtliche Ausbauprojekte fortgeführt und dort, wo es wirtschaftlich ist, damit begonnen. Dies betrifft vor allem Neubaugebiete und sinnvolle Lückenschlüsse im vorhandenen Netz.

Der Backbone und die bisherigen Ausbauprojekte werden durch das Land Baden-Württemberg mit einer Gesamtsumme von 25,9 Millionen Euro gefördert. Davon entfallen 19 Millionen Euro auf den Ausbau des Backbones sowie 6,9 Millionen Euro auf die übrigen Ausbauprojekte. Nach der Einrichtung eines verbesserten Bundesförderprogramms werden die aktuellen Projekte mit einer Kombination aus Bundes- und Landesprogramm gefördert, sodass eine Förderung von bis zu 90 % der förderfähigen Kosten möglich ist.

Bis zum Jahr 2030 sollen alle Gebäude im Rhein-Neckar-Kreis durch das Glasfasernetz der Zukunft erreicht werden. Das schnelle Internet schafft die notwendigen Voraussetzungen dafür, die Herausforderung einer zunehmenden Digitalisierung in allen Lebensbereichen zu ermöglichen.

### E-Government

Innerhalb der Verwaltung bietet der Ausbau der elektronischen Abwicklung von Verwaltungsvorgängen, so genannte E-Government-Lösungen, die Vereinfachung von Verwaltungsprozessen an der Schnittstelle zu Wirtschaft, Gesellschaft und in der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden. Zu diesem Zweck startete im Rhein-Neckar-Kreis bereits 2016 die Einführung der eAkte, um durch die digitale Aktenführung eine Grundvoraussetzung für die Einführung digitaler Lösungen zu gewährleisten. Beim Rhein-Neckar-Kreis wird die eAkte durch das Programm „enaio“ der Firma Optimal Systems umgesetzt. Im zugehörigen Dokumentenmanagementsystem (DMS) ist es möglich, Akten anzulegen, Dokumente zu erstellen und zuzuordnen sowie Akten und Dokumente automatisiert über Schnittstellen einfließen zu lassen.

Einhergehend mit der Einführung der eAkte sind die Verscannung und Migration von Altakten, die Digitalisierung des Posteingangs sowie die Einrichtung von passenden Schnittstellen zu den jeweiligen Fachverfahren in den einzelnen Ämtern und Referaten bereits geschehen, in Arbeit oder geplant.

Über 25 Fachämter, 2 Stabstellen und ein Eigenbetrieb werden bis 2021 auf die

elektronische Aktenführung umrüsten und einen umfassenden Grundstein für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen legen.

### Projekte

Auf der geschaffenen Basis können Projekte in verschiedensten Bereichen ansetzen:

Im Bereich Wirtschaft fördert der Rhein-Neckar-Kreis das Konzept der „Intelligenten Marktplätze“, um durch eine intelligente Vernetzung nahversorgungsrelevanter Akteure, der Nutzung vorhandener Infrastrukturen sowie den Aufbau sozialer Treffpunkte im ländlichen Raum, mithilfe innovativer digitaler Technologien die Versorgung der Einwohner im ländlichen Raum zu verbessern und gleichzeitig die lokalen und regionalen Wertschöpfungsketten zu stärken.

Das gemeinsam mit der Stadt Mannheim getragene Netzwerk Smart Production stärkt die branchenübergreifende Vernetzung von Unternehmen im Sinne der Industrie 4.0. Durch den Wissensaustausch im Netzwerk können die zahlreichen kreisansässigen IT-Unternehmen mit dem produzierenden Gewerbe in der Metropolregion Rhein-Neckar vernetzt werden, um gemeinsam innovative Lösungen zu entwickeln.

Die Digitale Kreistagsarbeit bietet bereits seit 2015 die attraktive Möglichkeit der digitalen Vernetzung und politischen Zusammenarbeit. Mit Hilfe der iRich-App vom Softwareunternehmen Sternberg GmbH & Co. KG erhalten die Mitglieder des Kreistags alle Dokumente auf einem vom Kreis zur Verfügung gestellten iPad. Die Kreisräte haben die Möglichkeit, zu jeder Zeit und an jedem Ort auf ihre Sitzungsunterlagen zuzugreifen und die Dokumente digital vernetzt zu diskutieren. Die wichtigsten Vorlagen und Satzungen sind für alle Mitglieder des Kreistags übersichtlich zusammengestellt und jederzeit online abrufbar.

An der Schnittstelle zum Einwohner erleichtern niederschwellige E-Government-Angebote die Kommunikation zwischen dem jeweiligen Sachbearbeiter und seinen Kunden. Bereits seit 2014 können Termine für die verschiedenen Dienstleistungen des Landratsamtes vorab durch die Online-Terminvereinbarung (OTB) mit dem jeweiligen Sachbearbeiter vereinbart werden. Einige der Verwaltungsleistungen im Bereich Kfz und Bauen lassen sich bereits ganz oder teilweise auf elektronischem Wege abwickeln.

Im Bereich der digitalen Bildung werden durch den Einsatz der Lernfabrik 4.0 potenzielle Nachwuchskräfte der Region durch eine fachspezifische Ausbildung an die Herausforderungen der Digitalisierung herangeführt. Die Lernfabrik bietet als innovative und zukunftsweisende Lernstätte, die im Aufbau und in der Ausstattung industriellen Automatisierungslösungen gleicht, die Möglichkeit Schülerinnen und Schüler für einen Arbeitseinsatz in der Industrie 4.0 vorzubereiten.

Innerhalb der Verwaltung sorgen die Projekte zur Einrichtung eines Elektronischen Rechnungs-Eingang-Workflows (eREW) sowie die Integration des besonderen elektronischen Behörden-Postfachs (beBPo) für eine zukünftig digitalere Verwaltung. Mit der Einführung des eREW sollen in Zukunft alle eingehenden Rechnungen elektronisch an das zuständige Amt weitergeleitet und dort elektronisch weiterbearbeitet werden. Die Integration des besonderen elektronischen Behörden-Postfachs (beBPO) ermöglicht eine digitale Korrespondenz zwischen Behörden und der Justiz.

Diese und weitere Projekte zeigen, wie sich der Rhein-Neckar-Kreis bereits in den vergangenen Jahren in den digitalen Wandel einbringen konnte, um gezielte Mehrwerte für die Kreiseinwohner und ansässige Unternehmen zu schaffen. Durch die vielfältigen Maßnahmen profitieren Wirtschaft, Politik, Einwohner und Verwaltung gleichermaßen von der Digitalisierung im Rhein-Neckar-Kreis.

### Die Zukunft im Rhein-Neckar-Kreis wird digital

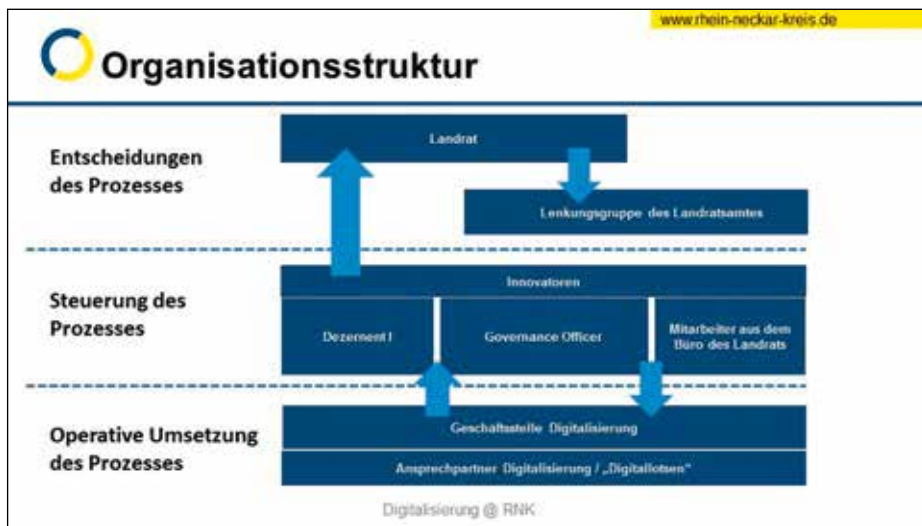
In den kommenden Jahren möchte der Rhein-Neckar-Kreis weitere Impulse zur Digitalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung setzen. Der Prozess der Digitalisierung soll in diesem Zuge genutzt werden, um Chancen für die Region zu eröffnen und den Standortfaktor einer zukunftsfähigen Infrastruktur in einer digital vernetzten Region zu erschließen.

Auch intern wird weiterhin an Lösungen für eine zukunftsfähige Verwaltung gearbeitet. Um zugleich fachliche wie wirtschaftliche Synergien zu erschließen, werden ab Anfang 2020 die IT-Bereiche des Landratsamtes, seines Eigenbetriebs, der GRN-Gesundheitszentren, des Jugendstifts Sunnisheim und der AVR Unternehmen sukzessive im Sinne einer Konzern-IT gebündelt und mit der bereits 2018 begonnenen Zentralisierung der IT-Infrastruktur der kreisangehörigen Berufsschulen und sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren vernetzt.

Zudem ist in den kommenden Jahren geplant, sämtliche Verwaltungstätigkeiten und -dienstleistungen, wie auch die internen Prozesse, durch eine medienbruchfreie und nutzerfreundliche Digitalisierung zu optimieren. Den Einwohnerinnen, Einwohnern, kooperierenden Behörden und kreisansässigen Unternehmen soll damit langfristig ermöglicht werden, sämtliche behördliche Angelegenheiten digital zu erledigen.

Um die zahlreichen digitalen Projekte im Konzern Rhein-Neckar-Kreis sachbezogen, zielgerichtet und auch zeitnah erfolgreich umsetzen zu können, war es notwendig, eine ämterübergreifende Organisationsstruktur (siehe Abbildung auf S.350) für die ganzheitliche Digitalisierung im Rhein-Neckar-Kreis zu erarbeiten.

Die grundlegende Ausrichtung im Hinblick auf die Digitalisierung im Konzern Rhein-Neckar-Kreis obliegt dem Landrat



**Neue ämterübergreifende Organisationsstruktur für die Digitalisierung im Rhein-Neckar-Kreis**  
 Quelle: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

sowie der Lenkungsgruppe. Sie entscheiden über Beschlussvorschläge der Innovatoren zu möglichen Digitalisierungsprojekten. Die Innovatoren steuern den Prozess „Digitalisierung@RNK“. Sie identifizieren, priorisieren und initiieren Projektideen und holen die Zustimmung für die Projektideen beim Landrat bzw. der Lenkungsgruppe ein. Nach Zustimmung werden diese zur weiteren Bearbeitung an die Geschäftsstelle Digitalisierung (GSD) übergeben. Die GSD ist für die Operationalisierung des Prozesses „Digitalisierung@RNK“ zuständig. Hier werden Projektideen geprüft, Projektaufträge mit dem IT Governance Officer (IT-GO) abgestimmt und

die Projekte detailliert ausgearbeitet. Der GSD obliegt die Projektkoordination und das Projektmanagement inklusive Dokumentation, Evaluation und Finanzcontrolling sämtlicher Projekte im Kontext der Digitalisierung. Es finden regelmäßige Berichterstattungen mit den Innovatoren statt, in denen seitens der GSD über den aktuellen Stand in den laufenden Digitalisierungsprojekten berichtet wird. Zusätzlich wird in einem halbjährlichen Turnus ein ausführlicher Digitalisierungsbericht erstellt, welcher die aktuellen Digitalisierungsprojekte bündelt und intern wie extern über Projektstände informiert. Die Ansprechpartner für Digitalisierung aus den einzelnen Fachämtern sind die

ersten Ansprechpersonen für die GSD. Als Multiplikatoren sensibilisieren sie die Mitarbeitenden in ihren Arbeitsbereichen für das Thema Digitalisierung, sind offen für innovative Ideen, die sie selbst einbringen oder die an sie herangetragen werden und tauschen diese turnusmäßig mit der GSD aus. Sie übernehmen aktiv Verantwortung als Projekt- bzw. Teilprojektleitungen in Digitalisierungsprojekten und sind zuständig für die operative Gestaltung des Digitalisierungsprozesses innerhalb des betreffenden Bereiches bzw. Fachamtes.

Ergänzt durch die Etablierung neuer Arbeitsformate wie „Digitallabore“ soll die neue Organisationsstruktur als ämterübergreifende Ideenschmiede genutzt werden.

In der aktuellen Phase der Operationalisierung wird an der Aufstellung einer Gesamtübersicht aller Digitalisierungsmaßnahmen im Rhein-Neckar-Kreis gearbeitet. Eine Roadmap soll künftig bei der Priorisierung und Umsetzung der verschiedenen Digitalisierungsprojekte als Entscheidungsgrundlage dienen und einen zeitnahen Gesamtüberblick über alle Projekte liefern können.

Leonie Conteh ist im Büro des Landrats, Christina Tack im Amt für Informationstechnik beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis tätig

# Digitaler L@ndkreis Tuttlingen

Von Jörg Sattelmayer und Corinna Nitsch, Tuttlingen

Die Wirtschaftsförderung des Landkreises Tuttlingen erarbeitet zusammen mit der Hochschule Furtwangen und der Hochschule Kehl eine Strategie für eine bedarfsgerechte Mobilfunkentwicklung im ländlichen Raum unter besonderer Berücksichtigung des neuen 5G-Standards. Unser Ziel ist es, die Dateninfrastruktur zu stärken, um die Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität des Landkreises zu sichern und zu erhöhen. Wir verschaffen unseren Kommunen einen Wettbewerbsvorsprung im eigenwirtschaftlichen Ausbau der Mobilfunkbetreiber, während dabei gleichzeitig die Belange der Bürger sowie der Unternehmen berücksichtigt werden. Die Ergebnisse beinhalten Blaupausen, welche über die Grenzen des Landkreises Tuttlingen hinaus auch in anderen Landkreisen Baden-Württembergs Verwendung finden können und sollen.

## Hintergrund des Projekts

Das Land Baden-Württemberg unterstützt mit dem Förderwettbewerb „Digitale Zukunftskommune@bw“ ausgewählte Kommunen, die sich zu digitalen Zukunftskommunen mit hohem Innovationspotenzial und damit einhergehenden digitalen Anwendungen entwickeln wollen. Diese Anwendungen sollen sich an den spezifischen Bedürfnissen und Erwartungen der Mitbürger und Unternehmen orientieren sowie die Lebenssituation und die Standortqualität verbessern.

Vor dem Hintergrund des digitalen Wandels ist eine flächendeckende, leistungsfähige und zuverlässige Mobilfunkversorgung Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse sowie die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft im Landkreis. In den nächsten Jahren soll der neue 5G-Mobilfunkstandard eingeführt und die Schlüsseltechnologie für eine umfassende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft werden. Deshalb wurden im Rahmen der im Herbst 2016 gestarteten 5G-Initiative für Deutschland fünf Aktionsfelder seitens der Bundesregierung definiert. In dem Aktionsfeld dieser Strategie werden Städte und Kommunen aufgerufen, auch von kommunaler Seite den 5G Ausbau zu initiieren. Durch ge-

zielte Förderung der Projektplanung mit Unterstützung durch Industriepartner sollen auf diese Weise maßgeschneiderte 5G-Anwendungen für Regionen und Kommunen entwickelt werden.

Gleichzeitig droht bei der Versteigerung der 5G-Lizenzen an die Mobilfunkbetreiber die Benachteiligung weniger dicht besiedelter Gebiete, so dass die Stärkung des Mobilfunks durch kommunales Engagement von großer Bedeutung für unsere Unternehmen und Bürger sein wird. Daher besteht in Regionen wie im Landkreis Tuttlingen die besondere Herausforderung, eine leistungsfähige Mobilfunkversorgung zu gewährleisten. Hier setzt unser Projekt „Digitaler L@ndkreis Tuttlingen“ an, mit dem sich der Landkreis Tuttlingen im Wettbewerb „Digitale Zukunftskommune@bw“ bewarb.

## Ziele des Projekts

Das Projekt ist die Grundlage für die künftige Stärkung der Dateninfrastruktur im Landkreis Tuttlingen, um die Herausforderungen und Chancen des digitalen Wandels bewältigen und nutzen zu können. Wir wollen die Attraktivität unserer Kommunen für den eigenwirtschaftlichen Netzausbau im Landkreis Tuttlingen durch die Mobilfunkbetreiber steigern und den Netzaufbau basierend



Quelle: digital@bw

auf den Erfordernissen der Bürger und Unternehmen vorantreiben.

Darüber hinaus können wir durch die Ergebnisse des Projektes wesentlich konkreter abschätzen, welche Verbesserungen sich für die Lebensqualität der Bevölkerung und der Kommunen als Wirtschaftsstandorte tatsächlich ergeben. Je nach struktureller Ausprägung der einzelnen Kommune können Schwerpunktthemen in Bezug auf den Mobilfunk wie Tourismus, Mobilität, Versorgung der Unternehmen sowie die Attraktivität als Lebens- und Wirtschaftsstandort thematisiert werden. Insbesondere im Landkreis Tuttlingen hat dies wegen der wirtschaftsstarke Mittelstandsunternehmen eine sehr hohe Bedeutung.

Unsere Ziele in Phase 1 des Projekts waren die Ist-Analyse der Netzabdeckung im Landkreis, die Identifizierung von Versorgungslücken, ein Soll-Ist-Vergleich mit den Anforderungen aus der Wirtschaft und der Bürgerschaft bezüglich des Mobilfunks und darauf aufbauend die Entwicklung von Szenarien und Strategien zur Stärkung und Weiterentwicklung des Mobilfunknetzes im Landkreis Tuttlingen unter besonderer Berücksichtigung des künftigen 5G-Standards. Die Phase 1 des Projektes ist seit Juli 2019 abgeschlossen.

## Ist-Analyse der Netzabdeckung

In der Ist-Analyse wurden der Ist-Zustand der 4G-Netzabdeckung durch die Mobilfunkprovider erhoben und bestehende



Versorgungslücken identifiziert. Die 4G-Versorgung im Landkreis Tuttlingen ist im Allgemeinen lückenhaft. Die aktuelle Versorgung wird den aktuellen und künftigen Anforderungen eines wirtschaftsstarke Technologiestandortes nicht gerecht. Die Schließung der weißen Flecken ist bei weitem nicht ausreichend, da die künftigen Netzbetreiber im Rahmen der Ausschreibung der 5G-Frequenzen nicht zu einem nationalen Roaming verpflichtet werden. Schlüsselfunktion ist hierbei, dass in Gegenden mit vielen Funklöchern die vor Ort vertretenen Netzbetreiber ihre Netze auch für Kunden der Wettbewerber öffnen, die in dieser Region eigentlich keinen Empfang haben. Dies soll in dünn besiedelten ländlichen Gebieten die Netzabdeckung für alle Nutzer sichern. Der Soll-Zustand erfordert deshalb eine flächendeckende Versorgung mit allen Mobilfunknetzen.

In der untenstehenden Abbildung sind die Versorgungslücken ohne jegliche Abdeckung durch Mobilfunkanbieter weiß gekennzeichnet. Sie sind vor allem in sehr dünn besiedelten Flächen und exponierten Tallagen vorzufinden. Die blauen Punkte markieren die bestehenden Mobilfunksendeanlagen, welche in vielen Fällen bereits vorhanden sind. Bezeichnend sind die großflächigen hellgrauen (ein Mobilfunkanbieter) und dunkelgrauen (zwei Mobilfunkanbieter) Flächen, in denen eine Versorgung mit allen drei Mobilfunknetzen (schwarze Flächen) ebenfalls nicht gegeben ist. Auffällig sind ebenso die erheblichen Versorgungslücken entlang einiger wichtiger Verkehrswege

### Strategische Planung

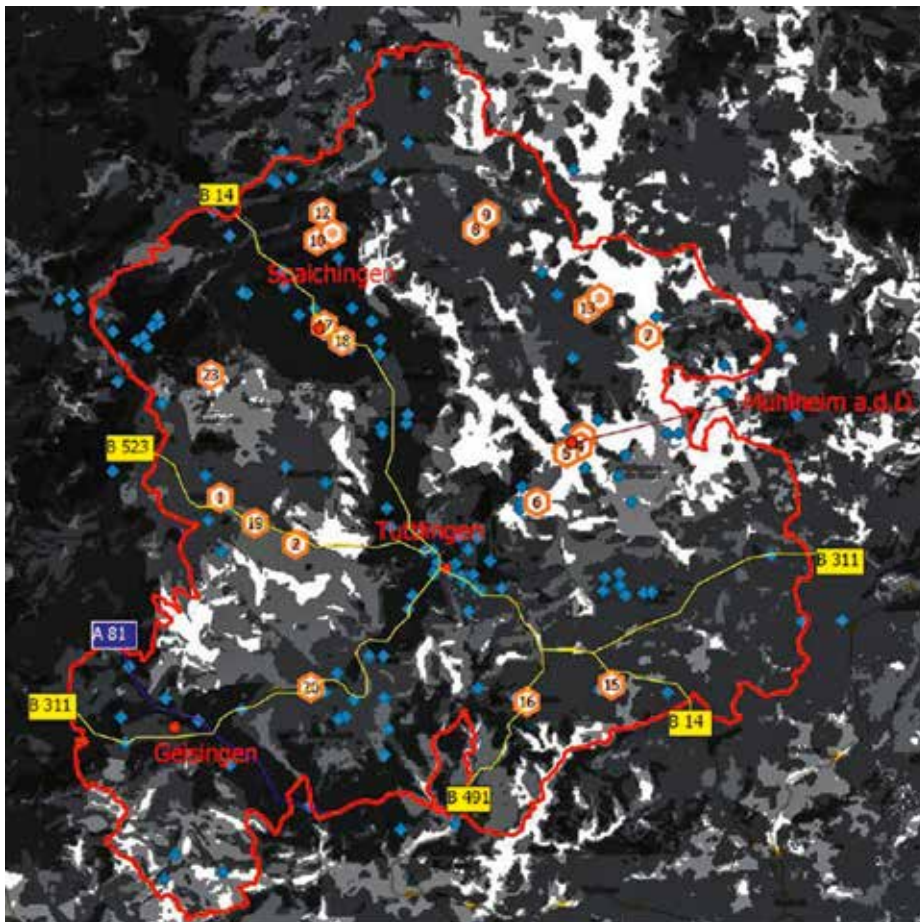
Hinsichtlich der Strategie zur Stärkung des Mobilfunknetzes im Landkreis Tutt-

lingen muss beachtet werden, dass sich der Aufbau des 5G-Netzes stark nach den unterschiedlichen Anforderungen der Anwendergruppen vor Ort richtet: Ob in einem Gewerbegebiet ein sehr breitbandiges Netz mit hohen Datenraten, an einem Verkehrsweg ein schnelles Netz mit Fokus auf extrem kurzen Antwortzeiten und hoher Zuverlässigkeit oder in einer Werkshalle ein Netz errichtet wird, das eine extrem große Zahl von Geräten und Menschen gleichzeitig miteinander arbeiten lässt (Stichpunkt Industrie 4.0) – das entscheiden die Anwender mit Ihren Erfordernissen vor Ort. Dementsprechend weisen die verschiedenen Anwendergruppen unterschiedliche Anforderungen an das Mobilfunknetz der Zukunft auf.

Bei der Entwicklung einer Strategie zum Ausbau des Mobilfunknetzes im Landkreis unterscheiden wir zwischen der Herstellung einer flächendeckenden Versorgung durch Schließung der weißen und grauen Flecken der 4G-Netzabdeckung, der Hochrüstung von bisher abgedeckten Gebieten auf die 5G-Technologie sowie dem innerörtlichen Ausbau der Funkversorgung zur Bereitstellung der verschiedenen 5G-Anwendungen. Die Ausbaugebiete wurden nach dem Bedarf an den verschiedenen 5G-Anwendungen klassifiziert. Schließlich müssen den Ausbaugebieten ein oder mehrere geeignete Frequenzbereiche zugeordnet werden, die aufgrund der jeweiligen Ausbreitungseigenschaften dem Bedarf am besten gerecht werden.

### Analyse der Frequenzbereiche und Einsatzszenarien

Im Rahmen der 5G-Lizenzvergabe wurden im Jahr 2019 die Frequenzbereiche 2,2 GHz und 3,4–3,8 GHz vergeben. Nahezu zeitgleich wird der Frequenzbereich um 700 MHz von DVB-T frei, der im Jahr 2015 bereits versteigert wurde. In einem anschließenden Antragsverfahren soll zudem 26 GHz vergeben werden, jedoch



Ist-Zustand 4G-Versorgung

Quelle: eigene Abbildung



Verschiedene Anwendungsgruppen der Frequenzen

Quelle: 5G-Initiative der Bundesregierung

lediglich lokal und auf Antrag der Anbieter.

Für die Herstellung einer kreisweiten, flächendeckenden Versorgung für alle Kommunen und Verkehrswege eignet sich vorrangig nur der Frequenzbereich um 700 MHz. Aufgrund der überlegenen Zellgrößen wird unter Einsatz dieser Technologie ein vergleichsweise schneller Ausbau unter Aufrüstung von bestehenden Sendeanlagen möglich.

Der Frequenzbereich von 3,4–3,8 GHz hingegen erlaubt eine signifikante Erhöhung der maximalen Datenraten und Kapazität innerhalb einer Funkzelle im Vergleich zu dem 700-MHz-Bereich. Gleichzeitig ist die Größe der Funkzelle in diesem Frequenzbereich wesentlich geringer, wodurch die Abdeckung größerer Versorgungsflächen nur mittels einer sehr großen Anzahl Antennen realisierbar ist und damit aus heutiger Sicht nicht praktikabel erscheint. Der Einsatzbereich liegt damit bei innerörtlichen Ausbauszenarien mit starkem Fokus auf ausgewählten Teilgebieten innerhalb der Kommune. Neben den kommunalen Versorgungsbereichen ist dieser Frequenzbereich insbesondere auch für die gewerblichen 5G-Anwendungen geeignet und findet damit vorwiegend Einsatz in Gewerbe- und Mischgebieten sowie auf einem Firmengelände.

Der Frequenzbereich um 26 GHz schließlich führt nochmals zu einer signifikanten Erhöhung der Zellkapazität, verbunden mit einer stark reduzierten

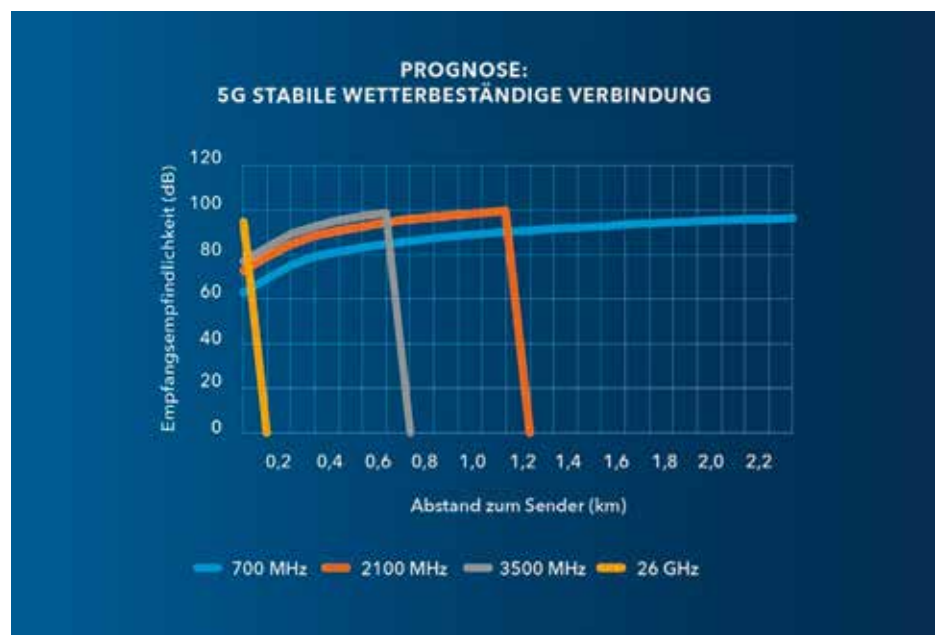
Zellgröße. Damit fokussiert sich der Einsatzbereich auf räumlich sehr begrenzte Gebiete mit extremen Kommunikationsanforderungen wie zum Beispiel Stadien, Flughäfen, Orte für Großveranstaltungen, etc. Im gewerblichen Bereich liegen mögliche Einsatzszenarien bei der High-Tech-Fertigung mit missionskritischen Daten in Echtzeit.

### Ausbauprofil einzelner Kommunen

Die Anwendungsgruppen sowie die darin enthaltenen Anwendungsszenarien werden auf die innerörtlichen

Bedarfe der Kommunen im Landkreis Tuttlingen übertragen. Damit ermöglichen wir, den Bedarf an den jeweiligen Anwendungsszenarien anhand der individuellen Struktur der Kommunen zu prognostizieren, woraus sich die technische Mobilfunk-Ausbaustrategie ableiten lässt.

Im Rahmen der Ausbaustrategie wird für jede Kommune ein individueller Steckbrief erstellt. Dazu wurden vier Kategorien innerörtlicher Gemeindestrukturen gebildet, in die sich ein Großteil der Kommunen des Landkreises einordnen lassen. Aus jeder der vier Kategorien wurde eine Musterkommune nach definierten Kriterien ausgewählt. In der Phase 1 wurde für die vier Musterkommunen eine detaillierte Ausbaustrategie mit konkreten Handlungsoptionen für die Kommunen entwickelt. Mittels der Kategorisierung können nach Abschluss des Projektes die Ergebnisse auf die anderen Kommunen des Landkreises übertragen und gegebenenfalls angepasst werden. In enger Zusammenarbeit mit den Vertretern der Kommune, den Bürgern und den relevanten, ortsansässigen Unternehmen lässt sich dann anhand der beschriebenen Szenarien das indivi-



Die Frequenzen weisen unterschiedliche Ausbreitungseigenschaften auf.

Quelle: 5G-Initiative der Bundesregierung

duelle Ausbauprofil der jeweiligen Kommune erstellen.

## Phase 2 – Umsetzungsplanung

Unser Ziel für Phase 2 des Projektes ist die Überführung der Ergebnisse der Phase 1 in konkrete Maßnahmen zur Umsetzung. Im Fokus stehen sämtliche kommunalen Maßnahmen, die bei der Initiierung des Netzausbaus durch die Mobilfunkanbieter förderlich sein können. Dabei wird unterschieden zwischen der Zielsetzung eines kreisweiten, flächendeckenden 4G/5G-Netzausbaus und spezifischen innerörtlichen Ausbaumaßnahmen.

Die relevanten Versorgungsgebiete werden scharf abgegrenzt und dabei einer Auswahl an relevanten 5G-Anwendungsszenarien zugeordnet. Basierend darauf können wir die geeignete 5G-Technologie definieren und entsprechende Suchkreise für Antennenstandorte verorten. Um den Ausbau für die Mobilfunkanbieter bestmöglich vorzubereiten,

werden in Phase 2 die kommunalen Maßnahmen zur Umsetzung im Detail definiert. Diese beinhalten beispielsweise die Standortfindung unter Bereitstellung möglicher kommunaler Einrichtungen oder Stadtmöbel, die Bereitstellung der notwendigen Geoinformationssysteme etc.

Begleitend kann auf der Grundlage der Ergebnisse aus den Phasen 1 und 2 der zukünftige 5G-Netzausbau bei raumplanerischen Maßnahmen von Kreis und Kommunen langfristig berücksichtigt werden.

Abgesehen von den planerischen, technischen Zielen ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass ein Funknetzausbau vor Ort in der Bevölkerung häufig sehr kritisch gesehen wird und erhebliche Bedenken hinsichtlich der Gesundheit und Verträglichkeit bestehen, besonders bei Kindern. Daher bildet die Bürgerbeteiligung einen wesentlichen Bestandteil der Phase 2. Dabei gilt es, den Nutzen eines Ausbaus und die Bedeutung für den Landkreis Tuttlingen einem realis-

tischen Ausbauszenario gegenüberzustellen. Aufgrund der großen Bedeutung der 5G-Anwendungsszenarien für den gewerblichen Bereich ist zudem der direkte Kontakt zu den relevanten Unternehmen vor Ort in der Projektplanung vorgesehen.

Ergänzend wird auch der rechtliche Hintergrund des rechtlich-administrativen Genehmigungsverfahrens in der Phase 2 aufgearbeitet. Ziel ist es, die Genehmigungsverfahren sowohl für die Telekommunikationsunternehmen als auch die Gemeinden zu beschleunigen und zu erleichtern.

Wie bereits eingangs ausgeführt sind auch die Ergebnisse aus der Projektphase 2 mithilfe der Blaupausen über die Grenzen des Landkreises Tuttlingen hinaus übertragbar.

---

Jörg Sattelmayer und Corinna Nitsch arbeiten in der Stabsstelle für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung beim Landratsamt Tuttlingen

## Der Landkreis Waldshut setzt in seiner Kommunikation auch auf die Sozialen Medien

Von Friederike Schweiger, Waldshut-Tiengen

Wir wissen nicht erst seit der diesjährigen Onlinestudie von ARD und ZDF, dass ein Großteil der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren in der digitalen Welt „lebt“. Die Angebote der Social-Media-Plattformen werden von einem Viertel der Deutschen täglich genutzt. Nun haben Behörden wohl – aus guten Gründen – ein distanzierteres Verhältnis zu Kommunikationskanälen wie Facebook, Twitter, Instagram und Co. Doch auch hier tut sich was. Nicht nur in Berlin, sondern auch in der Fläche. Längst nutzen alle Bundesministerien soziale Medien und auch auf Landesebene ist die Mehrheit der Ministerien vertreten. Unter den Kommunen stehen einige durch eine sehr aktive Social-Media-Präsenz hervor und auch die Landkreise haben die Plattformen entdeckt. Der Landkreis hat sich für eine Mehrkanal-Kommunikationsstrategie entschieden, dazu gehört neben der analogen Welt die Präsenz auf den digitalen Plattformen. Seit 2019 ist der Landkreis auf Facebook und Instagram aktiv. Twitter soll folgen.

### Wo liegt die Bedeutung von Social Media für eine Öffentliche Verwaltung?

Die Sozialen Netzwerke dienen nicht nur der zwischenmenschlichen Kommunikation, sondern werden auch als Informationsquellen genutzt. Die Bedeutung klassischer Medien nimmt hingegen ab. Insbesondere jüngere Menschen greifen zur Informationsbeschaffung immer seltener auf konventionelle Medien zurück. Aus Sicht des Landkreises ist es daher im Sinne einer modernen und an die Bedürf-



nisse der Bürgerinnen und Bürger angepassten Verwaltung erforderlich, seine Öffentlichkeitsarbeit über die bisherigen Angebote hinaus auch auf Social-Media-Plattformen wahrzunehmen. Nur über eine Erweiterung der bisherigen Kommunikationskanäle können alle Zielgruppen in der Bevölkerung erreicht werden.

**Welche Ziele verfolgt das Landratsamt Waldshut mit seinen Social-Media-Aktivitäten?**

Der Landkreis Waldshut bedient sich der Social-Media-Plattformen in erster Linie um zu informieren und sich als attraktiver Standort zu präsentieren. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten Einblick in die Aufgaben und Aktivitäten des Landkreises. Social Media wird im Landkreis Waldshut also primär als Instrument der Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Hingegen sollen zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Verwaltungsdienstleistungen über die einzelnen Kanäle erbracht werden.

**Wie ist das Landratsamt organisatorisch aufgestellt?**

Der Landkreis Waldshut hat zu Beginn des Jahres 2019 eine Social-Media-Redakteurin eingestellt, die alle Aufgaben des Landratsamtes zu diesem Thema koordiniert und bearbeitet. Die Stelle ist angesiedelt im Amt für Kultur und Öffentlichkeitswesen. Die Redakteurin ist direkt der Medienreferentin unterstellt. Ein interdisziplinäres Team aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Dezernate hat sich mit der Erarbeitung von Richtlinien zum Umgang einer Behörde mit den Sozialen Medien beschäftigt. Dabei wurden Datenschutz, Personalrat und andere Teilbereiche des Landratsamtes mit einbezogen. Um den Informationsfluss mit den Ämtern sicherzustellen, wurde eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, die wie eine Art Redaktionsteam funktio-



Bildquelle: Landratsamt Waldshut

niert. Damit soll sichergestellt werden, dass die Informationen und Themen auch bei der Social-Media-Redaktion landen. Man trifft sich im 6-Wochen-Rhythmus und erstellt einen Themenplan.

**Wo ist der Landkreis Waldshut aktiv und welche Plattform ist momentan am wichtigsten?**

Seit August 2019 sind wir auf Facebook und Instagram als „Landkreis Waldshut“ aktiv. Diese Wahl wurde bewusst gefällt,

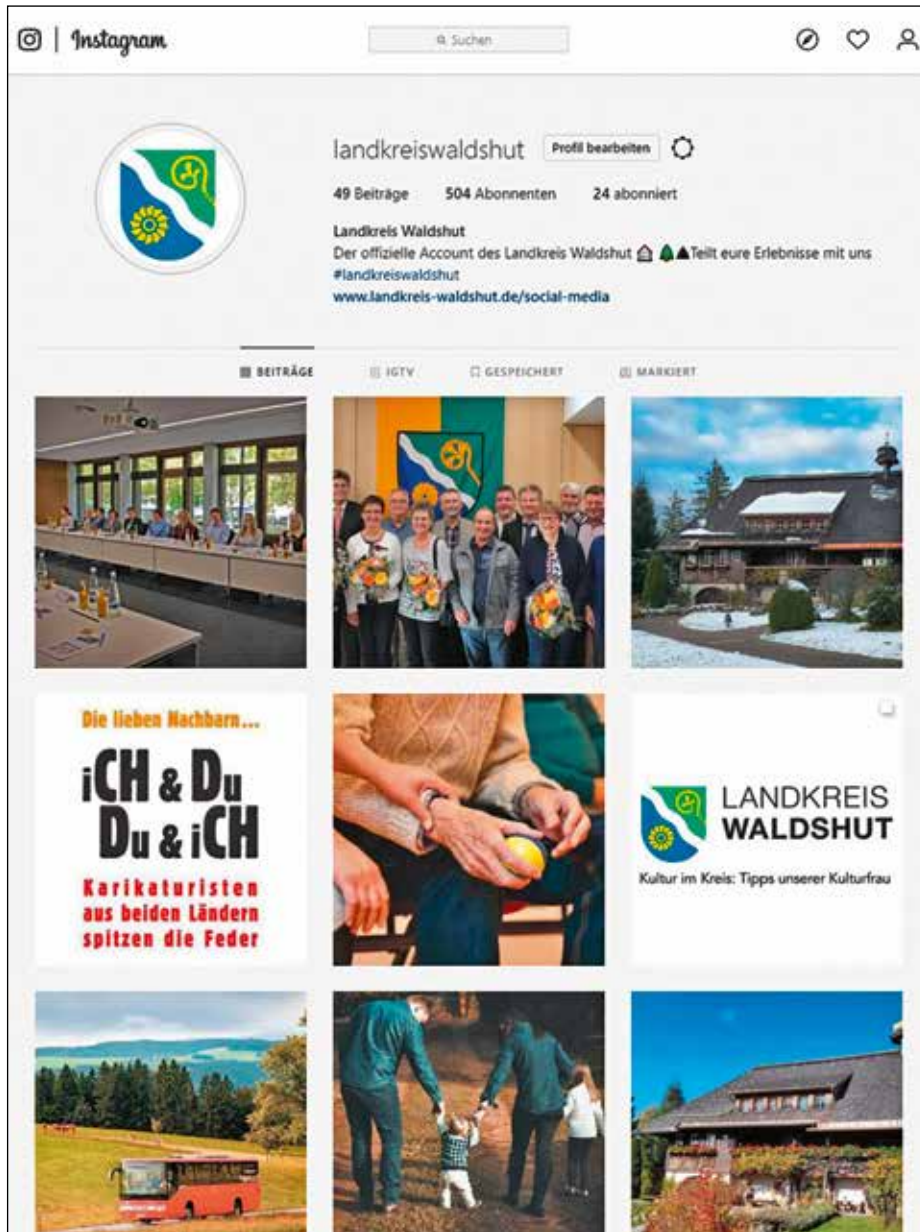
weil unter dem Begriff „Landkreis“ die Themenfelder breiter sind. Mit Twitter und Xing stehen wir kurz vor dem Start, hier werden wir als „Landratsamt Waldshut“ auftreten. Aufgrund der Reichweite und der vielfältigen Möglichkeiten, ist Facebook momentan die wichtigste Plattform. Zum Stand Ende November haben wir dort 600 Fans.

**Was sind besonders erfolgreiche Social-Media-Postings?**

Auf Facebook berichten wir nicht nur über Meldungen aus dem Landratsamt, sondern auch über Nachrichten aus dem Landkreis. Dazu zählen neben Tourismusthemen auch Kulturveranstaltungen. Die Kulturreferentin unseres Landkreises hat beispielsweise ein wiederkehrendes Format unter dem Namen „Kultur im Kreis“. In diesem stellt sie regelmäßig kulturelle Veranstaltungen aus dem Landkreis vor. Diese Art der Beiträge sind sehr beliebt. Wir stellen fest, dass vor allem Beiträge, in denen es um Geschichten mit Menschen geht, seien es Mitarbeiter oder Bürger, sehr beliebt sind. Ein wahrer Renner sind allerdings all jene Meldungen, die den Alltag beeinflussen. Spitzenreiter sind hier Meldungen über Straßensperrungen, Baumaßnahmen oder ähnliches.



Bildquelle: Landratsamt Waldshut



Bildquelle: Landratsamt Waldshut

### Wie reagiert der Landkreis auf Kommentare der User?

In der Arbeitsgruppe „Social Media“ war auch das Thema Community Management ein wichtiger Punkt. Wir haben

gemeinsam eine sogenannte Netiquette, Verhaltensregeln oder einen kleinen Knigge des Umgangs miteinander, für die Seiten erarbeitet. Dort ist auch vermerkt, welche Kommentare von der Seite entfernt werden. In erster Linie legt

der Landkreis Waldshut aber großen Wert darauf, auf die Belange der Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Das Löschen soll nur der letzte mögliche Schritt sein. Ansonsten bemüht sich das Kommunikationsteam alle Rückfragen der Nutzerinnen und Nutzer zu beantworten. Die Social-Media-Redaktion steht dafür in engem Kontakt zu den einzelnen Ämtern, um fachlich korrekt auf die Anfragen zu antworten.

### Wo liegen die neuen Handlungsfelder?

Als nächstes widmet sich die Arbeitsgruppe „Social Media“ dem Thema Krisenkommunikation. Ziel ist, eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln, dies in enger Abstimmung mit Polizei, Feuerwehr und weiteren Beteiligten. Außerdem soll vermehrt auch das Kommunikationsmittel „Bewegte Bilder“ eingesetzt werden. Für den Winter planen wir beispielsweise eine Aktion mit dem Winterdienst des Landkreises. Außerdem soll eine Reihe „Landratsamt erklärt“ entworfen werden, in der einzelne Ämter und ihre Aufgabengebiete vorgestellt werden.

Friederike Schweiger ist verantwortlich für die Social-Media-Redaktion beim Landratsamt Waldshut



# Zollernalbkreis: ZAKdigital – durch Vernetzung gemeinsam stark!

Von Andrea Gobbo, Balingen

Mit der Bündelung der Sachgebiete Breitbandausbau, Informations- und Kommunikationstechnik und Digitalisierung war der Zollernalbkreis am 1. Oktober 2018 der erste Landkreis, der für die Digitalisierung ein eigenes Amt gegründet hat. Die verschiedenen Digitalisierungsprojekte der Fachämter werden an einer Stelle koordiniert, um Synergien zu nutzen.

## Infrastruktur

Die Basis für jede Digitalisierungsstrategie ist der Breitbandausbau. Damit die Bürgerinnen und Bürger letztendlich die digitalen Angebote der Verwaltung nutzen können, muss die nötige Infrastruktur geschaffen werden. Der Zollernalbkreis ist mit 23 von 25 Städten und Gemeinden Mitglied bei dem Verbund Komm.Pakt.Net. Diese bauen mit Förder-

mitteln von Bund und Land jeweils auf ihrer Gemarkung das Backbone-Netz und setzen die in den Gemeinderäten beschlossenen Bauzeitenpläne für den innerörtlichen Ausbau um. Derzeit ist ca. die Hälfte der Neubaustrecken gebaut. Die europaweite Ausschreibung für eine Generalunternehmenschaft zum Bau eines Großteils des Backbone-Netzes ist in Vorbereitung.

Das Breitbandteam des Landratsamtes unterstützt die Städte und Gemeinden in allen Fragen des Breitbandausbaus, stellt die Förderanträge für diese und koordiniert verschiedene Maßnahmen. Große Ausschreibungen, die den ganzen Landkreis oder eine Vielzahl der Kommunen betreffen, werden zentral vom Landratsamt Zollernalbkreis in Zusammenarbeit mit Komm.Pakt.Net organisiert.

Genauso wichtig wie die Anbindung der Gebäude mit hohen Bandbreiten ist die Verkabelung innerhalb des Land-



PoP-Standort in Dotternhausen

Foto: Landratsamt Zollernalbkreis

ratsamtes, um Projekte wie z.B. die Einführung der elektronischen Akte (eAkte) stemmen zu können. Zur Verbesserung der hausinternen Netzinfrastruktur wird die Leitungsgeschwindigkeit zu den Arbeitsplätzen von 100 Mbit/s auf 1 Gbit/s erhöht. Die Anbindung der Server erfolgt künftig mit 20 Gbit/s.

## Strategie

Im Rahmen des Förderwettbewerbs „Digitale Zukunftskommune@bw“ hat das Landratsamt Zollernalbkreis eine Digitalisierungsstrategie mit dem Slogan „ZAKdigital – durch Vernetzung gemeinsam stark!“ entwickelt. Der Slogan ist auf alle Bereiche der Digitalisierung anwendbar und wurde so zum Leitsatz des Amtes für Digitalisierung. Zusammen mit Akteuren aus Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung soll die Digitalisierung im Zollernalbkreis vorangebracht werden. Durch die Vernetzung sollen Kompetenzen gebündelt und Digitalisierungsprojekte Schritt für Schritt umgesetzt werden. Die Maß-



Verlegung der Breitbandinfrastruktur in Dotternhausen

Foto: Landratsamt Zollernalbkreis



nahmen unterteilen sich in Projekte mit Außenwirkung, und somit dem direkten Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger, und in interne Maßnahmen. Die Strategie für die Umsetzung der internen Maßnahmen im Bereich eGovernment ergänzt die Strategie für die digitale Zukunftskommune und geht von der Mitarbeit in Arbeitsgruppen zur Beschleunigung des Ausbaus von service-bw (z.B. die Initiative Digitale Landkreiskonvois – INDILAKO, des Landkreistages) bis zur Einführung der elektronischen Akte mit dem Ziel Standards zu setzen, Abläufe zu vereinfachen und über die Optimierung von Prozessen auch den Bürgernutzen zu erhöhen.

Derzeit ist das Sachgebiet Digitalisierung mit einer Person besetzt. Das Landratsamt Zollernalbkreis hat seit April 2019 insgesamt fünf Kommunale Digitallotsen ausgebildet – pro Dezernat einen. Die Digitallotsen, die diese Funktion freiwillig und zusätzlich zu ihren eigenen Aufgaben übernommen haben, dienen vorwiegend als Multiplikatoren und Tester von digitalen Anwendungen. Sie sollen ein offenes Ohr für Ideen und Zweifel der Mitarbeitenden haben und ihnen in Zusammenarbeit mit dem Amt für Digitalisierung die Angst vor der Digitalisierung nehmen.

Für den Haushalt 2020 wurden für das Sachgebiet Digitalisierung zwei weitere Stellen beantragt, um die Digitalisierung schneller voranbringen zu können. Das größte Projekt wird in den nächsten Jahren die Einführung der eAkte für ca. 800 Mitarbeitende sein.

### Teilnahme an Förderwettbewerben von Bund und Land

#### 1. Förderprogramme des Landes Baden-Württemberg. Der Digital Hub „DNS – Digital Hub Neckar-Alb und Sigmaringen“

Das Land Baden-Württemberg hat die Einrichtung regionaler Digitalisierungszentren gefördert – sogenannte „Digital

<b>Konsortialpartner des Hubs</b> IHK Reutlingen Hochschule Albstadt-Sigmaringen Hochschule Reutlingen Landratsamt Tübingen Landratsamt Zollernalbkreis Stadt Albstadt Stadt Reutlingen Stadt Sigmaringen	<b>Partner des Landratsamtes</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• WissensWerkstatt Zollernalb (Coding College)</li> <li>• VHS Hechingen</li> <li>• Philipp-Matthäus-Hahn-Schule Balingen</li> </ul>
---	--

  
 www.dns-hub.de    Neckar-Alb & Sigmaringen

Quelle: Zollernalbkreis

Hubs“. Der „DNS – Digital Hub Neckar-Alb und Sigmaringen“ ist im Juli 2019 gestartet. Über den DNS wird der Zollernalbkreis im Bereich lebenslanges Lernen und speziell für kleine und mittelständische Unternehmen Aufklärungs- und Sensibilisierungsangebote etablieren. Mit dem Coding College, einem Kursprogramm für Kinder und Jugendliche, ist der Zollernalbkreis bereits Anfang 2019 erfolgreich gestartet. Das Coding College ist ein Teil der WissensWerkstatt Zollernalb und agiert als lokaler Partner des Landratsamtes für den Digital Hub. Das Ziel ist es, die Angebote des Zollernalbkreises so zu vernetzen, dass ein „digi-

tales Lernen“ von jung bis alt ermöglicht wird – bildungsträgerunabhängig.

#### 2. Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg „Digitale Zukunftskommune@bw“

„ZAKdigital – durch Vernetzung gemeinsam stark!“ Zusammen mit Akteuren aus Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung soll die Digitalisierung im Zollernalbkreis vorangebracht werden.

Das Förderprogramm hat einen zweistufigen Aufbau. Stufe 1 war die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie. Im



V.l.n.r.: Landrat Joachim Walter (Landkreis Tübingen), Alexander Kreher (Finanz- und Wirtschaftsbürgermeister Stadt Reutlingen), Landrat Günther-Martin Pauli (Zollernalbkreis), Dr. Wolfgang Epp (Hauptgeschäftsführer IHK Reutlingen), Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut (Landesministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau), Udo Hollauer (Bürgermeister Stadt Albstadt), Prof. Harald Dallmann (Vizepräsident Lehre Hochschule Reutlingen), Dr. Marcus Ehm (Bürgermeister Stadt Sigmaringen) und Dr. Ingeborg Mühldorfer (Rektorin Hochschule Albstadt-Sigmaringen)

Foto: Trinkhaus



Das Wabenkonzept verdeutlicht die Vernetzung der einzelnen Bereiche.

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

Landratsamt Zollernalbkreis wurden die Themenschwerpunkte *Bildung, Mobilität, Nachhaltigkeit und Kommunikation* gewählt und ein Entwicklungszeitraum bis zum Jahr 2025+ betrachtet.

Das Landratsamt Zollernalbkreis führt im Rahmen seiner Digitalisierungsstrategie in Stufe 2 derzeit ein Ausbildungsmanagementsystem ein und startet mit der Wabe „Bildung“. Das Projekt wird

ebenfalls vom Land Baden-Württemberg im Rahmen der digitalen Zukunftskommune gefördert. Ziel ist es, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und den Auszubildenden des Landratsamtes eine moderne, attraktive Ausbildung zu ermöglichen. „Wir wollen nicht nur eine zeitgemäße Ausbildung bieten, sondern die jungen Leute als Fachkräfte langfristig für uns gewinnen“, so Landrat Günther-Martin Pauli.

Mit dem Ausbildungsmanagement wird eine Plattform installiert, auf der Ausbilder und Azubis alles rund um die Ausbildung digital organisieren können. Hier werden z.B. die Ausbildungspläne erstellt, Berichtshefte geschrieben, Lernziele vorgegeben und Noten erfasst. Zudem bietet die Plattform die Möglichkeit, Informationen schnell und gezielt mit den Nachwuchskräften zu teilen. Mit den mobilen Endgeräten können sich die Auszubildenden in den verschiedenen Fachverfahren anmelden und mitarbeiten. Derzeit laufen die Installationen und Programmanpassungen. Diese sollen im ersten Quartal 2020 abgeschlossen werden.

### 3. Förderprogramm des Bundes – 5x5G-Innovationswettbewerb

Das Landratsamt Zollernalbkreis hat sich gemeinsam mit dem Landkreis Reutlingen, der Stadt Reutlingen und dem Landkreis Sigmaringen auf den 5G-Innovationswettbewerb des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur beworben. In dem Wettbewerb werden in einem ersten Schritt die eingereichten Ideen bewertet und Fördermittel für eine Konzepterstellung in Höhe von bis zu 100 000 Euro zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, Projektideen zu entwickeln, die 5G-Anwendungen in der Region unter realen Bedingungen erproben und erforschen. Die Entscheidung über die Konzeptförderung soll seitens des Bundes noch im November 2019 fallen.



Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

## Laufende Digitalisierungsprojekte

### Einführung der elektronischen Akte (eAkte)

Für viele bedeutet die eAkte die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS). Mit e-Komm-Office der Firma n-komm haben wir im Landratsamt Zollernalbkreis bereits seit 2001 ein DMS im Einsatz. Die führende Akte wird jedoch noch in Papierform archiviert. Mit der Umstellung auf das Dokumentenmanagementsystem „enaio“ der Firma Optimal Systems wird die elektronische Akte zur führenden Akte und die Papierakten weitestgehend abgeschafft. Damit verbunden ist die Optimierung von Prozessen und die Vereinfachung von gewachsenen Strukturen, die Posteingangsverscannung, die Altdatenübernahme, Projektarbeit und vieles mehr. Durch die Vereinfachung und die damit verbundene Beschleunigung von Verwaltungsabläufen entsteht zusätzlich ein Nutzen für alle Bürgerinnen und Bürger.

Nach der Modernisierung der Basisinfrastruktur wird im Amt für Digitalisierung seit Oktober 2019 mit „enaio“ gearbeitet. Das System wird hier mit allen seinen Funktionen getestet. Für die Umstellung der anderen Ämter werden ein Standard und einheitliche Vorgaben erarbeitet, um den Mitarbeitenden einen einfachen Umstieg zu ermöglichen.

### eLearning Plattform

Mit der eLearning Plattform „CampusONE“ beginnt ab Januar 2020 mit den Schulungen ein neues Zeitalter. Das heißt nicht, dass es keine Präsenzsulungen mehr geben wird, aber viele Bereiche können mit eTrainings abgedeckt werden. Für die Einführung der eAkte ist dies ein wichtiger Baustein. Mit der Plattform „CampusONE“ wurde ein Produkt gefunden, das es nicht nur ermöglicht, neue eTrainings zu erstellen, sondern auch auf bereits bestehende Videos der

Firma WTT CampusONE GmbH zuzugreifen. Es besteht die Möglichkeit bei der Erstellung der Videos mitzuwirken und eigene Vorschläge einzubringen. Dies bringt Synergien und Kosteneinsparungen und dennoch die Option, die Trainings mit ergänzenden Dokumenten individuell anzupassen.

Jeder Mitarbeitende bekommt seine persönlichen Zugangsdaten. Nach der Aktivierung des Benutzers wird in einem Willkommensvideo die Plattform und die Vorgehensweise erklärt. Zudem sieht jeder nur die Schulungen, für die er zugelassen wurde. Diese sind in Pflichtschulungen und freiwillige Schulungen unterteilt. Alle Mitarbeitenden sind in der Durchführung der Schulung komplett frei. Weder Zeit noch Ort sind vorgegeben, es wird lediglich einen Zugang zum Internet und der Link zur Plattform benötigt. Dadurch kann jeder ganz bequem von seinem Arbeitsplatz oder im Homeoffice oder an einem mobilen Endgerät seine Trainings absolvieren und Schulungen somit ganz flexibel in den eigenen Tagesablauf integrieren. Nach Abschluss der Schulung wird ein Schulungszertifikat erstellt.

### Das digitale Fahrtenbuch

Mit der Erweiterung der bestehenden Software für die Kfz-Reservierung kann zum 1. Januar 2020 mit dem digitalen Fahrtenbuch gestartet werden. Hierfür wird für die Schlüsselausgabe der Fahrzeuge im Eingangsbereich ein Schrank mit Bedienterminal und Unterschriftenpad aufgestellt. In diesem Schrank befinden sich die Kfz-Schlüssel der Poolfahrzeuge. Man meldet sich am Terminal mit seinem Zeiterfassungschip an und nach Bestätigung der Reservierung öffnet sich automatisch das entsprechende Schlüsselfach. So kann zu jeder Zeit der Fahrzeugschlüssel geholt werden, unabhängig von den Öffnungszeiten der Infostelle. Die Rückgabe erfolgt ebenfalls über die Anmeldung am Terminal, nach Erfassung des KM-Standes und der Unterschrift

öffnet sich das Fach und der Schlüssel kann wieder eingelegt werden.

### Fazit

Die Erwartungen an die Digitalisierung sind sehr hoch. Mit kleinen Projekten wie z.B. unserem neuen Intranetauftritt oder der Einführung eines Videokonferenzsystems versuchen wir Akzente zu setzen und für alle Mitarbeitenden sichtbare Erfolge zu erzielen.

Eine große Hürde sind aus unserer Sicht noch die fehlenden Standards für Vorgänge, die alle Landratsämter gleichermaßen betreffen. Es fehlen digitale Verwaltungsvorgänge, die die Bürgerinnen und Bürger direkt nutzen können. Wichtig wäre jedoch auch die Grundlagen für die Authentifizierung und ePayment zu schaffen, damit alles medienbruchfrei und einfach umgesetzt werden kann. Eine Erleichterung wären hier Vorgaben von Bund und Land. Mit dem Digitalisierungskodex des Landkreistags Baden-Württemberg sehen wir große Chancen für eine echte Weiterentwicklung der Verwaltung im digitalen Zeitalter.

Wir begrüßen ausdrücklich die vom Landkreistag gestartete „Initiative Digitale Landkreiskonvois“, bei denen gemeinsam Standards und Lösungen erarbeitet werden.

Der Bereich der Digitalisierung bietet spannende Themen, bei denen man sowohl die gesetzlichen Vorgaben – wie bei der Verpflichtung zur eVergabe ab Ende 2018 oder der eRechnung ab April 2020 – erfüllen muss, aber auch eigene Ideen verwirklichen kann.

Durch Vernetzung gemeinsam stark – so kann die Digitalisierung gelingen.

Andrea Gobbo ist Leiterin des Amtes für Digitalisierung im Landratsamt Zollernalbkreis



# Reichenauer Tage 2019 – „Vom Jugendengagement zum Bürgerengagement“

Zahlen, Förderstrukturen, Projektbeispiele und ihre Wirkung

Von Prof. Dr. Sigrid Kallfaß und Joachim Sautter, Konstanz

Die Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft in Hegne am Bodensee fanden 2019 zum siebzehnten Mal statt. Es ist die jährliche Veranstaltung des Landkreistags zum Thema „Zivilgesellschaftliches Handeln“, die im Rahmen der Förderung des Bürgerengagements vom Ministerium für Soziales und Integration gefördert wird. Ziel dieser Veranstaltung, die im Wechsel ein- oder zweitägig stattfindet, ist es, die politischen und sozialen Potenziale des Zusammenwirkens von Fachkräften und unterschiedlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu stärken, zu würdigen und als Chance für eine positive gesellschaftliche Zukunft zu erkennen. Ferner die Zusammenarbeit von Landkreisen als Verantwortlichen für die Umsetzung der sozialen Planung und der Städte und Gemeinden als Lebensorte zu fördern. Dabei blicken die Reichenauer Tage bevorzugt auf das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger. Freiwilliges und freies bürgerschaftliches Engagement soll und kann Zusammenleben, gemeinsame Lebensräume und Handlungsfelder zwischenmenschlich und kooperativ gestalten und schafft dadurch nicht nur besondere Wirkungen, sondern unterschiedlichstes Sozialkapital im Sozialraum.

## 1. Die Reichenauer Tage 2019

Bei den Reichenauer Tagen wurde seit 2003 eine Vielzahl von Feldern des Sozialen vorgestellt und diskutiert.

2019 griffen die Organisatoren der Reichenauer Tage erstmals speziell und zweitägig das Thema „Engagierte Jugend“ auf. Angeknüpft wurde dabei zum einen an die Engagementstrategie Baden-Württemberg aus dem Jahr 2014<sup>1</sup>,



Foto: Annemarie Korherr, Landratsamt Konstanz



die das Referat 24 (Bürgerschaftliches Engagement) des Ministeriums für Soziales und Integration initiierte und derzeit weiterentwickelt. Zum zweiten wurde ausgegangen vom Masterplan Jugend, den das Referat 23 (Fachreferat Jugend) seit 2018 bearbeitet<sup>2</sup>.

Die *gemeinsamen Fragen* dieser beiden Programme und der drei diesjährigen Kooperationspartner der Reichenauer Tage 2019: Landkreistag, das Referat 24 und das Referat 23 des Ministeriums für Soziales und Integration, lauten:

Wie gelingt es der (Kinder- und) Jugendarbeit durch projektbezogene Förderung

des Engagements Jugendlicher und durch die politische Beteiligung der jungen Menschen, diese für das Miteinander und Füreinander in lokaler und regionaler, heimatlicher, nationaler und internationaler Sicht zu begeistern?

Wie wächst ihre Bereitschaft, diese Lebenswelten mitzugestalten?

Wie gelingt es der (Kinder- und) Jugendarbeit, die soziale und politische Kompetenz der Jugend zu entwickeln und ihre Bereitschaft, gesellschaftlich mitzuwirken und über das Jugendalter hinaus zu erhalten?

Worin liegt der Mehrwert der engagierten lokalen Jugendarbeit?

Welche Rolle spielt das Land mit seinen Förderungen?

Wie können Gemeinden und Landkreis zusammenarbeiten?

Und schließlich als zentrale, grundlegende Fragen der Tagung:

Kann diese (Kinder- und) Jugendarbeit die Basis einer politisch verantwortlichen und engagierten Gesellschaft sein?

(Wie) Gelingt es der kommunalen (Kinder- und) Jugendarbeit, eine Brücke vom Jugendengagement zum Bürgerengagement zu schlagen, auch wenn diese Jugendlichen nach der Schule für Arbeit und Studium den Ort/die Region des Aufwachsens verlassen?

Gibt es ein Rezept gegen die Abwanderung der Jungen<sup>3</sup>?

Unter welchen Bedingungen wird die aktive, engagierte Jugend wiederkommen oder sich neu einleben, und wird sie dann ihre frühere Engagementbereitschaft wieder aufnehmen?

Der Tagungsablauf der Reichenauer Tage 2019 bestand aus einem Mix aus Vorträgen, Praxiseinblicken und Dialogen.

## 2. Reichenauer Tage als Ort der Forschung

Das zentrale Grundsatzreferat der Reichenauer Tage 2019 hielt Martina Gille, im Fachbereich Jugendforschung die langjährige Fachreferentin des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in München.



Martina Gille

Foto: Annemarie Korherr, Landratsamt Konstanz

Sie griff dabei zurück auf eigene Forschungen (DJI-Survey) und weitere große bundesdeutsche Forschungen zu Jugendfragen<sup>4</sup>. Martina Gille trug zunächst Entwicklungen des letzten Jahrzehnts als Ausgangspunkt für die Beantwortung der Eingangsfragen und im Blick auf die Präsentationen der beiden Tage vor.

Begünstigt durch die zunehmende Anzahl junger Menschen mit höheren Schulabschlüssen, steigt insgesamt die Mobilität, Weltoffenheit und Flexibilität der Jugend.

Mädchen und Jungen im Alter von 12 bis 29 Jahren unterscheiden sich im Blick auf die subjektive Wichtigkeit zentraler Lebensbereiche kaum. Im Vordergrund steht für die Jugendlichen zunehmend die Bedeutung des Arbeitsmarkts. Für beide Geschlechter spielt die Familie eine gleichbleibend wichtige Rolle (Shell-Jugendstudien 2006 bis 2015).

In allen gesellschaftlichen Engagementbereichen nehmen die freizeitbezogenen Aktivitäten in der Region bei Jugendlichen tendenziell eher leicht ab. Nach wie vor steht der Sport bei Jungen und Mädchen im Vordergrund. Jungen sind

hier aktiver. Überall sind bildungsstarke Jugendliche aktiver als bildungsferne. In schulischen und sonstigen sozialen Funktionen zeigen sich Mädchen etwas aktiver als Jungen.

Ergebnisse des Freiwilligensurvey zeigen, dass das sogenannte freiwillige Engagement in hohem Maße vor allem dann begünstigt wird, wenn Rahmenbedingungen von gesellschaftlicher Seite her, etwa durch Projekte der Schulen, der Jugendarbeit, der Kirchengemeinden, durch landes- und bundesweite Aufrufe, gestaltet werden. Hier zeigt Gille, dass junge Menschen für einen Zeiteinsatz deutlich leichter zu sensibilisieren sind als die Älteren. Auch hier ist der Anteil der freiwillig Aktiven mit höherem Bildungsgrad größer. Ferner stehen auch hier Sport und Bewegung im Vordergrund, wobei die männliche Jugend diesbezüglich mehr Aktivitäten aufweist. Insgesamt nehmen jedoch im Bereich des Engagements die Geschlechterunterschiede in der Engagementquote ab. Wenn man die Aktivitäten regional beurteilt, sind Jugendliche in ländlichen Kreisen, auch in dünn besiedelten Regionen, besonders aktiv. Bei der Impulsgebung für Aktivsein spielen neben den Programmen der Jugendarbeit Familie und engere Bekannte die wichtigste Rolle. Als individuelles Engagementmotiv werden vor allem der Spaß sowie die Möglichkeit zu lernen, Erfahrungen zu machen, mit anderen zusammenzuarbeiten genannt. Hier liegt die Zahl der Jugendlichen höher als die der Älteren, die eher soziale oder politisch-gestalterische oder ethische Motive für ihr Engagement in den Vordergrund stellen.

Zusammenfassend folgert Gille:

- „Es gibt zwar weniger, aber weiterhin immer noch stabile Geschlechterprofile im Engagement: hier gilt es strukturelle Barrieren abzubauen und gezielt durch Frauen- und Jugendquoten, das Engagement junger Frauen zu fördern.
- Bildung ist nach wie vor eine zentrale Steuerungsgröße für Beteiligung:

Hier empfiehlt sich die Förderung bildungsferner Jugendlicher durch Einbindung in zivilgesellschaftliche Organisationen (über Schulen und außerschulische Bildungsangebote).

- **Engagementerfahrungen von Mutter/Vater wirken positiv auf das freiwillige Engagement ihrer Kinder:** Das gilt vor allem für den ländlichen Raum. Bei Jugendlichen aus Großstädten und/oder mit Migrationshintergrund finden sich geringere Beteiligungsquoten.
- **Schulische Partizipation ist von der sozialen und kulturellen Herkunft der jungen Menschen kaum beeinflusst:** Schule und Ausbildung schaffen (also) wichtige Anknüpfungspunkte für Engagement.
- **Qualifizierung ist als Engagementmotiv für junge Menschen besonders wichtig:** Es lohnt sich, die Fähigkeiten und Kompetenzen im Engagement zu fördern.
- **Politische Interessen sollten möglichst früh bei jungen Menschen geweckt und gestärkt werden,** um ungleiche Zugangsbedingungen zur Politik zu kompensieren.
- **Politisches Engagement** muss für junge Leute mit einem persönlich fassbaren Nutzen wie Spaß, Kompetenzerwerb und soziale Netzwerkbildung verbunden sein.“

Aus den Ausführungen von Gille und den ihrem Referat zugrunde liegenden Erkenntnissen lässt sich annehmen, dass große Teile der Jugendlichen motiviert sind, gemeinschaftlich aktiv ihr Umfeld/ ihre Lebenswelten zu gestalten. Aber auch, dass die Impulsgebung, die Organisation und Leitung bei der Erkennung und Umsetzung von individuellen und gemeinschaftlichen Möglichkeiten durch die Jugendarbeit und die Schulen wichtige Faktoren sind, um die Kommunen speziell und die Gesellschaft allgemein auch durch Jugendliche (mit-) zu gestalten.

Eine Vielzahl von Forschungen zur Jugendbeteiligung und zum Jugenden-

agement lässt zudem ein hohes Maß an Selbstwirksamkeit der Projekte erkennen. Es ist anzunehmen, dass sich diese Selbstwirksamkeit auf die Engagementbereitschaft auch in höherem Lebensalter auswirkt.

### 3. Reichenauer Tage als Ort der Praxis

#### Jugendbeteiligung als gesellschaftliches Gestaltungselement und Ort politischen Lernens

Im Referat 23 (Jugend) des Ministeriums für Soziales und Integration werden Strukturen vorangebracht, die Wirksamkeit im Blick auf die landesweite Stärkung der politischen und gesellschaftspolitischen Beteiligung der Jugendlichen landesweit entfalten sollen. Bei den Reichenauer Tagen wurden die wichtigsten dieser Strukturen von Vertreterinnen des Referats vorgestellt. Ferner stellten Jugendliche und ihre Begleiter/innen im Plenum Projekte vor, die teilweise auch bei der Ausstellung der Reichenauer Tage noch ausführlicher präsentiert und erläutert wurden. Ergänzend wurde dort, wo es zu den Förderstrukturen bereits Praxis gibt, diese Praxis und teilweise

auch entsprechende Praxisforschung im Tagungsverlauf vorgestellt.

Mit der Einrichtung einer **landesweiten Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg** soll im Sinne des Masterplans „Jugend“ die politische und gesellschaftliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig gestärkt werden. Die Servicestelle kümmert sich konkret um die landespolitische Verankerung, die überregionale Vernetzung und die kontinuierliche Weiterentwicklung bestehender Partizipationsstrukturen. Dazu gehört die Qualifizierung von Mitarbeiter(inne)n in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, in Kommunalverwaltungen und von engagierten Jugendlichen selbst. Über die gemeinsame Trägerschaft von Landesjugendring, LAG Jugendsozialarbeit und Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung sind gute Voraussetzungen gegeben, um unterschiedliche Jugendszenen anzusprechen und jeweils passende Beteiligungsformate zu entwickeln.

Im **Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg** sind derzeit 58 Jugendräte aus ganz Baden-Württemberg organisiert. Der Dachverband wird begleitet und unterstützt von



Bericht 14er-Rat Sigmaringen

Foto: Annemarie Korherr, Landratsamt Konstanz





Jugendengagement in Steißlingen

Foto: Annemarie Korherr, Landratsamt Konstanz

der Jugendstiftung Baden-Württemberg und hat dort auch seine Geschäftsstelle. Neben der Vernetzung, dem regelmäßigen Austausch und der Bereitstellung von Infos und Materialien steht aktuell das über den Masterplan Jugend geförderte Projekt „**Jugendbeteiligung 4.0**“ im Fokus. Über die Verbindung von Schülermitverwaltungen und Jugendgemeinderäten vor Ort, der Ausbildung kommunaler Jugendbotschafter/innen und der Erarbeitung einer Wissensdatenbank sollen noch mehr Initiativen vor Ort zur Kinder- und Jugendbeteiligung gestartet werden. Die Botschaft der Sprecher/innen des Dachverbands ist klar: „Egal, ob freies WLAN, Dirtpark oder Jugendraum, junge Menschen wissen am besten, wie ihre Gemeinde jugendfreundlicher gestaltet werden kann.“

Auf der Ebene der Praxis stellten sich in Hegne das Jugendforum Herrenberg, die Kinderbeteiligung Rielasingen-Worblingen (Ortsteildetektive) und der 14er-Rat in Sigmaringen sowie der Dachverband „Jugendgemeinderäte“ und die Servicestelle „Kinder- und Jugendbeteiligung“ vor. Ferner präsentierten sich Jugendliche der kleinen Gemeinde Steißlingen zusammen mit ihrem aktiven Bürger-

meister. Jährlich findet dort ein Jugendforum zu Anliegen der örtlichen Jugend statt.

Das spezielle Thema „Jugendgemeinderat in Baden-Württemberg“ wurde im Rahmen der Reichenauer Tage von Angelika Barth im Rahmen ihrer Praxisforschung bei der Landeszentrale für politische Bildung (lpb) vorgestellt. An der 2019 veröffentlichten Studie haben 1068 Gemeinden und Städte unterschiedlicher Größe teilgenommen. Davon weisen 566 kommunale Jugendbeteiligung mit unterschiedlicher Form der Beteiligung auf. 12,2 % dieser Standorte beteiligen die Jugendlichen repräsentativ mit Wahlverfahren, 83 % repräsentativ ohne Wahlverfahren, 39,9 % beteiligen projektbezogen und 39,6 % werden durch offene Formen beteiligt. Digitale Beteiligungsmethoden sind noch gering, nehmen aber zu. Es sind vor allem Jugendliche, die in Beteiligungsverfahren mitwirken, Kinder (bis 11 Jahre) deutlich seltener.

Interessant ist, dass in der Studie von Barth von den befragten Gemeinden/Städten der Jugendbeteiligung/den Jugendbeteiligungsmaßnahmen nicht nur eine hohe **Bindekraft zum Wohnort**

zugeschrieben wird, sondern sie auch als Faktor hin zur Akzeptanz kommunalpolitischer Entscheidungen gesehen wird. Zudem wird eine Antwort gegeben auf unsere Eingangsfrage:

„Jugendbeteiligung hilft dabei, dass der eigene Wohnort für die Jugendlichen interessant bleibt und stärkt dadurch die Bindung der Jugendlichen an den Wohnort“, so ein Kommentar von Angelika Barth.

### Engagement als Potenzial der Jugend (-arbeit) und zur Gestaltung ihrer Sozialräume

**Das Referat 24 (Bürgerengagement) des Ministeriums für Soziales und Integration** stellt als ein Anliegen der Engagementstrategie des Landes die Stärkung der Zivilgesellschaft durch alle Altersgruppen (auch der Jugend), Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit verschiedenen Interessen und unterschiedlichen Potenzialen vor.

Drei Konzepte, das Engagement Jugendlicher vor allem im sozialen Bereich zu fördern, ihr Sozialkapital zu stärken, bilden ein stabiles Gerüst für die Engagementförderung im Referat 24 (BE) und damit auch der Engagementstrategie des Landes.

Das **freiwillige soziale Jahr (FSJ)**, das sich an Jugendliche nach dem Schulabschluss richtet, indem es sozial engagierte Praxiserfahrung und berufliche Orientierung anbietet, ist ein wichtiger Baustein des Referats. Ferner werden im Referat zwei weitere erprobte Jugendprogramme, die seit 10 bzw. 20 Jahren deutlich machen, dass Jugendliche bei entsprechenden Impulsen bereit sind, sich nachhaltig zu engagieren, organisiert. Beide wurden in Hegne im Rahmen der Ausstellung zu den Reichenauer Tagen 2019 vorgestellt.

Gemeinsam mit der Jugendstiftung Baden-Württemberg würdigte 2019 das Ministerium für Soziales und Integration bereits zum zehnten Mal das Engagement junger Menschen im Zusammen-

hang mit dem **Jugendbildungspreis „DeinDing“**. Auch in diesem Jahr gab es wieder mehr als 70 Projektgruppen, die sich um die drei Hauptpreise und zusätzlich in den drei Kategorien „Jugend engagiert für Demokratie“, „Jugend engagiert an/in der Schule“ und „Jugend engagiert in Medien/Kultur“ bewerben konnten. Dazugekommen ist seit letztem Jahr noch der Preis der Jury, die überwiegend von jungen Leuten aus dem Landeschülerbeirat, der Jugendpresse, dem Dachverband der Jugendgemeinderäte oder dem Deutsch-Türkischen Forum Stuttgart besetzt ist. Alle eingereichten Projekte sind beeindruckende Beispiele für jugendliches Engagement, die Freizeit für Kinder/Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrungen, das in der muslimischen Jugendarbeit entwickelte Theaterprojekt „Déjà-vu“, die Einrichtung eines Media-Treffs, Band-Contest, Kultur macht Laune u. a. m. Andererseits für das Interesse an gesellschaftlicher Beteiligung wie das „Rote Sofa“ für Polit-Talks in Offenburg, der Jugendgipfel in Bietigheim-Bissingen oder die vom Demokratiezentrum Baden-Württemberg geförderten „Jugend-bewegt-Kommunen“.

Das landesweite Projekt **„Mitmachen Ehrensache“** feiert 2020 sein 20jähriges Bestehen. Die Idee ist einfach und wirkungsvoll: Kinder und Jugendliche ab 10 Jahren suchen sich rund um den Tag des Ehrenamts am 5. Dezember einen Job beim Bäcker, in der Kfz-Werkstatt, bei Banken, im Landratsamt, im Industriebetrieb, in der Landwirtschaft, arbeiten einen Tag und spenden ihren Arbeitslohn einem gemeinnützigen Projekt, einer sozialen Einrichtung, in die Dritte Welt. Die Aktionsbüros in den beteiligten 23 Landkreisen legen gemeinsam mit den Jugendlichen fest, an welche Projekte die so erarbeiteten Spenden gehen. Landesweit waren dies im letzten Aktionsjahr immerhin 9700 Teilnehmer/innen, die insgesamt mehr als 250 000 Euro „für einen guten Zweck“ erarbeitet haben. „Mitmachen Ehrensache“ ist ein echtes

Win-Win-Modell: Junge Leute bekommen Einblick in das Arbeitsleben, lernen soziale Organisationen kennen und den Mehrwert von Spenden; Arbeitgebern bietet sich ein kleines Forum für den Fachkräftenachwuchs und Schulen arbeiten mit außerschulischen Bildungsträgern zusammen.

Wie wirksam sowohl das Mitwirken im Rahmen der landesweiten Aktion als vor allem auch die Übernahme der Rolle eines Botschafters/einer Botschafterin von „Mitmachen Ehrensache“ sind, stellte Roberto Elia aus Wernau vor, der bei den Reichenauer Tagen über 10 Jahre Erfahrungen als MME-Botschafter berichtete.

Im Rahmen **verschiedener Förderprogramme**, die das Land seit einigen Jahren regelmäßig ausschreibt und die immer auch Anträge auf Förderungen im Rahmen der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sind in den vergangenen Jahren immer Landkreise mit Jugendprojekten ausgewählt und gefördert worden, z. B. Weingarten mit einem Projekt zur Jugendbeteiligung, Böblingen mit einem Projekt der Inklusion und Schwäbisch Hall mit einem Projekt zur Werbung für Vereinsmitgliedschaften. Bei den Reichenauer Tagen 2019 stellten

sich zwei weitere Projekte aus den Förderprogrammen vor:

Das Projekt „Jugendguides“, das seit 2012 im Landkreis Tübingen aufgebaut wird. Hier arbeiten das Kreisarchiv, das Kreisjugendreferat, die Universität Tübingen und ein Verein zusammen. Über eine Jugendguide-Qualifizierung werden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewonnen, die nach dem Peer-to-Peer-Prinzip in der Region andere Jugendliche schulen und motivieren, sich in ihrer Gemeinde/Region mit Themen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Die Schulung wurde 2018/19 von der Landeszentrale für Politische Bildung in die Ausbildung zu „Jugendbegleiter/innen an Gedenkstätten“ eingebracht. Das Projekt stellten mehrere Jugendguides aus Tübingen bei den Reichenauer Tagen 2019 vor.

Ein zweites Projekt, „TÜnews International“, wird in Hegne ebenfalls im Rahmen der Förderprogramme präsentiert.

Das Projekt TÜnews International ist ein integratives und innovatives Medienprojekt junger Geflüchteter im Landkreis Tübingen. Die jungen Frauen und Männer aus unterschiedlichen Ländern sind Redaktionsmitglieder, die mehrsprachige Nachrichten von Flüchtlingen für Flücht-



Bericht „TÜnews International“

Foto: Annemarie Korherr, Landratsamt Konstanz

linge herausgeben und über wichtige Themen aus Deutschland und den Heimatländern informieren. Hierzu werden unterschiedliche Medien genutzt (Zeitung, Radio, Film, Ausstellungen u.a.m.). Bei den Reichenauer Tagen übernahmen die anwesenden Redaktionsmitglieder aus unterschiedlichen Ländern, Männer und Frauen, die Durchführung von Interviews mit Referenten und Ausstellern. Ziel des Projekts ist es, Engagement durch/unter Geflüchtete/n zu fördern, Peer-to-Peer zu informieren und zu unterstützen, relevante Themen und relevantes Wissen für die Community der Geflüchteten in die Öffentlichkeit zu bringen, aber auch die deutsche Gesellschaft zu informieren sowie Menschen, die mitwirken, zu befähigen, ihre Medienkompetenzen zu stärken und ggf. beruflich auszuloten.

#### 4. Wer und was stärkt die ländlichen Lebenswelten?

Am zweiten Tag der Reichenauer Tage 2019 kamen die Anwesenden noch einmal zurück auf die eingangs gestellten Fragen nach der Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums und dem Zusammenhang dieser Zukunftsfähigkeit mit dem Engagement und der Beteiligungsbereitschaft der Jugend.

Eine erste Antwort gab die Studie, die im Landkreis Tuttlingen durch die Jugendarbeit im Rahmen einer Leader-Förderung bei 15- bis 21-Jährigen 2009/10 durchgeführt wurde und die der Frage galt, welche Netzwerke und Entwicklungen des ländlichen Raums (Landkreis Tuttlingen) von den Jugendlichen wie beurteilt werden und inwiefern diese das Bleiben dieser Jugend oder aber eine Rückkehr im Erwachsenenalter begünstigen. Die Ergebnisse waren damals schon eindeutig: Es gibt im Raum Tuttlingen (von Einzelfällen wohl abgesehen) keine „Landflucht“, offenbar auch wenig Unzufriedenheit mit dem Leben in den Gemeinden (eine Ausnahme ist die unbefriedigende Verkehrssituation). Positiv wird von der

Jugend eine vom Landkreis unterstützte und weithin ausgereifte Jugendarbeit in den Gemeinden, die Struktur der Vereinslandschaft, die regionale Ausbildungs- und Studiensituation und nicht zuletzt der regional befriedigende und zukunftsfähige Arbeitsmarkt angesehen. Dies alles führt zu einer hohen regionalen Zufriedenheit der befragten Jugendlichen. Eine Studie „10 Jahre danach“ kam, so die Jugendreferentin des Landkreises, zu folgenden Ergebnissen:

- Durch den § 41a der GemO etablierten sich viele jugendgerechte Formen der politischen Mitwirkung. Die Jugendarbeit hat daran einen wichtigen Anteil.
- Die Jugendlichen anerkennen in Gesprächen den Mehrwert einer vorhandenen und funktionierenden Region. Die Potenziale, die in der interkommunalen Zusammenarbeit liegen, werden jedoch noch nicht ausreichend ausgeschöpft.
- Mobilität im Nahraum bleibt eine Herausforderung.
- Weggehen wird von vielen als interessante Option gesehen, aber nur als Option, nicht als „Muss“.

- Mit der Verbreitung sozialer Medien haben sich der Freundschaftsbegriff und der Freundeskreis erweitert und das Gefühl, „abgehängt zu sein im ländlichen Raum“, weiter abgeschwächt. Internationale Erfahrungen sind gefragt und sollen als Kern- und Schlüsselaufgabe der Jugendarbeit noch mehr gestaltet werden.
- Die Anschlussfähigkeit der kleinen Landkreis-Gemeinden an eine zukunftsfähige Region (Region Tuttlingen) bzw. ein zukunftsfähiges Zentrum (Stadt Tuttlingen) wird genutzt und kann in der Regionalpolitik noch mehr ausgebaut werden.

Nach Auffassung der referierenden Jugendarbeiterin des Landkreises sollten diese Erkenntnisse in der lokal- und regionalpolitischen Planung und in der praktischen Jugendbildungsarbeit noch mehr als bisher interpretiert und umgesetzt werden.

Interessant in diesem Zusammenhang war das Gespräch Jugendlicher mit Minister Lucha am Ende des ersten Tages: Die Diskussionsrunde zwischen Minister und Jugendlichen kreiste um Fragen der Zuständigkeiten und der Förderung



Foto: Annemarie Korherr, Landratsamt Konstanz



von Kinder- und Jugendbeteiligung. „Es braucht Ansprechpartner vor Ort, die sich um die Initiierung und Begleitung von Jugendgemeinderäten kümmern, Jugendguides ausbilden, Initiativen begleiten, Engagement fördern ...“ wurde mehrfach von den jungen Leuten in der Runde vorgebracht und eine entsprechende Finanzierung vom Land gefordert. „Die Investition in gelingende Kinder- und Jugendbeteiligung hat einen enormen Mehrwert für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stärkung der Demokratie,“ so der Minister, „aber hier müssen alle mitwirken und die Verantwortlichkeiten nicht immer hin- und hergeschoben werden zwischen Gemeinde, Landkreis oder Landesebene.“ Er verwies auch dabei auf die Investitionen des Landes rund um den Masterplan, die Einrichtung der Servicestelle, das Förderprogramm „Vielfalt in Partizipation“ u. a. m., die über das Engagement der kommunalen Ebene ergänzt werden müssen. „Es geht nur, wenn wir uns als Verantwortungsgemeinschaft verstehen.“

Drei Referenten aus Bildungseinrichtungen Baden-Württembergs haben am Ende des zweiten Tages weitere Antworten zur Frage gesucht, wer neben der Jugendarbeit dazu beiträgt, die Gemeinde im Sinne des Masterplans als

Übungsplatz gelebter Demokratie mitzugestalten. Wolfgang Ilg, Professor an der PH Ludwigsburg, sah die Schule als wichtigen Partner der Jugendbildungsarbeit und wünschte sich von ihr eine Entwicklung hin zur „offenen Bürgerschule“ (Bürgerverantwortung für die, in der und durch die Schule). Die von ihm vor allem in ländlichen Räumen ins Zentrum gestellte Zusammenarbeit von Schule und weiteren lokalen Strukturen (insbesondere Vereinen) werden von Rolf Ahlrichs vom Evangelischen Bildungszentrum Stuttgart als wichtig, aber nicht als „Einbahnstraße“ gesehen. Sie wirken nur, wenn sie als Kooperation „im guten Sinne“ verstanden und praktiziert werden, d. h. das gemeinsame Ziel auch gemeinsam angegangen wird. Dass dies vor dem Hintergrund ganz unterschiedlicher Grundverständnisse zwischen Jugendarbeit, Jugend, Schule, Lehrerschaft, Vereinen und Vereinsehrenamt, Verwaltung und Bürgerschaft nicht einfach ist, darauf wies Jürgen Kegelmann, Professor an der Hochschule Kehl, hin. Insofern braucht jede Gemeinde eine kooperationsfördernde Strategie, um das Ziel, junge Menschen an die Gemeinde zu binden und ihr Engagement sowie ihr soziales und demokratisches Bewusstsein auf das Zusammenleben in Gemeinden zu lenken, zu erreichen. Diese

Strategie umfasst die Schaffung von Engagementgelegenheiten wie auch von ernstgemeinten Formen der Beteiligung, und sie sollten Teil der Gesamtstrategie des jeweiligen Landkreises sein.

<sup>1</sup> Engagementstrategie Baden-Württemberg – Lebensräume als Engagement-Räume entwickeln. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Stuttgart 2014

<sup>2</sup> Masterplan Jugend. Ministerium für Soziales und Integration, Stuttgart 2018

<sup>3</sup> Im landesweit geförderten Projekt „demografiesensible Gemeinde“ wurde in einer Untersuchung des KVJS in Bad Saulgau im Jahr 2013 besonders darauf hingewiesen, dass ein großes Problem im Blick auf das Bleiben am Ort für Jugendliche zwischen 18 und 25 die Ausdünnung der Vereinslandschaft in den Teilorten und kleinen Orten ist. Ob allerdings die empfohlenen Mitwirkungsprozesse wirksam sind, muss sich hier wie anderswo erst noch zeigen. (Quelle: Hauser, Franziska/ Andreas Reuter, KVJS 2013)

<sup>4</sup> Interessant in diesem Kontext ist auch die Jugendstudie Baden-Württemberg 2017, die auf Erhebungen von 2016 basiert.

Prof. Dr. Sigrid Kallfaß ist Fachberaterin des Landkreisnetzwerks BE der Landkreise in BW beim Landkreistag, Joachim Sautter ist Experte und Praktiker der Jugendarbeit und hat die Reichenauer Tage 2019 wesentlich mit geplant und gestaltet.

# Integration im ländlichen Raum – der Integrationsplan des Landkreises Tübingen

Von Barbara Tomforde, Tübingen

Im Jahr 2017 hatte der Kreistag des Landkreises Tübingen die Verwaltung mit der Erstellung eines Integrationsplans beauftragt. Ziel sollte sein, die Teilhabechancen der Kreiseinwohnerinnen und -einwohner mit Migrationshintergrund und das Zusammenleben und den Zusammenhalt der Menschen über ethnische und soziale Grenzen hinweg zu fördern. Hierzu sollte die Verwaltung unter anderem eine Bestandsaufnahme vorhandener Angebote in verschiedenen Handlungsfeldern erstellen, Handlungsempfehlungen und eine Strategie zur Vernetzung und Förderung des Dialogs entwickeln. Der Integrationsplan wurde dem Kreistag im Oktober 2019 vorgestellt.

## Die Entstehung des Integrationsplans

Die statistische Auswertung der Bevölkerungsstruktur mit Migrationshintergrund war auf Landkreisebene eine Herausforderung, deren Gelingen den Integrationsplan des Landratsamtes Tübingen auszeichnet. Eine weitere Besonderheit bildete die für die Erstellung des Plans gewählte Beteiligungsstruktur. Neben Mitgliedern des Kreistags, Vertreterinnen und Vertretern der Städte und Gemeinden, Expertinnen und Experten aus Forschung, Lehre und Verwaltung waren auch Ehrenamtliche und Fachkräfte aus der Migrationsarbeit und sachkundige Bürgerinnen und Bürger eingebunden. Das Projekt wurde im Rahmen eines Förderprogramms durch die Führungsakademie Baden-Württemberg begleitet.

Direkt zu Beginn der Planung suchte die Integrationsbeauftragte Menschen mit Migrationshintergrund in ihren Netzwerken oder Deutschkursen auf, um die Inhalte des Integrationsplans insbesondere auch an deren Rückmeldungen auszurichten.

Nach der Erarbeitung grundlegender strategischer Ziele ergaben sich folgende Handlungsfelder:

- Erlernen der deutschen Sprache
- Bildung und Beratung (informell und schulisch)
- Integration in Arbeit und Ausbildung
- Teilhabe und Chancengleichheit vor Ort
- Geschlechtsorientierte Integrationsarbeit
- Alter und Gesundheit

Die Ergebnisse der Fachgespräche zu den jeweiligen Handlungsfeldern wurden anschließend in einem Begleit-Arbeitskreis diskutiert. In diesem waren neben Haupt- und Ehrenamtlichen in der Integrationsarbeit auch Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen und des Kreistags vertreten, die sich engagiert einbrachten und das Landratsamt bei der Erstellung des Integrationsplans berieten.

Diese Beteiligungsstruktur bewährte sich dahingehend, dass eine große Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren der kreisweisen Integrationsarbeit oft zum ersten Mal zusammenkamen und kontrovers diskutierten. Der Integrationsplan zeichnet sich durch die Zusammenführung dieser vielfältigen Perspektiven und der Entwicklung eines gemeinsamen Grundkonsenses zur Arbeit in den Themenfeldern aus.

## Beispiel: Das Fachgespräch „Integration vor Ort“

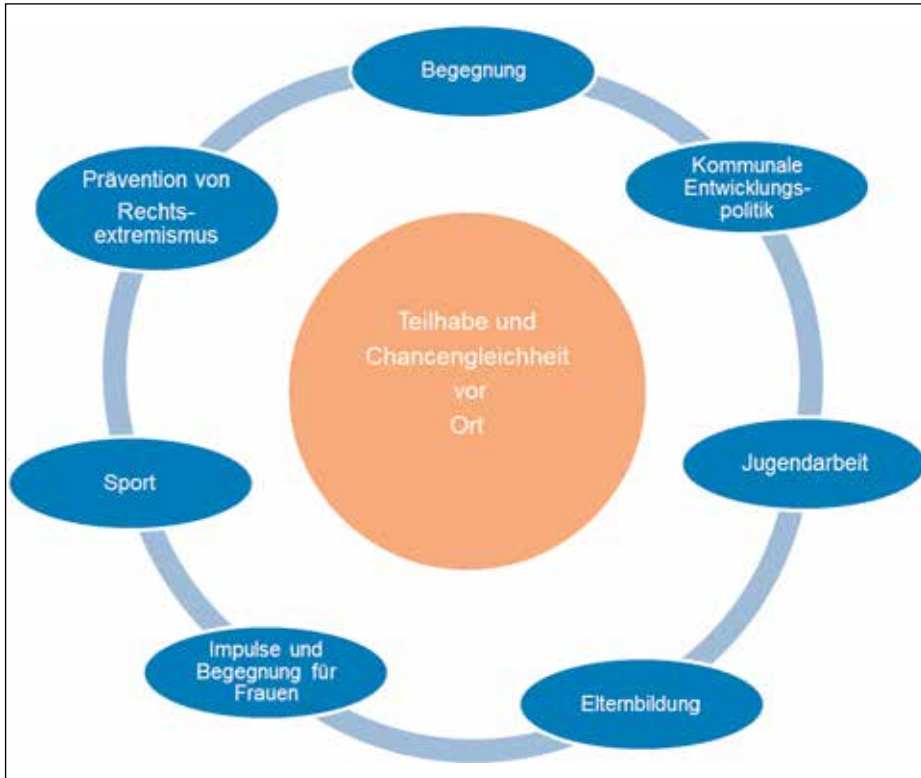
Beispielhaft soll im Folgenden das Fachgespräch zum Handlungsfeld „Teilhabe und Chancengleichheit vor Ort“ dargestellt werden:

Integrationsarbeit in ländlichen Gemeinden findet unter anderen Bedingungen statt als im städtischen Raum, daher lag der Fokus auf Angeboten zur Integration, die sich an den Gegebenheiten in kleineren Kommunen orientieren.

Eingangs referierte Dr. Sandra Kostner (Geschäftsführerin des Masterstudiengangs Interkulturalität und Integration PH Schwäbisch Gmünd) zu den Gestaltungsmöglichkeiten kommunaler Integrationsarbeit:

Integration sei vergleichbar mit einem Marathonlauf, bei dem die Teilnehmenden sehr unterschiedliche Startbedingungen zur Erreichung des Integrationszieles haben: Manche starten ganz vorne, andere haben sich bereits einige Schritte nach vorne gearbeitet und wieder andere werden von Mitgliedern ihrer Gemeinschaft oder der Mehrheitsgesellschaft beim Durchstarten behindert.

Erfolgreich sei Integration dann, wenn Chancengerechtigkeit durch die Senkung von Zugangsbarrieren erreicht wird. Wenn sich die kommunalen Angebote z.B. an Bedarfen orientieren statt an Herkunft und davon abgesehen wird, Parallelstrukturen für bestimmte Gruppen aufzubauen. Entscheidend für die Gestaltung von Integrationsangeboten sei vielmehr das soziale Umfeld wie beispielsweise der Bildungshintergrund oder die wirtschaftliche Lage der Einwohnerinnen und Einwohner. Um hier Chancengerechtigkeit für Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen



Quelle: Integrationsbeauftragte LRA Tübingen

ist die gezielte Informationsvermittlung, bei Neuankömmlingen auch in den Muttersprachen, besonders wichtig. Im Fachgespräch wurden die nachfolgenden Handlungsfelder als zielführend ausgewählt:

Zu jedem dieser Themen fand ein Workshop statt, in dem das Angebot vorgestellt wurde und Handlungsempfehlungen für den Integrationsplan gesammelt wurden.

Besonders bereichernd war, dass die Angebote sowohl von Kommunen angeboten wurden als auch von Vereinen, so dass sich bereits erste Vernetzungen zwischen diesen Akteuren entwickelten: Mit „MiGlobe – Neue Chancen für die kommunale Entwicklungspolitik“ schuf die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) ein Angebot von Fachleuten mit Migrationshintergrund, die Kommunen bei entwicklungspolitischen Projekten und der interkulturellen Öffnung begleiten. Die Gemeinde Bodelshausen engagiert sich mit Hilfe einer Förderung des Landes Baden-Württemberg im Bereich der Hilfe zur Selbsthilfe für Migran-

tinnen und Migranten: Sie stellte das Projekt „Elternlotsen“ vor, in dem Eltern mit Migrationshintergrund als Brückenbauer zwischen Zugewanderten und Institutionen des deutschen Bildungswesens geschult werden.

Die Bedeutung von Beziehungsarbeit für erfolgreiche Integration zeigt der Trachtenverein Starzach-Bierlingen: Jugendliche mit syrischem, mazedonischem und slowenischem Migrationshintergrund nehmen dort an den Tanzaufführungen teil. Die Jugendleiterin des Vereins arbeitet auch in der Schulbetreuung, so dass die Kinder sie kennen und sie bei Bedarf leicht Kontakt zu den Eltern aufnehmen kann.

Neben Darstellung und Diskussion der Angebote wurden in jedem Workshop Handlungsempfehlungen für den kreisweiten Integrationsplan entwickelt. Diese beziehen sich auf fünf Felder und Schwerpunkte:

1. **Informationsvermittlung**, z.B. durch Workshops zu Themen der Integration vor Ort und gezielte Informationen zu Fördermitteln für die Gemeinden.

2. **Kommunale Vernetzung** durch Kooperation der kommunalen Akteure in der Integrationsarbeit.

3. **Förderung des Dialogs**, z.B. durch Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten vor Ort zum Abbau von Vorurteilen und der Stärkung des demokratischen Zusammenhalts der Bürgerschaft.

4. **Zielgruppenspezifische Angebote**, beispielsweise durch Ausbildung von Ehrenamtlichen mit Migrationshintergrund zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Unterstützung von Männern mit Migrationshintergrund.

5. **Konzeptionelle Weiterentwicklung der Integrationsarbeit**, z.B. durch Einbeziehung von migrantischen Organisationen für Reflexion und Beratung in der Integrationsarbeit.

Um die vielen Facetten des Themas Integration zu beleuchten und Anknüpfungspunkte für die Diskussionen zu geben, zeigte der Karikaturist Herr Erdoğan Karayel seine Arbeiten während des Fachgesprächs. Eine künstlerische Zusammenfassung des Fachgesprächs aus seiner Sicht bildete den gelungenen Abschluss der Veranstaltung.

### Fazit

Integration kann in kleineren Gemeinden durch Begegnung und Dialog gefördert werden. Um diese Arbeit möglichst nutzbringend zu gestalten, sollte Integrationsarbeit sich an konkreten Bedarfen von Einwohnerinnen und Einwohnern in unterschiedlichen Milieus orientieren, indem Wissen zu kulturellen Besonderheiten des Lebens in Deutschland vermittelt wird und Zugangshürden zu den Regelsystemen abgebaut werden. Als besonders wertvoll wird unter den Beteiligten der Austausch zwischen Kommunen und die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit durch die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund und der kreisweiten Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren gesehen.





Foto: E. Karayel

Der nächste Schritt wird nun die Vorstellung des Integrationsplans in den Kommunen sein, so dass die konkrete Umsetzung vor Ort gemeinsam geplant werden kann.

Der Integrationsplan des Landratsamtes Tübingen ist hier zu finden:

Homepage des Landratsamtes Tübingen

- ➔ Abteilungen und Organisation
- ➔ Abteilung 20 Soziales
- ➔ Kontaktstelle Integration

Barbara Tomforde ist Integrationsbeauftragte des Landkreises Tübingen

## Substitutionsgipfel am 18. November 2019 in Stuttgart

Von Daniel Werthwein, Stuttgart

Das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg veranstaltete zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg am 18. November 2019 in Stuttgart einen Substitutionsgipfel. Ziel der Veranstaltung war es, vor einem Fachpublikum aus Politik und Verwaltung die Frage zu stellen, wie eine bedarfsgerechte Versorgung von Substitutionspatientinnen und -patienten in Baden-Württemberg künftig sichergestellt werden kann und wie sich regional unterschiedliche Versorgungskonzepte entwickeln lassen.

Ausgangspunkt dieser Veranstaltung ist, dass – nicht nur in Baden-Württemberg – immer mehr Substitutionsärztinnen und -ärzte in den Ruhestand treten und nur spärlich jüngere Kolleginnen und Kollegen nachrücken. In der Folge entstehen strukturelle sowie qualitative Defizite in der Versorgung, die durch die komplexen Problemlagen der Betrof-

fenen zu individuellem Leid und zu Belastungen der Gesundheits- und Sozialsysteme führen.

In Vorbereitung der Veranstaltung wurde ein „Pakt für Substitution“ erarbeitet und abgestimmt, in dem sich die an der Versorgung von Opioidabhängigen beteiligten Institutionen zu Beiträgen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen bekennen. Dabei steht außer Frage, dass die Sicherstellung der ärztlichen Behandlung in der Substitutionsversorgung die Landkreise und auch die übrigen Kommunen seit Jahren schon beschäftigt. Vor diesem Hintergrund hat auch der Landkreistag unterzeichnet und sich dafür stark gemacht, dass die Verantwortlichkeiten nicht verwässert, sondern klar benannt und dadurch einforderbar werden. Sozialminister Lucha präsentierte das Papier am Vormittag im Rahmen eines Fachvortrages.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass es Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung ist, die medizinische Substitutionsbehandlung sicherzustellen. Deshalb kön-

nen die Kommunen auch immer nur flankierende Beiträge leisten. Insofern appellierte Landkreistagspräsident Joachim Walter in seinem Grußwort an alle Mitunterzeichner des Substitutionspakts, dass es nun gelte, den „Pakt für Substitution“ mit Leben zu erfüllen und gemeinsam vor Ort passende Lösungsansätze zu entwickeln.

Die weiteren Partner des Pakts für Substitution sind das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, die Kassenärztliche Vereinigung, die Krankenkassen, der Städtetag, die Landesstelle für Suchtfragen und die Landesärztekammer sowie die Landesapothekerkammer und die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg.

Der Fokus der Veranstaltung lag auf dem Erfahrungsaustausch und der Vorstellung von regionalen Konzepten. Die Referenten legten ihren Schwerpunkt darauf, die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf die im Vorfeld zu klärenden Fragen zu richten und berichteten von



Sozialminister Lucha, Landrat Joachim Walter sowie Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Institutionen präsentieren den „Pakt für Substitution“.

Foto: Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

den je eigenen Lösungsansätzen und Gelingensfaktoren.

Am Nachmittag wurden im zweiten Teil der Veranstaltung konkrete regionale



Grußwort des Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen)

Foto: Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Lösungsansätze zur Sicherstellung der Substitution aus verschiedenen Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg vorgestellt, um zu zeigen, wie die Substitution vor Ort organisiert werden kann. Darüber hinaus wurde im direkten Austausch die Kontaktaufnahme zwischen den örtlichen Praktikern und den interessierten Besuchern angeregt.

Neben den Schwerpunktpraxen für Suchtmedizin im Ostalbkreis, Ravensburg und Freiburg stellten Vertreterinnen und Vertreter aus vier weiteren Regionen ihre Konzepte vor:

Dies waren die Suchtmedizinische Institutsambulanz Landkreis Tuttlingen (wir berichteten in Heft 3 vom 4.10.2019), die Suchtmedizinische Institutsambulanz Bruchsal sowie das Therapiezentrum West Tübingen, das in den kommenden Monaten eröffnet wird. Ullrich Böttinger, Leiter des Amtes für Soziale und Psychologische Dienste, und Thomas Schoen-Blum, Kommunalen Sucht-

beauftragter vom Landratsamt Ortenaukreis, berichteten über die jahrelangen Bemühungen, die Substitution im Ortenaukreis zusammen mit der Stadt Kehl sowie bis 2016 auch dem Eurodistrikt Straßburg-Ortenau vor Ort zu stützen.

Bei allen Vorträgen wurde klar, dass den Landkreisen in Person der Kommunalen Suchtbeauftragten bzw. als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Kommunalen Suchthilfenetzwerken bei der Sicherstellung der örtlichen Suchtprävention und der Kommunalen Suchthilfeplanung eine wichtige Bündelungs- und Koordinierungsfunktion zuteilwird.

Deutlich hervorzuheben ist, dass die mannigfaltig gestalteten Versorgungsstrukturen in den Landkreisen ohne die couragierte Initiative der Entscheidungsträger in den Landkreisverwaltungen nicht zustande gekommen wären.

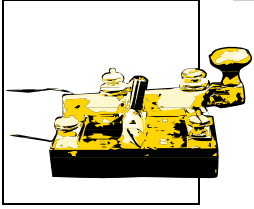
## Hintergrund:

Zahlen für Baden-Württemberg:

- Substituierte Patientinnen und Patienten: ca. 10 570
- Niedergelassene Ärztinnen/Ärzte: aktiv substituierend 204, aktiv im Rahmen des Konsiliarverfahrens 104, Durchschnittsalter ca. 60 Jahre

(Quelle: Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg)

Daniel Werthwein ist Referent mit den Schwerpunkten Integration, soziale Sicherung und Arbeit beim Landkreistag Baden-Württemberg



# NACHRICHTEN

## „Pflegerische Angehörige: Unfallversichert“

### Große Infokampagne zum Versicherungsschutz von pflegenden Angehörigen der Unfallkasse Baden-Württemberg

Rund 300 000 pflegebedürftige Menschen in Baden-Württemberg werden zu Hause versorgt. Mehr als drei Viertel davon, so das statistische Landesamt, werden ausschließlich von Angehörigen betreut – ein großartiger Dienst am Nächsten, eine gewaltige Leistung für das Gemeinwesen. Oft erbringen pflegende Angehörige diese Aufgaben noch zusätzlich zum Job und zur Familie. Aber: Wer achtet auf die Pflegenden? Die Unfallkasse Baden-Württemberg (UKBW) gibt mit ihrer aktuellen Infokampagne pflegenden Angehörigen und anderen Pflegepersonen Handlungshilfen rund um eine sichere und gesunde Pflege in den eigenen vier Wänden.

Wenn es zu einem Pflegefall in der Familie kommt, dann sind es meist die nächsten Angehörigen, aber auch Freunde oder Nachbarn, die sich kümmern und unbezahlte Sorgearbeit leisten. Laut GesellschaftsReport BW 2018 leben in Baden-Württemberg insgesamt rund 300 000 Pflegebedürftige, von denen mehr als drei Viertel von Angehörigen gepflegt wird. Sie arrangieren ihre Erwerbstätigkeit um die Pflege

herum und schultern damit einen Großteil der häuslichen Pflege.

Viele Pflegenden wissen allerdings nicht, dass sie unter einem besonderen Unfallversicherungsschutz stehen. Denn alle Angehörigen und Menschen, die andere nicht erwerbsmäßig in ihrer häuslichen Umgebung pflegen, sind bei der Unfallkasse Baden-Württemberg umfassend bei Unfällen abgesichert. Mit ihrer Informationskampagne „Pflegerische Angehörige: Unfallversichert“ macht die UKBW mittels Anzeigen, Artikeln und vielen Infos auf der Webseite des Unfallversicherungsträgers ([www.ukbw.de/pflegerischeangehoerige](http://www.ukbw.de/pflegerischeangehoerige)) auf diesen besonderen Schutz aufmerksam: Egal ob bei der Körperpflege, beim An- und Auskleiden oder bei der Hilfe beim Essen und Trinken – wer pflegt, ist unfallversichert. Das gilt auch bei herausfordernden Situationen, wenn der oder die Pflegebedürftige zum Beispiel Aggressionen gegenüber anderen Menschen zeigt. Dieser Anspruch besteht ganz ohne Beiträge. Die Kosten werden vom Land und von den Kommunen getragen. Ein Antrag ist nicht notwendig. Pflegerische Angehörige sind durch ihre Pflegetätigkeit automatisch unfallversichert.

#### Leistungen und Prävention

Die Leistungen der UKBW reichen im Schadensfall von der klassischen medizinischen Behandlung bis hin zum Zahnersatz, Erstattungen für kaputte Brillen oder der beruflichen Wiedereingliederung nach einem Unfall. Die UKBW leistet mit allen geeigneten Mitteln – diesen hohen Anspruch formuliert das Sozialgesetzbuch für die Unfallkassen.



Foto: Unfallkasse Baden-Württemberg

Viel besser aber als jede Versorgung ist die Vermeidung von Unfällen. Auch hier unterstützt die Unfallkasse Baden-Württemberg pflegende Angehörige. Durch die angebotenen Seminare der UKBW erfahren die Teilnehmer kompakt und komprimiert alles rund um Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote in der Pflege von Angehörigen. Sie erhalten die wichtigsten Informationen zur rechtlichen Vorsorge und Finanzierung sowie zur Annahme von Hilfen. Das Seminar vermittelt mit einem Maßnahmenplan die sieben wichtigsten Schritte zur Entwicklung eines tragfähigen Pflegearrangements zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Außerdem finden sich auf der Website der UKBW Handlungshilfen für pflegende Angehörige für Strategien zur



Organisation der häuslichen Pflege und der Selbstsorge oder auch der Wegweiser „Zu Hause pflegen – so kann es gelingen“. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Angehörige die Pflege so organisieren können, dass sie selbst dabei gesund bleiben. Weitere Informationen rund um das Thema Pflege finden Sie unter [www.ukbw.de/pflegende-angehoerige](http://www.ukbw.de/pflegende-angehoerige) oder telefonisch unter 0711-93 21-0.

**Gemeinsame Pressemitteilung  
von Landkreistag, Gemeindetag  
und Städtetag**

**Entwurf des  
Staatshaushaltsplans  
2020/2021: Kommunen  
setzen auf deutliche  
Nachbesserungen durch  
die Regierungsfractionen**

Schon zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode bringt die Landesregierung einen Haushalt in den Landtag von Baden-Württemberg ein, ohne dass zuvor im Rahmen der Gemeinsamen Finanzkommission eine Verständigung mit den Kommunen gelungen wäre. Die Interessen der Kommunen bleiben damit beim Entwurf des Staatshaushaltsplans an entscheidenden Stellen unberücksichtigt. Die Präsidenten der drei kommunalen Landesverbände, Joachim Walter (Landkreistag), Roger Kehle (Gemeindetag) und Dr. Peter Kurz (Städtetag), haben sich deshalb inzwischen an die Regierungsfractionen gewandt. Sie appellieren angesichts dieses ernüchternden Nicht-Ergebnisses der Gemeinsamen Finanzkommission an die Abgeordneten der Regierungsfractionen, im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens doch noch eine Einigung mit der kommunalen Familie herbeizuführen. Viele Abgeordnete hätten einen kommunalen Erfahrungshintergrund. Hierauf setzt man in den kommenden Wochen. In den Schreiben an die Abgeordneten wird deutlich gemacht, dass die kommu-

nale Seite bewusst keine neuen Forderungen in den Raum gestellt habe. Vielmehr habe man seitens der Kommunen nur das eigentlich Selbstverständliche eingefordert, nämlich dass das Land dort weiter zu seiner Finanzierungsverantwortung stehen müsse, wo es diese in der Vergangenheit bereits anerkannt habe. Dies gelte insbesondere für den Bereich der Menschen mit Behinderung, der Flüchtlinge, der Schulbausanierung, der Krankenhäuser und der Kinderbetreuung. Die Präsidenten der kommunalen Landesverbände weisen darauf hin, dass dieser Tage in allen Kommunen des Landes die Haushaltsberatungen beginnen. Wenn in den Gemeinderäten und Kreistagen erklärt werden müsse, dass kommunale Aufgaben nicht mehr im bisherigen Umfang wahrgenommen werden können, weil das Land die Kommunen entgegen früherer Zusicherungen beispielsweise mit den Kosten der Flüchtlingsintegration oder für Menschen mit Behinderungen ein gutes Stück weit alleine lasse, dann berge dies Potenzial für erheblichen politischen Zündstoff.

**Gemeinsame Pressemitteilung  
von Landkreistag, Gemeindetag  
und Städtetag**

**„Zukunft Mobilfunk“:  
Kommunen fordern Land  
und Bund auf, jetzt große  
Schritte zu machen**

Nirgendwo gibt es so viele Städte und Gemeinden mit einer unzureichenden Mobilfunkversorgung wie in Baden-Württemberg. Sechs der zehn deutschen Landkreise mit der schlechtesten 4G-Verfügbarkeit liegen bei uns im Südwesten. Um an dieser verbesserungsbedürftigen Versorgungslage etwas zu ändern, genügt es aus Sicht der kommunalen Landesverbände nicht mehr, auf eine Politik der kleinen Schritte zu setzen. Damit das Land und die Menschen digital nicht

auf der Strecke bleiben, bedarf es großer Anstrengungen aller Beteiligten.

Die drei kommunalen Landesverbände haben sich deshalb mit einem gemeinsamen Forderungspapier an die Landesregierung und die Landtagsabgeordneten gewandt.

„Für die Städte, Gemeinden und Landkreise gehört eine gute digitale Infrastruktur zur modernen Daseinsvorsorge, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen“, betonen Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Gudrun Heute-Bluhm, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, und Dr. Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg. „Die bisherige Ausbaupraxis lässt jedoch befürchten, dass private Mobilfunknetzbetreiber auch beim 5G-Ausbau in erster Linie in dicht besiedelten und damit wirtschaftlich attraktiven Gegenden aktiv werden.“

„Glasfaseranschlüsse für jeden Haushalt und eine wirklich auf Flächendeckung ausgerichtete Mobilfunkinfrastruktur müssten daher zur Daseinsvorsorge erklärt und genauso behandelt werden wie die Versorgung der Menschen mit Wasser oder Strom“, ergänzt Gudrun Heute-Bluhm.

„Alle Menschen, unabhängig davon, ob sie in Städten oder dem ländlichen Raum leben, müssen Zugang zu digitalen Schlüsseltechnologien haben. Insbesondere die Menschen im ländlichen Raum haben ein Recht darauf, an den Chancen der Digitalisierung zu partizipieren. Es geht aber nicht nur um harte Standortfaktoren für die Wirtschaft unseres Landes. 5G ist auch eine wichtige Voraussetzung für neue und nützliche Anwendungen in Bereichen wie der Landwirtschaft oder dem Tourismus. Wichtig ist, dass bei den Menschen kein Gefühl des Abgehängtseins entsteht, denn das birgt erheblichen gesellschaftspolitischen Zündstoff“, erklärt Roger Kehle.

„Mobilfunkstandorte müssen für den Einsatz von 5G künftig zwingend an ein



Stuttgart, den 8. Oktober 2019

**„Zukunft Mobilfunk“**

**Kernforderungen der Kommunalen Landesverbände in Baden-Württemberg**

- 1. Digitale Infrastruktur zu einem Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge erklären.**  
Im Sinne des grundgesetzlich verankerten Postulats gleichwertiger Lebensverhältnisse fordern die Kommunalen Landesverbände Glasfaser- und Mobilfunkinfrastruktur zu Elementen einer modernen Daseinsvorsorge zu erklären.
- 2. Die Mobilfunknetzbetreiber zu Infrastruktursharing verpflichten.**  
Die auf europäischer Ebene geschaffenen Möglichkeiten zur Verpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber zu aktivem und passivem Infrastruktursharing sowie lokalem Roaming sind durch den Bund zu nutzen.
- 3. Vorhandene Glasfaserinfrastruktur muss zwingend genutzt werden.**  
Bei der Anbindung weiterer Mobilfunkstandorte sind die kommunal gebauten und insbesondere die staatlich geförderten Glasfasernetze unbedingt zu nutzen.
- 4. Die Bevölkerung muss über Chancen und Risiken des Mobilfunks aufgeklärt werden.**  
Eine der zentralen Aufgaben von Bund und Land ist die Information und Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger über die Chancen und Risiken des Mobilfunks. Die Kommunalen Landesverbände fordern entsprechende Unterstützung für die Schaffung von Akzeptanz vor Ort.
- 5. Maßnahmen zur Schließung von weißen Mobilfunkflecken müssen zügig umgesetzt werden.**  
Sowohl der Aufbau einer Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG), als auch ein Förderprogramm zum Aufbau von Mobilfunkinfrastruktur sind grundsätzlich geeignet, um weiße Flecken in der Mobilfunkversorgung zu schließen. Die Kommunalen Landesverbände fordern das BMVI dazu auf, schnellstmöglich die Voraussetzungen zu schaffen, um weiße Mobilfunkflecken schließen zu können.

Glasfasernetz angebunden sein. Nachdem Bund und Land seit mehreren Jahren den Aufbau von open-access-fähigen Glasfasernetzen fördern, die sich insbesondere in Baden-Württemberg vielfach sogar in kommunalem Eigentum befinden, ist es eines unserer zentralen Anliegen, dass diese Netze für den weiteren Mobilfunkausbau auch genutzt wer-

den“, unterstreicht Dr. Alexis von Komorowski.

Nachdem im Frühsommer 2019 die ersten Frequenzen für die künftigen 5G-Netze versteigert wurden, war eine Diskussion über eine flächendeckende Mobilfunkversorgung und die Bedeutung von mobilen Datenverbindungen im digitalen Zeitalter ausgebrochen.

Zumeldung zur Pressemitteilung  
Nr. 97/2019 des Staatsministeriums

**Zwischenbilanz Forum  
Gesundheitsstandort  
Baden-Württemberg –  
Ministerpräsident  
Winfried Kretschmann:  
Bundesweit einmaliges  
Dialogforum bricht  
Silo-Denken auf und schlägt  
Brücken zwischen Sektoren,  
Branchen und Ebenen**

**„Die digitale Transformation macht vor  
dem Gesundheitswesen nicht Halt!“**

„Wir befinden uns mitten in einer Zeit der digitalen Transformation, die auch vor dem Gesundheitswesen nicht Halt macht. Hierfür brauchen unsere Krankenhäuser in Baden-Württemberg eine verstetigte finanzielle Unterstützung des Landes. In der Krankenhausförderung geht es zukünftig nicht nur um Bausteine und Betten, sondern mehr denn je auch um Bits und Bytes! Die Digitalisierung ist für die Zukunft des Gesundheitsstandorts Baden-Württemberg von entscheidender Bedeutung“, erklärt der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Dr. Alexis von Komorowski.

**Zumeldung zur Pressemitteilung  
Nr. 89/2019 des Ministeriums für  
Soziales und Integration  
Baden-Württemberg  
vom 18. November 2019**

**Substitutionsgipfel macht  
auf drohende Versorgungslücken in der Drogensubstitution  
aufmerksam/  
Verantwortliche  
Institutionen in  
Baden-Württemberg schließen  
„Pakt für Substitution“**

**„Pakt für Substitution muss mit Leben  
erfüllt werden!“**

„Seit Jahren ist bekannt, dass immer weniger Ärzte bereit sind, in ihren Praxen Menschen zu substituieren“, erklärte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, der Tübinger Landrat Joachim Walter, anlässlich des Substitutionsgipfels. Als wesentlichen Grund dafür nannte er die altersbedingte Schließung von ambulanten Substitutionspraxen. Landkreistagspräsident Walter betonte, dass es Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung sei, die medizinische Substitutionsbehandlung sicherzustellen. Deshalb könnten die Kommunen auch immer nur flankierende Beiträge leisten. Zugleich stellte Walter klar: „Zur Sicherstellung der Substitutionsbehandlung wird es vor Ort stets unterschiedliche Modelle geben“. Landkreistagspräsident Walter appellierte an alle Mitunterzeichner des Substitutionspakts: „Die Sicherstellung einer funktionsfähigen Substitutionsversorgung ist eine zentral wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Lassen Sie uns daher den Pakt für Substitution mit Leben erfüllen und gemeinsam vor Ort passende Lösungsansätze entwickeln.“

**Zumeldung zur Pressemitteilung  
Nr. 272/ 2019 des Ministeriums  
für Umwelt, Klima und  
Energiewirtschaft**

**Initiative zur Energieeinsparung und effizienten  
Energienutzung in einkommensschwachen Haushalten  
– Ministerien und Verbände  
unterzeichnen gemeinsame  
Erklärung**

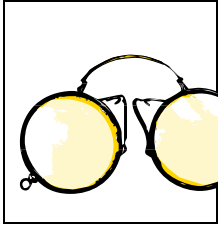
**„Energiekosten dürfen nicht zum  
Einfallstor in die Verschuldung werden!“**

„Seit Jahren beobachten wir mit Sorge, dass Menschen durch steigende Energiekosten in die Verschuldungsfalle geraten. Umso erfreulicher ist es, dass sich nun ein breites Bündnis gefunden hat, um diese Problematik anzugehen“, erklärte Dr. Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, anlässlich der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung zur Energienutzung in einkommensschwachen Haushalten. „Jetzt gilt es, die angebotenen Beratungsangebote für die Betroffenen mit Leben zu füllen. Dabei ist auch das Land aufgefordert, seine Förderprogramme zur Energieberatung an der gemeinsam vereinbarten Zielsetzung auszurichten. Gerade den regionalen Energieagenturen auf Ebene der Landkreise kann hier eine wichtige Rolle zukommen – etwa auch in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden“, so Dr. von Komorowski weiter.

„Die heutige Erklärung stellt einen ersten Schritt dar, um der Energiearmut im Land entgegenzutreten. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Zusätzliche Beeinträchtigungen von einkommensschwachen Haushalten sind weitgehend zu vermeiden. So darf das Verhängen

einer Liefersperre durch die Energieversorger immer nur das letzte Mittel sein. Hier müssen wir mit Alternativmaßnahmen, bspw. durch die Nutzung von Prepaid-Zählern, rechtzeitig gegensteuern“, erklärte Hauptgeschäftsführer Dr. von Komorowski abschließend.





## PERSONALIEN

### **Dietmar Allgaier zum neuen Landrat des Landkreises Ludwigsburg gewählt**

Der neue Landrat des Landkreises Ludwigsburg heißt Dietmar Allgaier. Der Kreistag hat den 53-Jährigen am 15. November 2019 im dritten Wahlgang mit 77 von insgesamt 103 Stimmen gewählt. Dietmar Allgaier war bisher Erster Bürgermeister der Stadt Kornwestheim. Er tritt sein Amt im Januar 2020 an und löst Dr. Rainer Haas ab, der nach drei Amtszeiten auf eine weitere Kandidatur verzichtet hatte.



Foto: Privat

### **Gerhard Bauer erneut zum Landrat des Landkreises Schwäbisch Hall gewählt**

Der bisherige Landrat des Landkreises Schwäbisch Hall ist auch der neue: Gerhard Bauer kann in seine dritte Amtszeit als Landrat starten. Bei der Wahl im Kreistag am 8. Oktober 2019 stimmten 42 der 53 anwesenden Kreistagsmitglieder für ihn.

Gerhard Bauer, der seit dem 1. Januar 2004 Landrat des Landkreises Schwäbisch Hall ist, hatte keinen Gegenkandidaten. Die dritte Amtszeit beginnt am 1. Januar 2020.



Foto: Landratsamt Schwäbisch Hall

### **Peter Polta ist der neue Landrat des Landkreises Heidenheim**

Der Kreistag des Landkreises Heidenheim hat Peter Polta am 6. November 2019 mit den Stimmen aller anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte zum Landrat des Landkreises Heidenheim gewählt. Der 52-Jährige hat das Amt am 1. Dezember 2019 angetreten.

Bereits seit Juni 2012 war Peter Polta Erster Landesbeamter und somit ständiger allgemeiner Vertreter des Landrats im Landkreis Heidenheim. Seit dem Tod von Landrat Thomas Reinhardt, der nach kurzer und sehr schwerer Krankheit im Juli 2019 verstarb, hat Peter Polta die Geschäfte im Landratsamt geleitet.



Foto: Becker

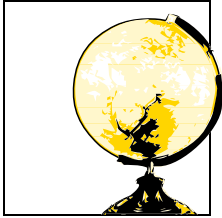
## **Marion Dammann wird erneut zur Lörracher Landrätin gewählt**

Marion Dammann bleibt für weitere acht Jahre Landrätin im Landkreis Lörrach. Bei der Wahl im Kreistag am 4. Dezember 2019 stimmten 52 von 59 anwesenden Kreisräten für die Amtsinhaberin, die ohne Gegenkandidaten zur Wahl antrat. Sie erhielt damit im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit. Marion Dammann wird voraussichtlich im März 2020 für ihre zweite Amtszeit verpflichtet.



Foto: Landratsamt Lörrach

Der Landkreistag gratuliert allen Gewählten ganz herzlich!



# SPEKTRUM

## Soziales

**Prozessbegleitung Integration mit bürgerschaftlichem Engagement erfolgreich abgeschlossen – Handbuch mit Handlungsempfehlungen für Integrationsarbeit fungiert als Ideengeber für alle Kommunen im Landkreis**

Das bürgerschaftliche Engagement sowohl der einheimischen Bürgerinnen und Bürger wie auch aller neuzugewanderten Menschen ist ein starker Faktor für eine gelingende Integrationsarbeit. Mit Unterstützung von Fachleuten der Führungsakademie Baden-Württemberg fand deshalb auf Initiative des Landratsamts hin seit Februar 2019 in drei ausgewählten Kommunen des Alb-Donau-Kreises, in Ehingen, Laichingen und Langenau, eine so genannte Prozessbegleitung für Integration durch bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft statt. Bei der zentralen Abschlussveranstaltung im Landratsamt am 4. November 2019 im Haus des Landkreises in Ulm wurden die Ergebnisse des Projekts vorgestellt. Sie sind nun in einem Handbuch zusammengefasst, das als Ideengeber mit Handlungsempfehlungen und Best-Practice-Beispielen für alle Städte und Gemeinden im Landkreis zur Verfügung steht. Die Prozessbegleitung wurde vom Land Baden-Württemberg über das Landesprogramm „Integration durch bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ gefördert, das im Rahmen des Pakts für Integration des Landes und der kommunalen Spitzenverbände auf-



gelegt wurde. Der Alb-Donau-Kreis hatte sich erfolgreich für eine Teilnahme beworben. Die Prozessbegleitung wurde in 23 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs in Kooperation mit der Führungsakademie Baden-Württemberg durchgeführt.

„Der Prozess der Integration besteht aus Annäherung, gegenseitiger Auseinandersetzung und Kommunikation, dem Finden von Gemeinsamkeiten und Unterschieden und der Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung auf beiden Seiten. Die Integration von Menschen, ob Flüchtlinge, Asylsuchende mit Bleibeberechtigung oder Zuwanderer

aus EU-Ländern ist gelungen, wenn wir sie in der Mitte unserer Gesellschaft wiederfinden“, sagte Landrat Heiner Scheffold bei der Abschlussveranstaltung mit allen teilnehmenden Akteuren sowie den Fachfrauen der Führungsakademie und Fachleuten des Landratsamts. „Integration bedeutet die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses, wie man in der Gesellschaft zusammenlebt. Als Ergebnis der Prozessbegleitung konnten neue Ideen und Vorstellungen, wie man die Integration durch bürgerschaftliches Engagement vorantreiben kann, gewonnen werden. Die Handlungsempfehlungen zeigen den Mehrwert von gelebter Integration“, so Scheffold.

Landrat Scheffold dankte den drei Projektkommunen Ehingen, Laichingen und Langenau für die Bereitschaft zur Teilnahme an der Prozessbegleitung und für ihr Engagement für die Integration neu zugewanderter Menschen. Scheffold betonte auch, wie wichtig die Arbeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sei, die zu einer gelingenden Integration von neuzugewanderten Menschen beitragen.

Durch die Prozessbegleitung konnte eine gut strukturierte, koordinierte Integrationsarbeit in den drei Projektkommunen geleistet werden. Grundidee des Vorgehens war es, in den Kommunen die vergangene und gegenwärtige Situation in Bezug auf Integration und bürgerschaftliches Engagement zu reflektieren, Ansätze für eine gute Integration auszubauen und modellhaft dazu Maßnahmen zu erarbeiten. Dabei wurden Strategien für ein gutes Miteinander vor Ort entwickelt, die auch auf die bereits laufende Integrationsarbeit in den Kommunen



aufbauen. Wie können die neu zugewanderten Menschen gut in unsere Gesellschaft integriert werden? Wie können Berührungspunkte abgebaut werden und wie gelingt die Teilhabe der Neubürger in Vereinen oder in ehrenamtlichen Strukturen? Mit diesen Fragestellungen setzte sich die Prozessbegleitung auseinander.

Die Prozessbegleitung begann im Februar mit einem zentralen Analyse- und Planungsworkshop mit ausgewählten Expertinnen und Experten der drei Kommunen. Danach folgten die Workshops in den drei Projektkommunen. Einbezogen waren Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, auch der zugewanderten Menschen, sowie der Kommunalpolitik, Verwaltung, die örtlichen Flüchtlings- und Integrationsbeauftragten, Fachleute der Kreisverwaltung und die soziale Fachbasis in den teilnehmenden Kommunen. Daran schloss sich die Auswertung an.

#### *Ergebnisse als Broschüre verfügbar*

Bei der zentralen Abschlussveranstaltung im Landratsamt stellten die beiden Prozessbegleiterinnen Andrea Katz und Ursula Schmid-Berghammer von der Führungsakademie Baden-Württemberg die Ergebnisse des Projekts vor, die in einer Broschüre zusammengefasst wurden. Handlungsempfehlungen und Best-Practice-Beispiele sollen anderen Kommunen eine Hilfestellung bieten. Wie Menschen für mehr Aktivitäten im gesellschaftlichen Miteinander gewonnen werden können spielt dabei ebenso eine Rolle, wie beispielsweise Bildungsangebote, leichter Zugang zu Informationen und die Mobilität. Das Ergebnis zeigt, wie Integration durch bürgerschaftliches Engagement positiv gestaltet werden kann.

Außerdem werden in der Broschüre beispielhaft neun Bürgerinnen und Bürger vorgestellt, die in eine der Projektkommunen im Alb-Donau-Kreis zugewandert sind, dort leben und angekommen sind.

Die Broschüre wurde allen Kommunen im Alb-Donau-Kreis zur Verfügung gestellt und ist auch im Internet unter [www.alb-donau-kreis.de](http://www.alb-donau-kreis.de) zum Download erhältlich.

### **Integrationskonferenz des Rhein-Neckar-Kreises: Rund 250 Teilnehmende diskutieren in Lobbach über Chancen und Verbesserungspotenziale bei der Arbeitsmarktintegration neuzugewanderter Menschen**

„Wir haben heute einen Schatz für unseren Landkreis erarbeitet, den wir in den kommenden Monaten bewerten werden. Die heute besprochenen Lösungsvorschläge und Fragestellungen werden in die Fortschreibung unseres Integrationskonzepts einfließen.“ Landrat Stefan Dallinger zog ein sehr positives Fazit der zweiten Integrationskonferenz, die im Oktober 2019 in Lobbach stattfand. Rund 250 Teilnehmende, darunter Bürgermeister und Integrationsbeauftragte sowie Integrationsmanagerinnen und -manager, aber auch viele Ehrenamtliche und Neuzugewanderte selbst, diskutierten einen ganzen Tag lang rund um das Motto „Beruflich ankommen: Potenziale, Projekte, Perspektiven“.

Den Kern des Vormittagsprogramms bildete die Keynote des Landesministers für Soziales und Integration, Manfred Lucha. Darüber hinaus boten Podiumsdiskussionen mit Teilnehmenden aus Praxis und Politik Einblicke in das Thema. Nachmittags wurden in Workshops, so genannten Panels, Probleme und Lösungsansätze bei der Arbeitsmarktintegration neuzugewanderter Menschen im Rhein-Neckar-Kreis besprochen. Bereits in einem kurzen Praxisinput kristallisierte sich heraus, was an diesem Tag das beherrschende Thema der Integrationskonferenz sein sollte: Man müsse noch mehr auf die individuellen Stärken und Schwächen neuzugewanderter Menschen eingehen, wünschten sich einige Gesprächsteilnehmer.

Gerade in den Betrieben sei vor allem beim Start in den Job die persönliche Betreuung sehr wichtig. Einen bedeutenden Beitrag können hier Ehrenamtliche leisten, erklärte Annegret Sonnenberg vom Netzwerk Asyl Wiesloch, die zugleich das Ausscheiden vieler Engagierter aus dem Ehrenamt bedauerte. Gerade die Begleitung einzelner Personen sei sehr zeitintensiv.

Dass der Spracherwerb durch die Ausbildung schneller vonstattengeht, verdeutlichte Mohanad Yahya, der selbst eine Ausbildung zum Fachinformatiker absolviert. Für den gebürtigen Iraker sind die Programmiersprachen kein Problem, die deutsche Fachsprache aber durchaus. Daher habe sich der studierte Informatiker für eine weitere Ausbildung entschieden, erzählte er in fließendem Deutsch. Die Einrichtung ausbildungsbegleitender Sprachkurse sei aufgrund der vielfältigen Vorgaben äußerst schwierig, betonte Rainer Kettner von der Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar-Odenwald. Auf eine andere Herausforderung machte Dr. Barbara Weickel, Integrationsmanagerin der Gemeinde Heddeshheim, aufmerksam: „Es gibt zu wenig Integrationskurse mit Kinderbetreuung“, sagte sie und erntete für die Aussage viel Applaus.

An der anschließenden Podiumsdiskussion waren hochrangige Teilnehmer aus Politik und Arbeitsmarkt vertreten. Aus eigener Erfahrung berichtete Andreas Zawatzky, der selbst einen Geflüchteten in seinem Betrieb eingestellt hatte. Anpassungsschwierigkeiten auf beiden Seiten hätten zu einer Beendigung dieses Arbeitsverhältnisses geführt; dennoch zeigte er sich positiv, was die Beschäftigung weiterer Neuzugewanderter anging. Ebendiesem Mut forderte auch Klaus Pawlowski, Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Heidelberg, von Arbeitgebern. Zugleich müsse sichergestellt sein, dass Neuzugewanderte vergleichbare Arbeitsbedingungen und Entlohnungen wie andere Beschäftigte erhalten. Die Nachbesserung rechtlicher



Landrat Stefan Dallinger (z. v. l.), die Integrationsbeauftragte des Rhein-Neckar-Kreises, Dr. Anne Kathrin Wenk, und Ordnungsdezernentin Doreen Kuss (r.) informierten bei der Integrationskonferenz in Lobbach Manfred Lucha, Minister für Soziales und Integration, bei einem kurzen Rundgang.

Foto: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

Vorgaben wurde vonseiten der Zuhörenden von Karl Klein MdL und Steffen Jäger vom Gemeindetag Baden-Württemberg gefordert. Beide verwiesen auf bereits bestehende Möglichkeiten, wie die sogenannte 3+2-Regelung. Dennoch müssten auch Verwaltungsroutinen im Einzelfall überprüft werden, so Jäger.

Für viel Beifall sorgte schließlich Manfred „Manne“ Lucha. Der Landesminister für Soziales und Integration lobte als Hauptredner das „herausragende“ Engagement der Bürgergesellschaft in den vergangenen Jahren: „Integration findet vor Ort statt.“ Er erinnerte daran, dass es seitens des Staates und der Gesellschaft ein „Aufstiegsversprechen“ gäbe. Daher müssten sich alle gemeinsam dafür einsetzen, dass auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt jeder die gleichen Chancen erhält. Deutschland brauche die Arbeitskraft der geflüchteten Menschen, denn die Negativbilanz des Ausbildungsmarktes, speziell im Handwerk, würde ohne die neuzugewanderten Menschen noch schlechter ausfallen.

Eine große Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration leisten insbesondere die im Pakt für Integration durch das

Sozialministerium geförderten Integrationsmanagerinnen und -manager. So stieß der Minister auf breite Zustimmung, als er eine zweijährige Verlängerung des Programms in Aussicht stellte. Nach der Mittagspause wurden in vier Panels Fragestellungen rund um die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt diskutiert. Eine zentrale Aussage lautete, dass speziell beim Thema Frauen und Arbeitsmarktintegration mehr passieren müsse. Die Bedeutung des Ehrenamts bei der Integration neuzugewandeter Menschen wurde von allen Beteiligten ausdrücklich gelobt. „Fast alle Geflüchteten, die in eine Ausbildung vermittelt werden konnten, wurden ehrenamtlich begleitet“, merkte ein Teilnehmer an. An die Moderatoren und Keynotespeaker konnten die Panelmitwirkenden zudem Wünsche richten wie etwa eine bessere Erreichbarkeit des Jobcenters oder den Aufbau kommunaler Jobbörsen.

Aus den Reihen der Teilnehmenden war viel Lob für die zweite Integrationskonferenz des Kreises zu hören, die nicht zuletzt zum Netzwerken genutzt wurde. Oftersheims Bürgermeister Jens Geiß fand die Veranstaltung „sehr gelungen,

der Fokus auf das Thema Arbeit war sehr gut gewählt, da dies sehr aktuell ist.“ Die Antwort auf die Frage, wie die Kommunen vor Ort helfen können, um Geflüchtete in Arbeitsverhältnisse zu bringen, liegt für ihn in der Kommunikation: „Wenn es gelingt, die einzelnen Akteure zusammenzubringen (Geflüchtete mit Integrationsbeauftragten oder -managern, Ehrenamtlichen, Arbeitgebern und Jobcenter), dann gelingt auch die Integration.“ Am Ende eines spannenden und arbeitsintensiven Tages wünschte Moderator Markus Brock, der exzellent durch die Veranstaltung führte, allen Beteiligten „hoffentlich neue Impulse für Ihre Arbeit“.

Für Landrat Dallinger, der sich für das wichtige Thema Integration persönlich den ganzen Tag Zeit genommen hatte, ergaben sich aus dem Gehörten drei zentrale Aussagen: Man brauche eine dauerhafte Verstetigung der Aufgaben für eine gelingende Integration. Dies hatte zuvor bereits Steffen Jäger vom Gemeindetag Baden-Württemberg gefordert: „Für eine gezielte Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt brauchen wir nicht nur eine dauerhafte Willkommenskultur, sondern auch eine Willkommensstruktur, sprich eine dauerhafte finanzielle Unterstützung unserer Kommunen.“ Als weitere Kernbotschaft des Tages nahm Dallinger die Individualisierung der Angebote für neuzugewanderte Menschen mit: „Wir müssen einen noch genaueren Blick auf sie werfen: Wo sind ihre Stärken, wie können wir passgenau helfen?“ Die dritte zentrale Aussage richtete der Landrat an alle Menschen im Rhein-Neckar-Kreis: „Wenn wir wirtschaftlich und persönlich von den zu uns gekommenen Menschen profitieren wollen, müssen wir uns auch persönlich verändern. Ich denke, das gelingt uns, denn der Markenkern der Kurpfalz war schon immer, dass wir eine offene Gesellschaft sind!“

Der Stabsstelle Integration um Leiterin Dr. Anne Kathrin Wenk und Konferenz-Organisatorin Lisa Hörnig dankte der Landrat für ihren großen Einsatz. Für das

Team geht es in den nächsten Monaten nun darum, den eingangs erwähnten Schatz zu heben und zu sichten, sprich die Fortschreibung des kreisweiten Integrationskonzepts – unter größtmöglicher Beteiligung verschiedener Akteurinnen und Akteure – auf den Weg zu bringen.

## Schulen

### **Zeitzeugen erinnerten an die „friedliche Revolution“ – 200 Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen im Landkreis Emmendingen hörten gebannt zu**

Mit zwei Veranstaltungen, bei denen Zeitzeugen aus dem Erzgebirge über den Alltag, die Wende in der DDR und den Abend des Mauerfalls berichteten, erinnerte der Landkreis Emmendingen an den 30. Jahrestag des Mauerfalls vom 9. November 1989. Seit 1990 unterhält der Landkreis Emmendingen eine Partnerschaft mit dem Landkreis Annaberg in Sachsen, der vor zehn Jahren bei einer Kreisreform in den Erzgebirgskreis integriert wurde.

Auf Einladung des Landkreises Emmendingen kamen mit die ehemalige Landtagsabgeordnete Uta Windisch und der evangelische Pfarrer und Dekan Johannes Schädlich nach Emmendingen. In einem Gespräch, das Ulrich Spitzmüller, der Pressesprecher des Landratsamtes moderierte, berichteten sie sehr eindrücklich von ihren persönlichen Erfahrungen mit dem SED-Staat, von Bespitzelung durch die Stasi und ihre Rolle während der „Friedlichen Revolution“ im Sommer und Herbst. Beide gehörten 1989 zu den Gründungsmitgliedern von Bürgerinitiativen, die sich für mehr Bürgerrechte und Demokratie einsetzten. Auch heute sind beide im Alter von 70 bzw. 79 Jahren als Kreisräte im Erzgebirgskreis politisch aktiv.



ALS DIE MAUER FIEL: Die Zeitzeugen Wolfram Helff, Ines Tasche mit Moderator Ulrich Spitzmüller und Uta Windisch sowie Johannes Schädlich beim Podiumsbespräch vor 200 Schülerinnen und Schülern

Foto: Landratsamt Emmendingen – Jutta Kury

Uta Windisch hatte bei den DDR-Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989, deren gefälschtes Ergebnis die späteren Proteste auslöste, „mit pochendem Herzklopfen“ die Auszählung der Stimmen beobachtet. Johannes Schädlich berichtete, wie sich ihm ein Mitglied des Kirchenrates als „IM“ der Stasi offenbarte – und gleichzeitig verriet, dass es einen weiteren „Informellen Mitarbeiter“ im Gremium gebe. „Wer das war, weiß ich bis heute nicht“, berichtete er. Seine Briefe an Freunde in der Bundesrepublik kamen nie an – er fand sie in seiner über 1000-seitigen Stasi-Akte wieder, die er zu seinem Vortrag mitgebracht hatte. Rund 80 Besucherinnen und Besucher hörten gespannt zwei Stunden den Schilderungen der beiden Zeitzeugen zu. Genauso spannend war es für die 200 Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen bei einer weiteren Veranstaltung, bei der neben Uta Windisch und Johannes Schädlich auch zwei Lehrkräfte der Beruflichen Schulen auf dem Podium saßen. Wolfram Helff schilderte anschaulich seine beiden gescheiterten Fluchtversuche über Tschechien und Ungarn, ehe er am 11. September 1989 nach kurzzeitiger Öffnung der Grenzen durch

Ungarn endlich über Österreich nach Deutschland ausreisen konnte. Ines Tasche, die damals zehn Jahre alt war, demonstrierte, wie morgens in der DDR der Schulunterricht mit einem Appell für den Sozialismus begann und was für ein Glücksgefühl es für sie war, als sie nach dem Mauerfall endlich mal die aus der West-Fernsehwerbung bekannten Fischstäbchen probieren durfte. Unmissverständlich betonte Uta Windisch aber am Ende der Veranstaltung, wofür sie und viele andere Menschen im Herbst 1989 kämpften: „Uns ging es nicht um Reisen und Bananen, sondern um heute ganz selbstverständliche Bürgerrechte“.

### **„Starke Netzwerke vor Ort – Schulabsentismus vermeiden“ – Fachtag im Landkreis Ravensburg – Statt Schule schwänzen: Schule wieder möglich machen**

Schule schwänzen ist ein ganz aktuelles Thema an nahezu allen Schularten. Das große Interesse mit rund 150 Teilnehmern, die sich zum Fachtag „Starke Netzwerke vor Ort – Schulabsentismus vermeiden“ Anfang November 2019 in Amtzell trafen, zeigt dies deutlich.



Konkrete Zahlen gibt es kaum, aber jeder Lehrer und so gut wie jede Schule kennt das Problem notorischer Schulschwänzer. Dass man hier und da mal eine Unterrichtsstunde schwänzt ist für Ludger Baum, Leiter des Regionalen Bildungsbüros im Ravensburger Landratsamt, „nicht das Problem, das kann schon mal vorkommen“. Ihm machen vielmehr die Schülerinnen und Schüler Sorgen, bei denen es längst nicht mehr nur um die eine oder andere Fehlstunde geht. Fehlen Kinder und Jugendliche regelmäßig und viel im Unterricht, ist damit nach seinen Erfahrungen nämlich oft auch eine soziale Verwahrlosung verbunden. Seit verganginem Schuljahr gibt es deshalb einen „Handlungsleitfaden bei Schulabsentismus“, der für alle Schulen im Schulamtsbezirk Markdorf bindend ist. Dieser Leitfaden wurde unter Mitwirkung schulischer und außerschulischer Experten vom Schulamt entwickelt und beim Fachtag erläutert. Dass es bei diesem Thema auf den Seiten der Pädagogen bisher viel Unsicherheit über ein geeignetes Vorgehen und mögliche Unterstützungsangebote gab, bestätigen denn auch die Rückmeldungen der Teilnehmenden.

Weil Schulabsentismus, wie das Schulschwänzen im Fachjargon heißt, immer eine lange Entwicklungszeit hat, ist ein frühes Eingreifen umso entscheidender, weiß Baum wie auch um die damit verbundenen Schwierigkeiten. „Viel Sensibilität, aber eben auch klare Strukturen“ seien hier vonnöten.

Organisiert wurde der Fachtag vom Regionalen Bildungsbüro, dem Staatlichen Schulamt Markdorf und dem Kreisjugendamt. Gerade den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern des Jugendamtes kommt dabei die wichtige Rolle des „Vorposten der Jugendhilfe“ an den Schulen zu. Allerdings können und dürfen Lehrkräfte und Schulleitung nicht entlastet werden von Ihrer Verantwortung für pädagogische und rechtliche Schritte, waren sich die Teilnehmer des Fachtags einig. Wie und

unter welchen rechtlichen Voraussetzungen das Jugendamt Beratungsangebote machen kann, im Einzelfall aber auch mal zum Eingreifen verpflichtet ist, legte dessen stellvertretender Leiter Winfried Wiedemann dar. Unter welchen Umständen Schulabsentismus entsteht, verdeutlichte Hendrik Heisch von der Schulpsychologischen Beratungsstelle. Die Realschule Wangen stellte dazu ein Konzept vor, wie man mit weiteren beteiligten Stellen wie beispielsweise der örtlichen Polizeibehörde ein Netzwerk aufbauen kann, das bei notorischem Fehlen in der Schule greift. Dass der Übergang auf die beruflichen Schulen zu einer Sollbruchstelle beim regelmäßigen Schulbesuch führen kann, dokumentierte Peter Greiner, geschäftsführender Schulleiter der Beruflichen Schulen im Landkreis gemeinsam mit der Ravensburger Jugendberufshilfe. Viel Zuspruch fand auch der Workshop von Dr. Isabel Böge, Chefärztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie des ZFP Weissenau. Sie stellte das Forschungsprojekt Continuum of Care School (CCSchool) vor, das eine psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen an der Schule gewährleisten kann, ohne dass solche Kinder stationär aufgenommen werden müssen. Die stellvertretende Landrätin Eva-Maria Meschenmoser machte in ihrer Einführung deutlich, dass Schule-

schwänzen, Schulangst, aber auch das elterliche Zurückhalten vom Schulbesuch kein rein privates Problem ist. „Schulabsentismus geht uns alle an!“, lautete ihr Appell. Dauerhafte Sensibilisierung, beherztes Hinschauen, frühes Eingreifen und gutes Abstimmen verschiedener Angebote und Maßnahmen seien in solchen Fällen das „Gebot der Stunde“.

## Jugend

### „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“ – erfolgreiche Kooperation im Landkreis Esslingen wird inklusiv ausgebaut

Die hervorragende Kooperation von Jugendhilfe, Agentur für Arbeit und Jobcenter im Arbeitsbündnis Jugend und Beruf hat sich in den letzten Jahren bewährt. Das gemeinsame Ziel, die Stärkung der beruflichen Integration von jungen Menschen mit individuellen Beeinträchtigungen wird konsequent verfolgt. Durch das Abstimmen der Bündnispartner gelingt es, die Leistungen und Angebote ineinandergreifen zu lassen und so den jungen Menschen das bestmögliche Angebot am Übergang von der Schule in den Beruf zu ermöglichen.



Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung – v.l.n.r.: Sozialdezernentin Katharina Kiewel, Landrat Heinz Eininger, Thekla Schlör/Agentur für Arbeit Göppingen, Astrid Mast/Jobcenter Landkreis Esslingen

Foto: Landratsamt Esslingen

Das „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“ wurde zur „Jugendberufsagentur“ weiterentwickelt. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Agentur für Arbeit Göppingen, dem Jobcenter Landkreis Esslingen und dem Landkreis Esslingen konnte am 20. November 2019 in der Trägerversammlung des Jobcenters unterzeichnet werden.

Neu ist, dass die Zusammenarbeit um das Aufgabengebiet der Teilhabeleistungen für junge Menschen mit Behinderung ergänzt wird. Die Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz und die Verankerung der Eingliederungshilfe im Sozialgesetzbuch IX finden dadurch Berücksichtigung. So wird nun ein weiterer Partner in die verbindliche Kooperation der Jugendberufsagentur eingebunden. In der fortgeschriebenen schriftlichen Vereinbarung wurde besiegelt, dass die Akteure beim Übergang Schule-Beruf noch enger zusammenrücken, um Bildungsbiografien ohne Brüche unterstützen zu können.

Alle Partner sind sich einig, dass vernetzte Angebote notwendig sind, um den Jugendlichen im Landkreis Esslingen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben zu ermöglichen.

### Kinder (er)kennen ihre Rechte

Am 20. November 1989 haben die Vereinten Nationen grundlegende Rechte festgelegt – die KINDERRECHTE. Sie gelten für zwei Milliarden Jungen und Mädchen auf der ganzen Welt. Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums hat der Zollernalbkreis ein Kinderrechte-Wimmelplakat entwickelt.

Die zehn wichtigsten Rechte sind in dem Plakat in einzelnen Alltagsszenen im Innenhof der Burg Hohenzollern dargestellt. Die Burg steht hier nicht nur als Wahrzeichen des Zollernalbkreises, sondern übernimmt gleichzeitig eine Schutzfunktion. Ein kurzer Text gibt den Inhalt des Rechts für die Kinder verständlich wieder.



Von links: Marisa Hahn, Pressesprecherin; Landrat Günther-Martin Pauli; Conny Richter, Fachberatung für Kindertageseinrichtungen, und Dominik Speißer, Jugendreferent, stellen das Kinderrechte-Wimmelplakat vor.

Foto: Ungureanu/Schwarzwälder Bote

„Mit dieser Aktion wollen wir die Rechte der Kinder in das Bewusstsein rücken und dadurch deutlich stärken“, so Landrat Günther-Martin Pauli. Das Plakat wurde an Kindertages- und Bildungseinrichtungen im Zollernalbkreis verschickt. „Wir freuen uns, wenn die pädagogischen Fachkräfte die einzelnen Szenen mit ihren Kindern besprechen und diskutieren“, so Pauli weiter.

Landrat Günther-Martin Pauli hatte die Idee bei einem Besuch in der französischen Stadt Ruoms (Département Ardèche) aufgegriffen. Konzeption und Umsetzung entstanden in Zusammenarbeit zwischen der Pressestelle und dem Jugendamt des Zollernalbkreises. Die Illustrationen übernahm Tina Krehan, bekannt für Wimmelbücher wie „Die Schwäbische Alb wimmelt“.

Das Plakat kann auf der Homepage des Landkreises unter [www.zollernalbkreis.de](http://www.zollernalbkreis.de) heruntergeladen werden.

## Krankenhaus – Gesundheit

### Ambulantes Versorgungsmanagement nach Klinikentlassung – Fachtag im Landratsamt Biberach

Im Rahmen eines Fachtags im Landratsamt, an dem über 80 Interessierte teilgenommen haben, wurde aus verschiedenen Perspektiven das Entlassmanagement nach einem Klinikaufenthalt und die nachstationäre Versorgung zu Hause betrachtet.

Der Fachtag bot mit vier Referaten und einer Expertendiskussion einen fachlich interessanten und zudem kurzweiligen Nachmittag für das Publikum. Es setzte sich hauptsächlich aus Beteiligten in der medizinischen Akutversorgung, der Pflege und der Krankenkassen zusammen.

Prof. Frank Schulz-Nieswandt von der Universität zu Köln, Professor Stefan Nöst von der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, Stefan Ries, Pflegedirektor der Sana-Kliniken im Landkreis



Biberach, und Professor Hermann Brandenburg von der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar referierten rund um die Thematik aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Im Kern wiesen alle Experten darauf hin, dass das Entlassungsmanagement der Kliniken nur die eine Seite der Medaille sein könne, selbst wenn es immer weiter optimiert werde. Für die Versorgung der immer größer werdenden Zahl von älteren Patienten sind auch verlässliche Strukturen im häuslichen Umfeld notwendig, da die eigenen Netzwerke im höheren Lebensalter immer fragiler werden. Die Betroffenen benötigen Beratung und Begleitung, insbesondere wenn nach der Klinikentlassung zwar noch keine Pflegebedürftigkeit im engeren Sinne vorliegt, aber die Selbstversorgung in der nachstationären Genesungsphase noch nicht oder nicht mehr vollständig gelingt.

Im Rahmen der Tagung wurde auch das Projekt „Unsere Brücke e.V.“ vorgestellt. „Unsere Brücke e.V.“ ist eine Möglichkeit, die Entlassung von Patienten nach Hause zu erleichtern und sie in dieser kritischen Phase besser zu unterstützen. Die Begleitung erfolgt durch Klinikmitarbeiter. Sie unterstützen die Patienten in der ersten Zeit nach der Entlassung auch zu Hause. Das Programm „Unsere Brücke“ wird von einem Förderverein getragen und überwiegend aus Spendengeldern finanziert. Der Verein wünscht sich, dass das Angebot langfristig über eine Regelfinanzierung gesichert wird.

In der Expertenrunde diskutierten mit einander der Pflegedirektor der Sana-Klinik Stefan Ries, der Kreisärzteschaftsvorsitzende und niedergelassene Allgemeinmediziner Dr. Arnulf Haas, Petra Hybner als Vertreterin des Pflegestützpunktes im Landkreis Biberach, Dr. Sabine Krieg vom Referat Pflege des Ministeriums für Soziales und Integration, Petra March, Leiterin des Referats Pflege der AOK-Hauptverwaltung in Stuttgart und Dr. Alfred Groner, Vorstandsmitglied des Vereins „Unsere Brücke e.V.“.



**Josef Ege von der Kreissparkasse Biberach (1. von links) überreichte einen Scheck in Höhe von 5000 Euro an den Verein „Unsere Brücke e.V.“ mit dem Initiator Prof. Dr. Norbert Heni (4. von rechts) und dem 1. Vorsitzenden Dr. Alfred Groner (2. von rechts)**  
**Foto: Landratsamt Biberach**

### *Es braucht gute und stabile Netzwerke*

Auch in dieser Runde wurde betont, dass es unabhängig vom Krankenhausaufenthalt notwendig ist, im häuslichen Umfeld der Menschen gute und stabile Netzwerke wie zum Beispiel die Nachbarschaft oder den Freundeskreis zu etablieren. Damit haben Kliniken die Möglichkeit, den Betroffenen in eine ihn unterstützende Umgebung zu entlassen. Menschen müssen auch dafür sensibilisiert werden, sich in Zeiten, in denen sie noch keine Hilfe brauchen, bereits über Netzwerke und Unterstützung Gedanken zu machen. Hilfreich dafür ist, wenn der Betroffene auch bereit ist, sich in bestimmten Situationen helfen zu lassen. Als große Herausforderung wird gesehen, in den Städten und Gemeinden sogenannte „sorgende Gemeinschaften“, also kleinräumige und sektorenübergreifende Hilfe- und Unterstützungsnetzwerke zu schaffen. Es geht darum die

lokalen Angebote zu bündeln, Kooperationen zu schaffen und die Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger durch Beteiligung zu stärken. Den Kommunen kommt hier eine wichtige Verantwortung zu. Der Landkreis Biberach kann hier bereits auf verlässliche Partner zurückgreifen, die sich dem Thema seit Jahren widmen, wie beispielsweise Caritas und Diakonie, mit den Angeboten der Basisversorgung oder die Seniorengemeinschaft Riedlingen und die Bürger Sozial Genossenschaft Biberach und viele weitere Netzwerke. Erste Kommunen gehen auch Quartiersentwicklungen mit Bürgerbeteiligung an. Der detaillierte Bericht des Fachtages mit den Referaten findet sich unter <https://www.biberach.de/?id=3710>.



**Telemedizin im Fokus  
im Landkreis Schwäbisch Hall**

Im Rahmen der diesjährigen Vollversammlung der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Landkreis Schwäbisch Hall stand die ambulante ärztliche Versorgung einmal mehr im Mittelpunkt. Die Befragung der niedergelassenen Hausärztinnen und Hausärzte im Frühjahr 2019 verdeutlichte, dass die Arbeitsbelastung gestiegen ist und für einen Großteil der Befragten eine grenzwertige Situation darstellt. Im Landkreis Schwäbisch Hall soll nun eine Arbeitsgruppe zur Zukunft der ambulanten ärztlichen Versorgung eingerichtet werden. In diesem Zusammenhang kann beispielsweise die Digitalisierung zur Entlastung der Ärzteschaft beitragen. Der Impulsvortrag fand daher an diesem Abend im Rahmen einer Videokonferenz statt. Aus Berlin berichtete Frau Dr. Irmgard Landgraf den Anwesenden über ihre Erfahrungen in über 18 Jahren digitaler hausärztlicher Versorgung in einem Berliner Pflegeheim. Fehler bei der Medikamentenversorgung könnten dadurch deutlich reduziert und unnötige Krankenhauseinweisungen für die Bewohnerschaft vermieden werden. Aber auch



V. r. n. l.: Kreiskämmerer Ragnar Watteroth und Ana Paula Bonatelli von der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe nahmen den Preis für den Landkreis Karlsruhe in Empfang. Links Laudator Kurt-Michael Marwede, Engagement Global gGmbH / Servicestelle Kommunen in der einen Welt

Foto: Landratsamt Karlsruhe

für die Ärzteschaft ergäben sich Vorteile, da die Kommunikation mit den Pflegekräften vereinfacht werde. Frau Dr. Landgraf hat für ihr Projekt im Mai 2019 den Deutschen Preis für Patientensicherheit erhalten. Landrat Gerhard Bauer betonte: „Die Digitalisierung darf und soll kein medizinisches Personal ersetzen, aber Maßnahmen dieser Art zeigen uns die möglichen positiven Veränderungen und

wir konnten mit der Videokonferenz auch einen kleinen Beitrag zum Klimaschutz leisten.“

**Umwelt**

**Vorbildliche internationale  
Partnerschaft –  
Deutsch-brasilianische  
Klimapartnerschaft des Landkreises  
Karlsruhe und Brusque mit  
Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet**

Der Landkreis Karlsruhe und seine brasilianische Partnerstadt Brusque arbeiten im Bereich des Klimaschutzes eng zusammen. Für nachhaltiges Engagement wurde die Klimapartnerschaft jetzt in der Kategorie „Internationale Partnerschaften“ mit dem deutschen Zeitzeichen Preis der Grünen Liga Berlin e.V. ausgezeichnet. Zum 13. Mal verlieh das von mehreren Bundesministerien geförderte Netzwerk ökologischer Bewegungen diesen Preis, der deutschlandweit vorbildliche Initiativen hervorhebt. In Empfang nahm den Preis am 12. November 2019 Kreiskämmerer Ragnar



Die Ärztin im Videochat: die Teilnehmer der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Landratsamt Schwäbisch Hall sprechen mit Frau Dr. Landgraf. Foto: Landratsamt Schwäbisch Hall

Watteroth in Berlin. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel freut sich über die Auszeichnung: „Auf dem Weg zum „zeozweifreien“ Landkreis haben wir bewusst nach internationalen Partnern gesucht, um unseren Blick zu erweitern – und bei unseren brasilianischen Freunden auch gefunden, mit denen wir an ganz konkreten Themen arbeiten. So eine Auszeichnung motiviert, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen“.

Das Landkreisprojekt war eines von 138 eingereichten Bewerbungen, aus denen eine Jury in einem mehrstufigen Verfahren 20 Wettbewerbsbeiträge in fünf verschiedenen Kategorien nominiert hatte. Alle Projekte wurden am Veranstaltungsabend live präsentiert und durch das Publikum gekürt. Die Klimapartnerschaft des Landkreises Karlsruhe und der brasilianischen Stadt Brusque war Teil des Bundesprogramms „50 kommunale Klimapartnerschaften“. Inhalt der Kooperation sind konkrete Themen in den Bereichen Natur- und Hochwasserschutz, Abwasserbehandlung, nachhaltige Mobilität und erneuerbare Energien bzw. Energieeffizienz – alles Themen, die man unter dem Oberbegriff „Nachhaltigkeit“ versteht. Mit der Unterzeichnung der UN-Charta 2030 verpflichtet sich der Landkreis, 17 konkrete Nachhaltigkeitsziele zu verfolgen.

## Verkehr

### „Wir wollen die E-Mobilität im ländlichen Raum ausbauen“ – OEW-Ladesäulen im Landkreis Biberach offiziell in Betrieb genommen

Vor hundert Jahren haben die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke (OEW) elektrischen Strom aufs Land gebracht. Jetzt bringt der Zweckverband ElektroPower auf die Landstraßen Oberschwabens. Denn 54 moderne Ladesäulen lässt der Zweckverband aktuell im ländlichen Raum seiner neun Verbandslandkreise



Von links: Bürgermeister Andreas Denzel (Ochsenhausen), Thomas Stäbler, Leiter des EnBW-Regionalzentrums Oberschwaben, Bürgermeister Marcus Schafft (Riedlingen), Bürgermeisterin Irene Brauchle (Rot an der Rot), Landrat Dr. Heiko Schmid, Colette Rückert-Hennen, Vorstandsmitglied der EnBW AG, Barbara Endriss, Geschäftsführerin der OEW bei der Vorstellung der Ladesäule in Ochsenhausen

Foto: Landratsamt Biberach

aufstellen. Sieben davon im Landkreis Biberach. Landrat Dr. Heiko Schmid, Colette Rückert-Hennen, Vorstandsmitglied der EnBW AG, Barbara Endriss, Geschäftsführerin der OEW, Bürgermeister Andreas Denzel (Ochsenhausen), Bürgermeisterin Irene Brauchle (Rot an der Rot), Bürgermeister Marcus Schafft (Riedlingen) sowie Thomas Stäbler, Leiter des EnBW-Regionalzentrums Oberschwaben haben heute in Ochsenhausen die Ladesäulen offiziell vorgestellt und in Betrieb genommen.

„Als OEW und Landkreis wollen wir mit diesem Projekt die E-Mobilität im ländlichen Raum ausbauen, indem wir landkreisweit eine Ladeinfrastruktur voranbringen“, sagt Landrat Dr. Heiko Schmid auch in seiner Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsrates der OEW. „Dazu hat die OEW in ihrem Verbandsgebiet annähernd 700 000 Euro investiert, davon rund 90 000 im Landkreis Biberach. Mit 270 000 Euro wurden wir vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gefördert.“ Parallel dazu stelle man den Fuhrpark des Landratsamtes sukzessive auf E-Autos um. Außerdem werde man als Landkreis weitere

Ladesäulen im Parkhaus im Wielandpark und in der Tiefgarage im Neubau des Verwaltungsgebäudes im Biberacher Landratsamt schaffen.

„Der Ausbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur ist elementarer Bestandteil unseres Engagements in Sachen Elektromobilität. Bereits heute stellen wir mit unseren Roaming-Partnern ein Ladenetz mit einer Abdeckung von mehr als 90 Prozent aller öffentlich verfügbaren Ladestationen zur Verfügung“, erklärt EnBW-Vorstandsmitglied Colette Rückert-Hennen. „Auch der Zugang zu den Ladesäulen ist denkbar einfach: Mit unserer EnBW mobility+ App finden E-Mobilisten über 28 000 Ladepunkte in Deutschland, Österreich und der Schweiz.“

Die Ladesäulen entsprechen dem aktuellen Stand der Technik und sind eine Eigenentwicklung von Smight, einem Corporate Start-up aus dem Hause EnBW. Ausgestattet mit Typ2-Anschlüssen, jeweils einer links und einer rechts an der Ladesäule, können E-Mobilisten an den beiden Ladepunkten mit einer maximalen Leistung von 22 Kilowatt laden. Zusätzlich verfügt die Ladesäule



auch noch über einen normalen Schuko-Anschluss, an dem das Laden mit einer maximalen Leistung von 3,7 Kilowatt möglich ist. Damit können bis zu zwei Elektro-Fahrzeuge gleichzeitig aufgeladen werden, vom Pedelec bis zum großen E-Auto. Für die Bezahlung des Ladevorgangs stehen dem Fahrer gleich mehrere Möglichkeiten zur Verfügung: per Ladekarte diverser Anbieter, oder schnell und einfach mit der EnBW mobility+ App- und an Ladestationen wie der in Ochsenhausen zahlt man nur die tatsächlich geladene kWh.

#### Neuland für die OEW

Der Inbetriebnahme der ersten Säule gingen rund zwei Jahre Konzeption und Planung voraus. Damit haben die OEW Neuland betreten, denn sie werden operativ tätig und damit in der Region auch sichtbar. Hauptaufgabe des Zweckverbandes ist die Daseinsvorsorge im Energiebereich. So sind die OEW mit 46,75 Prozent kommunale Anteilseigner der EnBW Energie Baden-Württemberg AG. Auch im Bereich Gas- und Breitbandversorgung ist der Zweckverband als Anteilseigner aktiv.

Der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke mit Sitz in Ravensburg ist ein Zusammenschluss der neun Landkreise Alb-Donau-Kreis, Biberach, Bodenseekreis, Freudenstadt, Ravensburg, Reutlingen, Rottweil, Sigmaringen und Zollernalbkreis. Er wurde am 20. Dezember 1909 gegründet, um die Versorgung Oberschwabens mit elektrischer Energie voranzubringen. Daraus hat sich über die Jahre seine heutige Form entwickelt.

Laden kann man an den Ladesäulen der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke entweder für 0,39 Euro pro kWh ohne Grundgebühr oder für 0,29 Euro pro kWh mit einer Grundgebühr in Höhe von 4,99 Euro pro Monat.

#### E-Mobility-Forum Bodenseekreis: 40 Akteure unterzeichnen „Internationale E-Charta Bodensee“

Das 3. E-Mobility-Forum des Bodenseekreises am 24. Oktober 2019 hat für einen echten Hingucker gesorgt: Bei der Expertentagung im Langenargener Schloss Montfort wurde die E-Charta Bodensee auf den Weg gebracht. 40 Unterzeichner aus allen vier Bodensee-Staaten – von Landkreisen, Ländern und Kantonen über Kommunen bis zu Energieversorgern und Verkehrsbetrieben – wollen damit eine gemeinsame Vision verwirklichen: Ein nachhaltiges Energie- und Verkehrssystem, bei dem die Möglichkeiten der Elektromobilität voll ausgeschöpft werden.

Es ist ein grenzüberschreitendes Projekt, das die Bodensee-Region zum Leuchtturm in Sachen E-Mobilität machen dürfte. Das erhoffen sich jedenfalls die Regierungschefs und Minister aus Vorarlberg, Liechtenstein und Baden-Württemberg, aus den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Appenzell und Zürich. Möglich macht es die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK), in der diese Charta entwickelt wurde. Bis zum Jahr 2025 will man ein Verkehrssystem rund um den See auf den Weg gebracht haben, das zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gespeist wird. Öffentliche Verkehrsmittel

sollen dabei mit Sharing-Angeboten kombiniert und mit dem Rad- und Fußverkehr vernetzt werden.

Landrat Lothar Wölfle begrüßte das Projekt und betonte die Vorreiter-Rolle des Bodenseekreises mit dem Projekt EMMA und der Dichte an E-Ladestationen. IBK-Geschäftsführer Klaus-Dieter Schnell sieht in dem Zukunftsvorhaben den idealen Einsatz von E-Autos. Birgit Grebe, Projektleiterin im Verkehrsamt des Kantons Zürich, betonte den Einklang mit der Umwelt, den es zu verwirklichen gelte. Jan Blömacher vom Städtetag Baden-Württemberg pries die Zusammenarbeit von Kommunen und privaten Anbietern in der Gestaltung neuer Mobilität. Leider konnte Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann nicht zur Unterzeichnung anreisen. Er war im Stau aufgrund eines schweren Verkehrsunfalls auf der A8 steckengeblieben. Der Thurgauer Verkehrs- und Energieminister Walter Schönholzer kam aber über den See. Zusammen mit seinem Vorarlberger Amtskollegen Christian Vögel stellte er sich der Podiumsdiskussion und betonte die Fortschritte in der Zusammenarbeit.

Christian Eugster von den Illwerken forderte international nutzbare E-Tankstellen, und Werner Fritschi rechnete vor, dass im Thurgau der Bahnverkehr zu 100 Prozent elektrisch laufe, davon



40 Teilnehmer aus den Bereichen Energieversorgung, Mobilität, Tourismus und Öffentliche Hand haben die E-Charta Bodensee am 24. Oktober 2019 unterschrieben und wollen die Region zum Vorbild für saubere und elektrische Mobilität machen.

Foto: Netzwerk Oberschwaben



90 Prozent aus erneuerbaren Energien. Jürgen Löffler vom Nahverkehrsverbund Bodensee-Oberschwaben mahnte, dass man schon seit 15 Jahren an einem Verbund-Ticket für die Bodenseeregion arbeite: „Ein ganz dickes Brett“.

Zum E-Mobility-Forum waren namhafte Referenten und Aussteller angereist. Sie präsentierten die neuesten Entwicklungen bei E-Antrieb, Fahrzeugbau und Ladesystemen. Und dies vor einem mit 160 gemeldeten Teilnehmern voll besetzten Saal – sehr zur Freude von Bernhard Schultes, Chef der Agentur Netzwerk Oberschwaben, der das E-Mobility-Forum auch im dritten Jahr für den Bodenseekreis organisiert hatte.

Wie Elektromobilität bereits bei der Landesgartenschau in Überlingen 2020 zum Einsatz kommt, berichtete Irmtraud Schuster, Umwelt-Dezernentin des Bodenseekreises, gemeinsam mit Omnibus-Unternehmer Marc Morath. Hier wird ein vollelektrischer Omnibus den Shuttle-Service zwischen Parkplatz am Stadtrand und dem zentralen Veranstaltungsgelände am See übernehmen.

[www-emobil-im-sueden.de](http://www-emobil-im-sueden.de)

[www.bodenseekonferenz.org](http://www.bodenseekonferenz.org)

### **Ortenaukreis: Klimafreundlich und bequem zum Europäischen Forum am Rhein – Landrat Frank Scherer gibt den Startschuss zur neuen Buslinie**

Landrat Frank Scherer hat am 26. September 2019 im Beisein der Bürgermeister Jochen Fischer (Neuried) und Martin Holschuh (Schutterwald) sowie Architekt und Investor Jürgen Grossmann die neu eingerichtete Busverbindung von Offenburg ans Europäische Forum am Rhein in Neuried-Altenheim eröffnet. „Mit dem neuen Forum am Rhein und der ständigen Spielstätte des ‚Theater Eurodistrict BAden ALSace‘ entsteht mitten im Herzen des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau ein neuer Ort der grenzüberschreitenden Begegnung. Hier finden Deutschland und Frankreich, Natur und Kultur zueinander. Ich bin mir



**Landrat Frank Scherer (Mitte, mit großer Schere) eröffnete die neue Busverbindung von Offenburg ans Europäische Forum am Rhein in Neuried-Altenheim. Von links: Kreisrat Heinz Rith, David Konradi (SWEG), Bürgermeister Jochen Fischer (Neuried), Bürgermeister Martin Holschuh (Schutterwald), Architekt und Investor Jürgen Grossmann, Landrat Frank Scherer, Dezernent Michael Loritz (Ortenaukreis), Fiona Härtel (Stadt Kehl), Sven Malz (TGO-Geschäftsführer), Edzard Schoppmann und Guido Schumacher (beide „Theater Eurodistrict BAden ALSace“).**

Foto: Team Tiegte

sicher, dass das Forum ein kultureller und touristischer Leuchtturm mit großer Strahlkraft und ein wunderbarer Treffpunkt für Einheimische und Touristen werden wird“, sagte der Landrat, der betonte, dass so ein Ort für alle Besucher erreichbar sein müsse. „Und zwar nicht nur mit dem eigenen Auto, sondern vor allem auch klimafreundlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Deswegen freue ich mich sehr, dass der Ortenaukreis gemeinsam mit der SWEG eine öffentliche Buslinie rechtzeitig zur Eröffnung des Forums einrichten konnte. Theatergäste und Besucher können das Auto zuhause stehen lassen und kommen trotzdem pünktlich zur Vorstellung und anschließend wieder nach Hause – umweltfreundlich, bequem und ohne Umstieg“, so Scherer. „Uns ist es mit der neuen Buslinie nicht nur gelungen, das Europäische Forum am Rhein an das ÖPNV-Netz des Ortenaukreises anzubinden, das Angebot reduziert den Individualverkehr und bringt auch insbesondere am Wochenende eine deutliche Verbesserung für Fahrgäste aus Schutterwald, Neuried und Goldscheuer“, betonte Scherer und dankte der Stadt Kehl und den Gemeinden

Neuried und Schutterwald für die finanzielle Beteiligung.

Mit dem Startschuss ist das Naherholungsgebiet rund um das Europäische Forum am Rhein per ÖPNV von Donnerstag bis Sonntag und an Feiertagen mit täglich sechs Fahrtenpaaren zu erreichen. Die Fahrzeiten sind auf die Theaterzeiten des Theaters „Eurodistrict BAden ALSace“, das am 28. September 2019 seine Spielstätte offiziell eröffnet hat, abgestimmt. Die Anbindung ist als erster Schritt zunächst für ein Jahr im Rahmen einer Probephase eingerichtet. Langfristig ist zusammen mit der Eurométropole Strasbourg (EMS) eine grenzüberschreitende Buslinie mit Anschluss an das Tramnetz geplant.

„Ich freue mich, dass die Ortenau und das Elsass auf dem Weg sind, weiter zusammenzuwachsen. Die geplante neue Buslinie wird in Zukunft den Offenburger Bahnhof mit Straßburgs Tramnetz verbinden und ist ein schönes Zeichen dafür, dass Grenzen weiter an Bedeutung verlieren“, sagt Jürgen Grossmann. Dass der erste Abschnitt der Linie zudem das Europäische Forum am Rhein mit Offenburg verbindet, freut den Investor des Forums natürlich auch – denn, „je um-

weltfreundlicher beispielsweise der Auenwildnispfad erreicht werden kann, umso besser ...“

Die Buslinie „EFAR“ verläuft auf der bestehenden Linie „R2“ von Offenburg über Schutterwald, Müllen, Neuried-Altenheim nach Goldscheuer (Anschluss auf den Stadtverkehr Kehl) an das Europäische Forum am Rhein. In den Bussen gelten die Tickets der TGO-Tarifverbund Ortenau GmbH. Der Fahrplan und nähere Auskünfte zu der Buslinie „EFAR“ gibt es auf der Internetseite des TGO Tarifverbunds Ortenau GmbH unter [www.ortenaulinie.de](http://www.ortenaulinie.de) und beim Verkehrsunternehmen unter [www.sweg.de/fahrplan](http://www.sweg.de/fahrplan)

**Der Rems-Murr-Kreis ist Pilotregion für „Sicher E-Biken“ – Projekt „Radhelden“ und ein Verkehrsübungsplatz sollen die Sicherheit im Radverkehr zusätzlich fördern**

Fahrradfahren erlebt derzeit einen Boom. Der Anteil der Räder mit elektrischem Antrieb steigt dabei zunehmend. Das ist zwar erfreulich, birgt aber auch Risiken: Beispielsweise, wenn Personen lange nicht mehr Fahrrad gefahren sind und mit dem schnellen und schweren Pedelec überfordert sind. Oder wenn Autos nicht mit der hohen Geschwindigkeit der Radler rechnen.

Hier setzt das Pilotprojekt „Sicher E-Biken“ an: Personen, die ein Pedelec oder E-Bike anschaffen beziehungsweise den Kauf erwägen, sollen ein Fahrsicherheitstraining bekommen, in dem es vor allem um Fahrtechnik und Verkehrsschulung geht. Die Initiative des Württembergischen Radsportverbands (WRSV) und des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs Baden-Württemberg (ADFC BW) wird vom Verkehrsministerium in der Pilotphase gefördert. Der Rems-Murr-Kreis ist einer von vier Pilot-Landkreisen.

„Mit dem Projekt wollen wir erreichen, dass die Unfallzahlen zurückgehen. Und wir wollen den Leuten zeigen, dass Rad-



Gemeinsam für mehr Sicherheit im Radverkehr: (v.l.n.r.) Karen Fischer, Radwegekoordinatorin im Landratsamt, Polizeipräsident Reiner Möller, Landrat Dr. Richard Sigel und Karl-Heinz Nagl vom Württembergischen Radsportverband

Foto: Landratsamt Rems-Murr-Kreis

fahren Spaß macht“, sagt Karl-Heinz Nagl vom WRSV. „In den zwei Jahren der Pilotphase werden im Landkreis kostenlose Fahrsicherheitstrainings angeboten. Dabei soll ein dauerhaftes Angebot entwickelt werden, dass nach 2021 ohne Fördermittel funktioniert und im ganzen Land angeboten werden kann.“

„Der Rems-Murr-Kreis bringt in Sachen Radwege einiges ins Rollen. Wir arbeiten mit Hochdruck an besseren Radwegen und guter Radinfrastruktur“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel. „Daneben verlieren wir nicht die Menschen aus den Augen, die in die Pedale treten. Deshalb freuen wir uns, mit dem Pilotprojekt Sicher E-Biken flächendeckend Sicherheitstrainings anbieten zu können. Als langjähriger Radsport-Trainer ist mir aber auch wichtig, dass wir die Jüngsten zu ‚Radhelden‘ machen.“

Das Projekt „Radhelden“ richtet sich an Grundschüler: Mit Fahrradaktionstagen an allen Grundschulen im Landkreis soll spielerisch Sicherheit auf dem Fahrrad vermittelt werden. Die Grundschüler sollen Lust auf Radfahren bekommen. Der Fokus liegt dabei auf Motorik und Geschicklichkeit. Die Fahrradaktionstage

sind eine gute Vorbereitung auf den „Fahrradführerschein“ in der vierten Klasse. Dabei schult die Polizei die Grundschüler zu Verkehrszeichen und zur sicheren Teilnahme am Straßenverkehr – auch mit dem Fahrrad.

Was dafür noch fehlt, sind Verkehrsübungsplätze, auf denen die Verkehrserziehung stattfinden kann. Derzeit sind der Landkreis und die Polizei gemeinsam auf der Suche nach passenden Flächen, um solche Plätze einzurichten. Diese sollen mit Straßen, einem Kreisverkehr, Verkehrsschildern und Ampeln so hergerichtet werden, dass die Grundschüler dort realistisch, aber sicher die Teilnahme am Straßenverkehr üben können.

„Der Polizei ist die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer ein großes Anliegen. Ein besonderes Augenmerk richten wir jedoch insbesondere auf die schwächeren Verkehrsteilnehmer. Deshalb engagieren wir uns in der Radfahrausbildung der Kinder und unterstützen dabei gerne kommunale Projekte, die sich dieser Themen annehmen“, so Polizeipräsident Reiner Möller.



## Abfall

### Abdichtung der Deponie Hasenbühl im Landkreis Schwäbisch Hall abgeschlossen

Mit der Installation einer Photovoltaikanlage und den letzten Bepflanzungsarbeiten im Herbst 2019 ist das Großbauprojekt der Oberflächenabdichtung und Entgasung der Deponie Hasenbühl im Schwäbisch Haller Stadtteil Hessental nun abgeschlossen. Sehr erfreulich: Die Kostenberechnung aus dem Jahr 2014 in Höhe von 9,715 Mio. € konnte um rd. 950 000 € unterschritten werden. Die Baukosten wurden vollständig aus der vom Kreistag gebildeten Deponierücklage finanziert, so dass sich die Ausgaben nicht auf den Abfallgebührenhaushalt auswirken.

Die Mülldeponie Hasenbühl wurde Ende des Jahres 1976 vom Landkreis Schwäbisch Hall in Betrieb genommen. Auf einer Fläche von ca. 9 ha wurden rd. 1,7 Mio. m<sup>3</sup> Hausmüll, Sperrmüll und Gewerbeabfall verfüllt, bis die Anlage aufgrund der gesetzlichen Vorgaben am 31. Mai 2005 geschlossen wurde.

Mit der Abdeckung der Deponie konnte noch während des Betriebs und gleich nach der Schließung begonnen werden. Diese temporäre Oberflächenabdichtung führte dazu, dass sich die Sickerwassermengen, die nach einer Vorbehandlung in das städtische Kanalnetz fließen, erheblich reduzierten. Das Depo-niegas wurde gefasst und mittels Gas-motors zur Energieerzeugung genutzt. Erst nachdem sich der temporär abgedeckte Deponiekörper rund 10 Jahre setzen konnte, wurde nach vorherigen umfangreichen Planungen im April 2015 mit den Bauarbeiten zur endgültigen Oberflächenabdichtung der Deponie begonnen.

Von den Arbeitern wurden 90 500 m<sup>2</sup> Bentonitmatten und 96 655 m<sup>2</sup> Kunststoffdichtungsbahnen verlegt. Die Länge der Schweißnahten zwischen den Kunststoffbahnen beträgt rd. 17,5 km. Es wurden außerdem insgesamt rd. 515 000 Tonnen Profilierungs- und Rekultivierungsmaterial auf der Deponie angeliefert und aufgebracht.

Im Randbereich der Deponie wurde eine neue Sickerwassersammelleitung mit einer Gesamtlänge von 940 m verlegt. Das seitlich noch anfallende Sicker-

wasser wird gesammelt und der bestehenden Sickerwasserreinigungsanlage zugeführt.

Die noch verbleibende Rücklage in Höhe von rd. 5 Mio. € wird für die laufenden Betriebskosten zur Entgasung und Sickerwasserbeseitigung sowie die Unterhaltung, Instandhaltung und regelmäßige Kontrolle zur Vermeidung von Emissionen verwendet. Die stillgelegte Abfallanlage muss noch jahrzehntelang ständig überwacht werden.

## Verschiedenes

### Beste Absolventen Baden-Württembergs lernen in Esslingen – Ausbildung im mittleren Verwaltungsdienst hat Hochkonjunktur

Die Abschlüsse an der Verwaltungsschule Esslingen, untergebracht im Landratsamt Esslingen, können sich sehen lassen. 81 Absolventinnen und Absolventen konnten kürzlich ihre Zeugnisse entgegennehmen. Damit beendeten sie ihre zweijährige Ausbildung zum Verwaltungswirt bzw. zur Verwaltungswirtin.

Bei der Staatsprüfung wurde neunmal die Abschlussnote „sehr gut“ vergeben, mit der Note „gut“ wurden die Leistungen von 44 Schülerinnen und Schülern bewertet. 24-mal gab es ein „befriedigend“ und viermal die Note „ausreichend“. Die Verwaltungsschule in Esslingen ist eine von insgesamt drei Verwaltungsschulen im Land und gleichzeitig die größte der drei Schulen. Da ist es ein schöner Erfolg, dass landesweit die beste und zweitbeste Anwärterin des mittleren Dienstes zu den Esslinger Absolventen zählen.

Jahrgangsbeste des Lehrgangs 2019 war auf Landesebene Baden-Württemberg mit dem sensationellen Ergebnis von 13,92 Notenpunkten Isabel Bidlingmaier von der Ausbildungsbehörde Landratsamt Göppingen. Debora Keddache vom



V.l.n.r.: Landrat Gerhard Bauer, Gabi Hornung, Leiterin des Abfallwirtschaftsamtes,  
und Dezernent Werner Schmidt vor der neuen Photovoltaikanlage Foto: Landratsamt Schwäbisch Hall





**Landrat Heinz Eininger, Isabel Bidlingmaier, Debora Keddache, Leiterin der Verwaltungsschule Martina Brosi-Barth**

Foto: Landratsamt Esslingen

Landratsamt Rems-Murr-Kreis absolvierte mit 13,61 Notenpunkte, die zweitbeste Ausbildung im Land.

Landrat Heinz Eininger bedankte sich bei den Ausbildungsleitungen, die wichtige Partner der Verwaltungsschule sind und freute sich über die außerordentlich positive Entwicklung der Schülerzahlen. Für die Ausbildung zur Verwaltungswirtin bzw. zum Verwaltungswirt kommen all jene zur Verwaltungsschule nach Esslingen, die ihre Ausbildung im Regierungsbezirk Stuttgart absolvieren. Sie besuchen für das letzte halbe Jahr der zweijährigen Ausbildung die Verwaltungsschule.

Dabei erlebt der mittlere Dienst im Moment eine Hochkonjunktur. Im kommenden Jahr werden über 100 Schülerinnen und Schüler an der Verwaltungsschule Esslingen begrüßt. Dafür wird sogar eine neue vierte Klasse eingerichtet, da die drei bisherigen Klassen nicht mehr ausreichen. An der Verwaltungsschule unterrichten Lehrbeauftragte, überwiegend aus Behörden der Kommunal- oder Landesverwaltung im Nebenberuf und garantieren so eine praxisnahe Lehre.

Schulleitung Martina Brosi-Barth bedanke sich bei den Lehrbeauftragten der Verwaltungsschule für ihre praxis-

nahe und anwendungsorientierte Unterrichtsgestaltung: „Unsere Aufgabe ist es, die Nachwuchskräfte für die vielfältigen Herausforderungen der Berufspraxis methodisch zu befähigen“.

Der steigende Personalbedarf in den Verwaltungen macht sich an den Ausbildungszahlen bemerkbar, diese steigen in den letzten Jahren kontinuierlich. Derzeit herrscht eine gute Stellenmarktsituation. Das bedeutet für die Absolventinnen und Absolventen gute Zukunftsperspektiven. Nahezu alle von ihnen wurden von ihren jeweiligen Ausbildungsbehörden übernommen – der Großteil unbefristet und im Beamtenverhältnis. Dies gilt im Übrigen auch für alle Absolventen, die das Esslinger Landratsamt als Ausbildungsbehörde hatten.

**Beste Stellenausschreibung kommt vom Landratsamt Karlsruhe – Staatsanzeiger-Preis gewonnen**

Für seine Stellenausschreibungen wurde das Landratsamt Karlsruhe mit dem ersten Platz des Staatsanzeiger-Preises ausgezeichnet. Der Staatsanzeiger Baden-Württemberg ist das landesweit

führende Medienunternehmen für Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung. Eine Jury nominiert jährlich zwölf Stellenausschreibungen, die nach den Bewertungskriterien Optik, Inhalt und Sprache als besonders gelungen erscheinen. Die Leser haben die Möglichkeit, unter den Favoriten abzustimmen. Platz zwei ging an die Gemeinde Kappelrodeck, Platz drei an die Stadt Konstanz. Überreicht wurde der Preis im Rahmen der Kehler Personaltage an der Hochschule für öffentliche Verwaltung, an denen sich das Landratsamt Karlsruhe als moderner und attraktiver Arbeitgeber präsentierte.

Mit seinen Stellenausschreibungen sticht das Landratsamt Karlsruhe hervor, weil im Layout die Arbeitgebermarke erscheint. „Vielfalt, Verlässlichkeit, Flexibilität, Leistung und Karriere sind die zentralen Werte, mit denen wir neue Fachkräfte für unser Haus gewinnen wollen“, begründet der Leiter des Personal- und Organisationsamtes Ulrich Max die Intention. Gleichzeitig soll die Arbeitgebermarke dazu beitragen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an das Landratsamt zu binden.



Die Arbeitgebermarke ist Kennzeichen aller Stellenausschreibungen des Landkreises Karlsruhe. Für die Idee und Gestaltung gab es den 1. Platz beim Staatsanzeiger-Preis. Quelle: Landratsamt Karlsruhe

## Digitalisierung

### Längster Trassenabschnitt des Breitbandbackbones im Ostalbkreis in Betrieb genommen – Innenministerium, Landkreis, Stadt und NetCom BW nehmen in Bopfingen-Unterriffingen bei Pilotkunde Backbonetrasse in Betrieb

Großer Bahnhof bei der Hommel GbR in Bopfingen-Unterriffingen: Gemeinsam drückten am 7. Oktober 2019 Wilfried Klenk MdL, Staatssekretär im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, Landrat Klaus Pavel, Landtagsabgeordneter Winfried Mack, Bürgermeister Dr. Gunter Bühler, Komm.Pakt.Net-Vorstand Jens Schilling und NetCom BW-Geschäftsführer Bernhard Palm den symbolischen „roten Knopf“ und nahmen damit die Breitbandtrasse Trochtelfingen-Elchingen in Betrieb.

Staatssekretär Wilfried Klenk MdL erklärte: „Investitionen in den Breitbandausbau sind wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Das Ziel der Landesregierung ist daher klar, Baden-Württemberg bis 2025 flächendeckend mit gigabitfähigen Netzen zu versorgen. Dazu ist eine große Gemeinschaftsanstrengung aller Akteure nötig – der privaten Telekommunikationsanbieter, aber auch der Kommunen und des Landes. Wo der Markt versagt, investieren immer mehr Landkreise, Städte und Gemeinden hohe Summen in die digitale Infrastruktur. Und als Land unterstützen wir die Kommunen beim Ausbau tatkräftig. Seit 2016 haben wir insgesamt 1904 Breitbandprojekte mit einem Gesamtvolumen von rund 445 Millionen Euro gefördert – darunter auch die Breitbandtrasse Trochtelfingen-Elchingen. Ich freue mich, heute bei ihrer Inbetriebnahme dabei sein zu können.“

„Mit dieser Backbonetrasse erschließen wir fünf Ortsteile von Bopfingen sowie einen Aalener und einen Neresheimer



V. l. n. r.: Bernhard Palm (Geschäftsführer NetCom BW), Christa und Karl-Heinz Hommel (Hommel GbR), Dr. Gunter Bühler (Bürgermeister der Stadt Bopfingen), Wilfried Klenk MdL (Staatssekretär im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg), Klaus Pavel (Landrat des Ostalbkreises), Winfried Mack MdL, Jens Schilling (Vorstand Komm. Pakt.Net) Foto: NetCom BW

Ortsteil mit schnellem Internet“, freute sich Landrat Klaus Pavel. „Von dieser Hochleistungsleitung profitiert auch ganz konkret das Online-Handelsunternehmen Hommel GbR in Unterriffingen. Die Firma Hommel hat als Pilotkunde mitgewirkt, und wir dürfen heute zu Gast sein, um die Backbonetrasse zu aktivieren und einen Speedtest durchzuführen, um die Leistungsfähigkeit der Glasfaserhausanschlüsse zu demonstrieren.“

Die rund 20,5 km lange, sogenannte Härtsfeldtrasse zwischen Bopfingen-Trochtelfingen und Neresheim-Elchingen ist das längste Teilstück, das im Rahmen der kreisweiten Backboneplanung zwischen Juli 2018 und September 2019 im Auftrag des Ostalbkreises realisiert wurde. Von den rund 2,2 Mio. Euro Investitionskosten hat das Land Baden-Württemberg rund 1 Mio. Euro gefördert, die verbleibenden Kosten teilen sich der Kreis und die Kommunen im Verhältnis 2:1.

Insgesamt wird die Länge des kreisweiten Backboneetzes etwa 800 km betragen. Seit dem Start des Breitbandausbaus im Jahr 2016 sollen laut Agenda

des Ostalbkreises bis Ende 2021 rund 515 Trassen-km geplant, gebaut oder angepachtet und betrieben werden. Bautechnisch sind inzwischen bereits über 100 km der geplanten 370 km Backbone-Trassen realisiert. Von den gebauten Trassen sind ein Viertel bereits in Betrieb, weitere 80 km Backbone sind momentan im Bau oder in der Detailplanung. Parallel zum Ausbau des kreisweiten Backbone-Netzes sind die Städte und Gemeinden im Ostalbkreis aktuell damit beschäftigt, die innerörtlichen Netze (FTTB und FTTC) auszubauen und dadurch den Anschluss der Bürgerinnen und Bürger an das schnelle Internet herzustellen. Die 2014 gegründete NetCom BW mit Sitz in Ellwangen betreibt das Netz.

Laut NetCom BW-Geschäftsführer Bernhard Palm wurden entlang der Härtsfeldtrasse bereits etwa 130 Glasfaser-Hausanschlüsse, sogenannte FTTB-Anschlüsse, realisiert. Weitere 170 FTTC-Anschlüsse sind möglich, d.h. die Glasfaseranbindungen enden in Kabelverzweigern, den grauen Verteilerkästen am Straßenrand, und die Leitungen zum Kunden werden in Form von Kupfer-

kabeln weitergeführt. „Durch die Fertigstellung der Härtsfeldtrasse wurde ein weiterer großer Schritt in der Anbindung der weißen Flecken im Ostalbkreis geschafft“, freute sich Bernhard Palm.

Um die Bürgerinnen und Bürger rund um den Breitbandausbau und die verfügbaren Tarife bei der NetCom BW zu informieren, führte die NetCom BW am 21. Oktober 2019 eine Informationsveranstaltung durch.

Bereits 8000 Kunden mit 9000 aktiven Verträgen beziehen im Ostalbkreis schnelles Internet und weitere Telekommunikationsdienste von der NetCom BW. 269 Technikstandorte sind im Ostalbkreis schon in Betrieb, die Netze BW sowie die EnBW ODR verfügen über rund 630 km Glasfaserkabel im Ostalbkreis. Das Gesamtpotenzial der Anschlüsse beträgt innerhalb des derzeitigen, von Komm.Pakt.Net und dem Ostalbkreis vergebenen Auftragsrahmens knapp 13 000 Anschlüsse.

Die Verwaltung des Breitbandnetzes im Ostalbkreis ist Aufgabe der Komm.Pakt.Net, einer Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts, in welcher der Ostalbkreis und alle seine 42 Städte und Gemeinden Mitglieder sind. Der Ostalbkreis und die Kommunen überlassen ihre kommunale Breitbandinfrastruktur der Komm.Pakt.Net zur Weiterverpachtung an einen Netzbetreiber, in diesem Falle also an die NetCom BW. Diese betreibt das Netz des Ostalbkreises, der nach Übergabe der funktionsfähigen Infrastruktur für das Backbone-Netz Pacht erhält.

„Schnelles Internet zählt mittlerweile zur grundlegenden Infrastruktur unserer Städte und Gemeinden, wie Strom und Wasser. Ohne die Partnerschaft mit dem Kreis wäre der Anschluss unserer Härtsfeldortschaften kaum leistbar gewesen. Für die Unterstützung des Ostalbkreises und des Landes Baden-Württemberg sind wir sehr dankbar“, so Bopfingens Bürgermeister Dr. Gunter Bühler.

An einem großen Monitor konnten die Gäste, darunter u. a. Ortsvorsteher Patriz Gentner, Aalen-Waldhausen, und der

Neresheimer Stadtbaumeister Bernd Wengert, in Echtzeit mitverfolgen, wie Techniker der NetCom BW den Hausanschluss der Hommel GbR auf über 500 Mbit/s einstellen konnten. Diese Bandbreiten stehen symmetrisch zur Verfügung, d. h. sowohl im Downstream als auch im Upstream sind diese Geschwindigkeiten konstant verfügbar. Die perspektivische Aufrüstung auf 1 Gbit/s ist bei den FTTB-Anschlüssen der Härtsfeldtrasse schon technisch implementiert – allein das Preismodell hierfür muss die NetCom BW noch veröffentlichen.

#### **Böblingen – ZD.BB veröffentlicht neue Erfolgsgeschichte zur Digitalisierung: Mit pakadoo private Pakete im Büro empfangen**

*Die Idee: Unternehmen bieten ihren Mitarbeitern die Möglichkeit, ihre privaten Pakete beim Arbeitgeber zu empfangen, unabhängig vom Paketdienstleister.*

Die pakadoo GmbH wurde 2015 als internes Startup der LGI GmbH gegründet. Im Dezember 2018 wurde pakadoo als eigenständige Gesellschaft umgewandelt und beschäftigt derzeit 19 Mitarbeiter. Pakadoo bietet zurzeit über 300 Abholpunkte – sogenannte pakadoo points an und ermöglicht an diesen eine CO<sub>2</sub>-sparende gebündelte Zustellung von privaten und geschäftlichen Paketen. pakadoo ermöglicht großen Unternehmen ein einfaches, rechtssicheres Handling von privaten Paketen ihrer Mitarbeiter. Die Unternehmen können mittels der pakadoo Software quasi einen firmeneigenen Paketshop – einen pakadoo point – einrichten. Die Ein- und Auslagerung der Pakete erfolgt über die pakadoo App. Mitarbeiter haben so die Möglichkeit, ihre privaten Onlinebestellungen an den pakadoo point in ihrem Unternehmen liefern zu lassen – unabhängig vom Paketdienst. Der Empfänger wird automatisch per Mail oder App über das Eintreffen des Pakets informiert. Als Ziel



hat sich pakadoo die Expansionierung in zwei weitere europäische Märkte gesetzt. Außerdem möchte sie bis 2022 mehr pakadoo points anbieten als DHL Packstationen.

Ulrike Morlock, Head of Marketing der pakadoo GmbH, berichtet in ihrer Success Story für das Zentrum Digitalisierung Landkreis Böblingen (ZD.BB), dass „die Mischung aus Konzernumfeld und Startup-Kultur sich gegenseitig befruchtet“. Welchen Nutzen die Ausgründung eines Corporate Startup für die bestehenden Unternehmensstrukturen hat und wie sich die Arbeitsweisen nach der Gründung geändert haben, gibt es zum Nachlesen beim ZD.BB <https://www.zd-bb.de/2019/09/20/pakadoo-gmbh-ausgruendung-eines-digitalen-service-als-corporate-startup/>. Das Zentrum Digitalisierung Landkreis Böblingen (ZD.BB) ist die zentrale Beratungsstelle für Unternehmen und Startups aus dem Landkreis Böblingen und der Region Stuttgart rund um die Themen der Digitalisierung. Das ZD.BB unterstützt kleine und mittlere Unternehmen bei der Bewältigung des digitalen Wandels. Dies beinhaltet die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle für alle Branchen, die Qualifizierung von Fachkräften und die Förderung einer digitalen Unternehmenskultur.

Zur Geschäftsmodellentwicklung bietet das ZD.BB kostenfreie Workshops für kleine und mittlere Unternehmen an (weitere Informationen: <https://www.zd-bb.de/veranstaltungen/>).

Die Konsortialführung des ZD.BB liegt bei der ZD.BB GmbH des Landkreises Böblingen. Das langfristige Ziel der Gesellschaft ist es, den digitalen Struktur-



wandel in der Wirtschaft und Bevölkerung des Kreises und der Region aktiv zu unterstützen und mitzugestalten. Neben dem Landratsamt Böblingen sind weitere Konsortialpartner das Herman-Hollerith-Zentrum an der Hochschule Reutlingen, das Softwarezentrum Böblingen/Sindelfingen e.V., die Star Cooperation GmbH, die LGI Logistics Group International GmbH sowie die nuspirt GmbH mit ihrem Coworking Space in Herrenberg. Weitere Netzwerkpartner sind die Fachkräfteallianz Region Stuttgart, Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH, Stadt Böblingen, Stadt Sindelfingen, Kreishandwerkerschaft Böblingen, START HAW, Universität Stuttgart, IHK-Bezirkskammer Böblingen und die IBM Deutschland Research & Development GmbH.

Das ZD.BB wird als regionaler Digital Hub vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg gefördert.

#### **Kontakt:**

Dr. Claus Hoffmann, Geschäftsführer  
Telefon: +49 70 31/3 04 81 02  
E-Mail: hoffmann@zd-bb.de  
Internet: www.zd-bb.de  
Zentrum für Digitalisierung  
Landkreis Böblingen – ZD.BB GmbH  
Danziger Straße 6, 71034 Böblingen

#### **Rund 1,7 Millionen Euro für schnelles Internet im Landkreis Calw**

Am 23. September 2019 überreichte Wilfried Klenk MdL, Politischer Staatssekretär im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, im Rahmen eines Besuchs im Landratsamt Calw Förderbescheide zum Ausbau des schnellen Internets in einer Gesamthöhe von rund 1,7 Millionen Euro. Die Förderbescheide wurden von den Bürgermeistern der betreffenden Kreiskommunen entgegengenommen.



Von links: Alexander Rabsteyn (Hauptamtsleiter Stadt Bad Wildbad), Rebecca Raiser (Eigenbetrieb Breitband Landkreis Calw), Bernd Land (Eigenbetrieb Breitband Landkreis Calw), Landrat Helmut Riegger, Bürgermeister Martin Buchwald (Gemeinde Neuweiler), Staatssekretär Wilfried Klenk MdL, stellv. Bürgermeister Jochen Borg (Stadt Bad Wildbad), Andreas Knörle (Landratsamt Calw), Bürgermeister Markus Wendel (Bad Teinach-Zavelstein), Bürgermeister Volker Schuler (Gemeinde Ebhausen), Bürgermeister Jürgen Fuchs (Gemeinde Ostelsheim) und Bürgermeister Dr. Clemens Götz (Gemeinde Althengstett)

Foto: Landratsamt Calw

#### **Kreis Calw landesweit Vorreiter bei der Online-Fahrzeugzulassung**

Nach einer Systemumstellung in der Kfz-Zulassung ist der Landkreis Calw bislang der erste und einzige Landkreis in Baden-Württemberg, bei dem alle Standarddienste der Fahrzeugzulassung für Privatpersonen vollumfänglich online angeboten werden

Im Zuge des Projekts „internetbasierte Fahrzeugzulassung“ (kurz: i-Kfz) digitalisiert das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) derzeit das Fahrzeugzulassungswesen in Deutschland. Nach einer kürzlich vorgenommenen Systemumstellung in der Kfz-Zulassung ist der Landkreis Calw bislang der erste und einzige Landkreis in Baden-Württemberg, bei dem alle Standardvorgänge der Fahrzeugzulassung für Privatpersonen vollständig online durchgeführt werden können.

„Mit diesem Ausbau der Online-Dienstleistungen wird ein weiterer bedeutender Baustein der Digitalen Agenda hin zu einer Vereinfachung des Bürgerservices der Kreisverwaltung umgesetzt“, so Landrat Helmut Riegger.

Die Abmeldung eines Fahrzeugs, die Wiederzulassung eines Fahrzeugs, die

Umschreibung bei Halterwechsel mit bzw. ohne Kennzeichenmitnahme eines Fahrzeugs, die Neuzulassung eines fabrikneuen Fahrzeugs und die Aktualisierung der Fahrzeugpapiere nach Umzug sind online möglich. Ausgenommen sind derzeit noch die Vergabe von Kurzzeitkennzeichen und Oldtimerkennzeichen. Der Ablauf der einzelnen Zulassungsvorgänge ist im Internet unter [www.kreis-calw.de/onlinezulassung](http://www.kreis-calw.de/onlinezulassung) erläutert. Für ihre Nutzung ist zunächst ein Identitätsnachweis mittels des neuen elektronischen Personalausweises oder eines elektronischen Aufenthaltstitels erforderlich. Hierfür muss die Online-Ausweisfunktion (eID) aktiviert sein.

„Dank der Digitalisierung der entsprechenden Dienstleistungen gestaltet sich die Fahrzeugzulassung nun einfacher und effizienter, was zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung führt. Künftig können Änderungen bequem rund um die Uhr von zu Hause aus vorgenommen werden. Fahrten zur Zulassungsbehörde werden vermieden, was ein erhebliches Zeit- und CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial bedeutet“, erläutert Lukas Klingenberg, Leiter der Abteilung Ordnung und Verkehr im Landratsamt Calw.



Von links: Lukas Klingenberg (Leiter der Abteilung Ordnung und Verkehr im Landratsamt Calw), seine Mitarbeiterin Katja Klink (Sachgebietsleiterin Kfz-Zulassungs- und Führerscheinstelle, Kundencenter) und Landrat Helmut Riegger freuen sich, dass im Landkreis Calw nun alle Standarddienste der Fahrzeugzulassung für Privatpersonen online angeboten werden. Foto: Landratsamt Calw

Auf der Website [www.kreis-calw.de](http://www.kreis-calw.de) des Landkreises Calw kann im Bereich „Online Dienste“ unter „Führerschein und Zulassung“ auf die „Online-Zulassungsvorgänge“ zugegriffen werden. Bei Aufruf der Seite über einen Desktop-PC ist für die Identifikation ein Kartenlesegerät notwendig, mittels welchem die Daten des Personalausweises übertragen werden. Beim Öffnen der Seite über ein mobiles NFC-fähiges Endgerät (Smartphone, Tablet) wird die vorherige Installation der „Ausweis-App2“ (abrufbar über [www.ausweisapp.bund.de](http://www.ausweisapp.bund.de)) vorausgesetzt. Die Daten werden dann automatisiert aus der App übernommen.

## Europa

### 10 Jahre EUROPoint Ostalb – Erfolgreiche Regionen sind tief verwurzelt und stark vernetzt

In diesem Jahr kann das Europainformationszentrum EUROPoint Ostalb im Landratsamt in Aalen auf sein 10-jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlass sind rund 150 Gäste der Einladung zu einem besonderen Abend am 22. Oktober 2019 im Ostalbkreishaus gefolgt, der unter dem Motto „Die Zukunft Europas geht uns alle an“ stand. Für den Festvortrag konnte der Präsident des

Europäischen Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, gewonnen werden, der in seiner Rede auf die Verantwortung der Bürger, Kommunen und Regionen für die Gestaltung des gemeinsamen Europas einging.

In seiner Begrüßung ging Landrat Klaus Pavel auf die Bedeutung Europas als Friedens- und Wertegemeinschaft ein. Er wies dabei auch auf die Wirkung der EU für den Ostalbkreis hin, die insbesondere durch erfolgreiche Leuchtturmprojekte der EU-Strukturförderung sichtbar werde. Der EUROPoint Ostalb sei dabei nun seit zehn Jahren ein wichtiger Bestandteil bei der Vermittlung und Recherche von Informationen, was sich unter anderem in über 100 Bürgerdialogen, zahlreichen Messeauftritten und persönlichen Beratungen in dieser Zeit gezeigt habe. Er dankte der EU-Kommission und zahlreichen Kooperationspartnern für die hervorragende Zusammenarbeit sowie allen Bürgerinnen und Bürgern für das große Interesse.

Als Leiter der Europäischen Kommission in München bescheinigte Joachim E. Menze in seinem Grußwort dem EUROPoint Ostalb eine hervorragende Arbeit im Europe Direct-Netzwerk der EU-Kommission. Immer wieder seien herausragende und innovative Veranstaltungsformate umgesetzt worden, wovon er die Pecha-Kucha-Night Europa, das KlimaForum Ostalb sowie den Bürgerdialog „Quo vadis Europa – (gem-)einsam stark“ besonders herausgriff. Der EUROPoint Ostalb habe sich mittlerweile schon dreimal erfolgreich an den Bewerbungsverfahren der EU-Kommission zur Aufnahme in das europaweite Europe Direct-Informationsnetzwerk beteiligt. Er hoffe, dass die gute Zusammenarbeit fortgesetzt werden könne, und wünschte für die in 2020 neu anstehende Bewerbungsrunde viel Glück.

„Die Zukunft Europas geht uns alle an – Bürger, Kommunen und Regionen zeigen Verantwortung“ lautete die Überschrift des Festvortrags des Präsidenten des Europäischen Ausschusses der Regionen

(AdR), Karl-Heinz Lambertz. Als Einwohner Ostbelgiens, wo es ebenfalls ein Europe Direct-Informationszentrum gebe, sei er besonders gerne der Einladung in den Ostalbkreis gefolgt. Die Europa-Informationszentren hätten auf regionaler Ebene ein hohes Mobilisierungspotenzial, so Lambertz. Europa müsse vorangebracht werden, gerade auch emotional. In den Europa-Miniköchen sah er darin ein besonders gutes Beispiel, das er gerne nach Belgien mitnehme. In seiner aktuellen Analyse Europas sah er die EU derzeit nicht in Höchstform. Der Brexit koste zu viel Energie, die an anderer Stelle fehle, um Europa stärker voranzubringen. Rückblickend wären der Mauerfall vor 30 Jahren und auch das Karfreitagsabkommen zwischen Irland und Nordirland ohne die EU nicht möglich gewesen. Die EU habe zu Recht den Friedensnobelpreis erhalten. Jetzt aber die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien nicht aufgenommen zu haben, bezeichnete er als Fehler. Auch der institutionelle Rahmen der EU müsse dringend erneuert werden, denn dieser sei noch immer auf die ursprünglichen sechs Gründungsstaaten ausgelegt.

Lambertz betonte, dass Europa dort stattfinde, wo die Menschen leben, nämlich in den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Regionen. Dort müsse auch der Mehrwert der EU konkret erlebbar sein. Das Festhalten an Werten sei essentiell, so Lambertz, ebenso wie das genaue Zuhören, was und warum der andere etwas sage.

Hinsichtlich europäischer Fördermittel betonte der Präsident, dass die Kohäsionspolitik für alle Regionen in Europa wichtig sei. In diesem Zusammenhang lobte er die Broschüre „Europa im Ostalbkreis“, die wesentlich dazu beitrage, dass die Wirkung Europas vor Ort sichtbar werde. Die Beispiele zeigten, wo und wodurch im Ostalbkreis durch Europa Forschung, Arbeit und Ausbildung entstehe. Insgesamt müsse auch das große Potenzial der Menschen genutzt werden,



V. l. n. r.: Rainer Fünfgelder (Wirtschaftsbeauftragter Ostalbkreis), Karl-Heinz Lambertz (Präsident des AdR), Joachim E. Menze (Leiter der Vertretung der EU-Kommission in München), Landrat Klaus Pavel und Andrea Hahn (Leiterin EUROPoint Ostalb) umrahmt von den Europa-Miniköchen mit Jürgen Mädger

Foto: Landratsamt Ostalbkreis

die sich bis zur lokalen Ebene politisch engagieren. Er begrüßte, dass sich dies auch in den politischen Leitlinien der designierten Kommissionspräsidentin, Dr. Ursula von der Leyen, widerspiegeln. Um die Substanz und die Seele Europas kennenzulernen, müsse man mehr zu den Menschen gehen, was er für den AdR zu leben versuche. Am Beispiel eines Baumes stellte Lambertz zusammenfassend fest, dass erfolgreiche Regionen tief verwurzelt und stark vernetzt sind. Von der von der künftigen EU-Kommission geplanten Konferenz zur Zukunft Europas verspreche er sich viel, sofern sie richtig angegangen werde und möglichst viele Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden. Die Ergebnisse müssten dann auch sichtbar und mit klaren Rückmeldungen an die Menschen verknüpft sein. Über den künftigen EU-Haushalt werde derzeit noch kräftig gefeilscht. Auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 sah er daher noch eine große Verantwortung zukommen. Wichtig sei vor allem, dass es keinen Leerlauf in der Finanzierung und Förderung gebe, da sich dies sofort negativ auf die Menschen auswirken würde.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete die gemeinsam gesungene rockige Version der Europa-Hymne, bevor sich die

Gäste auf einem europäischen Marktplatz der Region beim ESF-Arbeitskreis, der EurA AG, der Europa-Union Ostalb e.V., dem European House, der Leader-Aktionsgruppen Jagstregion und Schwäbischer Wald, den Projekten CliMates und RECIT sowie der WINregion Ostalbkreis informieren konnten.

### **Gemeinsame Europaveranstaltung des Landkreises Ludwigsburg und der Europa-Union im Kreishaus – Landrat Dr. Rainer Haas: Die Wirtschaft braucht Europa**

Unter dem Motto „Für eine starke Wirtschaft in einem starken Europa“ wurden am 7. Oktober 2019 die wirtschaftlichen Perspektiven in Europa und deren Bedeutung für die Region Stuttgart im Kreishaus diskutiert. Johannes Schmalzl, IHK-Hauptgeschäftsführer der Region Stuttgart, sowie Dr. Heinz-Werner Schulte, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Ludwigsburg, stellten die aktuellen Konjunkturberichte und geldpolitischen Entwicklungen vor. Landrat Dr. Rainer Haas, Erster Vorsitzender der Europa-Union Ludwigsburg, sagte zur Eröffnung: „Die Wirtschaft braucht Europa – Deutschland ist als einzelner Staat ein Zwerg, nur in der Europäischen





V.l.n.r.: Markus Kleemann, Johannes Schmalzl, Dr. Heinz-Werner Schulte, Landrat Dr. Rainer Haas

Foto: Landratsamt Ludwigsburg

Union sind wir stark.“ Veranstalter war der Landkreis gemeinsam mit der Europa-Union Kreisverband Ludwigsburg. IHK-Hauptgeschäftsführer der Region Stuttgart, Johannes Schmalzl, präsentierte zu Beginn die aktuelle, noch unveröffentlichte IHK-Konjunkturumfrage für die Region Stuttgart. Darin werde deutlich, dass die Zufriedenheit bei der regionalen Wirtschaft deutlich nachlasse. Besonders sichtbar werde dies bei der Industrie, so Schmalzl. Die Umfrage zeige auch, dass die Impulse aus dem Ausland weiter nachlassen, sagte der IHK-Hauptgeschäftsführer. Die größte Gefahr für die Wirtschaft im Kreis Ludwigsburg seien die Handelskonflikte zwischen den USA und Europa sowie den USA und China. Laut Schmalzl müsse man jetzt „positiv eintreten für einen freien Welthandel“. Der EU-Binnenmarkt sei der „Motor unserer Wirtschaft“, „wir müssen unsere Errungenschaften jetzt auch auf weltpolitischer Bühne verteidigen“, sagte der IHK-Hauptgeschäftsführer.

Dr. Heinz-Werner Schulte, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Ludwigsburg, ging in seinem Vortrag auf die Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB)

und die Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft ein. Er kritisierte die große EZB-Geldschwemme und die Entwicklung der Leitzinsen, die zu „gewaltigen Nebenwirkungen“ führten. Zum Abschluss seines Vortrags richtete er verschiedene Vorschläge an die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union, unter anderem die staatliche Förderung privaten Sparens mithilfe einer Zulage, vorsichtige Zinsschritte und eine europäische Verständigung einer vertieften sozialpolitischen Integration. Eine finanzpolitische Strategie 2030 sei mindestens so notwendig wie eine klimapolitische Strategie, sagte Dr. Schulte in Richtung neue EU-Kommission und EU-Parlament.

Landrat Dr. Rainer Haas fasste die beiden Impulsvorträge zusammen und nannte abschließend die drei großen Herausforderungen für die regionale Wirtschaft: Die Geldpolitik, den Brexit sowie den amerikanischen Protektionismus. Seiner Meinung nach könne der Zusammenschluss einer kleineren Gruppe von Mitgliedsstaaten innerhalb der EU zu bestimmten Themen neue Dynamik erzeugen und die EU voranbringen.

## Technische Verwaltung

### Staatsprüfung für den gehobenen vermessungstechnischen Verwaltungsdienst – 21 Absolventen schließen den Vorbereitungsdienst erfolgreich ab

„Die Verwaltung braucht qualifizierte und interdisziplinär denkende Arbeitskräfte, gerade für Letzteres wurden Sie im Vorbereitungsdienst sensibilisiert. Sie sind damit breit aufgestellt, das zeichnet Sie jetzt aus“, so Dieter Ziesel, Vorsitzender des Prüfungsausschusses für den Vorbereitungsdienst des gehobenen vermessungstechnischen Verwaltungsdienstes.

18 Monate lang hospitierten die Vermessungsoberinspektor-Anwärter bei unterschiedlichen Ausbildungsstellen, erprobten sich in der Praxis und vertieften ihr Wissen in den theoretischen Unterrichtslehrgängen beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung (LGL). „An dieser Stelle daher auch der Dank an die auszubildenden Kolleginnen und Kollegen, die sich mit viel Engagement einbringen und die Nachwuchsfachkräfte an ihrem großen Erfahrungsschatz teilhaben lassen“, so Dr. Tim Gerhäuser, Dezernent für Strukturpolitik beim Landkreistag Baden-Württemberg.

#### Hintergrundinformationen:

Der gehobene vermessungstechnische Verwaltungsdienst dauert 18 Monate und beginnt jeweils am 1. April. Voraussetzung ist ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium des Vermessungs- und Geoinformationswesens. Ausbildungs- und gleichzeitig Einstellungsbehörde ist ein Land- oder Stadtkreis oder eine Kommune, wenn diese nach dem Vermessungsgesetz als untere Vermessungsbehörde gilt.

Der Vorbereitungsdienst unterteilt sich in Ausbildungsabschnitte wie beispielsweise Kataster, Verwaltung und Recht,

Grundstückswertermittlung oder Flächenmanagement. Dabei hospitieren die Vermessungsoberinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter bei unterschiedlichen Institutionen, bei Vermessungs-, Stadtmessungs- und Flurneuordnungsämtern, Öffentlich bestellten Ingenieur-

büros und Stadtplanungsämtern. Zentrale Lehrgänge beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung (LGL) vertiefen diese Praxismodule.

Weitere Informationen zur Ausbildung sind unter [www.lgl-bw.de](http://www.lgl-bw.de) zu finden.

Die nächste Ausgabe der Landkreisnachrichten  
erscheint am 10. April 2020





## LANDKREIS EMMENDINGEN



**Regierungsbezirk Freiburg**  
**Einwohnerzahl: 165 788 (Stand 30.6.2019)**  
**Fläche in km<sup>2</sup>: 679,8 (Stand 31.12.2018)**  
**Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 24**  
**davon Große Kreisstädte: 2**

### Hausanschrift:

Landratsamt Emmendingen  
Bahnhofstraße 2–4  
79312 Emmendingen

### Postanschrift:

Landratsamt Emmendingen  
Bahnhofstraße 2–4  
79312 Emmendingen

### Zentrale:

Telefon: 076 41 / 4 51 0  
Telefax: 076 41 / 4 51 19 99  
E-Mail: mail@landkreis-  
emmendingen.de

### Pressestelle:

Telefon: 076 41 / 4 51 10 10  
Telefax: 076 41 / 4 51 10 19  
E-Mail: pressestelle@landkreis-  
emmendingen.de

### Wirtschaftsförderung:

Telefon: 076 41 / 4 51 11 31  
Telefax: 076 41 / 4 51 11 39  
E-Mail: wfg@landkreis-  
emmendingen.de

### Tourismus:

Telefon: 076 41 / 4 51 11 31  
Telefax: 076 41 / 4 51 11 39  
E-Mail: wfg@landkreis-  
emmendingen.de



**Landrat:**  
Hanno Hurth  
seit 01.06.2003

### Mandatsverteilung:

Gesamt 53 Sitze, davon

CDU:	14
Freie Wähler:	11
Bündnis 90/Grüne :	10
SPD:	9
FDP:	4
AfD:	2
UB/ÖDP:	2
LISA:	1

### Geografische Lage:



**Mehr Infos:**  
[www.landkreis-emmendingen.de](http://www.landkreis-emmendingen.de)

### Wissenswertes

Vom höchsten Gipfel des Landkreises Emmendingen, dem 1242 Meter hohen Kandel, reicht die Aussicht zum Kaiserstuhl und bis zu den Vogesen nach Frankreich. In den 24 Städten und Gemeinden leben rund 166 000 Menschen. Mit Schwarzwald, Kaiserstuhl und Rhein bietet der Landkreis eine große landschaftliche Vielfalt. Der Rhein bildet auf 19 Kilometer Länge die natürliche Grenze zu Frankreich. Ins Elsass und in die Schweiz ist es nur ein „Katzensprung“, die Universitätsstadt Freiburg liegt „vor der Haustür“. Günstige klimatische Voraussetzungen, gut ausgebaute Verkehrsverbindungen auf Autobahnen und Straßen sowie ein preisgünstiges Nahverkehrsangebot mit Bus und Bahn tragen zur hohen Lebensqualität bei.

Der Landkreis Emmendingen bietet wohnortnahe Arbeitsplätze für rund 54 000 Beschäftigte. Die Wirtschaft ist mittelständisch geprägt. Schwerpunkte sind Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik, Maschinenbau und Metallverarbeitung sowie Handwerksbetriebe. Viele Arbeitsplätze bietet auch der Dienstleistungssektor, 40 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Krankenhäusern, Fachkliniken und Senioreneinrichtungen. Die Arbeitslosigkeit im Landkreis liegt seit Jahren zwischen zwei bis drei Prozent.

Der Landkreis Emmendingen ist land- und forstwirtschaftlich geprägt. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden direkt ab Hof und auf Wochenmärkten „frisch aus der Region“ verkauft.

Mit einem guten Radwegenetz, neun Freibädern, einem Dutzend Baggerseen sowie Skihängen und Loipen auf dem Kandel bestehen ganzjährig attraktive Freizeitangebote. Sie werden ergänzt durch über 30 Museen, Kleinkunst- und Freilichtbühnen und ganzjährig viele traditionelle Feste.



Burgruine Hochburg bei Emmendingen